Nr. 173 Mai 1991



DM 6,00 M 3477 F

informationszentrum dritte welt

500 Jahre Kolonialismus II

Frauen ★ Widerstand ★ Afrika



Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Iris Bauer, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Göde, Uwe Hartwig, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Tilman Lamparter, Georg Lutz, Christel Opeker, Gunhild Rauch, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Späler, Ulrike Steckkönig, Sigi Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten. (ca. 18000 Zeichen)
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit verlagsauslieferung gmbh, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 43071

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich) ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich

Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: ÖS 385,- (bzw. 315,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,-/ÖS 42,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10157108110

Redaktionsschluß für Nr. 174:
28.05.1991

Anzeigenschluß für Nr. 174:
(Druckfertige Vorlagen) 11.06.1991

Titelbild:
Salzsklaven in Massawa, Eritrea 1934, aus: Der geraubte Schatten, München 1989

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

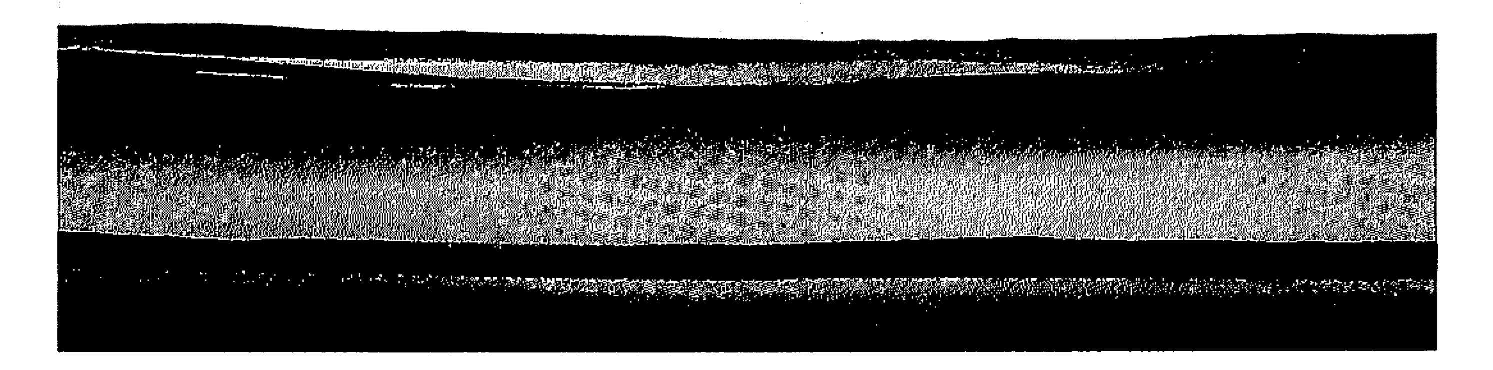
Inhaltsverzeichnis

Schwerpunktheft: Nr. 174: Peripherisierung Osteuropas?

In der nächsten Ausgabe der „blätter des iz3w" wollen wir uns mit der Situation der Länder Osteuropas beschäftigen. Neben Länderportraits stehen die Verschuldungssituation und Investitionsstrategien westlicher Konzerne im Mittelpunkt. Darüber hinaus wollen wir uns der Debatte um die künftige Tätigkeit von Entwicklungshilfeorganisationen, dem Populismus und Rassismus in diesen Ländern widmen.

Weitere Anregungen und Manuskripte sind ausdrücklich erwünscht. Redaktionsschluß ist der 27. Mai 1991.
Zuschriften bitte an die
„blätter des iz3w"
Postfach 5328, 7800 Freiburg
Tel. 0761/74003.
Wer die Ausgabe erwerben möchte, kann die gegen Vorkasse (DM 6,-/Heft, per Scheck oder in Briefmarken) bei uns bestellen.

Benin – Hoffnungsschimmer Afrikas?



Vor einem guten Jahr hätte es niemand geglaubt: Zum ersten Mal unterwirft sich ein Präsident in Schwarzafrika, der durch einen Militärputsch an die Macht kam, den Ergebnissen von freien Wahlen und tritt nach 17 Jahren von der politischen Bühne ab. Während bei seinen Nachbarn in Togo und Mali noch die Rufe nach mehr Demokratie mit Schüssen beantwortet wurden, hat Benin der staunenden Welt vorgeführt, wie innerhalb eines Jahres ein friedlicher demokratischer Übergang bewerkstelligt werden kann.

Nach fast siebzigjährigem Kolonialismus unter französischer „Obhut" wurde Dahomey, 1975 in „Volksrepublik Benin" umbenannt, am 1. August 1960 unabhängig und wie die meisten anderen afrikanischen Länder auch, mit gravierenden politischen und sozialen Folgen konfrontiert: Konfliktstoff bilden in dem neuen Staat vor allem das Nord-Süd-Gefälle und regionale Gegensätze, die durch eine völlig getrennte, teils durch den Sklavenhandel geprägte Vergangenheit begründet sind[1]. Für Benin bedeutete das vor allem einen raschen Wechsel zwischen den drei tragenden Parteien und ihrer jeweiligen Parteiführer, die die einzelnen Regionen repräsentieren: Durch die „Parti Républicain de Dahomey" (Republikanische Partei) unter ihrem Führer Apithy war vor allem der Süden bzw. der Südosten vertreten. Die „Rassemblement Démocratique Dahoméen" (Demokratische Vereinigung) unter Maga repräsentierte den Norden und die „Union Démocratique Dahoméene" (Demokratische Union) unter Ahomadegbe Zentral- und Südwest-Dahomey.

Die auf dem kolonialen Reißbrett entstandenen bizarren Grenzverläufe, die sich rasch verschlechternden wirtschaftlichen und staatlichen Rahmenbedingungen und die damit einhergehenden und sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen dem Norden und dem Süden ließen das Land nicht zur Ruhe kommen. Bereits im Oktober 1965 intervenierten die Offiziere zum ersten Mal. Im Oktober 1967 übernahm dann eine provisorische Militärregierung die Macht. Nach einem kurzen zivilen Zwischenspiel 1968 riß das Militär 1969 erneut die Macht an sich. Aufgrund der nahezu unüberbrückbaren Widersprüche zwischen den Regionen, den politischen Parteien und ihren Führern wurde in der Folge ein fragiler politischer Kompromiß in Form eines zivilen Präsidentschaftsrates gefunden, der von den vorher genannten drei politischen Führern gebildet wurde.

Am 26. Oktober 1972 trat das Militär mit einem neuen Putsch, dem fünften in sieben Jahren, auf den Plan und errichtete unter dem General und Staatspräsidenten Kérékou eine revolutionäre Militärregierung. Wenige Wochen später wurde das sogenannte "Discours Programme„ (Antrittsprogramm) verkündet, das eine Reihe von durchgreifenden Maßnahmen, wie Verstaatlichung ausländischer Unternehmen, Banken, großer Transportunternehmen etc., beinhaltete. Die Gründung der revolutionären Volkspartei Benins (30. November 1975) und die Verabschiedung des beninischen Grundgesetzes (August 1977) schufen die Grundlagen für die Einparteienherrschaft und deren revolutionäre Organe und Massenorganisationen.Trotz allem revolutionärem Pathos handelte es sich aber eher um einen pragmatischen Kurs, der zumindest zu Beginn zu einer relativ großen Identifikation vor allem der Landbevölkerung mit den angestrebten Zielen führte. Dies sicherte dem Land bis dato eine gewisse politische Stabilität, vor allem auch hinsichtlich der Nord-Süd-Spannungen.

"Weiße Elefanten" und leere Kassen

Etwa 70 % der ca. 4,6 Millionen Einwohner Benins leben als Bauern, Fischer (Binnenfischerei) und Viehzüchter auf dem Land. Der Großteil der Gesamtanbaufläche von ca. einer Million Hektar befindet sich im Süden, in dem sich auch der Großteil der Bevölkerung konzentriert. In weiten Teilen ist die Landwirtschaft von der Subsistenzwirtschaft geprägt. Neue Produktionsmethoden sind die Ausnahmen, das Produktionswachstum hält in etwa Schritt mit dem Wachstum der Landbevölkerung. Die Zunahme der Bevölkerung im Süden drückt sich in einer wachsenden Landknappheit und einem zunehmenden Raubbau an den ökologischen Ressourcen aus. Der Süden Benins ist praktisch entwaldet.

Die Aufhebung des Sklavenhandels im 19. Jahrhundert "beraubte" Dahomey sei-

nes Hauptexportproduktes, der Sklaven, und es begann mit dem systematischen Aufbau der Palmölproduktion für den Export. In der Folgezeit wurde Dahomey dann unter kolonialer Herrschaft Frankreichs zu einem der größten Exporteure von Palmöl. Als weiteres Exportprodukt kam später Baumwolle hinzu. Mit diesen beiden Hauptexportprodukten nimmt das heutige Benin in einem Weltmarktkontext sinkender Rohstoffpreise eine nicht gerade günstige Position ein. Die Baumwollproduktion, die von 1982 bis 1986 immerhin um 350% gesteigert werden konnte kann deshalb die in sie gesetzten Hoffnungen als Devisenbringer nicht einlösen. Auch sind die ökologischen Folgen dieser Ausweitung der Exportproduktion unübersehbar.

Der Exportboom in den Nachbarländern Niger und Nigeria Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre signalisierte für Benin interessante ökonomische Perspektiven als Transitland für deren Handelswaren. Zu Beginn der 80er Jahre wurde deshalb in Benin mit dem Aufbau einer Zement- und Zuckerindustrie eine Industrialisierungspolitik eingeleitet, die sich vor allem am Bau- und Konsumboom in den Nachbarländern orientierte. Als jedoch durch den Verfall der Rohstoffpreise auch diese beiden Länder mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten (Niger ist vom Uran-, Nigeria vom Erdölexport abhängig), wurde die nüchterne Einsicht realisiert, daß man mit diesen Großprojekten auf "weiße Elefanten" gesetzt hatte. Alle einschlägigen ökonomischen Indikatoren signalisieren seit geraumer Zeit den wirtschaftlichen Abstieg. Der einzige Bereich mit enormen Zuwachsraten war und ist die Korruption. Der unter Kérékou von 15.000 auf ca. 55.000 Personen aufgeblähte Beamtenapparat und die maroden Staatsbetriebe schluckten sämtliche finanzielle Reserven: Die „Banque commerciale du Bénin", machte z.B. Verluste, die dem Dreiundvierzigfachen ihres Stammkapitals entsprechen. So kam es 1988 zum Zusammenbruch des Bankensystems — und damit auch zur großen beninischen Staatskrise.

Lenin-Statue zur Reparatur nach Moskau

Mit befreiendem Lachen wird heute auf dem verwaisten Lenin-Platz der Abtransport der Lenin-Statue „zu Reparaturzwecken" nach Moskau quittiert. Steckt sie doch voller Symbolik in Bezug auf das gescheiterte Modell der beninischen Kommando-Revolution.

Die ökonomische und finanzielle Krise Benins führte in den Jahren '88 und '89 zu einer scharfen Zuspitzung der bereits vorhandenen politischen und ökonomischen Widersprüche. Das Ausbleiben der Gehaltszahlungen für die Beamten aufgrund der Zahlungsunfähigkeit des Staates, die Liquidierung zahlreicher Staatsgesellschaften, Bankrott der Finanzinstitutionen und zunehmende Zweifel an der Kompetenz des alten Regimes führten zu einer Welle von Streiks, die bis zu 12 Monate anhielten und Ende 1990 den Verwaltungsapparat nahezu völlig lahmlegten.



Die beiden Konkurrenten bei der Stimmabgabe: Altpräsident Mathieu Kérékou ...

In einem auch in Benin völlig unerwarteten schnellen Öffnungsprozeß (Einberufung einer nationalen Konferenz aller gesellschaftlichen Kräfte im Februar 1990, in deren Folge politische Parteien zugelassen sowie Meinungsfreiheit und Amnestie politischer Gefangener zugesichert wurden) trat der „grand camérade de lutte" (der große Kampfgenosse) Kérékou unter Aufgabe seiner „revolutionären" Prinzipien den Rückzug von strategischen politischen Positionen an. Damit leitete er einen in Afrika einmaligen friedlichen Wechsel ein. Auch wenn die wichtigsten Geldgeber (Weltbank, Frankreich, Bundesrepublik, EG) nicht ganz unbeteiligte Zeugen des Geschehens waren, so kann dennoch nicht von einer „Paris-troika" gesprochen werden.

Strukturanpassung mit menschlichem Ansatz

Mit den sich mehrenden Krisenzeichen der beninischen Wirtschaft waren bereits Ende der 70er Jahre erste Überlegungen zu einer Zusammmenarbeit mit IWF und Weltbank angestellt worden. Ab 1983 mündeten diese Überlegungen in einen intensiven Meinungsaustausch mit der Weltbank über die einzuschlagenden Anpassungsrezepte. In einem 1989 definierten „Policy framework paper" werden die zentralen Bereiche der einzuleitenden Programme festgelegt: Überwindung der Finanzkrise, Wiederaufbau des Bankensystems, Umschuldungsmaßnahmen zur Wiederherstellung der Zahlungsunfähigkeit, Reduzierung des Außenhandelsdefizits, Reduzierung des öffentlichen Dienstes bei gleichzeitiger Förderung des privaten Engagements, Liberalisierung des Außenhandels, etc.

Dieser altbekannte Maßnahmenkatalog soll wie gehabt zu einer Revitalisierung des ökonomischen Wachstums führen. Neu und beachtenswert ist das besondere Augenmerk, das auf kompensatorische Maßnahmen zur Vermeidung von sozialen Härten gelegt wird. Zu erwähnen ist hier besonders ein Sozialfonds in Höhe von 10 Millionen Dollar für die Bereiche Gesundheit, Bildung und Ernährungssicherung sowie ein Programm zur Abfindung freiwillig ausscheidender Beamter. Gleichzeitig wurden mehrere Investitionsprogramme für die Sektoren Landwirtschaft, Gesundheit und Bildung angekündigt. Mit einiger Verblüffung müssen alle Weltbankkritiker feststellen, daß dieses Anpassungsmodell in Benin von einem breiten Konsens getragen und als wirkliche Chance für einen Neuanfang gesehen wird.

„Ist das hier ein ziviler Putsch, oder was?"

Mit dieser entgeisterten Frage kommentierte der Altpräsident Kérékou die Ergebnisse der von ihm selbst einberufenen „Conférence nationale de forces vives de la nation" (Nationale Konferenz der gesellschaftlichen Kräfte, 19. bis 28. Februar 1990). Nach Tagen äußerst engagierter Diskussion hatte sich die Konferenz vom ursprünglichen Auftrag des Präsidenten gelöst, sich selbst für souverän und die alte Revolutionsverfassung, das Scheinparlament und das Politbüro für aufgelöst erklärt und den Rücktritt der gesamten Regierung erzwungen. Außerdem verabschiedete sie eine Reihe von Beschlüssen zur weiteren Öffnung und Festigung der demokratischen Erneuerung: Einführung eines pluralistisch-demokratischen Systems, Garantie von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Freilassung aller politischen Gefangenen, Wahrung der Menschen- und Freiheitsrechte, Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums, Pressefreiheit und Reorganisation der Si-



... und Nicéphore Soglo. Wird er sein Wahlversprechen halten?

cherheitskräfte des Landes.
Zur Verblüffung aller sah sich das politische Chamäleon Kérékou gezwungen, teils aus Einsicht, teils unter politischem Druck, in einem theatralischen, tränenreichen Akt auf alle (!) Forderungen der Konferenz einzugehen. Er lehnte lediglich den von ihm verlangten Rücktritt ab. Im Sinne einer provisorischen Volksvertretung etablierte die nationale Konferenz schließlich einen Hohen Rat der Republik. Dieser nimmt legislative Funktionen wahr und kontrolliert die Maßnahmen der bis zur Neuwahl eines Parlaments amtierenden Übergangsregierung. Diese wurde von dem von der Konferenz gewählten ehemaligen Weltbank-Exekutivdirektor Nicéphore Soglo geleitet.
Die wichtigsten Ziele und Ergebnisse der Übergangsregierung waren: Wiederaufnahme der Arbeit in Verwaltung und Erziehungswesen Ende März 1990 nach einem rund einjährigen Streik, regelmäßige Zahlung der Beamtengehälter, Wahl der Bürgermeister und Gemeindevertreter (10.11.90), Fortsetzung des Strukturanpassungsprogramms mit Reformversuchen in den wichtigsten Bereichen, Versuche zur Wiederherstellung eines unabhängigen Justizwesens, erste Maßnahmen im Kampf gegen Korruption usw. In der Folgezeit wurde ein Verfassungsreferendum abgehalten, in dem 73% der WählerInnen für den vorgelegten Text stimmten.
Am 17. Februar 1991 fanden dann die Parlamentswahlen und am 10. und 24. März die Präsidentschaftswahlen statt.

Wahlen: General oder Technokrat?

Nach den Parlamentswahlen stellten die beiden Durchgänge der Präsidentschaftswahlen die eigentlich spannende politische Herausforderung dar. Während die Wahl der 64 Abgeordneten, die ungefähr 18 Parteien repräsentieren, noch kein deutliches Bild ergibt — die meisten sind noch damit beschäftigt, wechselseitige Allianzen zu gründen - konzentrierte sich das politische Interesse auf den Ausgang der Präsidentschaftswahlen.
Für politischen Wirbel sorgte zunächst wieder einmal „Camérade Chaméléon“, der „Alte“: Völlig unerwartet warf er wieder seinen Hut in den Ring und kandidierte in letzter Minute für die Wahlen. Für den „Kandidat der Kandidaten“ haben im ersten Wahlgang 27% ihre Stimmen abgegeben, für den ehemaligen Weltbankangestellten und Technokraten Soglo stimmten 36% der WählerInnen.

Mit Spannung wurde der zweite Wahlgang am 24. März, das Duell zwischen dem General und dem Technokraten, erwartet, eine Spannung, die durch wild wuchernde Gerüchte über anstehende Putschversuche und die Behauptung, Soglo, der an einer schweren Krankheit litt, sei mit Hilfe von Zaubermitteln vergiftet worden, noch gesteigert wurde. Der Wahlgang selbst wurde von schweren Ausschreitungen von Parteigängern Kérékous gegen politische Gegner begleitet, bei denen es auch zu Todesfällen kam.
Mit 67% ging Soglo als klarer Sieger gegenüber Kérékou mit 32% aus den Wahlen hervor, wobei die Wahlbeteiligung mit 56% im ersten und 64% im zweiten Wahlgang relativ niedrig lag. Die Verteilung der Stimmen nach Regionen ist extrem unterschiedlich: Während im Süden 80% der Bevölkerung für Soglo gestimmt hatten, wählten im Norden 85 % den Altpräsidenten Kérékou.

Kérékou hat sich wieder einmal, wenn auch unter ganz anderen Vorzeichen, als „gefährlicher Revolutionär“ erwiesen. Diesmal wird er für seine Staatschefkollegen in den Nachbarländern gefährlich. Diese hatten wiederholt versucht, mit allen Mitteln einen politischen Wandel zu verhindern, weil sie mit Recht die beninischen Lehren zu fürchten haben. Inzwischen hat man in Benin mit einer Amnestie für Kérékou einen Schlußstrich unter seine Revolutionsgeschichte gezogen.
Für den neugewählten Präsidenten türmen sich nicht nur die politischen und ökonomischen Probleme, sondern es häuft sich auch zunehmend die Kritik an dem wie es heißt „politischen Opportunismus“ des Weltbankverwalters.

Perspektiven politischer Erneuerung

Ein wichtiger Grund für die breite Zustimmung für Soglo waren die bei ihm vermuteten ökonomischen Kompetenzen. Mit einer Verschuldung von mehr als 600 Milliarden Francs CFA (ca. 2 Milliarden DM) und der im Vergleich mit anderen Staaten Afrikas niedrigen Kaufkraft werden die Aufgaben der Konsolidierung des Staatshaushaltes, die Ankurbelung der brachliegenden Wirtschaft und die übrigen beschlossenen Reformen nicht leicht fallen.
Die Militärs haben sich zwar weitgehend aus dem öffentlichen und gesellschaftlichen Leben zurückgezogen und die gefürchtete Präsidentengarde Kérékous wurde aufgelöst. Ihr politischer Einfluß darf aber nach wie vor nicht unterschätzt werden. Auch bleiben die Antagonismen zwischen dem Süden und dem Norden weiter bestehen.
Trotz der großen Freude über den Wechsel bleiben deshalb eine ganze Reihe von Fragen offen. So auch die, ob die neue Regierung in der Lage und Willens ist, eine fundierte Neuorientierung der Entwicklungspolitik gegenüber der ländlichen Bevölkerung einzuleiten. Oder werden sich wieder die städtischen Mittelklassen mit Streiks und Streikandrohungen mehr Gehör verschaffen, um ihre Interessen durchzusetzen?
Was allerdings jetzt schon als großer politischer Erfolg festgehalten werden kann: Das Beispiel Benin hat die alten festgefahrenen Strukturen von Mauretanien bis Gabun zum Tanzen gebracht.

Valérie Broch-Alvarez

Anmerkungen:
[1] Haupteinnahmequelle der Königreiche im Süden des heutigen Benins war im 18. und 19. Jh. der Sklavenhandel, ihre "Waren" beschafften sie sich dabei vor allem in den nördlichen Regionen. Ein weiterer Spaltungsfaktor ist die Religion (Norden: weitgehend islamisch, Süden: teilweise christianisiert). Ein großer Teil der intellektuellen Elite des Landes rekrutiert sich aus rückgekehrten Sklaven, die sogenannten Brasilianer, die seit Beginn des 19. Jhds. an der Küste siedelten. Sie waren ihrerseits Mittler im Sklavenhandel und unterstützten Frankreich bei der Etablierung seiner Kolonialmacht.

Kurdische Intifada

Im Januar wurde eine teilweise Freigabe der bislang verbotenen kurdischen Sprache bekanntgegeben, im Februar offenbarte Präsident Özal Geheimgespräche mit Vertretern der kurdischen Aufständischen im Irak — eine Wende der seit 65 Jahren betriebenen Politik der Leugnung kurdischer Existenz durch die Türkei? Auf die von großen Teilen der Bevölkerung getragene Welle von Protestaktionen und Streiks sowie offener Unterstützung der Guerilla der PKK im Monat des Widerstandssymbols Newroz reagierten die Sicherheitskräfte widersprüchlich: Neben blutige Unterdrückungsmaßnahmen trat eine gewisse Deeskalierungsstrategie. Das befürchtete große Blutbad am 21.3., dem Newroztag, blieb dank einer teilweisen Duldung der kurdischen Aktivitäten aus. Ob allerdings mehr als bloßes Taktieren des wendigen Staatspräsidenten Özal hinter seinem Vorstoß steht, muß sich nicht zuletzt im Verhalten der Türkei angesichts des Völkermordes im irakischen Kurdistan erweisen.

„Dieses Jahr hat der März[1] früh angefangen, aber er wird hart werden", gibt die Journalistin und medico-Mitarbeiterin L.Schmidt den Kommentar einer Frau aus Cizre, dem Zentrum des kurdischen Volksaufstandes im letzten Jahr, zu den Ereignissen der ersten Märzwoche wieder.

Nachdem bereits am Tag des Waffenstillstandes in Schirnak und drei Tage später in Idil Spezialeinheiten der Armee auf demonstrierende Bauern geschossen hatten und dabei mindestens 6 Menschen, darunter den 13jährigen Ahmet Gülec, erschossen hatten, war es in diesen beiden Städten zu aufstandsartigen Protesten der gesamten Bevölkerung mit Ladenschließungen und Schulstreiks gekommen. In zahlreichen anderen Orten (Lice, Kulp, Kozluk, Cizre...) organisierten die BewohnerInnen aus Solidarität ähnliche Protestaktionen und Aufstände.

Bei allen Demonstrationen wurden Parolen wie „Nieder mit dem Terror der Armee", „Freiheit für Kurdistan" und vor allem immer wieder „Es lebe die PKK" gerufen. Oft wurden auch Schweigeminuten für gefallene Kämpfer der PKK abgehalten und kurdische Fahnen entrollt. Zu gewalttätigen Protesten, bei denen v.a. staatliche Institutionen angegriffen und teilweise verwüstet wurden, kam es überall dort, wo die Armee auf zunächst friedliche Demonstrationen geschossen hatte.

Ausgelöst wurde das frühzeitige Ausbrechen des diesjährigen Serhildan, wie die Intifada der KurdInnen von diesen selbst genannt wird, durch den verstärkten Terror der Armee und ihrer Spezialeinheiten nach dem Waffenstillstand am Golf. Die bereits während des Golfkrieges unter Hinweis auf eine mögliche Bedrohung seitens des Irak noch über das übliche hohe Maß verstärkte Präsenz der Armee wurde direkt am Tag des Waffenstillstandes für eine neue Offensive gegen die PKK genutzt. Vom „Super-Gouverneur" der 13 unter Ausnahmerecht stehenden kurdischen Provinzen als „Routineoperation gegen Terroristen" bezeichnet, richtete sich diese Offensive allerdings wie so oft gegen die Dorfbevölkerung. Das gesamte Gebiet wurde für die Presse gesperrt. Dabei kam es zu den üblichen schweren Menschenrechtsverletzungen wie Mißhandlungen und Folterungen, teilweise wurde versucht, die Leute zum Beitritt bei den Dorfschützern des türkischen Staates zu zwingen.

Bereits Mitte März war ganz Türkei-Kurdistan von aufstandsartigen Protesten der Bevölkerung gegen diese Politik durchzogen. Auch die Guerilla der PKK hat ihre Frühjahrsoffensive begonnen, aus mehreren Gebieten wurden bewaffnete Auseinandersetzungen gemeldet. Für das Newrozfest selbst am 21.3. wurde von der PKK auf Flugblättern zum Streik und zum öffentlichen Feiern des kurdischen Neujahrsfestes aufgerufen.

Diesem Aufruf versuchte der Staat ein offizielles Programm zum Feiern des „türkischen Frühlingsfestes Newroz" entgegenzusetzen, von dem es in einem offiziell verbreiteten Flugblatt heißt, „daß die separatistischen Banditen versuchen, Newroz als ihr Fest zu beanspruchen". Am Vorabend des Newroz war es somit vollkommen offen, ob die Situation zu einem Blutbad eskalieren würde.

Dazu kam es glücklicherweise nicht, doch zeigt das Gesamtbild vom Verlauf der Aktionen am Newroz, soweit es sich hier erschließen läßt, in hohem Maße widersprüchliche Züge. Es gab in der ganzen Türkei, auch unter der im Westen in den großen Städten lebenden KurdInnen, große Feiern und Demonstrationen, überall wurden in den kurdischen Provinzen die Newroz-Feuer entzündet.

In vielen kurdischen Städten wurden die Großdemonstrationen zu Newroz geduldet, so die von über 15 000 Menschen in Cizre, 10 000 in Idil usw. Andernorts dagegen schossen wiederum „Sicherheitskräfte" in die demonstrierende und feiernde Menge, so in Silopi und Nusaybin.

Insgesamt also eine bislang schwer zu überschauende widersprüchliche Mischung aus Duldung und Repression im Verhalten der Sicherheitskräfte.

Die „Wende" in der Kurdistan-Politik Özals

Im Januar hatte die Ankündigung der Regierung in Ankara Aufsehen erregt, das 1983 von den Militärs erlassene Verbot der kurdischen Sprache teilweise aufzuheben. Allerdings bezieht sich diese Lockerung nur auf zwei Bereiche, in denen das Verbot vom türkischen Staat sowieso noch nie durchgesetzt werden konnte, nämlich auf das Sprechen in der Öffentlichkeit und die Benutzung kurdischsprachiger Musik- und Videocassetten. Zudem steckt der bekanntgewordene Gesetzentwurf voller Widersprüche und Merkwürdigkeiten; so ist z.B. in dem Gesetz nur von in der Türkei benutzten „örtlichen Sprachen und Dialekten" die Rede, der Begriff „kurdisch" taucht nach wie vor nicht auf. Kurdischsprachiger Unterricht bleibt auch weiterhin verboten. Bezeichnenderweise wurde auch ein zum Zeitpunkt der Diskussionen um die Zulassung der kurdischen Sprache veröffentlichtes Kurdisch-Lehrbuch sofort nach Erscheinen beschlagnahmt.

Richtig Auftrieb erhielt die Diskussion um die „neue Kurdenpolitik " Özals erst, als bekannt wurde, daß der türkische Staatspräsident Anfang März den irakischen Kurdenführer Jalal Talabani, Führer der irakisch-kurdischen PUK (Patriotische Union Kurdistans) und innerhalb des Bündnisses der irakischen Kurdistan-Front so etwas wie der Außenminister sowie einen hohen Abgesandten von M.



Die KurdInnen in der Türkei haben einfach nichts mehr zu verlieren

und Özals 'Wende'

Barzanis DPK (Demokratische Partei Kurdistans) zu Gesprächen nach Ankara eingeladen hatte. Auf türkischer Seite waren enge Vertraute Özals und Vertreter des türkischen Geheimdienstes beteiligt. Bereits zuvor war der Versuch Özals erkennbar geworden, bei der Diskussion um die Rolle der Türkei in der Nachkriegsordnung im Nahen Osten diese als eine Art Schutzmacht für die Kurden im Nordirak zu empfehlen. Mit den Kontakten zu hohen kurdischen Repräsentanten aus dem Irak hatte Özal allerdings erstmals mit der bisherigen Politik der Türkei gebrochen, nicht nur die kurdische Minderheit im eigenen Land zu unterdrücken und ihre Existenz zu leugnen, sondern auch die kurdischen Bevölkerungen in den Nachbarländern zu ignorieren. Im Gegensatz dazu hatten Irak und Iran bei Konflikten untereinander stets die kurdischen Bewegungen der gegnerischen Seite unterstützt.

Die Türkei hat mit dem Irak ein Abkommen, das ihr die Verfolgung kurdischer Rebellen bis 30 km auf irakisches Territorium erlaubt. Bei militärischen Vorstößen auf der Grundlage dieses Abkommens, wie z.B. 1987, hat türkisches Militär auch irakisch-kurdische Stellungen angegriffen. Während Özal den irakischen Diktator Hussein öffentlichkeitswirksam aufforderte, die Angriffe auf die irakischen KurdInnen einzustellen, drang am 30.3. die türkische Armee mehrere Kilometer in den Nordirak vor, um PKK-Peshmergas anzugreifen.

Deshalb löste das Bekanntwerden der Kontakte Özals zu den irakischen Kurdenführern in der türkischen Öffentlichkeit großen Wirbel aus. Berichte über Kurdistan waren bis vor kurzem in der Presse mit schwarzen Balken anstelle der kurdischen Begriffe erschienen. Jetzt sind alle Zeitungen voll mit „kurdischen" Meldungen und Berichten. In diesen wurden auch schnell Spekulationen laut, daß Özal die Pläne für eine vollkommene Neuorientierung der Kurdistanpolitik bereits mit seinen Beratern erarbeitet habe. Pläne für eine umfassende Verfassungsänderung wurden bekannt, die wesentliche Teile der 1982 von den Militärs oktroyierten, grundlegende demokratische Rechte einschränkenden Verfassung revidieren würde. Für die kurdische Minderheit sollen im wesentlichen einige über die Sprachregelung hinausgehende kulturelle Rechte wie die Verbreitung kurdischsprachiger Publikationen, Musik- und Theaterstücke sowie der Betrieb kurdischer Rundfunksender eingeführt werden.

Am Freitag den 12.4.1991 hat das türkische Parlament nun das bisher geltende Sprachverbot für das Kurdische aufgehoben. Allerdings bleibt die Verbreitung kurdischer Slogans auf Kundgebungen weiter verboten, auch der Anti-Umsturz-Paragraph 146 (Verbot bewaffneter oder auf andere Weise auf einen Umsturz des Staates gerichteter Aktivitäten) bleibt weiter in Kraft. Gleichzeitig soll eine stufenweise Amnestie für ca. 40 000 der 65 000 Gefangenen des Landes durchgeführt werden. Die 256 noch beim Parlament anhängigen Todesstrafen sollen in lebenslange Haftstrafen umgewandelt werden. Von dieser Amnestie sollen alle im Zusammenhang mit bewaffneten oder sogenannten „terroristischen" Aktionen inhaftierten Personen ausgenommen sein. Da jedoch in der Türkei die meisten linken Gruppierungen als „terroristisch" verfolgt werden, vor allem die zahlreichen politischen Gefangenen aus den Reihen der PKK, werden diese nicht von der Amnestie profitieren. Gegen die PKK richtet sich auch die Beibehaltung des Verbotes „separatistischer" Propaganda, offenbar soll eine entsprechende Regelung auch in ein neues „Anti-Terror-Gesetz" Eingang finden. Es wird also für die politische Justiz und die immer noch nicht abgeschafften Militärgerichte auch in Zukunft genug Repressionsmöglichkeiten geben.

Krise des Özal-Regimes und neue Außenpolitik

Mit den beschriebenen politischen Vorstößen in der Kurdistanfrage hat Özal gleichermaßen seine Gegner erbost wie seine bisherigen Verbündeten verwirrt. So waren über seine Kontakte zu den irakisch-kurdischen Führern offenbar weder der Außenminister noch seine eigene Partei ANAP („Mutterlandspartei") informiert worden und mußten Özals neueste außenpolitische Wendung über die Tagespresse zur Kenntnis nehmen. Selbst Abgeordnete der ANAP griffen Özals „kurdenpolitische Wende" daraufhin hart an. Sein konservativer Gegenspieler Demirel von der „Partei des rechten Weges" bezichtigte ihn des „Spiels mit dem Feuer", die sich in der Kurdistanfrage stets staatstreu und kemalistisch gebenden Sozialdemokraten malten gar die drohende Zerstückelung der Türkei an die Wand. Äußerste Mißbilligung erntete Özal für seinen Vorstoß auch bei der Armee. Dieser war bereits die von Özal seit Beginn der Golfkrise betriebene Ausweitung der Rolle der Türkei als Ordnungsmacht für den Mittleren Osten ein Dorn im Auge gewesen. Der türkische Versuch der Mitgestaltung einer Nachkriegsordnung stellt einen Bruch mit der bisherigen Politik der Pflege guter Beziehungen zu den arabischen Staaten bei gleichzeitiger Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten dar. Die Armee hatte bisher vornehmlich die Rolle des inneren Ordnungsgaranten und Bluthundes gegen alle Widerstandsströmungen gespielt. Auch im Regierungslager entbrannten bereits über Özals Kriegspolitik heftige Auseinandersetzungen. Neben den, ähnlich wie die Armee, gegen außen-


Der Guerillakrieg in Kurdistan ist ein Hindernis für die Pläne zur Industrialisierung der Region

politische Abenteuer eingestellten Kräften bezog vor allem der islamisch orientierte Flügel der ANAP gegen den letztlich die islamische Bevölkerung des Irak treffenden Golfkrieg Stellung. Insgesamt verschliß Özal daher seit dem 2. August 1990 bereits 2 Verteidigungs- und einen Außenminister und 4 Generäle.
Auch in anderer Hinsicht ist das Özal-Regime heftiger Kritik ausgesetzt: Zahlreiche hohe Ämter und Posten in Politik und Wirtschaft sind mit Mitgliedern des Özal-Familienclans besetzt, so war der inzwischen wieder geschaßte Verteidigungsminister Dogan ein Neffe Özals.
Außerdem ist die seit dem Putsch 1980 betriebene neoliberale Wirtschaftspolitik in ökonomischer und sozialer Hinsicht so gut wie gescheitert. Bei sinkenden Wachstumsraten und einer bereits seit Jahren wieder ins astronomische steigenden Inflationsrate ist die soziale Verelendung so weit fortgeschritten, daß trotz aller unter dem Vorwand der Golfkrise noch weiter verschärften Repression Ende letzten Jahres eine gewaltige Streikwelle mit politischen Forderungen (gegen den Krieg und nach Özals Rücktritt) durchs Land ging.
Da bot sich ein außenpolitischer Kurswechsel mit Ansprüchen auf eine Teilhabe der Türkei an der Beuteverteilung nach dem Golfkrieg geradezu an. Nachdem die zunächst auf eine mögliche Besetzung des kurdischen Nordirak mit seinen reichen Ölvorkommen gerichtete Kriegspolitik Özals am Widerstand von Armee, Regierung und Oppositionsparteien gescheitert war, entstand so offenbar die Idee, als Schutzmacht eines föderativen kurdischen Bundesstaates im Nordirak aufzutreten und darüber Einfluß auf die Entwicklung in dieser Region zu gewinnen. Vollkommen ausgeschlossen wurde zu jedem Zeitpunkt, daß die Türkei die Herausbildung eines eigenständigen kurdischen Staates tolerieren würde. Dies wurde von Özal auch bei seinem Besuch in den USA Ende März des Jahres nochmals bekräftigt. Es ging also bei dem außenpolitischen Vorstoß in Sachen Kurdistan immer um eine Begrenzung der sich möglicherweise herausbildenden kurdischen Autonomie im Irak und somit um die Verhinderung einer Zerstückelung des Irak.

Die Lockerung des Sprachverbotes und die von Özal angekündigten inneren Reformen erfüllten in diesem Zusammenhang sicherlich auch den Zweck, die neue Rolle der Türkei als Schutzmacht der irakisch-kurdischen Bevölkerung durch ein Einlenken in der eigenen Kurdenproblematik glaubhaft zu machen. Schließlich erhoffen sich die türkische Regierung und Özal als Ergebnis ihres Golfkriegs-Schulterschlusses mit den Alliierten und vor allem den USA neben umfangreichen Entschädigungen und einem Platz am Tisch der Sieger auch einen neuen Anlauf bei den bislang gescheiterten Bemühungen um EG-Aufnahme. Dazu ist eben auch etwas mehr Menschenrechtskosmetik und Demokratisierungsanschein als bisher vonnöten.
Es wäre allerdings verkürzt, die Reformbemühungen Özals ausschließlich auf seine eigenen machtpolitischen Interessen und außenpolitisches Taktieren zurückzuführen. Bereits mit den Volksaufständen im letzten Jahr und den zunehmenden Erfolgen der PKK zeigte sich recht deutlich, daß die 65jährige Politik der Leugnung und Zerstörung kurdischer Existenz in der Türkei gescheitert ist. Der für seine Untersuchungen zur Kurdistanfrage mehrfach und auch jetzt gerade wieder — zum Zeitpunkt der „kurdischen Reformen"! — wegen „separatistischer Propaganda" inhaftierte türkische Soziologe I. Besikci hatte bereits letztes Jahr in einem Interview mit der Zeitschrift „pogrom" der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) erklärt: „Wenn heute in Kurdistan Gebete für die Gefallenen (Guerilleros, d.A.) gesprochen werden, wenn für sie die vorgeschriebenen Riten und Gedenkgottesdienste abgehalten werden und dies auch noch in kurdisch, dann muß man von einer Revolution sprechen. Auch daß das kurdische Volk sich gegen die bis an die Zähne bewaffneten Sicherheitskräfte erhebt, daß Kaufleute aus Protest ihre Läden schließen und dies wie ein Flächenbrand von Stadt zu Stadt übergreift, spricht für sich.... Die Terrorpolitik des Staates ist im Grunde bankrott."
Die geschilderten Ereignisse im März dieses Jahres bestätigen diese Einschätzung nachhaltig. Die KurdInnen in der Türkei haben einfach nichts mehr zu verlieren und lassen sich deshalb auch von noch so brutalen Übergriffen der Sicherheitskräfte nicht mehr einschüchtern. Ob die bislang bekanntgewordenen Reformen allerdings geeignet sind, die Situation zu entschärfen, muß bezweifelt werden. Von einer substantiellen Änderung der Situation in Türkei-Kurdistan kann nicht gesprochen werden, solange

- über die Hälfte des türkischen Heeres (ca. 500000 Mann) in Kurdistan steht und dort v.a. mit den berüchtigten Spezialeinheiten („Rambos") einen brutalen Aufstandsbekämpfungskrieg gegen Bevölkerung und Guerilla führt,
- weiterhin die 13 kurdischen Provinzen unter (dem gerade wieder verlängerten) Ausnahmezustand stehen und von einem „Supergouverneur" mit quasi diktatorischen Vollmachten verwaltet werden,
- immer noch beim Europarat die von der Türkei mitunterzeichnete Menschenrechtskonvention ausgesetzt ist,
- zahlreiche Dekrete mit Gesetzeskraft essentielle Grundrechte wie die Pressefreiheit einschränken.

Eine Entschärfung der Situation ist jedoch auch in den Augen wichtiger Kräfte innerhalb der Türkei nötig, nicht zuletzt stellt das Aufstandsklima und der Guerillakrieg in Kurdistan auch ein ernsthaftes Hindernis für die hochfliegenden Pläne zur Kapitalisierung und Industrialisierung der Region v.a. über das gigantische GAP-Projekt dar, mit dem massiv ausländisches Kapital ins Land geholt werden soll. Bereits letztes Jahr sind mehrere Investoren, darunter auch bundesdeutsche, unter Hinweis auf die unsichere Lage wieder abgesprungen. Auch der Ölmulti Chevron hat Probebohrungen bei Cizre, dem Zentrum der Aufstände letzten Jahres, wieder eingestellt (ausführlich in Blätter des iz3w Nr. 168).
Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch, auf welche Kräfte sich Özal mit sei-

nen neuerlichen Wendungen stützt. Natürlich hofft Özal, durch Liberalisierungsmaßnahmen und die seit langem von der Bevölkerung vehement geforderte Amnestie Stimmen für die im Herbst anstehenden Wahlen zu gewinnen, welche die ANAP bei der aktuellen Stimmungslage der Bevölkerung haushoch verlieren dürfte. Die angestrebten bzw. im Schnellverfahren durchgeführten Reformen sind aber auch im Interesse der auf Modernisierung und Internationalisierung ausgerichteten Teile des türkischen Kapitals. Auch die Aufheizung des innerbetrieblichen Klimas durch die brutale Unterdrückung aller Formen der Arbeiterbewegung läuft den Interessen der weiterblickenden Teile des türkischen Kapitals zuwider. Bereits letztes Jahr hatten nach der blutigen Unterdrückung der Demonstrationen und Feiern des 1.Mai einige Arbeitgeberverbände dessen Legalisierung eingefordert. Insofern dürfte auch der Verlauf des bevorstehenden diesjährigen 1.Mai eine Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit und Durchsetzungschancen von Özals Reformbestrebungen sein.

Kurdische Flüchtlinge unter Kontrolle türkischer Militärs



Gesamtkurdische Freiheitskämpfe?

Die PKK scheint durch Özals Vorstoß in der Kurdistanfrage auch überrascht worden zu sein, hat aber bereits Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Entgegen der hierzulande immer noch häufig in der Presse anzutreffenden Behauptung, die „extremistische" PKK bestehe kompromißlos auf einem eigenen kurdischen Staat hat der PKK-Vorsitzende Öcalan bereits seit längerem moderate Töne angeschlagen und erklärt, daß eine Autonomie innerhalb der Türkei auch im Interesse der PKK läge.

Inzwischen hat die PKK — u.a. in einem Interview ihres Vorsitzenden Abdulla Öcalan mit dem „Weltspiegel" der ARD — auch erklärt, daß sie unter Umständen zu einer Einstellung des bewaffneten Kampfes und zur Aufnahme von Verhandlungen bereit wäre. Vorbedingung wäre dabei mindestens eine Einstellung des Staatsterrors der Armee und ihrer Spezialeinheiten. Als Ziele wurden die Erlangung der „politischen Ausdrucksfreiheit" für die KurdInnen und ein Referendum über die Zukunft der KurdInnen in der Türkei genannt.

Eine weitere wichtige Entwicklung auf der Seite des kurdischen Widerstandes sind neue Bestrebungen, die bisherige Zersplitterung zwischen den zahlreichen Organisationen in den verschiedenen Okkupantenstaaten zu überwinden und erstmals einen gesamtkurdischen Nationalkongreß anzustreben. Initiiert wurden diese Bestrebungen offenbar von der irakischen Kurdistanfront, in der sich zu Beginn der Golfkrise die wichtigsten kurdischen Oppositionsgruppen des Irak zusammengeschlossen hatten. Erste Früchte dieser Entwicklung zeigten sich bereits bei den Kontakten Özals zu den irakischen Kurdenführern. Nur zu gerne hätte die türkische Seite dabei die „gemäßigten" irakischen Kurdenvertreter, v.a. Talabani, gegen die „extremistische" PKK ausgespielt. Doch anstatt diese als terroristisch zu verurteilen, erklärte Talabani, er schätze die PKK als patriotische Kraft. Entsprechend war es in der Türkei einer der Hauptkritikpunkte an Özals Kontakten, daß er keine solche Verurteilung erreicht habe. Doch auch so tat die türkische Presse alles, um Talabani in nicht gerechtfertigter Weise als „unseren Mann unter den Kurden" darzustellen und so die Atmosphäre für einen kurdischen Nationalkongress zu verderben. Die PKK hat noch keine offizielle Stellungnahme zu den Kontakten der irakischen Kurden mit der Türkei veröffentlicht, jedoch erklärt, über diese Kontakte vorab von den irakisch-kurdischen Gruppen informiert worden zu sein.

In Stockholm fand vom 15. bis zum 18. März eine große Kurdistankonferenz mit Vertretern aller wichtiger Organisationen, auch der PKK, aus den fünf die kurdischen Gebiete besetzt haltenden Staaten (Türkei, Syrien, Irak, Iran, UdSSR) sowie Repräsentanten aus dem kurdischen Exil statt. In der hiesigen Medienlandschaft wurde diese wichtige Konferenz übrigens mit einer geradezu skandalösen Nichtbeachtung bedacht. Neben den kurdischen Delegierten waren auch Vertreter der englischen Labour Party, der schwedischen Sozialdemokraten, belgische Parlamentsabgeordnete, Vertreter zahlreicher Solidaritätsgruppen sowie humanitärer Organisationen an der Konferenz beteiligt. Ein Schwerpunkt bei der Konferenz bildete die Frage, wie für die durch Golfkrieg und Embargo schwer notleidende kurdische Bevölkerung im Irak Lebensmittel und Medikamente organisiert werden und der damals noch nicht niedergeschlagene Aufstand unterstützt werden könnte. Außerdem wurden Grundsätze über die „Konkreten Erfordernisse zur Förderung und zum Schutze der Menschenrechte für das kurdische Volk" erarbeitet und eine „Stockholmer Erklärung über die Rechte des kurdischen Volkes" verabschiedet. Konsens bestand über das Selbstbestimmungrecht des kurdischen Volkes. Hier wurden Autonomieregelungen als zunächst anzustrebendes Ziel mit der Option auf Eigenstaatlichkeit als Fernziel beschlossen. Wenn auch sicher die Überwindung der innerkurdischen Zersplitterung und die Erlangung einer mit der PLO in Palästina vergleichbaren gesamtkurdischen Vertretung immer noch einen langen und schwierigen Prozeß erfordert, so ist doch ein erster historischer Schritt in diese Richtung getan worden.

Özal und die irakisch-kurdischen Flüchtlinge

Auf den eigentlichen Verlauf des irakisch-kurdischen Aufstandes kann im Rahmen

dieses Artikels nicht eingegangen werden. Grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, daß das kurdische Volk vor allem durch die USA in beispiellos zynischer Weise seiner abermaligen Vernichtung durch die Armee Saddam Husseins preisgegeben wurde. Bush selbst hatte in öffentlichen Äußerungen die irakische Bevölkerung und damit vor allem den seit langem organisierten kurdischen Widerstand zum Sturz des Hussein-Regimes ermuntert. Durch das offiziell ausgesprochene Flugverbot für die irakische Luftwaffe hat er den Eindruck erweckt, den Aufstand zumindest indirekt stützen zu wollen. Laut Zeitungsberichten wurde der Aufstand von der CIA auch direkt mitgeschürt, indem u.a. kurdische Persönlichkeiten aus dem Exil in die Aufstandsregion geflogen wurden, um dort über einen vom CIA mitunterhaltenen Rundfunksender „Stimme des freien Irak" zum Aufstand aufzurufen. Wir wissen, daß dann nichts unternommen wurde, um Saddam an der Niederschlagung des Aufstandes und einem neuen Völkermord zu hindern. Über Aufklärungsflugzeuge waren die USA genauestens über das Vorgehen der irakischen Elitetruppen informiert. Sowohl kurdische Quellen als auch die Mitarbeiterin von medico international vor Ort haben mehrfach beobachtet, wie auf amerikanische Aufklärungsflüge in ca. halbstündigem Abstand neue Angriffswellen der irakischen Armee auf noch unentdeckte Peshmergastellungen erfolgten — eine Interpretation dieses empirisch erwiesenen Phänomens soll hier den LeserInnen überlassen werden. Eine Hamburger Monatszeitung (ak) präsentiert sogar Informationen, nach denen Özal bei seinem US-Besuch im März eine Geheimdepesche Saddams an Bush übermittelt hat, in der dieser die Erlaubnis für die Niederschlagung der Aufstände im Land im beiderseitigen Interesse eingeholt hat.

Offensichtlich ist es der stillschweigende Konsens aller irgendwie beteiligten Staaten, daß ein auf den Flammen des Krieges kleingekochter Saddam Hussein immer noch die für den Westen und die Staaten der Region akzeptabelste Lösung im Irak darstellt, vor allem gegenüber der Option einer erstarkenden kurdischen Selbstständigkeit, in welcher Form auch immer. Sämtliche legitimen Interessen des kurdischen Volkes, selbst sein physisches Überleben, wurden diesem ordnungspolitischen Kalkül in menschenverachtender Weise geopfert. Als die internationalen Hilfsmaßnahmen endlich einsetzten, war der Aufstand zu einem großen Teil niedergeschlagen und Millionen von Menschen auf der Flucht in den bergigen Grenzregionen zur Türkei und zum Iran durch Hunger und Kälte vom Tode bedroht. Es drängt sich der makabre Eindruck auf, daß dies der Zustand ist, in dem die „internationale Gemeinschaft zivilisierter Staaten" ihre Hilfsobjekte am liebsten hat: als absolute Opfer, elend und abgerissen, sich würdelos um Hilfspakete prügelnd und nicht mit aufrechtem Gang um ihre Rechte kämpfend.

Die Rolle der türkischen Behörden in diesem Desaster stellt die Ernsthaftigkeit der kurdistanpolitischen Reformbestrebungen wie die neue Rolle als Schutzpatron für die irakischen KurdInnen in Frage. Bis jetzt weigert sich die Türkei, die Grenze offiziell zu öffnen. Während Erklärungen über die „faktische Öffnung" der Grenzen und internationale Hilfsappelle zur Unterstützung bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems abgegeben werden, haben das türkische Militär und die Grenzschützer immer noch Schießbefehl auf die Flüchtlinge, welche die Grenze überqueren wollen. Es heißt zwar, daß nur „Warnschüsse in die Luft" abgegeben werden, durch diese sind jedoch bereits mehrere Menschen zu Tode gekommen, darunter auch Kinder. Auch für die Flüchtlinge auf türkischem Territorium bedeuten die türkischen Sicherheitskräfte eher eine zusätzliche Bedrohung statt Hilfe.

Es ist offensichtlich, daß von türkischer Seite die Zahl der ins Land gelangenden Flüchtlinge so klein wie möglich zu halten versucht wird und zugleich jeder Kontakt mit der türkisch-kurdischen Bevölkerung verhindert werden soll, um so jede Vereinigung mit dem kurdischen Widerstand in der Türkei zu verhindern. Angesichts der Tatsache, daß inzwischen durch Entkräftung und Krankheiten täglich etwa tausend Menschen, v.a. Kleinkinder sterben, kann dies nur als Fortsetzung des Völkermordes mit anderen Mitteln begriffen werden.

Auf Behinderung und Schikanen trifft daher auch die breite Welle solidarischer Hilfe, welche die Bevölkerung Türkei-Kurdistans für ihre Brüder und Schwestern aus dem Irak auf die Beine gestellt hat. Koordiniert wird diese Hilfe im Rathaus von Cizre, das am nächsten zu den Grenzübertrittsstellen liegt und von wo aus die gesammelten Güter zu dem großen Camp bei Isikveren gebracht werden. Der Bürgermeister von Cizre, H. Haschimi, hat gleich in den ersten Tagen der Fluchtbewegung eine Versammlung aller Bürgermeister der Region einberufen, um Hilfsmaßnahmen zu beraten und zu koordinieren. Die Lieferungen werden von Bürgerkomitees organisiert, die von einem breiten Bündnis aller Verbände, Gewerkschaften, Menschenrechtsvereine und politischen Kräfte quer durch das gesamte Spektrum getragen werden. Die Armee hat diesen kurdischen Hilfsaktivitäten nur Behinderungen und Schikanen entgegengesetzt, die Lieferungen abgefangen und selbst die Verteilung beansprucht, die ÜberbringerInnen als „Separatisten und Terroristen" beschimpft. Gegen die Behinderungen wurden bereits Proteste organisiert, eine Solidaritätsdemonstration für die kurdischen Flüchtlinge mehrerer tausend Menschen in Diyarbakir wurde in gewohnter Weise vom Militär auseinandergeprügelt. 5 000 Menschen aus Cizre und Umgebung haben einen unbefristeten Hungerstreik angekündigt, falls die Behinderungen nicht aufhören. Inzwischen soll zumindest teilweise die direkte Verteilung der von der türkisch-kurdischen Bevölkerung gesammelten Hilfsgüter durchgesetzt sein.

Von einem wirklichen Einlenken der türkischen Regierung in der Kurdistanfrage, und sei es nur in humanitärer Hinsicht, kann angesichts dieser Vorgänge nicht die Rede sein.

Udo Wolter

Anmerkung:

[1] Der März ist in Kurdistan der Monat des Newrozfestes (Neujahrfest, 21.3.) und traditionell ein Symbol des Widerstandes gegen Fremdherrschaft.

Quellen: medico international, türkei information, Kurdistan Rundbrief, Kurdistan Komitee Köln, Yeni Ülke, Komkar, ak 239, Presseartikel

„Demokratie für Irak – Autonomie für Kurdistan"

Interview mit einem irakischen Oppositionellen

Tawfiq Al-Nuri (Name v. d. Red. geändert) mußte vor einigen Jahren aus seinem Land flüchten. Er lebt seitdem in der Bundesrepublik und gehört einer der Parteien an, die sich im „Komitee der gemeinsamen Aktion" zusammengeschlossen haben. Wir sprachen mit ihm über dieses oppositionelle Bündnis und den Krieg im Irak.

Daß es im Irak eine Opposition gegen das Regime Saddam Hussein gibt, ist lange Zeit nicht wahrgenommen worden. Erst durch den bewaffneten Aufstand ist dies in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. Nun ist es aber sicherlich nicht richtig, von „der" Opposition zu sprechen. Welche Hauptströmungen nehmen an dem Aufstand teil?

T.Al-Nuri: Man kann die irakische Opposition im wesentlichen in drei Strömungen unterteilen. Die erste Gruppe ist die Gruppe der Säkularisten. Sie besteht aus Kommunisten, Sozialisten und dem Teil der Baath-Partei, der sich gegen das herrschende Regime wendet. Die zweite starke Kraft bilden die religiösen Gruppierungen. Sie sind organisiert im Obersten Rat der Islamischen Revolution (SAIRI) mit dem Hauptsitz im Iran. Zu nennen ist vor allem die Dawa-Partei, eine irakische Partei, gegründet von Bakr al-Sadr, der 1979 vom Saddam-Regime ermordet wurde. Des weiteren sind die Organisation der Islamischen Aktion und die Bewegung der irakischen Mudschahedin von Bedeutung. Der dritte Teil der Opposition ist die Kurdische Opposition. Sie besteht aus mehreren Parteien, die vor zwei Jahren die sogenannte Kurdistan-Front gebildet haben. Zu ihr gehören die Demokratische Partei Kurdistans (DPK), die Kurdische Volkspartei, die Sozialistische Partei Kurdistans und die Patriotische Union Kurdistans (PUK), nicht zu vergessen der kurdische Teil der kommunistischen Partei. Vor kurzem wurde auch noch die Demokratische Assyrische Bewegung in die Front aufgenommen.

Der Süden des Iraks ist im wesentlichen von Schiitischen Arabern bevölkert. Hier haben die islamischen Bewegungen ihren Rückhalt. Welches sind die Unterschiede zwischen den Parteien?

Zunächst ein Wort zur gesamten islamischen Bewegung: Diese Bewegung will keinesfalls, wie oft vermutet, das Beispiel des Iran nachahmen. Es wäre auch falsch anzunehmen, die religiöse Bewegung wäre eine rein schiitische. Die Schiiten sind zweifellos die stärkste Kraft. Doch es ist vielleicht das Besondere an der irakischen islamischen Bewegung, daß hier Sunniten und Schiiten zusammenarbeiten und sich verständigen können. Das iranische Modell ist keine Lösung für die irakische Gesellschaft. Das ist auch deutlicher Beschluß der gesamten irakischen Opposition, also auch der Islamisten. Dieser Beschluß wurde in den Abkommen von Damaskus und Beirut festgehalten. Religion soll in den Augen der Schiiten eine Rolle in der Politik spielen, doch sie wollen die freie Entscheidung der Menschen darüber, wie diese zu gestalten ist. Und sie wollen nicht länger eine Außenseiterrolle spielen müssen. Die Islamische Bewegung — auch das muß gesagt werden — ist auch im Norden nicht unbedeutend.
Zu den Unterschieden: Es handelt sich weniger um religiöse als um politische Unterschiede. Insgesamt sind sie nicht so schwerwiegend. Sie äußern sich vor allem im Verhältnis zum Iran. SAIRI orientiert und erhofft sich Hilfe vom persischen Nachbarn, während Al Dawa dies ablehnt und auf Selbständigkeit setzt.

Welchen Einfluß hat das religiöse Oberhaupt der irakischen Schiiten, Abu Qassem Al-Khui, der sich in der Vergangenheit loyal zum Saddam-Regime verhalten hat und von Khomeini einmal als 'Saddams Hofpfaffe' bezeichnet wurde?

Abu Qassem Al-Khui ist Ausdruck und Personifizierung der schiitischen Tradition. Er ist ein Mann, dem viel Vertrauen geschenkt wird. Er ist Ratgeber in religiösen Angelegenheiten und Führer der meisten Schiiten, nicht nur im Irak.
Al-Khui hat sich — und während des Golf-Krieges hat man anderes von ihm erwartet — von der Politik distanziert, im Gegensatz z. B. von Bakr al-Sadr. Saddam hat immer versucht über Al-Khui die Schiiten zu gewinnen. Aber das hat nicht funktioniert. Die Menschen wissen, daß Al-Khui zu bestimmten Äußerungen gezwungen wurde. Er hat einen großen religiösen Einfluß, doch seine politischen Äußerungen werden wenig ernst genommen.

Wie haben sich die Schiiten im Irak während des Krieges mit Iran verhalten? Waren sie loyal zum schiitischen Iran, gerade auch weil sie im Irak diskriminiert wurden?

Nein, und das ist ein entscheidender Unterschied zwischen Schiiten im Irak und im Iran. Khomeini hat versucht sich diese Diskriminierungen im Krieg gegen Saddam zunutze zu machen. Die meisten Soldaten sind Schiiten. Aber das hat nicht funktioniert, weil die Schiiten im Irak nicht sektiererisch denken und agieren. Sie wollen nicht von iranischen Schiiten geführt werden. Sie wollen kein System auf religiöser Basis, sie wollen die Verbesserung der Politik durch die Religion.

Nun zu den Kurden: dort existieren die beiden großen Parteien DPK (Demokratische Partei Kurdistan) und PUK (Patriotische Union Kurdistans), beide aus dem Clan Barzanis entstanden. Wo liegen die Unterschiede?

In Kurdistan muß man die soziale Struk-



Saddam Hussein: Die Zeit ist bald abgelaufen

tur der Bevölkerung berücksichtigen. Hier hat sich traditionell eine Stammeskultur herausgebildet. Die führende Rolle, besonders was die Religion betrifft, spielte der Barzani-Clan. Sie weitete sich nach den vielen Niederlagen des kurdischen Volkes und dem Verrat der Großmächte auch auf die Politik aus. Die Spaltung durch Jalal Talabani erfolgte aus politischen Gründen. Talabani gründete dann die PUK. Barzani dachte wenig politisch und verengte so seinen Spielraum für politische Vereinbarungen. Er war sehr auf die nationale kurdische Sache fixiert und wenig interessiert an politischen Prozessen um ihn herum. So grenzte er sich immer kategorisch von den Kommunisten und anderen oppositionellen Kräften ab. Talabani sucht dagegen die Öffnung zu anderen arabischen Gruppierungen.

Viele bezeichnen Talabani, was seine Bündnispolitik anbelangt, als einen Opportunisten...

Vielleicht hat Talabani zu oft taktiert, gerade was die Baath-Regierung angeht. Aber DPK und PUK sind sich mittlerweile einig in ihren Zielen: Demokratie für Irak und wahre Autonomie für Kurdistan. Diese Ziele verfolgt die gesamte irakische Opposition.

Warum fordern die irakischen KurdInnen nicht, wie etwa die PKK (Kurdische Arbeiterpartei), einen eigenen Staat ? Was ist das Besondere an den KurdInnnen Iraks?

Seit der Gründung Iraks ist die Zusammenarbeit zwischen Kurden und Arabern sehr ausgeprägt gewesen. Schon nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches kämpften beide Volksgruppen gemeinsam gegen die britischen Kolonialisten für Freiheit und Selbständigkeit. Diese Verbindung setzte sich während der gesamten politischen Entwicklung des Iraks fort. So gab es in den letzten südlichen Ekken des Landes Demonstrationen gegen militärisches Vorgehen, das die Kurden bedrohte. Viele Araber flüchteten nach Norden in die Berge und kämpften mit den Kurden, so z. B. die KP mit der PUK. Diese Verbindung blieb im wesentlichen, trotz mancher rassistischer Diskriminierungen, bestehen.

Die KP als stärkste Oppositionskraft hat eine sehr wechselvolle Geschichte hinter sich. Sie wurde von dem Baath-Regime brutal verfolgt, hat aber auch zeitweise mit ihm zusammengearbeitet. Hat sie das nicht bei anderen Oppositionsgruppen in Verruf gebracht?

Die Geschichte der KP ist sehr kompliziert und sie läßt sich nicht in zwei Sätzen zusammenfassen. Die KP ist die älteste Partei des Iraks, sie wurde 1934 gegründet. Sie hat eine Menge Erfahrungen, und es ist betrüblich, daß sie diese Erfahrungen nicht immer umsetzen konnte. Trotz der Fehler bleibt die KP eine einflußreiche Partei.
Die Baath-Partei bekämpfte die KP schon 1963 äußerst konsequent bis zur Beinahe-Vernichtung. Nachdem sie 1969 die Macht ergriffen hatte, suchte sie zunächst wieder die Annäherung an starke Kräfte, Kommunisten und Kurden. Es gab Verhandlungen, bis sich 1973 aus der Baath-Partei und der KP die sogenannte Volksfront bildete. Zunächst waren die Kommunisten überzeugt, daß es sich bei der Öffnungspolitik der Baath-Partei nicht bloß um ein taktisches Manöver handelte. Doch als im Irak eine brutale Kommunistenverfolgung begann, wurde die Kritik in der KP immer lauter. 1979 verließ die KP endlich die Volksfront. Viele KPler schlossen sich dem kurdischen Guerillakampf an, einige gingen in den Untergrund und andere verließen das Land.

Welches gesellschaftspolitische Verständnis hat die KP?

Sie war moskauorientiert. Das gab natürlich innerparteiliche Schwierigkeiten, denn die Sowjetunion hat Saddam unterstützt. Viele Leute können nicht vergessen, daß Saddam, obwohl er viele Kommunisten getötet hat, bei seinem Besuch Moskaus von Breschnew herzlich empfangen wurde und sogar die Lenin-Medaille überreicht bekam.

Als die Baath-Partei mit der KP 1973 die Volksfront bildete, geschah dies vor allem in der Absicht, den starken Einfluß der Kommunisten in der Gewerkschaft zu unterwandern und zu eliminieren. Gibt es denn heute in den Gewerkschaften oder anderen sozialen Verbänden Räume, die nicht von der Baath-Partei durchdrungen sind?

Das war in der Tat die Absicht der Baath, und ihre Rechnung ist aufgegangen. Die KP meinte, man solle die Baath-Partei nicht allein regieren lassen und wollte Einfluß nehmen. Sie hat dann Vereinbarungen akzeptiert, so zum Beispiel die Auflösung von Organisationen der KP, wie etwa der Studentenvereinigungen. Die Baath-Partei hat des weiteren kommunistische Gewerkschaftsführer unter Druck gesetzt und zahlreiche inhaftiert. Die KP hat zwar immer dagegen protestiert, aber sie wurde im Grunde von den Baathisten nicht ernst genommen. Die KP glaubte daran, das ganze Volk müsse zusammenarbeiten, und hat die Volksfront deshalb aus ideologischen Gründen unterstützt. Aber sie hat die politischen Ziele der Baath falsch eingeschätzt. Die Baath-Partei hatte keine anderen Ziele als die Macht und hat die KP konsequent ausgenützt.
Es gibt viele Freunde der KP, die sagen, die Baath-Partei hätte ohne die in der Bevölkerung respektierte KP keine Chance gehabt, an der Macht zu bleiben. Die Kommunisten tragen damit natürlich einen Teil der Schuld an der Entwicklung im Irak.

Der Irak ist ein Land, von dem man sagt, seine Opposition sei außer Landes, im Gefängnis oder tot. Wie konnte es zu dem Aufstand kommen?

Eine politische Organisierung war nicht vorhanden, weil die Parteien vom Aus-

land aus operieren mußten. Aber das heißt nicht, daß sie die Beziehung zu der Bevölkerung verloren haben. Dieser Aufstand zeigt, daß das irakische Volk bereit ist, gegen das Regime zu kämpfen. Sicherlich ist eine bessere Kooperation zwischen den einzelnen Organisationen notwendig; und natürlich auch die Unterstützung durch andere Parteien und Menschen im arabischen Raum. Es ist natürlich eine große Enttäuschung für uns, daß nur wenige arabische Befreiungsbewegungen diesen Aufstand unterstützt haben, sei es politisch oder militärisch. Man ist scheinbar nicht bereit, den Fehler, Saddam unterstützt zu haben, korrigieren zu wollen. Das heißt natürlich nicht, daß wir uns von den arabischen Befreiungsbewegungen trennen wollen. Im Gegenteil: Wir betrachten uns weiterhin als ein Teil von ihnen. Und wir hoffen, daß sie jetzt erwachen und wahrnehmen, in welche Situation Saddam das irakische Volk gebracht hat. Es verdient die volle Unterstützung jedes progressiv denkenden Menschen. Auch wenn der Aufstand jetzt zu scheitern droht, wird er früher oder später weitergehen.

Die irakische Opposition hat sich wie andere arabische Parteien und Organisationen während der Golfkrise und dem Krieg in dem Dilemma der Wahl zwischen Pest und Cholera befunden. Sie hat sich letztendlich gegen den Krieg und die imperialistische Einmischung gewandt. Was fordert sie jetzt angesichts der Tatsache, daß die Republikanischen Garden den Aufstand niederzuwerfen scheinen und die Bevölkerung massakriert wird?

Dies ist eine schwierige Situation. Von Anfang an war die Opposition für eine arabische Lösung der Kuwait-Krise und gegen die Einmischung des Auslands, besonders der Großmächte. Auf der anderen Seite hat die irakische Opposition auch gefordert, daß man den Irak isolieren soll, wenn von arabischer Seite keine Lösung erreicht werden kann. Das meint nicht ein Lebensmittelembargo, sondern die politische, militärische und wirtschaftliche Isolation. Wenn man das gewollt hätte, wäre der Krieg zu vermeiden gewesen. Doch der Krieg war geplant und wurde durchgezogen aus den bekannten Interessen der USA. Nun ist ein Sechstel des irakischen Bodens von den USA besetzt. Die USA haben bewußt die Republikanische Garde unangetastet gelassen, so daß Saddam nun die Möglichkeit hat, die Aufständischen zu bekämpfen. Im Norden verfolgt die irakische Armee die Kurden bis zu einem Korridor an der irakisch-türkischen Grenze. Dieser Korridor wurde in der Vergangenheit entvölkert und zerstört. Es handelt sich um offenes Land, in dem jeder und jede Flüchtende sofort entdeckt und aus der Luft bombardiert wird. Auf der anderen Seite der Grenze stehen die türkischen Militärs und beschießen die Kurden gleichermaßen. Im Süden sind paradoxerweise die meisten Menschen aus den Städten in das amerikanische Gebiet geflüchtet. Die amerikanischen Soldaten verhalten sich im Gegensatz zu ihrer Regierung sehr anständig und geben ihnen zu essen. Die Besatzung ist gleichzeitig im Moment ein Schutz vor den Republikanischen Garden. In diesem Gebiet sind hunderttausende von Menschen, die keine Möglichkeit haben, etwa nach Saudi-Arabien oder in den Iran weiterzuflüchten.

Wir sind natürlich prinzipiell gegen die Besatzung unseres Landes. Doch solange dieses Regime Saddam besteht, weiß ich keinen anderen Schutz für die Flüchtlinge, die in den Augen der Republikanischen Garden Verräter sind.

genüber dem irakischen Volk. Auch das ist Einmischung!

Eine Hauptforderung der Antikriegsbewegung war der Abzug der Alliierten aus der Region. Halten Sie diese Forderung im Nachhinein für falsch?

Prinzipiell und für die damalige Situation — der Aufmarsch hat den vermeidbaren Krieg letztlich auch herbeigeführt — waren die Forderungen notwendig und richtig. Nun hat sich jedoch die Situation geändert. Mich interessiert im Moment das Schicksal hunderttausender Menschen, die in das amerikanische Gebiet geflohen sind. Sie werden von den umliegenden Ländern nicht aufgenommen,mit Ausnahme des Iran, dessen Kapazitäten längst ausgeschöpft sind. Die Weltöffentlichkeit und die UNO, die diese Situation herbeigeführt hat, muß eine Lösung für diese Menschen finden.

Sobald das Regime Saddam beseitigt ist, werden wir alles leisten, um die Besatzung loszuwerden.



„Dieser Aufstand zeigt, daß das irakische Volk bereit ist zu kämpfen"

Hat es sie überrascht, daß die Alliierten nicht bis Bagdad durchgestoßen sind?

Nein, nein. Wir haben schon früher gesagt, daß die Amerikaner nicht die Interessen des irakischen Volkes vertreten und eine unabhängige Opposition unterstützen werden. Das gleiche gilt für die Türkei, für Syrien, für Iran und für die Golfstaaten. Wir befürchteten schon vor Ende des Krieges, daß die Amerikaner Saddam lediglich entscheidend zu schwächen beabsichtigen, und daß ihnen ein schwacher Saddam lieber ist als eine starke Demokratie im Irak.

Bush hat die Iraker zum Aufstand aufgefordert. Gut, er wäre sowieso gekommen, die Zeit war scheinbar reif. Aber Saddams loyale Truppen waren nicht so schwach, wie uns die Amerikaner glauben machen wollten. Wir haben auch damit gerechnet, daß das Militär keine schweren Waffen und keine Luftwaffe einsetzen dürfte. Es ist anders gekommen. Saddam wird nun gehalten als ein zukünftiger Ja-Sager für amerikanische Politik und als ein Wolf gegenüber dem irakischen Volk. Auch das ist Einmischung!

Das Interview führte js

„Arbeitskräfte sind das zweitgrößte Exportprodukt des Landes"

Interview mit Arturo Grigsby

Arturo Grigsby, nicaraguanischer Wirtschaftswissenschaftler, stand im Oktober 1990 der in Managua erscheinenden Zeitschrift 'envio' Rede und Antwort. Grigsby ist gegenwärtig Vizedirektor von Nitlapán, einem Institut für Forschung, Volksbildung und alternative Entwicklung an der Universität von Zentralamerika (UCA). Seiner Kritik an der U.N.O.-Regierung (Nationale Oppositionsunion) und der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Sandinisten folgen Vorschläge für eine alternative Wirtschaftspolitik für Nicaragua. Die ungekürzte Übersetzung des Interviews kann gegen 3.- DM Vorkasse (für Porto und Kopien) bei der Redaktion (Postfach 5328, 7800 Freiburg) bestellt werden.

Wie ist ihre Einschätzung des Wirtschaftsplans von de Franco (nicaraguanischer Wirtschaftsminister)?

Grigsby: Zum einen versucht dieser Plan sich deutlich von der wirtschaftspolitischen Rhetorik der ersten hundert Tage abzusetzen, die triumphalistisch und übertrieben optimistisch war. Dieses übersteigerte Selbstvertrauen der U.N.O.-Regierung beruhte auf der aus dem Wahlergebnis abgeleiteten Überschätzung der Unterstützung durch das Volk und auf der Überzeugung, daß man aus den USA genügend finanzielle Mittel erhalten würde, um die wirtschaftlichen Probleme zu überwinden, die man beim Regierungsantritt vorgefunden hatte.
Zum zweiten würde ich meinen, daß der Plan, den die Regierung jetzt den Organisationen vorgelegt hat, die an der konzertierten Aktion teilnehmen [Verhandlungen zwischen Regierung, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, um einen Minimalkonsens in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erzielen (a.d.Ü.)], zwar über eine bloße Aufzählung wirtschaftspolitischer Maßnahmen hinausgeht, aber dennoch nicht als Wirtschaftsplan bezeichnet werden kann.
Die sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Vorschläge sind wenig konkret. Ich denke, das liegt an der mangelnden Kenntnis der Realitäten des Landes auf Seiten des Regierungsteams. Stellenweise ruft der Text den Eindruck hervor, die vorgeschlagenen Maßnahmen seien die gleichen, die die Weltbank für Honduras vorschlagen würde, ohne jegliche schöpferische Anpassung an Nicaraguas besondere Bedingungen.

Es gibt Unterschiede in der Tonart der zwei Programme, gibt es auch substantielle Veränderungen?

Nein, ich glaube es gibt sehr wenig substantielle Änderungen. Sowohl in der anfänglichen wie auch in der zweiten Version enthält das U.N.O.-Programm Elemente der Kontinuität zum Anpassungsprogramm der Sandinisten. Diese sind die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, die restriktive und verteuerte Kreditpolitik, die Freigabe der Preise und eine Preispolitik am Devisenmarkt, die den Export begünstigt.
Das einzig Neue am Plan ist die Form und der Zeitrahmen, den er für seine antiinflationäre Strategie vorschlägt und die Mechanismen, die er anbietet zur Erlangung einer Preisstruktur, die dem Export Anreize bietet.

Worin bestehen die sozialen Kosten dieses Anpassungsprogramms?

So wie es aussieht würde das U.N.O.-Programm noch mehr Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Minister de Franco sprach davon, das Armeepersonal um 10.000 und das der Zentralregierung um 15.000 zu verkleinern. Das ist sehr ernst bei einer Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in der ökonomisch aktiven Bevölkerung von 40 %.
Um eine Erhöhung der Arbeitslosenrate zu vermeiden, hat die Regierung ein Beschäftigungsprogramm vorgeschlagen, das den frisch aus den öffentlichen Einrichtungen Entlassenen drei Möglichkeiten gibt: die erste, ein kleines Geschäft im industriellen oder Dienstleistungssektor aufzumachen. Wer diese Option wählt, würde das Recht auf ein viermonatiges Überbrückungsgeld erwerben und Bankkredite mit achtmonatiger Laufzeit. Die zweite Möglichkeit wäre Lohnarbeit in einem Privatbetrieb. In diesem Fall will die Regierung dem Privatunternehmen, das den Arbeitslosen einstellt, einen Steuerkredit einräumen, der 50 % des Jahresgehalts beträgt. Die dritte Möglichkeit ist, daß der Betreffende weiter für die öffentliche Verwaltung arbeitet, aber eine Lohnkürzung von 10 % in Kauf nimmt. Es gibt noch eine vierte Option, und die würde darin bestehen, daß man Lose ziehen läßt, wer weiter zu einem 100%-Gehalt in der öffentlichen Verwaltung arbeitet und wer gehen muß.

Das fundamentale Problem all dieser Optionen ist, daß aufgrund der Charakteristika des Stabilisierungs- und Anpassungsprogramms eine Depression auf dem Inlandsmarkt herrscht und auch der schon existierende private Industrie-, Handels- und Dienstleistungssektor sich in der Krise befindet. Wer kann garantieren, daß die neuen kleinen Unternehmen erfolgreich sein werden? Welches große Unternehmen wird wirklich neue Jobs anbieten, und welches wird einfach die Kreditvorteile in Anspruch nehmen und einige Monate später die Arbeiter auf die Straße werfen?
Der Beschäftigungsrückgang tritt viel schneller ein als die Schaffung neuer Jobs. Man redet von industrieller Strukturanpassung, aber das dauert Jahre, während die Entlassung von Arbeitern nur einen Tag dauert. Das gleiche passiert in der Landwirtschaft, die allein 1990 an die 8.000 Entlassungen erlebt hat, ohne Beschäftigungsalternativen für die Betroffenen.
In der Konsequenz werden wir eine sich fortsetzende Verschlechterung der Einkommenssituation und des Lebensstandards der Menschen erleben und eine anhaltende Migration in die Vereinigten Staaten. Das ist ein logisches Sicherheitsventil für die Krise - der Export von Arbeitskräften. Wir haben gerade eine Studie über Geldüberweisungen an Familien für die Kom-

mission der Vereinten Nationen zu Lateinamerika abgeschlossen. Es handelt sich bei den Überweisungen um jährlich $ 70 Mio. zur Unterstützung Familienangehöriger. Das macht sie zum zweitgrößten "Exportprodukt" des Landes, übertroffen nur noch vom Kaffee. Das ist der Weg, den alle lateinamerikanischen Ökonomien beschreiten, die ähnlichen neoliberalen Anpassungsprogrammen unterworfen werden. Viel mehr Menschen werden noch im informellen Handels- und Dienstleistungssektor tätig werden und alle auf dem gleichen engen Markt konkurrieren. Es wird eine noch größere Landflucht geben und noch mehr Campesinos, die sich als Landarbeiter verdingen werden müssen. Der Handel sieht seine Einnahmen sinken, obwohl er von den reduzierten Importsteuern und dem Abbau der staatlichen Dollarläden profitiert.

Für die Bourgeoisie herrscht aber auch nicht eitel Sonnenschein. Sie ist im Moment sehr beunruhigt, trotz der Hoffnungen, den staatlichen Sektor ausschlachten zu dürfen. Sie weiß, daß sie nicht mehr so viel Geld wie zur Zeit der subventionierten Wirtschaftspolitik der Sandinisten verdienen wird. Diese riesigen Subventionen ermöglichten es den Kapitalisten, die das Risiko der Zusammenarbeit in der revolutionären gemischten Wirtschaft auf sich nahmen, riesige Profite zu machen. Frag' irgend einen privaten Produzenten und du wirst sehen, daß er mit den gegenwärtigen Maßnahmen unzufrieden ist. De Franco bemerkte in seinen Ausführungen, daß in Nicaragua während der Revolution niemand bankrott gegangen sei, weil der Staat finanziert und subventioniert hat. Die Bourgeoisie hat nur die Kuh gemolken, aber nichts investiert.



„Noch mehr Menschen werden auf dem informellen Sektor konkurrieren"

Gibt es denn überhaupt Alternativen?

Ich denke schon. Der Kernpunkt eines alternativen mittelfristigen Entwicklungsmodells muß die Vertiefung der Agrarreform sein. Das Land ist sehr stark von der Landwirtschaft geprägt und dort existieren noch ungenutzte Möglichkeiten, Wirtschaft und Beschäftigung anzukurbeln. Zur Zeit gibt es riesige Flächen ungenutztes oder nur unzureichend bewirtschaftetes Land, und zwar im wesentlichen in der Hand von Großproduzenten oder im APP (Area de Propiedad del Pueblo, der staatliche Sektor), teilweise auch bei den Kooperativen. Schätzungen sprechen von über 750.000 Hektar nicht effektiv genutzten Landes. Das bedeutet mindestens 100.000 neue produktive Arbeitsplätze. Ein großangelegtes Landverteilungsprogramm würde keine hohen Investitionssummen erfordern, aber soziale Instabilität und Unterbeschäftigung auf dem Land reduzieren, da es eine Antwort auf die Forderungen der ehemaligen Contras und landlosen Bauern gäbe. Außerdem kann man damit rechnen, daß diese Art von Programmen ziemlich leicht auch auf internationaler Ebene finanziert werden könnten.

Die Agrarreform kann außerdem beschäftigungswirksam sein. Sie würde die ländliche Kleinindustrie stimulieren, die einfache Güter wie Pflüge und Karren produzieren kann. Zudem würde sie die kleine, gewerbliche Konsumgüterindustrie fördern, die Schuhe und Bekleidung in den kleineren Provinzstädten herstellt. Sie könnte auch der Auslöser für eine ländliche Industrialisierung sein.

Vor kurzem wurde die Nationale Kommission zur Agrarreform gebildet. Sie kam jedoch nicht auf den Druck der Sandinisten hin zustande, sondern war Ergebnis des Drucks aus den Reihen ehemaliger Contras und landloser U.N.O.-Bauern, die staatliches und in Kooperativbesitz befindliches Land besetzten, um ihrer hoffnungslosen Situation Ausdruck zu verleihen.

In Nicaragua hat sich die FSLN in eine Entwicklungsstrategie verstrickt, die in der Stärkung von modernisierten landwirtschaftlichen Großbetrieben - in diesem Fall staatseigenen - den einzigen Weg aus der Unterentwicklung sieht. Man muß sich nur die sowjetische Landwirtschaft ansehen, um die Ergebnisse dieser Strategie zu erkennen. Dieses Vermächtnis spielt eine große Rolle in der FSLN, in anderen Ländern der Dritten Welt und im ehemalilgen sozialistischen Block.

Kann eine so große Landumverteilung funktionieren angesichts der restriktiven Kreditpolitik der Regierung?

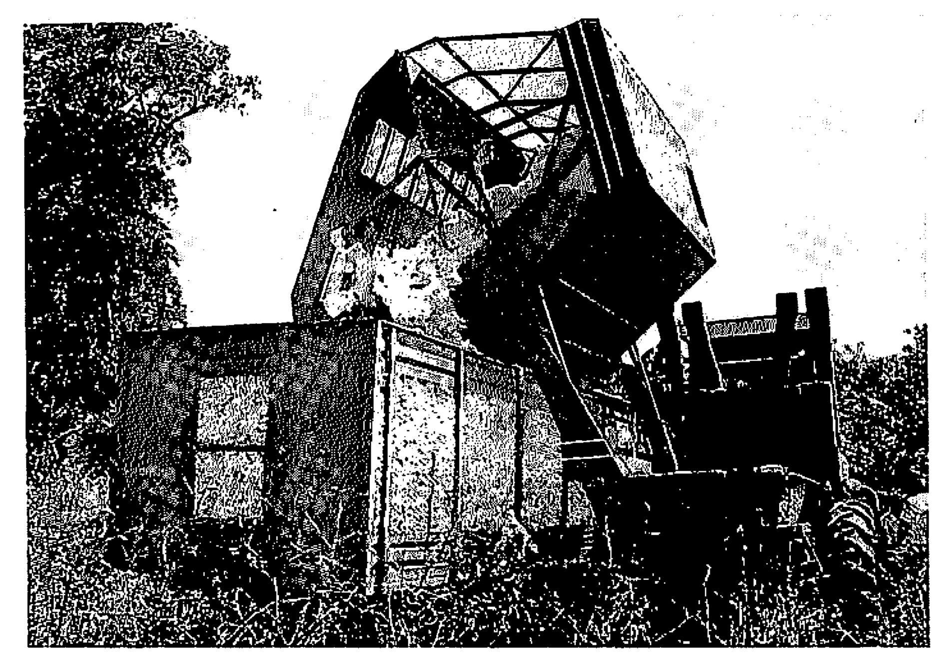
Zunächst einmal muß man festhalten, daß die Sandinistische Wirtschaftspolitik in den finanziellen Aspekten falsch war. Die Politik hat eine Abhängigkeit vom Kredit erzeugt, die es vorher nicht gab. Sie hat auch Produktionsformen begünstigt, die stark kreditabhängig sind und heute den Bauern eine Menge Probleme bereiten.

Um noch ein Beispiel zu nennen: Vor einigen Tagen war ich in einer Werkstatt mit 13 Kooperativen in Tisma. Eine der Kooperativen war eine sandinistische "Modellkooperative". Sie besaßen 13 Traktoren, ein Bewässerungssystem, einen 5-Tonner-LKW und eine voll ausgebaute Niederlassung. Und was fand man nun vor? Gerade 7 der 13 Traktoren liefen noch, der LKW funktionierte nicht mehr und das Bewässerungssystem wird nicht mehr genutzt, wegen der hohen Energiekosten. Natürlich hatte die Kooperative mit diesen Produktionsmethoden enorme Schulden angehäuft und war vollkommen kreditabhängig. Und was geschah mit ihnen in den zwei Jahren des sandinistischen Anpassungsprogramms? Der Kooperative blieben die millionenfachen Schulden, auch wenn sie zeitweilig ausgesetzt wurden.

Kann die FSLN dieses Vermächtnis abwerfen?

Die Orientierung der Sandinisten nach der Wahlniederlage war, den APP (—› staatlicher Sektor) als APP zu erhalten. Führende Sandinisten nahmen öffentlich gegen die Privatisierung und das Aufteilen von staatlichen Ländereien Stellung. Ich möchte hier daran erinnern, daß die sandinistische Regierung die Agrarreform 1988 als abgeschlossen angesehen hat. Die FSLN-Konzeption der ökonomischen Entwicklung offenbart mithin eine Menge ideologischen Ballast. Deshalb ist es für sie nicht so einfach, eine Alternative zu entwickeln. Heute hören wir die Sandinisten oft vom Leiden der Bauern reden, aber extreme Armut und Hunger unter den Bauern hat es nicht erst nach dem Regierungswechsel gegeben. Die FSLN war bürokratisiert und heute, wo es darum geht, die Unterstützung des Volkes wiederzugewinnen, erkennt man, daß die dringendsten Bedürfnisse der Menschen den damaligen Postulaten widersprechen. Da zeigen sich unerwartete tiefe Widersprüche an diesem Scheideweg.

Jahrelang haben die Sandinisten gesagt, der APP (Staatssektor) sei die höchst entwickelte Form der Produktion und Staatsbesitz garantiere die überlegene Organisationsform. Abschätzig sprach man von den



Nicaraguas Baumwolle: Auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig

"primitiven" Parzellen der Bauern und den Produktionsmethoden der Campesinos. Es ist nicht leicht für diese Leute, umzudenken, und noch schwieriger ist es, Pläne auszuarbeiten, die den früheren Vorstellungen widersprechen. Genau deshalb erscheint die ökonomische Linie der FSLN so diffus. Die von den Sandinisten in den letzten zwei Regierungsjahren befürwortete/praktizierte Wirtschaftspolitik stand im Widerspruch zu den unmittelbaren Forderungen der Bevölkerung. Heute machen sich die Sandinisten diese Forderungen zu eigen. Das führt dazu, daß Dogmen in Frage gestellt werden.

Wie sähe eine wirklich bevölkerungsnahe Alternative in der Stadt aus?

In den letzten Monaten sind zwei städtische Sektoren in den Vordergrund gerückt: die öffentlichen Angestellten und die Industriearbeiter. Beide sind empfindlich von der Anpassungspolitik seit 1988 betroffen. 1989 gab es fast 20.000 Entlassungen im öffentlichen Dienst. Die Industrieproduktion sank auf den geringsten Wert der letzten 10 Jahre. Die Tendenz ist weiterhin negativ. Das U.N.O.-Programm sieht einerseits eine drastische Reduzierung des Staatsapparates vor, andererseits plant man Privatisierungen und die Modernisierung der staatlichen Industriebetriebe. Wie könnte eine grundlegende Entwicklungsalternative für diese beiden Gruppen aussehen?

Zwischen der nicaraguanischen Industrie und der der anderen mittelamerikanischen Ländern klafft eine riesige technologische Lücke, ganz zu schweigen vom Rest der Welt. Deshalb glaube ich, daß die wichtigste Alternative für die Städte die Förderung der Kleinunternehmer ist, von denen normalerweise kaum die Rede ist. Alle reden vom großindustriellen Sektor. Alle regen sich darüber auf, daß große Firmen wie El Caracol (Lebensmittel) oder Camas Luna (Betten) an die Bourgeoisie zurückgegeben werden sollen. Gleichzeitig machen 500 bis 600 kleine Unternehmen mit drei- bis viertausend Beschäftigten dicht. Die offizielle Statistik zählte 1984 über 9.000 und 1989 nur noch 4.000 Kleinbetriebe. Was ist mit den anderen [5.000]? Sie sind verschwunden. Warum? Die sandinistische Regierung bevorzugte die Großindustrie bei der Zuteilung von Devisen. Im Industrieministerium gab es keine wirkungsvollen Programme für die Kleinindustrie. Und das Ergebnis? Wie die Campesinos wurde dieser Bereich als Hindernis, rückwärtsgewandt und ohne Zukunft angesehen.

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung Chamorro sieht einen Fonds für die Kleinindustrie inklusive der Heimindustrie vor. Tatsächlich arbeitet dieser Fonds bereits. Aber es ist eine Sache, einen Fonds zu haben, und eine andere, sich Geld aus dem Fonds zu leihen, was sie aufgrund der teuren Kreditpolitik aber nicht tun. Ohne ein ergänzendes Schulungs-, Beratungs- und Marketingprogramm wird der Fonds unangetastet bleiben. Niemand will sich angesichts der eigenen begrenzten Möglichkeiten und eines rezessiven Marktes verschulden.

Tatsächlich sind die U.N.O.-Vorschläge für die Stadt wesentlich ausgefeilter als für das Land. Neben dem Fonds für die Heimindustrie sieht das Programm auch Häuser- und Straßenbau und städtische Infrastrukturprojekte vor, die sehr beschäftigungsintensiv sind. Die Bauindustrie ist kurzfristig eine gute Option zur Arbeitsbeschaffung.

Ich meine, wenn es gelingt, die inländische Nachfrage ein wenig zu erhöhen - und das kann man mit kurzfristiger Beschäftigung in der Bauindustrie erreichen und durch mittelfristige Ausdehnung der Nachfrage der Campesinos durch Fortsetzung der Agrarreform - wäre es genug, um die kleinbetriebliche Nahrungsmittelindustrie zu reaktivieren mit einem konkreten Kreditprogramm und technischer Hilfe. Das würde dann andere Kleinindustrien wie Schuh-, Möbel- und Bekleidungsindustrie reaktivieren. Schon eine geringe Nachfrageerhöhung würde alle diese Leute begünstigen.

Kleine Dienstleistungsbetriebe des informellen Sektors und der städtische Kleinhandel würden ebenfalls von gestiegener inländischer Nachfrage profitieren, obwohl letztere die Konkurrenz des neubelebten Großhandels zu befürchten hätten. Die Entkapitalisierung seit dem Anpassungsprogramm 1988 und der Zustrom vieler kleiner Händler hat die Verarmung dieses Sektors zur Folge gehabt. Nun sind sie wieder Wucherern ausgeliefert, die einen Teil ihres Überschusses einsacken. Schließlich versucht die Regierung noch, sie zur "Formalisierung" zu zwingen, so daß sie Steuern zu zahlen hätten. Zur Zeit gibt es meines Erachtens die Möglichkeit, kleine Händler des informellen Sektors in Kooperativen und um Kreditbelange herum zu organisieren.

Ist ein Programm, das auf die kleinsten städtischen und ländlichen Sektoren abzielt, in der Lage, Nicaragua wieder in den Weltmarkt einzugliedern, so wie es die Regierung beabsichtigt?

Ja, weil in diesem Land die Kleinindustrie die wettbewerbsfähigste ist. Wenn man einen großen Baumwollproduzenten neben einen kleinen Sesamkornproduzenten stellen würde, so würde der Sesamproduzent besser abschneiden, weil der Baumwollproduzent riesige Subventionen zum Überleben benötigt.

Das gleiche gilt in der Industrie. Die Schuhfabrik Rolter wird international niemals wettbewerbsfähig sein mit ihren Schuhen. Riesige Investitionen wären notwenig, um die Anlagen zu modernisieren, so daß sie auch nur in Mittelamerika wettbewerbsfähig werden, an einen Export nach USA ist gar nicht zu denken. Wo ist Nicaragua wettbewerbsfähig? Bei hochwertigen handgemachten Schuhen. Auf diesem Markt können wir konkurrieren und gewinnen, so wie wir es früher getan haben.

Können wir vom Sandinismus einen alternativen Wirtschaftsentwurf erwarten?

Es gibt eine Gruppe bei den Sandinisten, die nur das schlechte Management der Anpassungspolitik kritisiert. Diese Gruppe war ein Teil der sandinistischen Bürokratie. Eine andere Gruppe hat die entgegengesetzte Position: sie sprechen sich für Widerstand und für Fundamentalopposition aus. Und dann gibt es noch Leute, die nach wirklichen alternativen Modellen suchen. Der Sandinismus umfaßt alle diese Strömungen mit weiteren Schattierungen. Es gibt noch nicht hinreichend Klarheit, um die sandinistischen Massen um ein konkretes Wirtschaftsprogramm zu vereinen, das revolutionär ist und die Interessen der Bevölkerungsmehrheit vertritt.

Übersetzung
DGB-Arbeitskreis Nicaragua
der DGB-Jugend Hessen

Enttäuschte Hoffnungen

Die Kämpfe in Sri Lanka eskalieren erneut

Chandrawati kann es immer noch nicht fassen. Über sechs Monate ist es nun schon her, seit ihr Ehemann "verschwunden" ist. Am 25. Juli letzten Jahres wurde er von Polizisten der gefürchteten 'Special Task Force' (STF), einer Anti-Terror-Einheit Colombos, verhaftet. Die STF versetzt die Bevölkerung im Osten Sri Lankas wieder in Angst und Schrecken, seit im Juni letzten Jahres erneut militärische Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und den tamilischen 'Befreiungstigern' (LTTE) ausgebrochen sind.

Chandrawati und ihr Mann Sivakumar hatten sich nach Ausbruch der Kämpfe aus ihrem Dorf in die Gebäude der Batticaloa Universität nach Vandaramulla geflüchtet, die binnen kürzester Zeit fast 30.000 Menschen aufnehmen mußten. Aber selbst dort waren sie vor Verfolgung nicht sicher. Am 25. Juli kam eine Einheit der STF und verhaftete Sivakumar und andere junge Männer. Eine Erklärung dafür gab es nicht. Seitdem ist der 26-jährige spurlos verschwunden. Natürlich macht sich Chandrawati, die im achten Monat schwanger ist, mittlerweile aus Angst Vandaramulla verlassen hat und mit vielen anderen im Vivekananda Flüchtlingslager in Colombos Stadtteil Maradana lebt, noch Hoffnungen. "Er wird irgendwann wieder auftauchen", glaubt sie, "schließlich muß er doch unser erstes Kind sehen".

Chandrawati ist nur ein Beispiel von derzeit 1,2 Millionen Flüchtlingen, die in über 700 Lagern leben. "Displaced people" heißen sie offiziell. Nicht alle haben so viel mitgemacht und nicht alle Flüchtlinge sind Tamilen. Auch Singhalesen und Moslems sind vor der Brutalität des Krieges geflüchtet, haben versucht, sich vor marodierenden Soldaten, den mordenden LTTE-Guerillas oder irgendwelchen bewaffneten Bürgerwehren in Sicherheit zu bringen. Ihre Lage ist ernst und niemand weiß, wie lange das Flüchtlingsdasein noch dauern wird.

Zu den 1,2 Millionen Flüchtlingen kommen noch einmal 122.000 Tamilen, die nach dem Juni 1990 in Südindien Sicherheit suchten. Mit ihnen ist die Zahl der während der letzten Jahre nach Indien geflüchteten Tamilen auf derzeit 210.000 angestiegen.

Hoffnungen wurden enttäuscht

Dabei hatten viele Tamilen Ende März letzten Jahres neue Hoffnungen auf Frieden gehegt, als die letzten indischen Soldaten Sri Lanka verließen. Mit der zweieinhalbjährigen Stationierung der Inder hatte jedoch auch die Polarisierung in der Bevölkerung zugenommen. Tamilen bekämpfen Tamilen, Singhalesen massakrierten Angehörige ihrer eigenen Volksgruppe und seit neuestem hat sich auch das Verhältnis zwischen Tamilen und der kleinen, etwa eine Million Menschen zählenden, moslemischen Gemeinschaft dramatisch verschlechtert.

Nach dem Abzug der Inder aus Sri Lanka befand sich die LTTE in einer komfortablen Lage. Mit der srilankischen Regierung von Präsident Premadasa vorübergehend in bestem Einvernehmen, waren sie von ihr mit Waffen und Munition im Kampf gegen ihre tamilischen Rivalen - vor allem von der 'Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front' (EPRLF) - unterstützt worden. Am 12. Juni attackierte die LTTE jedoch überraschend 15 Polizeistationen an der Ostküste. Hunderte von Polizisten wurden entführt, Dutzende danach niedergemetzelt. Der überraschende Kriegsbeginn mitten in einer Verhandlungsphase sowie die Ermordung unbewaffneter Polizisten kosteten die 'Tigers' weitere Sympathien. Selbst LTTE-Sprecher Anton Balasingham gab in Interviews zu, daß dieser Angriff ein Fehler gewesen sei. Und diesen Fehler hätten die Streitkräfte zu ihrem Vorteil ausnutzen können, weil die Begeisterung für das harte Regime der LTTE, die nach dem Abzug der Inder erneut mit Terror gegen ihre politischen Gegner, Nötigung, Einschüchterung und Unterwerfung arbeitete, zu schwinden begann.

Mit dem erneuten Kriegsausbruch verlor die Guerilla die Unterstützung von weiten Teilen der Bevölkerung. Aber die menschenverachtende Vorgehensweise der Streitkräfte ließ vielen Bewohnern des Nordens und Ostens gar keine andere Wahl, als erneut die LTTE zu unterstützen.

Vorgehensweise der Streitkräfte

Obwohl die Regierung immer wieder betont, die Aktionen der Streitkräfte richteten sich ausschließlich gegen Kämpfer der LTTE, wird offensichtlich beim Vorgehen gegen deren Guerillakampfverbände auch die Schädigung von Leib und Leben unbe-

teiligter Zivilisten in Kauf genommen. Häufig kommt es zu Vergeltungsangriffen der Soldaten auf unbeteiligte Zivilisten.
Aus ihren Stellungen auf der nördlichen Halbinsel Jaffna schießen die Streifkräfte Granaten auf die umliegenden Gebiete ab. Die Luftwaffe fliegt schwere Angriffe, mit tieffliegenden Kampfhubschraubern werden Menschen gejagt, aus 'Avro' Flugzeugen selbstgefertigte sogenannte barrel-bombs über der nördlichen Halbinsel abgeworfen. Dabei handelt es sich um Fässer, die ein Gemisch aus Teer und Benzin enthalten und mit einem Zünder versehen sind. Die Bomben verursachen Brandverletzungen und großen Sachschaden, ähnlich wie bei Napalm. Die srilankische Luftwaffe hat sich sogar nicht davor gescheut, mit Müll und menschlichen Exkrementen gefüllte Fässer abzuwerfen - im Volksmund 'Cholera-Bomben' genannt.
Über die Opfer der seit Juni 1990 anhaltenden Auseinandersetzungen im Norden und Osten gibt es nur Spekulationen. Informationen von Menschenrechtsorganisationen in Sri Lanka zufolge sollen bisher mindestens 5.000 Zivilisten ums Leben gekommen sein. Die Regierung macht bei ihren Presseverlautbarungen keine Angaben über zivile Opfer. Sie nennt nur die Opfer auf Seiten der Streitkräfte (ca. 600) und der LTTE (über 1.000). Ganz besonders viele zivile Opfer hat es nach Angaben des Batticaloa Friedenskomitees offensichtlich im Osten der Insel gegeben.

LTTE ist defacto Ordnungsmacht

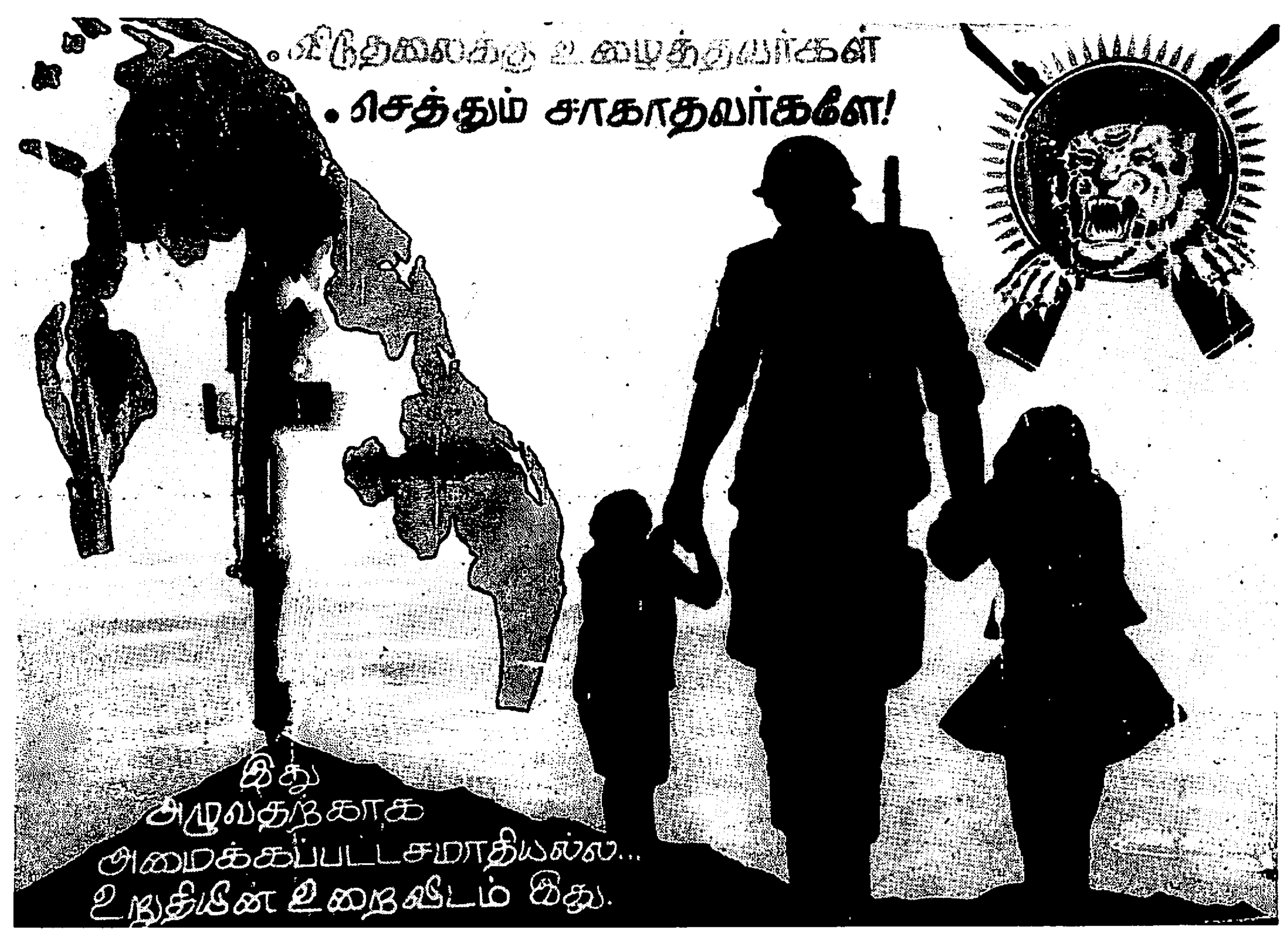
Trotz ihrer Vorgehensweise haben es die Streitkräfte bisher nicht geschafft, die Kämpfer der LTTE zu besiegen, obschon sie dabei seit geraumer Zeit eng mit tamilischen Organisationen zusammenarbeiten, die mittlerweile nicht mehr im srilankischen Staat, sondern in der LTTE ihren Hauptfeind sehen. So stehen die 'Eelam Peoples Democratic Party' (EPDP), die 'Peoples Liberation Organisation of Tamileelam' (PLOT) und die 'Tamil Eelam Liberation Organisation' (TELO) auf Seiten der Streitkräfte und beteiligen sich an deren militärischen Aktionen in den verschiedenen Landesteilen. Die Gruppierungen, die um ihr Überleben kämpfen und sich deshalb auf den "Kuhhandel" einlassen, erhalten von der Regierung Waffen und wohl auch Gelder für ihren Einsatz gegen die LTTE.
Trotzdem haben die 'Befreiungstiger' derzeit auf der Halbinsel und den anderen nördlichen Gebieten die effektive Gebietsgewalt im Sinne staatsähnlicher Überlegenheit und Ordnungsmacht. Nach Angaben der Regierung kontrollieren die srilankischen Streitkräfte nur etwa 10 Prozent der Halbinsel und 20-30 Prozent der südlich davon gelegenen Gebiete.
Mittlerweile hat die LTTE in praktisch jedem Dorf auf der Halbinsel Dorfräte eingesetzt, sogenannte 'Sittur Avai'. Ihre Mitglieder sind vorwiegend LTTE-Sympathisanten und unter anderem für den Einzug von Steuern verantwortlich.
Sogenannte 'vigilance-groups' (Wachtrupps), die ebenfalls von der LTTE in den Dörfern eingesetzt sind, haben die Aufgabe, das Eindringen der srilankischen Trup-

Chronologie der Gewalt

Im Juli 1987 kam es zwischen Indiens Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi und dem srilankischen Staatspräsidenten Jayawardene überraschend zur Unterzeichnung eines „Friedensabkommens", das die bürgerkriegsähnlichen Zustände im überwiegend tamilischen Norden und Osten Sri Lankas endgültig beenden sollte.
Der Vertrag beinhaltete u.a. die Forderung nach Zusammenlegung der tamilischen Gebiete zu einer Provinz, die Anerkennung von Englisch und Tamilisch als offizielle Landessprache und die Entsendung von indischen „Friedenstruppen" zur Konfliktlösung im Norden und Osten. Dieser Vertrag wurde anfänglich von der tamilischen Bevölkerung begrüßt und selbst von den bewaffneten tamilischen Organisationen, einschließlich der stärksten Organisation, den „Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE), wenn auch zögernd, akzeptiert.
Als im Oktober 1987 srilankische Sicherheitskräfte jedoch unter den Augen indischer Streitkräfte begannen, LTTE-Kader zu verhaften, um sie in Colombo abzuurteilen, setzte die LTTE ihren bewaffneten Kampf erneut fort, während die anderen tamilischen Organisationen weiterhin die Inder unterstützten. Die daraufhin gestartete Großoffensive der Inder gegen die LTTE mündete in ein Gemetzel, von dem die tamilische Bevölkerung nicht verschont blieb. Die anfängliche Sympathie für die indische Präsenz schlug in offene Ablehnung um. Mit dem Aufflammen der Kämpfe zwischen der LTTE und den indischen Besatzungstruppen wurden alle tamilischen Organisationen, die weiterhin mit den Indern zusammenarbeiteten, zum direkten Gegner für die LTTE. Vor allem die Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front (EPRLF), die mit Hilfe der indischen Streitkräfte die „Tamil National Army" als militärisches Gegengewicht zur LTTE aufbaute, und die von der LTTE boykottierten Wahlen in der Nord-Ost-Provinz gewann, wurde vielfach zum Ziel der LTTE-Angriffe. Aber auch andere Gruppen blieben davon nicht verschont.
Während im Norden und Osten Sri Lankas das Friedensabkommen zwischen der srilankischen Regierung und Indien anfangs wohlwollend aufgenommen wurde, führte das Abkommen im singhalesischen Süden zu starken Protesten. Eine weitverbreitete anti-tamilische Gesinnung und die Angst, Sri Lanka könne seine Souveränität durch die innenpolitische Einmischung Indiens verlieren, haben innerhalb der singhalesischen Bevölkerung lange Tradition. Die Proteste führten zu einem Wiedererstarken der singhalesisch-chauvinistischen „Volksbefreiungsfront" (JVP), die den Friedensvertrag als Ausverkauf des Landes an Indien bezeichnete. Zur Durchsetzung ihrer Ziele schreckte sie auch nicht vor der Ermordung Andersdenkender zurück. Hauptziel ihrer Terroraktionen waren vor allem Mitglieder der regierenden „United National Party" (UNP), sowie Liberale und Linke, die den Vertrag mit Indien begrüßt hatten. Der Terror der JVP wurde von der Regierung mit noch größerem Gegenterror beantwortet. Ziel schien die Einschüchterung der Zivilbevölkerung und die Eliminierung aller verdächtiger Personen zu sein. Mehrere 10.000 Singhalesen, darunter viele, die weder JVP-Mitglieder noch Sympathisanten waren, fielen in den vergangenen zwei Jahren paramilitärischen Einheiten, Soldaten und regierungsnahen Vigilanten-Gruppen zum Opfer.
Unter dem Druck der JVP im Süden und der LTTE im Norden drängte die srilankische Regierung seit Anfang 1989 unter Präsident Premadasa auf den Abzug der indischen Truppen. Es gelang ihr jedoch nicht, der JVP den Wind aus den Segeln zu nehmen, da deren Ziel letztendlich der Sturz der Regierung war. Im Sommer 1989 bot die Regierung beiden Parteien, JVP und LTTE, Verhandlungen an, auf die jedoch nur die LTTE einging. Gemeinsame Basis für den darauf folgenden Waffenstillstand zwischen den Erzfeinden war der Kampf gegen die Inder und der mit ihnen kooperierenden tamilischen Gruppen. Für beide Parteien schien jedoch die zeitliche Begrenztheit des Waffenstillstands klar zu sein, da beide ihre Streitkräfte weiterhin massiv aufrüsteten. Nach dem endgültigen Abzug der Inder im März 1990 hielt das Abkommen noch knapp drei Monate. Mit dem Überfall der LTTE im Juni auf mehrere Polizeistationen an der Ostküste brach der Konflikt erneut mit aller Härte aus. Und es spricht einiges dafür, daß die brutale Vorgehensweise der Regierung, wie sie bereits bei der JVP erfolgreich angewandt wurde, nun auch im Norden auf die LTTE und die tamilische Bevölkerung Anwendung findet.

Walter Keller/dh

Zu Sri Lanka siehe auch: „blätter des iz3w", Nr. 160, Nr. 154, Nr. 148 und Nr. 144.



Poster der „Liberation Tiger of Tamil Eelam" (LTTE) mit Karte von „Tamil Eelam", dem angestrebten Tamilenstaat. **Foto: Walter Keller**

pen zu verhindern, aber auch die Dorfbewohner zu überwachen.
Jeder, der die Halbinsel in Richtung Süden verlassen will, muß vorher ein sogenanntes 'exit-permit' bei der LTTE erwerben. Dabei handelt es sich um eine Ausreisegenehmigung, die auf der Reise an jedem 'checkpoint' den dort postierten LTTE-Kämpfern vorgezeigt werden muß.
Die Erteilung ist willkürlich; vor allem für Jugendliche, die von der LTTE vorzugsweise in ihre Kader rekrutiert werden, ist es sehr schwer, die Halbinsel zu verlassen. Die Erteilung der Genehmigung wird u.a. von der Zahlung eines Geldbetgrages von derzeit 10.000 Rupien abhängig gemacht. Die Ausreise ganzer Familien ist nur möglich, wenn diese vorher ihr gesamtes Eigentum an die LTTE überschrieben haben.

Im Osten der Insel waren die Streitkräfte erfolgreicher. Mit ihrer brutalen Vorgehensweise gelang es ihnen während der letzten Monate, die LTTE in die Dschungelgebiete zurückzudrängen. Trotzdem ist die Guerilla mit ihrer Strategie weiterhin in der Lage, den Streitkräften erhebliche Verluste zuzufügen. Allein im Dezember letzten Jahres sind nach Angaben der Regierung bei Anschlägen der LTTE mindestens 67 Soldaten ums Leben gekommen, einschließlich zweier hochrangiger Offiziere.
Wie im Norden kämpfen auch im Osten Mitglieder der mit der LTTE verfeindeten tamilischen Gruppierungen auf Seiten der Streitkräfte gegen die LTTE. Vor allem im Gebiet der Stadt Batticaloa kooperiert die 'Tamil Eelam Liberation Organisation' (TELO) eng mit den Truppen.

Die Lage in Südindien

Anlaß zur Zuversicht gab ein Angebot der LTTE, die nach über einem halben Jahr heftigster Kämpfe zum Neujahr einen einseitigen Waffenstillstand verkündete. Aber schon zehn Tage später platzten alle Friedenshoffnungen wieder, als der stellvertretende Verteidigungsminister Ranjan Wijeratne das Waffenstillstandsangebot der LTTE endgültig ablehnte. Wijeratne kam im März bei einem Bombenanschlag, für den die Regierung die LTTE verantwortlich macht, ums Leben.
Ein Grund für die Ablehnung des Waffenstillstands ist der sinkende Stern der 'Tigers' im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu, ihrem traditionellen Rückzugsgebiet. Bisher hatten sie die wechselnden Allianzen in Indiens Parteienlandschaft geschickt zu ihrem Vorteil ausnutzen können. Von der Regierung in Tamil Nadu waren sie stets mit Samthandschuhen angefaßt worden. So boykottierte Muthuvel Karunanidhi, der Ministerpräsident von Tamil Nadu, im März letzten Jahres den Empfang anlässlich der Rückkehr der indischen Truppen aus Sri Lanka und beschuldigte diese gar, über 3.000 Tamilen getötet und unzählige Frauen vergewaltigt zu haben. Im Juni verübten die 'Tigers' mitten in Tamil Nadus Hauptstadt Madras ein Attentat auf 15 wichtige Mitglieder der EPRLF, ohne daß bis heute jemand verhaftet worden wäre.
Rajiv Gandhi forderte bereits damals den Rücktritt der Regierung von Karunanidhi. Doch damals war Gandhis Congress(I)-Partei in der Opposition und Karunanidhi konnte aus sicherer Warte mit einem hochnäsigen offenen Brief antworten. Mit dem Regierungswechsel hin zu Chandra Shekhar veränderte sich die Lage entscheidend. In Tamil Nadu ist der Congress(I) zwar nach wie vor in der Opposition. Die neue Zentralregierung Chandra Shekhars hingegen war auf die Unterstützung des Congress(I) angewiesen.

Gandhi wiederholte die Forderung nach dem Rücktritt der Regierung von Tamil Nadu umgehend. Er warf ihr vor, die LTTE finanziell zu unterstützen. Die 'Tigers' könnten sich in Tamil Nadu frei bewegen und auch Waren und Waffen schmuggeln. Marine-Kommandeur Ramdas klagte gar, er habe rund hundert Militante verhaften las-

sen und diese den Sicherheitskräften übergeben, doch seien alle umgehend wieder auf freien Fuß gesetzt worden.
Als derartige Vorwürfe im Parlament erhoben wurden und es zudem hieß, die LTTE hätte nicht nur Mitglieder der Guerilla im nordöstlichen Bundesstaat Assam ausgebildet, sondern unterhielte außerdem noch Kontakte zu anderen militanten und extrem dravidisch-nationalistischen[1] Gruppierungen und Parteien, fand es Karunanidhi höchste Zeit, in die Offensive zu gehen. Bei einem Treffen wies er Chandra Shekhar, der mittlerweile als Premier zurücktrat, darauf hin, daß die LTTE seit 1983 in Tamil Nadu anwesend und von der vorherigen Regierung unter M.G. Ramachandran massiv unterstützt worden sei. Er habe, meinte er beschwichtigend, bereits etliche Kämpfer in Gewahrsam genommen. Die 'Tigers' reagierten auf die Verhaftung einiger Hundert ihrer Kämpfer entsprechend gereizt und beschuldigten Karunanidhi in ihrer ersten derartigen Attacke des Betrugs am tamilischen Volk.
Etwa zur gleichen Zeit erfolgte auch ihr Waffenstillstandsangebot an Colombo. Es erstaunt kaum , daß man dort den Schalmeienklängen nicht recht trauen wollte. Eine brüske Ablehnung hätte sich die Regierung wegen ihres angekratzten Images allerdings nicht leisten können. So versprach sie, bis zum 10. Januar auf ein offensives Vorgehen zu verzichten und Gespräche mit allen Parteien zu führen. Am 11. Januar lehnte die Regierung jedoch definitiv ab.
Inzwischen erhielt sie entscheidende Schützenhilfe aus Delhi. Am 30. Januar löste Chandra Shekhar die Regierung Karunanidhi auf und unterstellte den Bundesstaat Tamil Nadu direkt der Zentralregierung. Als Grund gab er den Zerfall von Recht und Ordnung infolge der andauernden Präsenz der LTTE an. Zweifellos wird dieser Schritt - immerhin werden nun nach dem Punjab, Kashmir und Assam bereits vier Bundesstaaten direkt aus Dellhi regiert - nicht ohne weitreichende Folgen für Indiens Innenpolitik bleiben.
Vorerst bedeuten die neuen Entwicklungen in Indiens südlichem Bundesstaat für die LTTE erst einmal, daß ihr wichtigster Nachschubweg unterbrochen oder zumindest eingeschränkt ist. Die Chancen Colombos, das 'Problem LTTE' in den Griff zu bekommen, sind mit den Entwicklungen in Tamil Nadu etwas größer geworden.
Abgewartet werden muß jedoch, wie sich die politische Situation in Indien weiterentwickeln wird. So sollen nach dem Rücktritt Chandra Shekhars sowohl auf Unionsebene als auch im Bundesstaat Tamil Nadu im Mai Neuwahlen stattfinden. Ihr Ausgang wird sicherlich die weitere Vorgehensweise Indiens gegenüber der Regierung in Tamil Nadu bestimmen und somit auch die derzeitige Situation in Sri Lanka beeinflussen.

Indien verstärkt sein Militär

Das in jüngster Zeit gewachsene Selbstbewußtsein der Regierungstruppen und die Überzeugung, die LTTE könne innerhalb der nächsten Monate eliminiert werden, gründet sich auf die veränderte Lage in Südindien, auf die derzeit umfangreichen Lieferungen von militärischem Gerät durch die Volksrepublik China und auf der weiterhin stattfindenden Massenrekrutierung junger singhalesischer Soldaten.
So will die Regierung alle sechs Wochen 5.000 neue Soldaten in den Norden schikken. Auf Fragen nach ihrer Schulung heißt es vor der Presse, es handle sich dabei vorwiegend um ein "on-the-job-training". Statt Ausbildung und Strategie zu verbessern, versuchen die Streitkräfte, ihr Ziel mit einem Riesenaufmarsch zu erreichen. Dabei verfolgen sie die Strategie der indischen Armee, die nach dem Ausbruch der Kämpfe mit der LTTE zeitweise bis zu 100.000 Mann auf der Insel im Einsatz hatte. Allein durch ihre drückende physische Überlegenheit waren die Inder in der Lage, die Aktivitäten der LTTE entscheidend einzudämmen. Die Regierung hat bereits angekündigt, die Armee von heute schätzungsweise 70.000 bis zum nächsten Jahr auf insgesamt 100.000 Mann aufzustokken. Ferner will sie eine Einheit mit 40.000 para-militärischen Kräften aufstellen, die 'National Gard Battalion' heißen soll und der auch Frauen angehören.
Insgesamt läßt derzeit keine der beiden am Konflikt beteiligten Parteien ein genuines Interesse an einer politischen Lösung erkennen.
Die weitere Vorgehensweise der Streitkräfte wird darauf abzielen, die LTTE zu eliminieren. Als mittelfristiges Ziel der Sicherheitskräfte kann angenommen werden, daß die Entwaffnung/Eliminierung auch der tamilischen Gruppen vorgesehen ist, die derzeit noch gemeinsam mit den Regierungstruppen gegen die LTTE kämpfen. Sollte die Regierung in der Lage sein, dieses Ziel zu erreichen, wäre damit der Widerstand der Tamilen weitgehend gebrochen. Im Gegenzug dürfte die Regierung Zugeständnisse an Tamilen anbieten, die jedoch kaum über die im 'indo-srilankischen Vertrag' vom Juli 1987 festgelegten Konzessionen hinausgehen werden.

Walter Keller/Martin Stürzinger

Anmerkung:
[1] Zur dravidischen Bevölkerung werden mehrere Volksgruppen gezählt, die im Süden Indiens leben.

Die vergessene Seite der Kolonialgeschichte

„...Und wenn ich einige Details dieser scheußlichen Schlächtereien in Erinnerung bringe, so geschieht das keineswegs aus trüber Genugtuung... Sie beweisen, daß die Kolonisation, ich wiederhole es, selbst den zivilisiertesten Menschen entmenscht; daß die koloniale Aktion, das koloniale Unternehmen, die koloniale Eroberung, gegründet auf Verachtung des Eingeborenen und gerechtfertigt durch diese Verachtung, unweigerlich darauf hinausläuft, den, der sie betreibt, zu verändern; daß der Kolonisator, der sich, um sich ein gutes Gewissen zu verschaffen, daran gewöhnt, im anderen das Tier zu sehen, der sich darin übt, ihn als Tier zu behandeln, objektiv dahin gebracht wird, sich selbst in ein Tier zu verwandeln....“

Aimé Césaire

(Schriftsteller und Politiker aus Martinique)



Das Schlüsseldatum 1492, die sogenannte „Entdeckung" Amerikas ist inzwischen hinreichend bekannt. Auch die Folgen von Eroberungsfeldzügen, wie die von Cortéz 1519-21 in Mexiko und Pizarro 1532-35 in Peru, können selbst von offizieller Seite nicht mehr beschönigt werden. Eine vergleichbare Auseinandersetzung mit der kolonialistischen Vergangenheit Afrikas findet allerdings nicht statt. Wer kann die Plünderungen und Zerstörungen der ostafrikanischen Hafenstädte Sofala, Kilwa und Mombasa am Anfang des 16. Jahrhunderts durch die Portugiesen einordnen? Wer kennt die Zahl der verschleppten SklavInnen und die Folgen für den afrikanischen Kontinent?

Von Anfang an ist die afrikanische Bevölkerung mit den Folgen der Eroberungszüge und der Missionierung aus Europa konfrontiert worden. Eine bis dato in der Menschheitsgeschichte beispiellose Form des Menschenraubes, der organisierte Sklavenhandel, ließ die Menschen über Jahrhunderte nicht zur Ruhe kommen. Afrikanische Küstenvölker wurden verschleppt oder vertrieben, traditionelle Sozial- und Wirtschaftsstrukturen verschwanden.

Zudem waren die schwarzafrikanischen Völker seit dem 16. Jahrhundert doppelt bedroht. Das osmanische Reich bzw. seine arabischen Verbündeten rückten von Norden und Osten vor. Sie betrieben selbst einen florierenden Sklavenhandel. Die Portugiesen drangen von der Küste immer wieder ins Landesinnere vor. Um unter diesen Bedrohungen überhaupt überleben zu können, mußten die AfrikanerInnen ihre Lebenswelten drastisch anpassen. Die zunehmende Militarisierung, die gegenseitige Verachtung der schwarzafrikanischen Völker und ein immer wieder aufbrechendes Gewaltpotential, das bis heute offensichtlich ist, haben im 16. Jahrhundert ihre historischen Wurzeln.

Die perverse Ökonomie des Sklavenhandels mußte ideologisch begründet werden: Während der letzten 500 Jahre kreierten die Europäer eine Menge Wahrnehmungen, die die Schwarzen entmenschlichten, um die Voraussetzung zu schaffen, sie als Arbeitstiere, als Sklaven einsetzen zu können.

Auf der Kongo-Konferenz 1884 teilten die imperialen Mächte Afrika am Kartentisch endgültig auf. Es lag in ihrer erklärten Absicht, diesen noch „dunklen Kontinent" für alle Zeiten zu europäisieren. Zivilisation und europäische Kultur wurden schlichtweg gleichgesetzt, wie Afrika und Barbarei. Der Widerstand der Hereros oder der Ndebele bezeugen beispielhaft den Willen der afrikanischen Bevölkerung, sich nicht dieser „Zivilisation" zu unterwerfen.

Es gehört in den Bereich der Märchen, wenn heute immer noch behauptet wird, die/der gehorsame Eingeborene hätten sich glücklich den Befehlen großmütiger Kolonialbeamter gebeugt.

In den 50er Jahren erkämpften sich nationale Befreiungsbewegungen die „Unabhängigkeit der Fahne". Jean Ziegler bezeichnet die unabhängigen Nationen Afrikas als „Protonationen". Es sind rudimentäre, in ihrem Aufbau begrenzte Gesellschaften: noch immer sind sie in großen Teilen von ihren „Mutterländern" ökonomisch abhängig, die zudem oft auch noch direkt politisch und militärisch eingreifen. Sie sind so das Spiegelbild eines imperialistischen Gewaltverhältnisses, in denen Autokraten wie Mobutu (Zaire) die Regel sind und der ermordete Präsident Thomas Sankara (Bukina Faso) die Ausnahme bilden.

In den von den Kolonialmächten errichteten Staatsgebilden bilden sich zur Zeit neue Volksbewegungen. Überall in Afrika stehen die alten Regimes zunehmend unter Druck oder sind schon, wie in Mali, gekippt worden. Die Herrschenden berufen sich auf politische Ideologien, um ihre Macht zu erhalten. Doch die Bevölkerung fordert wie z.B. in Kenia (westliche Orientierung) oder Äthiopien (bis vor kurzem an die Sowjetunion anlehnend) mehr Mitsprache und regionale Autonomie ein. Es steht noch nicht fest, ob der neue Aufbruch in den afrikanischen Staaten möglich ist oder in einer neuen Gewaltspirale erstickt werden wird.

In diesem Themenschwerpunkt werden unterschiedliche Aspekte kolonialer Gewaltverhältnisse beleuchtet. Im ersten Beitrag untersucht Christel Opeker das sich wandelnde Bild vom schwarzen Menschen, das im Laufe der Jahrhunderte immer rassistischer wurde. Ausgehend von der Berliner Kongo-Konferenz, dokumentieren wir dann zwei Beiträge, die den Stellenwert kolonialistischer Politik für das Deutsche Reich analysieren.

Der Beitrag von Georg Lutz zeigt am Beispiel der Freibeuter und Maroons eine Seite der Kolonialgeschichte, die die meisten Geschichtsbücher unterschlagen oder falsch wiedergeben. Was die patriarchale Geschichtsschreibung jedoch völlig verschweigt, ist die Beteiligung von Frauen. Stella Dadzie/ Doris Neu zeigen auf, wie Sklavinnen auf Jamaika überleben konnten, ihre Kultur aus Afrika bewahrten und so spezifische Formen des Widerstands und der Verweigerung gegenüber den Kolonialherren durchsetzten.

Seit geraumer Zeit ist die weiße Frauenbewegung, von Seiten der Frauen aus der „Dritten Welt", mit heftigen Rassismusvorwürfen konfrontiert. Die Autorin Martha Mammozai wirft einen Blick auf die bislang auch von Feministinnen verkannte Mitwirkung weißer Frauen bei der Kolonialisierung.

Die Resumees aus der 500 Jahre andauernden Ausbeutung Afrikas sind unterschiedlich. Von dem afrikanischen Wissenschaftler Chinweizu und den TeilnehmerInnen eines panafrikanischen Kongresses, der Mitte Dezember letzten Jahres in Lagos abgehalten wurde, werden Reparationen in Milliardenhöhe eingefordert. Genau diese panafrikanische Bewegung und deren Regierungen kritisiert der Schweizer Afrikaspezialist Al Imfeld aufs heftigste. Die politischen Forderungen sind für ihn nur ideologische Propaganda, um die eigene Herrschaft weiter legitimieren zu können.

Redaktion

Zwischen Mythos und Sklaverei

Veränderung des historischen Bildes der Schwarzen aus europäischer Sicht

Das Bild von Afrika und seinen BewohnerInnen wird vor 1492 sehr stark von Geschichten und Mythen über Äthiopien geprägt, die teilweise griechischen Ursprungs sind. Im Gegensatz zum restlichen Afrika hatte Äthiopien für das christlich-mittelalterliche Europa den Vorzug, seit dem 4. Jahrhundert eine vertraute Religion zu besitzen — es war ebenfalls christlich. Allerdings behinderte der seit dem 7. Jahrhundert sich ausbreitende Islam Kontakte zwischen diesem Teil der Christenheit und Europa. Der mangelnde Kontakt förderte die Entstehung des Mythos vom Priesterkönig Johannes, einem geheimnisvollen schwarzen König, dessen Reich unter anderem auch in Äthiopien vermutet wurde. Der mythische schwarze Christ taucht auch in der Figur des Caspar, einem der heiligen drei Könige auf. Er wird in mittelalterlichen Berichten ausdrücklich als Äthiopier vorgestellt.

Äthiopien erhielt seine besondere Bedeutung für das mittelalterliche Europa vor allem als möglicher Bündnispartner gegen den Islam. Die Menschen, obwohl schwarz, wurden in erster Linie als Christen betrachtet. Die Hautfarbe war bis ins 16. Jahrhundert hinein kein Thema. „Rassentheorien" des Mittelalters unterscheiden Christen, Mohren, Juden und Heiden voneinander. „Rasse" wurde damals immer im Zusammenhang mit der Religionszugehörigkeit erwähnt. Die Menschheit wurde in christlich und nichtchristlich unterteilt. Im Fall des Priesterkönigs Johannes steht sogar ein schwarzer Herrscher in der Tradition eines Erlösers der Christenheit. Eine veränderte Wahrnehmung des schwarzen Menschen erfolgt erst mit dem Ausbau kolonialer Herrschaft und dem parallel dazu immer größer werdenden Bedarf an billigen Arbeitskräften afrikanischer Herkunft.

Schon bei der Suche der Portugiesen nach dem Reich des Priesterkönigs Johannes sowie den vermuteten Goldreichen im Osten wurden westafrikanische Menschen gefangengenommen und als Sklaven nach Portugal gebracht. Gerechtfertigt wurde diese Sklaverei mit der Ungläubigkeit der Betroffenen. Nur Christen waren ganze Menschen.



Frauen im Königreich Kongo, Kupferstich um 1590

Der Sklavenhandel und das neue Bild vom schwarzen Menschen

Der Bedarf an tropentauglichen Arbeitskräften in den neuen Kolonien führt zu massenhaften Verschleppungen afrikanischer Menschen. Während den Indianern eine Seele zugesprochen wird, erkennt die koloniale Mentalität sie den Schwarzen ab. Der Mythos vom Edlen Wilden, ohnehin selten auf afrikanische Völker projiziert, wird im Dienste des Sklavenhandels deformiert. Was als moralische Kritik an der eigenen Zivilisation und der kolonialen Ausplünderung gedacht war, wird zur Rechtfertigung der Versklavung. Die „Naturnähe des Schwarzen" wird zur idealen Vorbedingung seiner Knechtschaft. Sein vor der Ankunft der Europäer „elendes und unseliges Leben" läßt das Dasein auf einer tropischen Plantage trotz der Gewalt, die die Sklaven dort erleiden, in idyllischem Licht erscheinen.

Zur Herabsetzung der Schwarzen dient auch die Verteufelung des erotischen Lebens in Afrika. „Niedere Geschlechtstriebe" sollen die „Erziehung zur Arbeit" rechtfertigen. Die Sklavenhändler und ihre Nutznießer stellen sich als edle Gemüter dar, die sich um menschlich und moralisch Verdammte kümmern. Vom Priesterkönig Johannes ist keine Rede mehr. Koloniale Ausbeutung verdrängt die Figur des „schwarzen Erlösers" und christlichen Bundesgenossen. Sogar die Fähigkeit der Schwarzen, das Christentum anzunehmen, wird in dieser Phase der Kolonialisierung in Frage gestellt. Außer der physischen Widerstandskraft wird auch der biblische Fluch, der auf den Söhnen des (schwarzen) Ham lasten soll, zur Rechtfertigung der unmenschlichen Ausbeutung herangezogen. Diese biblische „Rassentheorie" stammt jedoch nicht aus dem Mittelalter. Sie ist ein Produkt des kolonialen Europa der Neuzeit.

Es tauchen in ganz Europa Schriften auf, die mit der dunklen Hautfarbe alle nur denkbaren negativen Eigenschaften verbinden. Das Jahrhundert der Aufklärung ist auch das Jahrhundert der Rassentheorien, die allesamt ein Ziel verfolgen: die Rechtfertigung der Kolonialisierung der Welt durch die „weiße Rasse" und die Rechtfertigung der Versklavung vor allem der „schwarzen Rasse". So schreibt Voltaire in seinen „Essais sur les moeurs" von den „Negern als Sklaven aller Menschen". Ausdrücke, die sich auf die „Rasse" der

Menschen beziehen, wie „Neger", „Mestize", „Mulatte" werden zu Beginn der Neuzeit erfunden. Der Maulesel („Muli"), die unfruchtbare Mischung zwischen Pferd und Esel, der dem Begriff „Mulatte" zugrundeliegt, zeigt, wo die weiße Kultur den Schwarzen und den „Mischling" sehen wollte: abseits von menschlicher Kultur und Zivilisation, den Tieren nahe.

Nur wenige gestehen den schwarzen Menschen eine Seele oder gar Kulturfähigkeit zu, wie z.B. Rousseau. Allerdings läßt er sich, wie so manche andere Verfechter der Theorie vom „edlen Wilden", von seiner Begeisterung über die angebliche Naturnähe und unverdorbene Moral der betroffenen Völker hinreißen. Die schwarzafrikanische Realität wird auch von dieser Seite nicht gesehen. Das ist allerdings zu diesem Zeitpunkt auch schwierig. Den Verehrern der „edlen Wilden" geht es mehr um eine Kritik ihrer eigenen Kultur, als um die Lebensverhältnisse der Menschen, auf die sie ihr Unbehagen an der eigenen Kultur übertragen. Im Falle Afrikas kommt noch ein großer Mangel an Information dazu. Außer den Küstengebieten, wo die verschiedenen Kolonialmächte ihre Niederlassungen hatten, war Afrika unbekannt. Mythen über das unbekannte Herz des schwarzen Kontinents prägten zwar das Bild, das eigentliche El Dorado war jedoch in den Amerikas schon „entdeckt" worden und die „sagenhaften Reichtümer Asiens" wurden zu der Zeit ebenfalls schon ausgebeutet. Afrika schien außer Sklaven keine Schätze zu bieten. Ein Interesse an afrikanischer Kultur war nicht vorhanden. Allenfalls waren Teile der europäischen Gesellschaft über angebliche Greueltaten afrikanischer Menschen schockiert. Schwarze gelangten recht selten zur Auszeichnung „edler Wilder".

Menschen, die derart herabgewürdigt werden, eignen sich nicht für positive Projektionen. Indianer, asiatische Völker und die Menschen des Pazifik wurden zwar ambivalent wahrgenommen, aber da sie nicht ausschließlich als reine Arbeitstiere betrachtet und mißbraucht wurden, konnten ihnen auch positive Eigenschaften zugestanden werden. Die Propaganda der Sklavenhändler und der Anhänger und Nutznießer der Sklaverei hatte innerhalb von zwei Jahrhunderten dafür gesorgt, daß schwarze Menschen im Bewußtsein der anderen die schlechteren Menschen waren.

Auf dem Weg zum „freien" Kolonialarbeiter

Das 19. Jahrhundert ist nicht nur die Ära der letzten großen „Entdeckungsreisen", die zum großen Teil ins unbekannte Afrika führen. Mit der „Entdeckung" und Aufteilung der letzten europäerfreien Gebiete wird auch der Sklavenhandel abgeschafft. Die Sklavenfrage steht im Mittelpunkt der christlichen Missionen. Inzwischen werden allerdings Theorien vetreten, wonach die AfrikanerInnen ihre Sklaverei selbst verschuldet hätten. Nicht die Sklavenhändler oder die Besitzer sondern die Opfer bzw. ihre Familien verschulden plötzlich ihr hartes Los. Das Bild des Afrikaners wird nun folgendermaßen bestimmt: „... denn nur allzuleicht ließen sich die trunksüchtigen Schwarzen betören und verkauften ihre eigenen Angehörigen an die Sklavenhändler." Das Zitat stammt aus einem in der Basler Missionsbuchhandlung erschienenen Bericht. Auch etwas positiver eingestellte Missionen wie z.B. der „Evangelische Afrikaverein" stellen sich zumindest die Frage nach der Teilschuld der Schwarzen. Im Kampf der deutschen Kirchen gegen die Sklaverei wurde die „völlige Aufhebung der Sklaverei in den deutschen Schutzgebieten" gefordert. Damit wurde sowohl für eine neue Phase der Kolonialisierung als auch für ein neues Bild vom schwarzen Menschen die Voraussetzung geschaffen. Der Kampf um Menschenwürde und Freiheit wird zumindest in Deutschland eng verknüpft mit dem Kampf um ein deutsches Kolonialreich. Wirtschaftliche Faktoren sind schließlich ausschlaggebend für die Umwandlung der Sklaverei in Kontraktarbeit. Dies galt allerdings auch für andere Kolonialmächte. Aus dem schwarzen



„Französisches Nationalfest" in der Kolonie Dahomey, 1900

Sklaven wird ein schwarzer Kolonialarbeiter bzw. eine Kolonialarbeiterin. Wie sich der neu entstehende Kolonialstaat Deutschland diese schwarzen Menschen nun vorstellt, spiegelt sich vor allem in der Kolonialliteratur wider, die nach 1884 in Deutschland ihre Blütezeit erlebt.

Vom Arbeitstier zum Schüler der Weißen

„Erziehung zur Arbeit" ist das Motto, mit dem deutsche Missionare, unterstützt von Wirtschaft und Regierung, in Afrika einfielen. Die Befreiung von der Sklaverei soll eine „Befreiung zur Arbeit" sein. Die Menschen wurden zwar nicht mehr durchgängig als Tiere betrachtet, sie galten jedoch immer noch als unzivilisiert und unmündig. Das machte sie zum idealen Objekt christlich-europäischer Erziehung. Dies drückt sich u.a. in Schriften zu „Deutschlands Anteil an der Erziehung Afrikas" aus. Die Eingeborenen werden mit ungezogenen Kindern verglichen, die auch mit Gewalt zu „ihrem Segen erzogen werden müssen". Die Ideologie von der Notwendigkeit kolonialer erzieherischer Gewalt zieht sich durch die gesamte deutsche Kolonialliteratur. Deutschland versucht den „Wilden wirtschaftliche, geistige und sittliche Hebung" zu vermitteln. Die Moral und die Sitten der anderen sind nichts wert. „Das ganze Volksleben eines Heidenvolkes müßte erst umgewandelt werden, seine Eigentümlichkeit vernichtet werden, ehe die Kultur das innerste Herz und Mark eines Volkes erreicht, wo doch der Sitz des Aberglaubens zu suchen ist", behaupten selbst christliche Missionare, die ansonsten jeden Einfluß Europas für verderblich halten.
Die Schwarzen sind zwar im Laufe der Antisklavereibewegung Menschen geworden, allerdings mangelt es ihnen aus europäischer Sicht an christlicher Rationalität. Aberglaube heißt der magische Begriff, der Missionare und ihre ZuhörerInnen schaudern läßt. Die Ausrottung dieses Aberglaubens zum Wohle aller steht auf dem Banner der neuen Kolonisatoren. Auch die Mitte des 19. Jahrhunderst entstehende Zunft der Ethnologen unterstützt diesen „Kampf". Sie verbreiten ebenfalls das Bild von den Schwarzen, die vor allem unter Wahnvorstellungen und Aberglauben leiden, nicht jedoch unter den kolonialen Verhältnissen. Außer der Variante der „christlichen Rettung der verirrten Negerseele", am besten durch Arbeit und Gebet zu erreichen, existierte noch die Position der Vertreter der „Negerpsychologie". Diese Richtung betrachtet die schwarzen Menschen als Wesen ohne Möglichkeit der Weiterentwicklung. Sie zieht sich von den Sklavenhändlern bis zum deutschen Faschismus und seinen Rassentheorien durch die Geschichte. Während die Missionen nach 1884 zum „Kampf um die Seele des Negers" aufriefen, leugneten die Anhänger einer radikalen kolonialen Ausbeutung die Kulturfähigkeit schwarzer Menschen. Der bekannteste Verfechter dieser rassistischen Richtung ist Dr. Karl Oetker, dessen Buch „Die Neger-Seele und die Deutschen in Afrika — Ein Kampf gegen Mission, Sittlichkeitsfanatismus und Bürokratie vom Standpunkt moderner Psychologie" die Theoretiker des Nationalsozialismus beeinflußte. Auch er fordert eine humanere Behandlung der Schwarzen, allerdings um „das wertvolle Material der Neger nicht zu verderben".Verdorben waren in seinem Sinne auch christianisierte Schwarze, da sie zumindest Anspruch auf eine Gleichheit vor Gott einfordern durften. Da sie von Leuten wie Oetker jedoch als eine grundsätzlich „minderwertige Rasse" betrachtet wurden, durften sie auch nicht in den Genuß des Christentums kommen. Die „irrationale Komponente der afrikanischen Seele" wird überall betont. Die im Christentum enthaltenen herrschaftsfeindlichen Elemente werden als den Schwarzen nicht „artgemäß" dargestellt. „Artgemäß" sind nach Oetker dagegen die Existenz als schwarze Knechte und Mägde der weißen Herren.
Grausame Häuptlinge und unempfindliche primitive Untertanen finden sich in den Beschreibungen beider Varianten des Kolonialismus. Die vielbeschworene Grausamkeit und Unempfindlichkeit soll zusammen mit der Rede von der Kindlichkeit der schwarzen Menschen die koloniale Mißhandlung rechtfertigen, der die Menschen ausgesetzt sind. Der „grausame Negerhäuptling", der aus einem irrationalen Drang heraus friedliche „unter deutschem Schutz stehende Dörfer" überfällt,ist zeitgenössischen Berichten zufolge äußerst fanatisch. Die „Verquickung von Religiosität, Mystik und weltlicher Herrschaft" schlummert nach diesen Berichten in den Seelen afrikanischer Führer. Hendrik Witboii z. B., ein Führer der Hottentottenaufstände in Südwestafrika, kämpft nicht etwa für die Freiheit seines Volkes, er ist völlig fanatisiert „auf Kriegspfad". Andere sind faul, passiv, an sich „gute Neger", nur leider genußsüchtig und beeinflußbar. Zwischen diesen beiden Polen bewegen sich die Beschreibungen des sogenannten „roitelet negre" („der kleine schwarze König"), eine Figur, derer sich auch andere Kolonialmächte in ihren Beschreibungen bedienen. Im Kampf selbst wird ihnen stets „Bestialität" unterstellt. Kolonialromane strotzen nur so von der Beschreibung von Grausamkeiten, die Weißen angetan wurden. Den bestialisierten Feind konnte man dann guten Gewissens umbringen.

„Back to the roots"

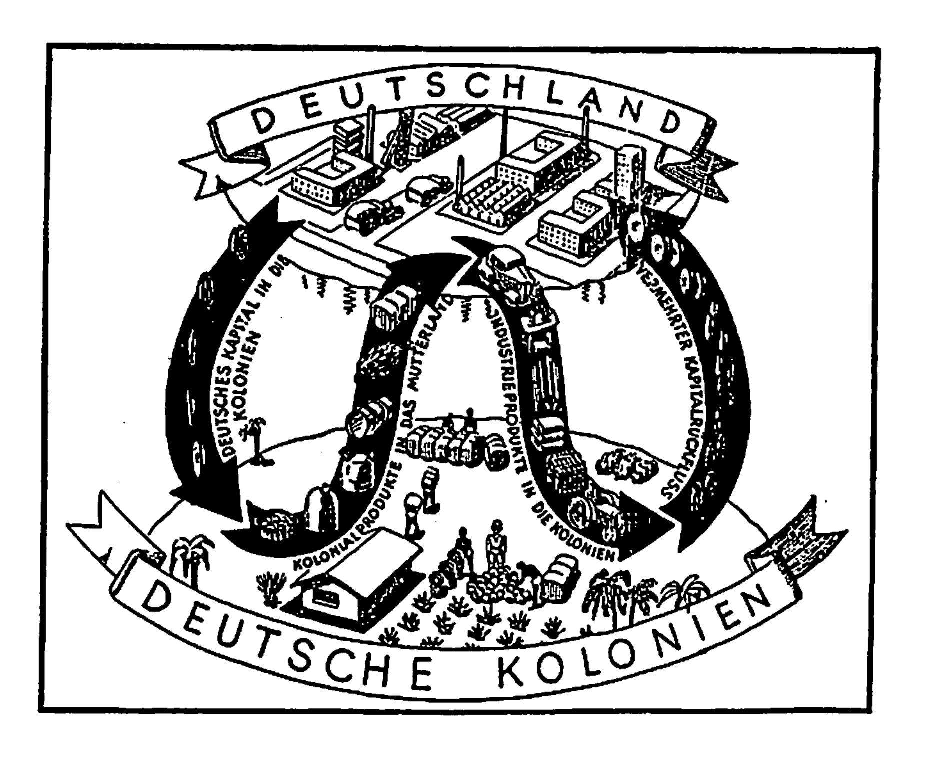
Das „animistisch-intuitive Schwarzafrika", das im Laufe der Kolonialzeit entstand, prägt noch heute unser Bewußtsein. Was damals negative Projektion war und kolonialer Rechtfertigung diente, wirkt heute weiter in der Suche vieler Alternativtouristen nach dem „natürlichen, intuitiven" Afrika. Das Afrika der Tänze und Mythen bestand allerdings auch vor der Kolonialisierung nicht in der Art, wie die Afrika-Fans sich das gerne vorstellen. Die verschiedensten Gesellschaftsformen, von egalitären Gruppen bis zu großen Königreichen, waren bis in unser Jahrhundert ein Teil Afrikas. Es existierten und existieren auch heute christliche, animistische und islamische Religionsformen nebeneinander. „Aberglaube" und „Irrationalität" sind koloniale Zuschreibungen, die heute noch wirken. Der Mythos von der Naturnähe aller Schwarzen ist noch im Umlauf, auch in antikolonialen und linken Kreisen. Ein Blick auf die Tanz- und Musikszene genügt. Schwarze Menschen gelten auch hier in erster Linie als „geborene Tänzer und Musiker". „Es liegt ihnen im Blut". Eurozentristisch und rassistisch ist auch dies, wenn auch nicht mit dem Hintergrund wirtschaftlicher kolonialer Ausbeutung. Was Schwarzafrika in diesem Falle bringen soll, ist das Gefühl, zu den eigenen verschütteten Wurzeln zu gelangen. Der Wunsch danach läßt die Tanz- und Trommelszene in Scharen nach Westafrika pilgern. Kulturelle Unterschiede innerhalb Afrikas werden meist nicht wahrgenommen. Der Afrikaner und die Afrikanerin bleiben oft bloße Vorstellungen derer, die ihre Länder bereisen.
Den anderen Reisenden in Afrika, deren Bild von sich noch ungebrochen ist, genügt dagegen das Prickeln beim Anblick „von Schwarzen bei abergläubischen animalischen Riten". Der engste Kontakt findet meist in den Bordellen statt, wo sich weiße Männer neben dem billigen Vergnügen die Bestätigung über die triebhafte Natur der Schwarzen holen können. Ist die asiatische Frau für Sanftmut verantwortlich, so steht die Afrikanerin für Leidenschaft. Dem realen Frauenbild entsprechen beide Vorstellungen nicht. Auch der afrikanische Mann ist im Bewußtsein der Weißen in erster Linie ein Naturmensch, dem ungezügelte Sexualität zugesprochen wird,positiv verklärt oder negativ gefürchtet.
Naturnähe und nicht-rationales Denken sind oft auch zentrale Begriffe in Entwicklungshilfekreisen. Jahrhundertealte Ideologie, jeweils mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten leicht abgewandelt, prägt immer noch das Bild.

Christel Opeker

Literatur:
Ruth Weiss/Hans Mayer: Afrika den Europäern, Wuppertal 1985
Leon Poliakov/Christian Delacampagne/Patrick Girard: Über den Rassismus, Berlin 1985
Karlheinz Kohl: Entzauberter Blick, Frankfurt/Paris 1983
Ulrich Knefelkamp: Die Suche nach dem Reich des Priesterkönigs Johannes, Gelsenkirchen 1986
Frantz Fanon: Schwarze Haut, weiße Masken, Frankfurt 1980
Dr. Karl Oetker: Die Neger-Seele und die Deutschen in Afrika, München 1907
Sadjii Amadou Booker: Das Bild des Negro-Afrikaners in der deutschen Kolonialliteratur, Berlin 1985



Deutsche Kolonialpolitik in Afrika



Als die europäischen Kolonialmächte und die USA 1884 auf Einladung Bismarcks zur Kongo-Konferenz in Berlin zusammenkamen, lag es in ihrer erklärten Absicht, den letzten, weitgehend unerforschten Kontinent für alle Zeiten ihrer Zivilisation einzuverleiben. Afrika sollte den Europäern nicht nur gehören, es sollte auch ein europäisches Afrika werden, ein christlich - freihändlerisches.

Zu spät gekommen bei der Aufteilung der Welt, erhofften sich besonders die deutschen Imperialisten von der neuen Politik Bismarcks die Absicherung ihrer Profitinteressen auf dem Weg zur wirtschaftlichen Weltmacht.

Im folgenden dokumentieren wir zwei Beiträge, die sich in Auszügen mit der politischen und ökonomischen Situation des deutschen Reiches am Ende des 19. Jahrhunderts und mit der deutschen Kolonialpolitik in Afrika auseinandersetzen.

Deutschland war eine verspätete Nation: Die nationale Zersplitterung und politische Unterdrükkung konnte in einer demokratischen Revolution von unten nicht beseitigt werden; Auch die wirtschaftliche Entwicklung blieb gegenüber den Ländern Westeuropas zurück. Wohl hatte es seit 1850 rasche Fortschritte bei der Industrialisierung gegeben, der entscheidende Durchbruch kam aber erst 1871, als Bismarck in einer *"Revolution von oben"* das preußisch-deutsche Kaiserreich schuf. Es war dabei das Kunststück gelungen, dem Kapital die Freiheit der Aktiengesellschaft zu verschaffen und die Arbeit der Despotie des Militarismus zu unterwerfen.

Mit der Kraft des Siegers und dem Geld des Verlierers treibt die deutsche Bourgeoisie - das Versäumte in ungestümer Entwicklung nachholend - in einem Miliardenboom das Reich zur wirtschaftlichen Großmacht. Innerhalb weniger Jahre war Frankreich überrundet, 1900 war Großbritannien als führende Industriemacht Europas entthront.

Als Tribut für seinen wirtschaftlichen Aufschwung hatte Deutschland eine immer tiefere Abhängigkeit vom Weltmarkt zu zahlen: Immer deutlicher machte sich die schmale Rohstoffbasis bemerkbar, immer notwendiger wurde die Erschließung neuer Absatzmärkte, immer schärfer mußte der Konkurrenzkampf vor allem mit Großbritannien geführt werden.

Gesellschaftliche und politische Konflikte

Wenn sich auch der Weg zur wirtschaftlichen Weltmacht fast wie ein Triumphzug ausnahm, verlief die Entwicklung doch nicht ohne Widersprüche: Immer wiederkehrende Krisen und Konflikte deuteten zugleich auf die Labilität des imperialistischen Systems hin. Dabei waren innenpolitische und außenpolitische Konflikte eng miteinander verzahnt.

Die politische Macht im Deutschen Reich gründete sich auf das Bündnis von "Rittergut und Hochofen". Es ging hervor aus der bis dahin größten Wirtschaftskrise, dem "Gründerkrach" von 1873. Die gemeinsamen Interessen ostelbischer Landwirtschaft und rheinischer Schwerindustrie drückten sich doppelt aus: In den gegenseitig zugestandenen Schutzzöllen von 1878/79 wurde das Reich gegen billige Getreide- und Eisenimporte abgeschirmt; zugleich ging es dem "Reichsfeind Nr. 1", der Sozialdemokratie, an die Gurgel: mit Peitsche (Verbote und Strafen des "Sozialistengesetzes" von 1878) und Zuckerbrot ("Sozialgesetze" der 80er Jahre) sollten die Arbeiter vom Widerstand gegen den Kapitalismus abgebracht werden.

Der gegen internationale Konkurrenz und Umsturz aufgerichtete Damm zeigte alsbald Risse und erwies sich als unfähig, die Flut der Probleme abzuhalten: Die Zollpolitik hatte einen Handelskrieg zur Folge, durch den sich das Reich traditionelle Partner wie Rußland und Großbritannien auch politisch entfremdete; sie fanden nicht nur den deutschen Markt für ihre Produkte versperrt, vor allem Großbritannien sah sich auch einer verstärkten deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgesetzt. So führte das innenpolitische "Kartell der schaffenden Hände" zu einer wachsenden, außenpolitischen Isolierung des Deutschen Reiches.

Die trotz Verfolgung und Unterdrückung wachsende Arbeiterbewegung machte immer deutlicher, daß das Deutsche Reich

kein Nationalstaat, sondern ein Klassenstaat war.

Über Gründerkrach, Schutzzoll und Opposition der Arbeiter führt ein gerader Weg zur deutschen Kolonialpolitik, die als Allheilmittel gegen Krisen und Konkurrenz propagiert wird und schließlich sogar zur "Lösung der sozialen Frage" beitragen soll. Um 1880 führte die Suche nach Rohstoff- und Absatzmärkten zum expansiven Drang nach Kolonien. Zum stärksten Interessenverband wurde der 1882 gegründete Deutsche Kolonialverein, in dem Aristokraten, Schwerindustrielle und Bankiers die Richtung der Agitation bestimmten: Der Kolonialenthusiasmus, vor allem im deutschen Mittelstand, wurde angeheizt.

1884 forderte der Inspektor der Barmer-Mission, Friedrich Fabri, die Anlage sogenannter Verbrecherkolonien: er wollte die Arbeiter und Gewerkschaftler, die den konservativen Kräften als rote Politverbrecher galten, in die Kolonien abschieben.

Und in einem Werbeschreiben des Leiters des Kolonialvereins des Fürsten Hohenlohe-Langenburg an den Industriellen Stumm, Besitzer der größten Schwerindustrie im Reich, heißt es: *"Nach meiner Überzeugung wäre eine entsprechende Kolonisation der beste Ableiter für die sozialdemokratische Gefahr, die uns bedroht."*

Der Kolonialpropagandist v.Weber fordert schließlich:

"Die sozialistische Gährung in den Köpfen unserer im Denken ungeübten, vermögenslosen Massen wird um so gefährlicher, je mehr sie fortdauernd Zuwachs in intelligenten Elementen aus den gebildeten Ständen erhält, die in Folge der allgemeinen, schlechten wirtschaftlichen Lage immer zahlreicher ihre Reihen verstärken werden. Um dem deutschen Staatsorganismus in eine gesunde Blutzirkulation zurückzuführen und die Auswanderung als Sicherheitsventil für all die bösen Gase und Dämpfe wirken zu lassen, die den Mechanismus unseres Staates mit Zersprengen bedrohen, müßten jährlich wenigstens 200.000, besser 300.000 Menschen auswandern."

Zu spät gekommen bei der Aufteilung der Welt, erstrebte der deutsche Imperialismus ihre territoriale Neuaufteilung zur Erlangung seiner Vorherrschaft, die zumindest dem Vorrang der deutschen Industrie innerhalb Europas entsprach. Bei entsprechenden Anläufen vor 1914, z.B. den Auseinandersetzungen mit Frankreich über Marokko, mußten die führenden Politiker in Berlin die Erfahrung machen, daß ihre Ansprüche nicht diplomatisch durchzusetzen waren. Parallel dazu formierten sich Propagandaorganisationen wie der Alldeutsche Verband und der Flottenverein, die durch ihre nationalistische Hetze für Deutschlands Größe und Aufrüstung auf einen gewaltsamen Kampf um die "Weltgeltung" hinarbeiteten.

> *"Es ist ein großes Ziel, das uns hier winkt. Wird die deutsche Politik den Mut und die Einsicht haben, es zu verfolgen? Schon 1884 haben wir, ohne mit der Wimper zu zucken, Landgebiete von der vierfachen Größe des Mutterlandes besetzt. Soll die Gegenwart in Deutschland ein Geschlecht finden, das kleinräumiger denkt als unsere alten Afrikaner, und das vor einem solche Ziele erschauert? Der Gang der Aufteilung Afrikas in den letzten drei Jahrzehnten weist uns die Wege, die wir zu gehen haben, und deren Ziel nichts anderes sein kann als die machtvolle Zusammenraffung unseres Besitzes in Mittel-Afrika."*
> *E. Hänsch, Geographische Zeitschrift 1912*

Im Fieberwahn der Weltaufteilung

Das sorgsam ausgependelte politische Gleichgewicht zwischen den europäischen Mächten ging bei der sich von der kolonialen zur imperialistischen Expansion steigenden Politik verloren. Unter den europäischen Weltmachtstaaten hatten namentlich England und Frankreich jahrhundertelang eine Politik überseeischer Ausdehnung betrieben. Seit 1885 erfuhr der Vorgang einerseits der Ausbeutung und Ausnutzung fremder Rohstoffe und Produktionen und andererseits der Ausbreitung der europäisch entwickelten Zivilisation eine ungeheure Beschleunigung.

Deutschland waren bei den weltpolitischen Bestrebungen nach dem Platz an der Sonne durch das Fehlen (kolonial)-historischer Ausgangspositionen enge Schranken gesetzt. Ohne eigene koloniale Traditionen begann offiziell 1884 mit der Schutzerklärung über Gebiete in Südwestafrika und im folgenden Jahr über Ostafrika die Zeit des deutschen Kolonialismus. Im "Scramble for Africa" erhielt man außerdem Togo und Kamerun, über die die "Schutzherrschaft" erklärt wurde, nachdem jeweils von Kaufleuten (z.B. Lüderitz) oder Handelsfirmen wie die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, verbunden mit den Namen Carl Peters, erste Erwerbungen gemacht waren und Schwierigkeiten auftauchten, die Territorien gegen den Widerstand der Einheimischen unter Kontrolle zu halten. Die eigentlichen "Erschließungsaufgaben" übernahm folglich das Reich. Die Besitzungen im Pazifik umfaßten mehrere Inselgruppen, das Bismarck-Archipel, die Karolinen, Marian an usw., die flächenmäßig bedeutsameren Anteile in Neuguinea und das 1897 erworbene, sogenannte Pachtgebiet in China, Kiautschau. Alles in allem war dieses Kolonialreicht ein typisches Produkt einer künstlichen Aufteilung, mit einem reinen Herrschaftscharakter und begrenztem wirtschaftlichen Nutzen.

Die Berliner Kongokonferenz

Um die geschlossenen kolonialen Territorien entstehen zu lassen und relativ reibungslos erhalten zu können, waren die Jahrzehnte von einer bis dahin nicht gekannten Aktivität auf der diplomatischen

> *"Bei der Einberufung der Konferenz wurde die Reichsregierung geleitet durch die Überzeugung, daß alle eingeladenen Regierungen am Wunsch teilhaben, die Eingeborenen Afrikas der Zivilisation anzugliedern, durch die Öffnung des Innern des Kontinents für den Handel, durch die Schaffung von Mitteln, um sich zu bilden, durch die Bestärkung der Missionen und Gesellschaften in der Propagierung nutzbringender Kenntnisse und durch die Vorbereitung der Unterdrückung der Sklaverei..."*
> *Reichskanzler Bismarck anläßlich der Eröffnung der Kongo-Konferenz*

Bühne ausgefüllt. Beinah jedes Stückchen Land stand im Widerstreit der Ansprüche mehrerer Nationen der industrialisierten Welt des Nordens: es begann ein diplomatisch meist stillschweigend geführtes Handeln, Feilschen, Tauschen, Drohen und Bieten - kurz das Durchsetzen nationaler Interessen. Daß nicht alle Forderungen erfüllt werden konnten, liegt auf der Hand. Die Koalitionen zum Erwerb von Kolonien blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Vertragssituation in Europa und verschoben mehr und mehr die bestehenden Stützen der internationalen Sicherheit.

Ein Beispiel für eine deratige Kristensituation mit diplomatischem Erfolg stellt die Berliner Kongo-Konferenz dar. Von Dezember 1884 bis Februar 1885 von Bismarck einberufen, wurden in den Verhandlungen politische Spannungen in Übersee durch vertragliche Regelungen abgebaut. Gegenstand der Auseinandersetzungen am grünen Tisch waren "natürlich" allein die von europäischen Mächten artikulierten Interessen um koloniale Einflußgebiete.

Deutschland gelang es, die damaligen englisch-französischen Gegensätze auszuspielen, auf diplomatischer Ebene unterstützt von Frankreich, Italien und Rußland. Insofern erbrachte es das Ergebnis, die deutschen territorialen Kolonialansprüche in Afrika respektieren zu lassen, den Kongo Leopold II. von Belgien zu überlassen und das gesamte mittlere Afrika zu einer Zone des freien Handels zu erklären. Togo, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika erlebten hier eigentlich ihre kolonialpolitische Geburtsstunde der internationalen Anerkennung. Im Hinblick auf die Forderungen der englischen Öffentlichkeit wurde schließlich der Sklavenhandel - nicht die Sklaverei - verboten. Die Kongo-Konferenz entsprach den zeitgenössisch-üblichen Gepflogenheiten: Übertragung fremder Gebiete in Übersee nach europäischen Machtansprüchen und -rivalitäten; künstliche Grenzziehung mit dem Lineal über die Landkarte.

(aus: D.Bald/P.Heller/V.Hundsdörfer/ J.Paschen: Die Liebe zum Imperium, Übersee-Museum Bremen 1978)

„Manches Eiland lockt und lauscht"

Bismarck interessierte sich zwar nicht für Bananenbäume, aber die wirtschaftlichen Argumente für Kolonien konnte man nicht so leicht beiseite schieben. Die explosionsartige Industrialisierung, die um 1850 in Deutschland eingesetzt und sich 25 Jahre lang ohne nennenswerte Pause fortgesetzt hatte, erlebte auch hier eine Krise. Im Jahre 1873 verfiel die Wirtschaft in eine Depression, die, abgesehen von kurzen Unterbrechungen, 15 Jahre andauerte. Das Problem bestand in mangelnder Nachfrage: der heimische Markt konnte den ständig steigenden Nachschub aus deutschen Fabriken nicht mehr aufnehmen und durch den großangelegten Eisenbahnbau, der den Boom ausgelöst hatte, sanken die Transportkosten, was ausländische Konkurrenten auf den Plan lockte. 1879 löste das Eintreffen amerikanischen Getreides einen Preissturz bei den einheimischen Produkten aus. Bismarck, der selbst Großgrundbesitzer war, und dessen Einkünfte aus einer seiner größten Ländereien in einem einzigen Jahr um 60 % fielen, konnte den totalen Zusammenbruch der deutschen Landwirtschaft vorhersehen. Aus diesem Grunde schaffte er den Freihandel ab und erhob Schutzzölle auf landwirtschaftliche Produkte und industrielle Erzeugnisse.. Solche Zölle waren aber nur eine vorübergehende Lösung. Das Zauberwort hieß Export. Mehr und mehr Industrielle glaubten, das Problem der Überproduktion könne durch Kolonien leicht und schnell gelöst werden.

Hamburgs Handel mit Westafrika, der verglichen mit seinen weltweiten Handelsbeziehungen relativ klein war, wuchs sehr schnell: zwischen 1871 und 1883 hatten sich die Importe fast verdreifacht, und die Exporte waren um 560 % angestiegen. Das am meisten von Hamburg nach Afrika gelieferte einzelne Gut war hochprozentiger Alkohol: im Jahre 1884 machte er fast zwei Drittel des gesamten Handels aus. Für die Alkoholgewinnung, die von der preußischen Regierung als Absatzmöglichkeit für überschüssiges Getreide subventioniert wurde, war der afrikanische Markt tatsächlich lebenswichtig. Im Jahre 1884 gingen 40% des weltweit produzierten Alkohols nach Afrika. Bismarck, der selbst große Destillationsbetriebe besaß, war sich über seine Bedeutung vollkommen im klaren. 1876 sagte er: "Ich erkenne die hohe wirtschaftliche Bedeutung, welche die Spirituosenindustrie für einen großen Teil Deutschlands hat, in vollstem Maße an und werde wie seither so auch in Zukunft jede Gelegenheit ergreifen, sie zu unterstützen."



Die Kongo-Konferenz 1884 in Berlin

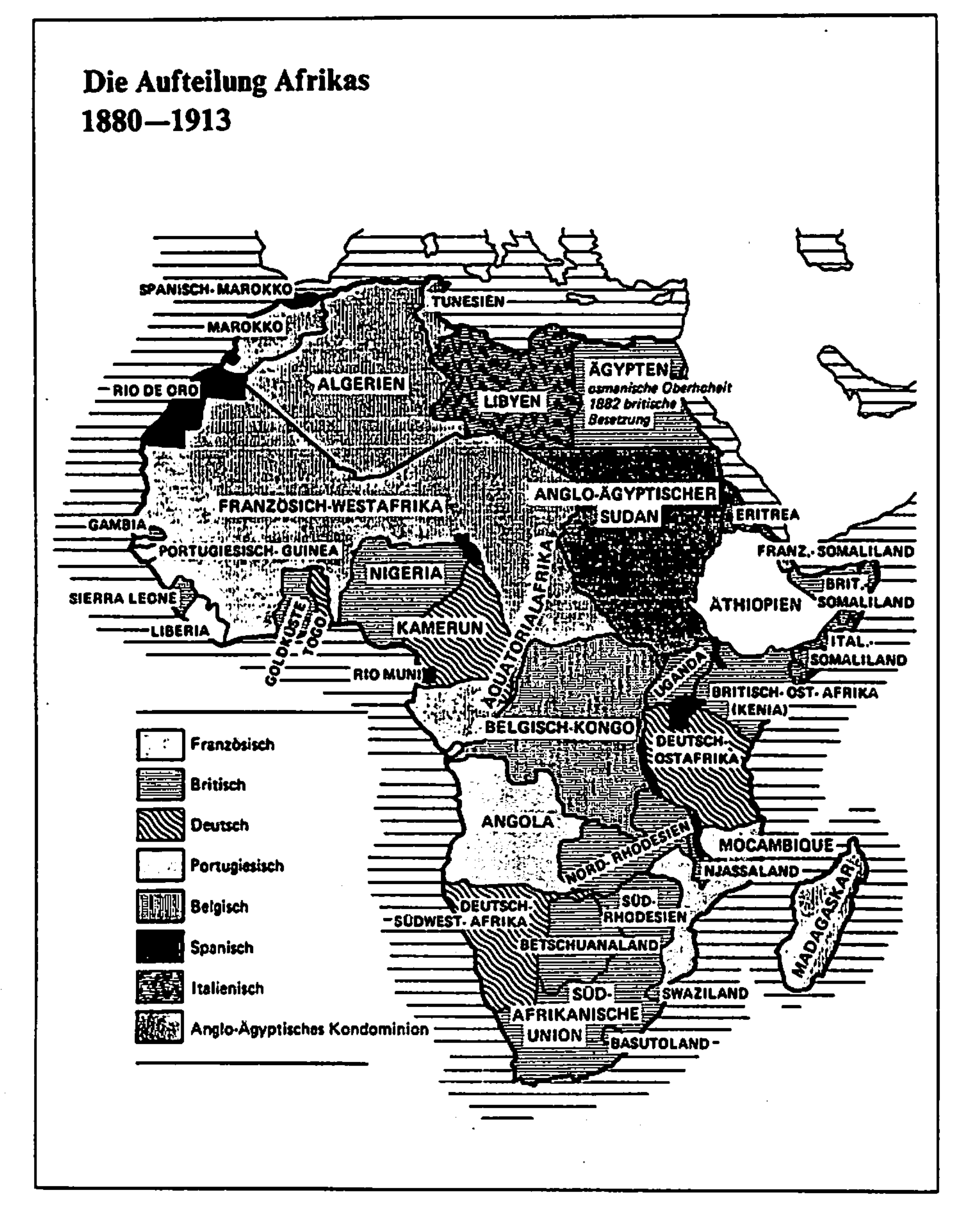
Bismarcks Wandel zum Kolonialpolitiker vollzog sich in zwei Schritten. 1883 setzte er sich für größeren Schutz deutscher Händler ein, hielt jedoch an dem Glauben fest, dies könne immer noch auf der Basis inoffizieller Herrschaftsausübung geschehen. Erst als seine vorsichtigen Anäherungsversuche an Großbritannien erfolglos blieben, ging er zu offenen Expansionismus über.

Zu diesem Bruch kam es ironischerweise ausgerechnet über einen Küstenstreifen, der damals als einer der unattraktivsten in Afrika galt. Im November 1882 traten ein Tabakhändler aus Bremen und ein Spekulant zweifelhaften Rufes mit Namen F.A.E. Lüderitz an das Außenministerium heran und baten um Schutz für die geplante Handelsstation in Südwestafrika. Lüderitz hatte herausgefunden, daß der gesamte 1.600 Kilometer lange Küstenstreifen zwischen den Flüssen Oranje und Kunene noch von keinem Europäer beansprucht worden war. Einzige Ausnahme bildete der Hafen von Walvis Bay, den Großbritannien erst kürzlich besetzt hatte. Da er dort reiche Mineralienvorkommen vermutete, dachte er sich einen ehrgeizigen Plan aus, um dieses unberührte Gebiet zu erschließen. Ohne den Schutz der Regierung, so erklärte er dem Außenministerium, würden die Briten nicht zulassen, daß er Waffen an die Eingeborenen verkaufe und die reichen Mineralschätze hebe.

Bismarck reagierte außerordentlich vorsichtig. Dem britischen Außenminister ließ er mitteilen, daß er einen wirksamen Schutz Englands für in diesem Gebiet lebende Deutsche sehr schätzen würde. Nur wenn dies nicht möglich sei, behalte er sich Berlin vor, diesen Schutz seinerseits eintreten zu lassen. Der Reichskanzler wies seinen Sohn Herbert, derzeit erster Legationsrat der Londoner Botschaft, an, nochmals zu betonen, daß Deutschland nicht auf überseeische Beziehungen aus sei und britische Interessen keinesfalls in die Quere kommen wolle. Inoffiziell ließ er verlauten, Lüderitz könne nicht mehr erwarten als gelegentliche Besuche von Kanonenbooten. Die britische Regierung erwiderte, sie würde sich um die deutsche Faktorei kümmern, falls sie nicht zu weit von Walvis Bay entfernt sei, und bat um nähere Einzelheiten.

Unterdessen hatte Lüderitz jedoch schon auf eigene Faust gehandelt. Er schickte seinen Mitarbeiter Heinrich Vogelsang nach Kapstadt, von wo aus er mit Lüderitz' Schiff "Tilly" nach Norden segelte. Am 10. April 1883 warf er Anker in der Angra Pequena Bay, die Lüderitz für seine zukünftigen Kolonien ausersehen hatte. Nachdem er dort nur einige britische Robbenjäger vorfand, machte Vogelsang sich auf den Weg nach Bethanien, dem Sitz Häuptling Joseph Fredericks', wo schon seit etwa 40 Jahren eine Missionsstation war. Er brachte den Häuptling dazu, ihm den Hafen von Angra Pequena und das umliegende Land im Radius von 8 Kilometern für 1.000 Pfund in Gold und 200 Gewehre zu verkaufen. Am 1. Mai wurde der Vertrag unterschrieben, und 10 Tage später hißte Vogelsang die deutsche Flagge.

Lüderitz war zufrieden. Blühender Küstenhandel und reichhaltige Kupferminen lagen für ihn bereit, die Tausende deutscher Siedler anlocken würden, die ihrerseits die afrikanische Bevölkerung innerhalb kurzer Zeit zu "Schuldnern und Sklaven" degradieren würden. Bismarck dagegen war wütend über die Unverfrorenheit, mit der Lüderitz ohne offizielle Ermächtigung des Reiches die deutsche Flagge gehißt hatte. Seiner Meinung nach sollte Lüderitz zwar wie jeder andere Deutsche im Ausland den Schutz des nächstgelegenen Konsulats genießen, hatte jedoch keineswegs das Recht, die Regierung mit einer Gebietsforderung in Schwierigkeiten zu bringen. Er befahl ihm, sich mit den Briten gut zu stellen, wies



seinen Botschafter in London aber gleichzeitig an, etwas über die Haltung der britischen Regierung zu Angra Pequena in Erfahrung bringen.

Das britische Außenministerium verfaßte eine Erklärung, nach der Großbritannien weder Ansprüche auf Angra Pequena habe noch Gerichtshoheit darüber besitze. Hiermit war die Lage korrekt beschrieben; die Mitteilung wurde jedoch nie abgesandt. Das Kolonialministerium befürchtete eine negative Reaktion der in Kapstadt ansässigen Politiker, deren Kolonie sich bis zum Oranje-Fluß erstreckte. Schließlich teilte man der deutschen Botschaft mit, daß, "obwohl die Regierung ihrer Majestät nicht den Anspruch auf Souveränität im gesamten Landesgebiet erhebe ... sie es doch als Verletzung ihrer legitimen Rechte betrachten würde, wenn eine andere Nation die Souveränität oder Gerichtshoheit über das Gebiet zwischen dem südlichsten Punkt des protugiesischen Herrschaftsgebietes ... und der Grenze der Kapkolonie beanspruchte."

Dies war ein schwerer Schlag für Bismarck, der zudem eine Mischung aus Arroganz und Unfähigkeit zum Ausdruck brachte, die er unmöglich hinnehmen konnte. Er schickte eine offizielle Anfrage an die britische Regierung, in der er in scharfer Form Auskunft darüber verlangte, wie Großbritannien deutsche Händler zu schützen gedenke. Ende 1883 gab er seinem Meinungsumschwung Ausdruck: "Überall, wo England nicht tatsächlich Jurisdiktion ausübt und unseren Angehörigen ausreichenden Schutz gewährt, [müssen wir] diesen Schutz selbst in die Hand nehmen." Es erschien Bismarck ratsam, "rechtzeitig auf Arrangements mit der englischen Regierung Bedacht [zu] nehmen, durch welche die deutschen Eigentumstitel gegen spätere Anfechtungen sichergestellt werden."

Granville erhielt Bismarcks Anfrage am 21. Dezember 1883, und selbst dann hätte die Situation durch eine prompte und eindeutige Antwort noch gerettet werden können. Die britische Regierung jedoch, wie immer auf Formen bedacht, wollte jegliche Aktivitäten im Zusammenhang mit Südwestafrika der Kolonialregierung am Kap aufhalten. Die dortigen Politiker antworteten umgehend, sie würden eine Annektierung des Gebietes begrüßen, wollten aber keinesfalls die Verwaltungskosten dafür übernehmen. Kurz darauf geriet die Kapkolonie in eine politische Krise, die bis zum Antritt einer neuen Regierung im Mai jeglichen Fortschritt unmöglich machte. Als die Regierung am Kap am 29. Mai endlich verkündete, sie sei nun bereit, das gesamte Gebiet bis Walvis Bay zu übernehmen und auch zu finanzieren, war es längst zu spät.

Zu diesem Zeitpunkt war Gustav Nachtigal auf dem Kanonenboot "Möwe" bereits unterwegs nach Westafrika, um Kamerun und Togo einzunehmen; damit nicht genug, hatte Bismarck am 24. April sein berühmtes Telegramm an den deutschen Konsul in Kapstadt gesandt, mit dem er die Siedlungen von Lüderitz offiziell dem Schutz des deutschen Reiches unterstellte. Damit war Deutschland zur Kolonialmacht geworden.

Es gibt kein besseres Beispiel dafür, daß der Beginn des Wettlaufs um Afrika anfänglich vom Zufall bestimmt wurde. Lüderitz war wohl kaum das, was man sich unter einem Reichsgründer vorstellte. Man kann ihn weder als Persönlichkeit noch in seinen Leistungen mit Leopold oder Goldie vergleichen, doch wurde er von demselben Wunsch getrieben: von dem Traum, aus den unberührten Ressourcen Afrikas Profit zu schlagen. Obwohl er sein Ziel verfehlte und auf der Suche nach Gold kläglich ertrank, entwickelte sein Traum ein Eigenleben. Die Kolonie, die er gegen den Willen der damaligen Politik Berlins gründete, sollte später einmal das deutsche Südwestafrika werden, Schauplatz des vielleicht blutigsten Krieges, den eine europäische Macht im Zeichen kolonialer Unterdrückung je geführt hat. Nach der Niederlage der Deutschen 1918 gaben die Siegermächte diese Kolonie ohne große Umstände an Südafrika weiter. Offiziell hatte Südafrika zwar vom Völkerbund ein Mandat erhalten, doch blieb Südwestafrika nichts weiter als eine Kolonie. Inzwischen war sie allerdings ein wertvoller Besitz: 1908 hatte man Diamanten gefunden, und fünf Jahre später brachte deren Produktion bereits 58 Millionen Mark ein.

(aus: Ruth Weiss/Hans Mayer: Afrika den Europäern. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1985)

Afrikanische Reparationsforderungen

Am 13./14. Dezember 1990 veranstaltete die Concord Press of Nigeria (einer der größten Medienkonzerne Westafrikas) in Lagos eine Konferenz mit dem Titel „Reparationen für Afrika und Afrikaner in der Diaspora". Den politischen Hintergrund bildet der Versuch, die „Panafrikanische Bewegung", die in den fünfziger und sechziger Jahren die staatliche Unabhängigkeit afrikanischer Länder erkämpft hat wiederzubeleben. Der folgende übersetzte Beitrag aus der African Concord dokumentiert die aktuellen Forderungen von offizieller afrikanischer Seite im Hinblick auf den Themenkomplex „500 Jahre Kolonialismus". Es bleibt abzuwarten, wie diese Forderungen auch von neueren Demokratiebewegungen aufgegriffen werden



Ihr Zuhause sind die Slums in New York, London, Paris und den meisten anderen Großstädten Europas. Sie sind es gewöhnt, abgetragene Kleider anzuziehen, leben in Wohnungen, die man nur als Baracken bezeichnen kann, können sich kaum zwei Mahlzeiten am Tag leisten, und ihre Kinder lungern herum, gehen nur in seltenen Fällen zur Schule.

Sie sind die Nachfahren von Sklaven, die vor mehreren Jahrhunderten aus den verschiedensten Teilen Afrikas verschleppt worden sind.

Die Kinder und ihre Eltern wissen nicht, wo in Afrika ihre Großeltern lebten, bevor sie geknebelt, gefesselt und in Richtung Zuckerrohrplantagen in Europa und Amerika verschifft wurden. Und wenn es ihnen gelingt, ihre Ursprünge aufzuspüren, werden sie in den betreffenden Ländern oft nicht als gleichwertige Bürger anerkannt.

Darin gleichen sie sprichwörtlich den Fledermäusen, die weder zur Familie der Säugetiere noch zu der der Vögel gehören. Noch immer beklagt Afrika den Verlust seiner besten Sprößlinge, die als billige Arbeitskräfte zur wirtschaftlichen Blüte Europas und Amerikas beitrugen.

Der Panafrikanist Dudley Thompson, Hochkommissar der UNO aus Jamaika, leitete die Eröffnungsfeierlichkeiten. Er brachte die Problematik auf den Punkt: „Die Geschichte belegt diese Vergewaltigung Afrikas, den Abtransport der besten Söhne des Kontinents, die sie in die Finger bekommen konnten...es waren Millionen von Unseresgleichen, die in die Karibik und nach Amerika verschleppt wurden." Weiter sagte er: „Die Geschichte belegt, daß diese Söhne Afrikas [und Töchter! die Red.], die man um ihre Sprache, Kultur und Familienbindungen — von den Menschenrechten ganz zu schweigen — betrogen hat, keine Möglichkeit hatten, sich selbst zu entwickeln. Es ist nicht schwer, sich die Millionen von Leichen vorzustellen, die in dreihundert Jahren zusammenkamen, die Berge toter Körper, die unter der Sklaverei nie die Chance hatten, auch nur lesen oder schreiben zu lernen."

Dudley Thompson ist der Meinung, daß die Afrikaner in ihrer Forderung nach Reparationen schon Vorläufer hatten, denn „den Juden, den Japanern ... den Amerikanern, den Deutschen und anderen wurden große Summen angeboten, um die Verletzungen zu sühnen, die ihnen zugefügt worden sind."

Der Staatspräsident Nigerias, General Ibrahim Babangida, stellte in seiner Rede, die Vizepräsident Augustus Aikhomu stellvertretend für ihn vortrug, fest, daß Afrikaner über 450 Jahre lang über den Atlantik transportiert wurden, um ihren „Herren" auf den Zuckerrohr-, den Tabak- und Baumwollplantagen des amerikanischen Kontinents Wohlstand zu erarbeiten. Tatsächlich entwickelte sich Afrika in jener Zeit nicht weiter, und was von seinen Errungenschaften und seiner Zivilisation, für die das Alte Ägypten und Axum (N. Äthiopien) als Beispiel dienen mögen, überhaupt noch übrig blieb, brach auch beinahe zusammen. Babangida zeichnete die einzelnen Epochen in Afrikas Geschichte nach und klagte: „In keinem Zeitalter der Menschheitsgeschichte wurde einem Volk durch die Hände von Mitmenschen so lange so großes Leid zugefügt einzig aus Habgier."

Des Weiteren analysierte Babangida die Widersprüche zwischen Afrikanern auf dem Kontinent und Schwarzen in der Diaspora. „Unwissenheit und Fehlinformation brachten unsere Brüder in der Diaspora dazu, die Menschen in der Heimat als ungehobelte und unzivilisierte Eingeborene, deren Vorfahren selbst für ihr Elend in der neuen Welt verantwortlich gewesen seien, zu verachten. Die Afrikaner in der Heimat hingegen fühlten, daß sie die wahren Erben waren von all dem,



Überlebende eines Völkermords: Hereros bei der Rückkehr aus der Wüste nach der deutschen Generalamnestie

was in der afrikanischen Vergangenheit groß und ehrfurchtgebietend war. Unsere gemeinsamen Feinde nutzten diese Spaltung aus." Nun, mahnte Babangida, müßten sich die Afrikaner in Amerika endlich zusammenschließen und eine Lobby für die afrikanische Sache aufbauen.

Hinsichtlich der Reparationsforderung erklärte Babangida, daß die Afrikaner nicht versuchten, eine Welt der Rassentrennung zu errichten, sondern vielmehr die Partnerschaft mit anderen Völkern anstrebten — eine Partnerschaft, die auf gegenseitigem Respekt basiere.

Der Vorsitzende der Concord Press of Nigeria und Gastgeber der Konferenz, Bashorun Moshood Abiola, drängte die Afrikaner in der Heimat und der Diaspora, gegenüber dem Rest der Welt zusammenzustehen: „Sklaverei und Kolonialismus sind historische Fakten und nicht irgendjemandes Hirngespinst, Millionen unserer Brüder und Schwestern wurden ermordet und unsere Wirtschaftssysteme, unsere Kulturen und unsere Gesellschaftsformen wurden völlig zerstört."

Die Argumente, die für Reparationen infolge des Schadens, der Afrika durch weiße Sklavenhalter zugefügt wurde, sprechen, werden klarer, meinte er, wenn man bestimmte andere Tatsachen hinzuziehe. „Jene, die sagen, wir hätten keinen Anspruch auf Schadensersatz, haben offensichtlich keine Ahnung über die Geschichte der Reparationen. Weil sich die Welt über das Prinzip der Entschädigungsleistungen geeinigt hat, zahlt Deutschland dem Staat Israel heute noch jährlich Millionen von Dollars — einem Staat, der, als die Verbrechen begangen wurden, noch nicht einmal existierte. Die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien haben den Eingeborenenstämmen, die in diesen Ländern leben, allesamt symbolische Reparationen gezahlt für die Enteignungen und Morde, die sie während und nach der Kolonisierung erdulden mußten." In welche spezifische Richtung gehen die Forderungen der Afrikaner?Bashorun Abiola verlangte: „Daß endlich von offizieller Seite zugegeben wird, daß diese Verbrechen entscheidend zu dem ungeheuren Elend der Afrikaner überall auf der Welt beigetragen haben. Diejenigen, die diesen fünfhundertjährigen Holocaust überstanden haben, sollen eine Wiedergutmachung erhalten, und die Völkergemeinschaft muß endlich beginnen, die Afrikaner wieder in die Weltwirtschaft zu integrieren."

Mit seinem Versuch, die Reparationsleistungen einzuschätzen, die der schwarzen Bevölkerung zustehen, hinterließ der Panafrikanist und Wissenschaftler Chinweizu einen tiefen Eindruck bei den Konferenzteilnehmern.

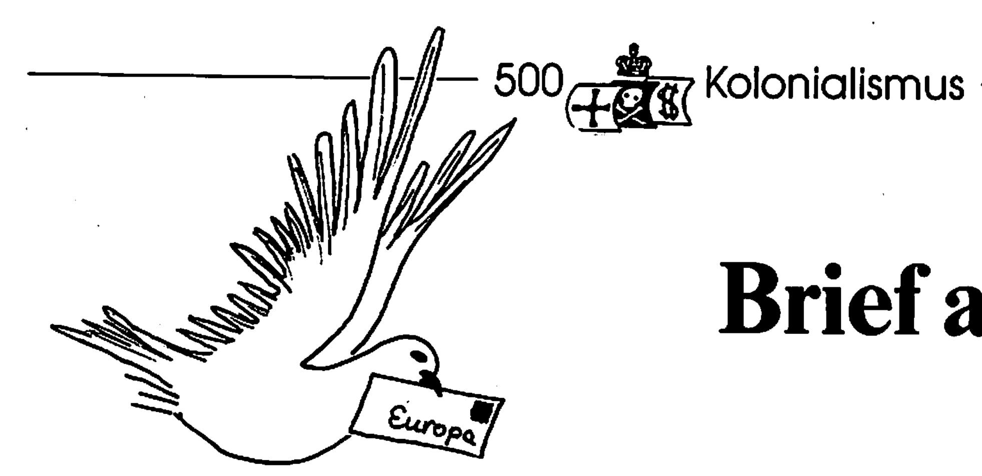
Ausgehend von den fünf Milliarden US-Dollar Schadensersatz, die Nord-Korea von Japan gefordert hat, setzte er die Reparationen für Afrika bei ungefähr 2000 Milliarden US-Dollar an. Denn wenn Nord-Korea bei 35 Jahren Ausbeutung und einer Bevölkerungszahl von 20 Millionen fünf Milliarden US-Dollar verlangen könne, entsprächen 2000 Milliarden US-Dollar der Wiedergutmachung für eine Bevölkerung von 500 Millionen Menschen, die 500 Jahre Sklaverei und Ausbeutung erleiden mußten. Bei einem Zinssatz von fünf Prozent über 250 Jahre hinweg würde das Afrika ungefähr 200 Milliarden US-Dollar allein an Zinsen einbringen, eine Summe, die in etwa der Geldmenge gleichkommt, die der Kontinent verschiedenen europäischen Banken und Regierungen schuldet. „Die Reparationen sind keine Hilfe", betonte Chinweizu, „sie sind der Ausgleich für früheres Unrecht."

Dr. Akinola Aguda, gelernter Jurist und ehemaliger Generaldirektor des Nigerian Institute of Advanced Legal Studies, sprach den verschiedenen Verträgen, die die europäischen „Eroberer" in der Kolonialzeit mit den Afrikanern abgeschlossen hatten, jegliche gesetzliche Grundlage ab. Diese Verträge seien — so Aguda — gespickt mit Widersprüchen und Doppeldeutigkeiten, die sie für die Verteidigung gegen Entschädigungszahlungen wertlos machten. Aguda empfahl, ältere Resolutionen der Vereinten Nationen als Grundlage für die Forderungen Afrikas zu Rate zu ziehen.

Ob die weiße Bevölkerung im industrialisierten Europa und in Noramerika eingestehen wird, daß sie Afrika Geld in Billionenhöhe schuldet, wird — so meinten die Konferenzteilnehmer übereinstimmend — das beherrschende Thema künftiger Gipfeltreffen sein.

Frank Igwebueze und Gbenga Amusan
aus: African Concord 24. Dez. 1990

Übersetzung: Nivien Saleh



Brief an Europa

Jeder Afrikaner, der heute darüber nachdenkt, mit welcher Machtfülle Europa von 1992 an auftreten wird, muß sich natürlich fragen, wie sich diese Macht auf die Beziehungen zwischen Afrika und Europa auswirken wird. Wenn er sich der Leiden bewußt ist, die Afrika während der letzten fünfhundert Jahre erduldet hat, dann wird er sich fragen, ob die Auswirkungen von 1992 sich für Afrika als ebenso verheerend erweisen werden wie die von 1492, von 1884 und von 1945.

Im Jahre 1492 landete Christoph Kolumbus in Amerika. Dieses Ereignis war die Voraussetzung des Sklavenhandels, der Afrika mehr als dreihundert Jahre lang ausgebeutet hat. Im Jahre 1884 teilten die europäischen Großmächte auf der Berliner Konferenz Afrika unter sich auf. Danach besetzten und eroberten ihre Truppen einen Kontinent, der durch den Sklavenhandel bereits erschüttert und geschwächt war. Afrikanisches Land wurde zwangsweise enteignet, zuweilen auch mit Hilfe von Völkermord (wie im Falle der Hereros auf dem Gebiet des heutigen Namibia); und afrikanische Arbeitskräfte wurden den Zwecken der Eroberer dienstbar gemacht (wobei oft ein barbarisch hoher Preis in Kauf genommen wurde - man denke an die zehn Millionen, die in Belgisch-Kongo beim Kautschuk-Sammeln umkamen). Vier Jahrhunderte lang (von 1517, als der Sklavenhandel begann, bis 1920, als die europäische „Befriedung" Afrikas zum Abschluß kam) war der massive Einfluß Europas auf Afrika immer nur zerstörerisch.

Der Sieg über Deutschland, den die Alliierten im Jahre 1945 errangen, kam die Sieger so teuer zu stehen, daß sie genötigt waren, ihre Imperien neu zu organisieren. Im Laufe dieses Prozesses wurde den einzelnen Teilen des territorialen Puzzles, in dem Europa seine Herrschaft über die Afrikaner gegliedert hatte, eine nominelle Selbständigkeit, die „Flaggen-Unabhängigkeit", gewährt. Damit wurden diese Länder in die Wildnis der neokolonialen Fehlentwicklung entlassen, in der sie ohne ökonomische und kulturelle Autonomie noch heute umherirren.

In diesem Brief richte ich mich vor allem an jene Europäer, die seit 1960 geboren wurden. Sie sind zu spät zur Welt gekommen, als daß sie noch selbst Anteil an der Verwüstung Afrikas hätten haben können, aber doch rechtzeitig genug, um an der Gestaltung eines neuen Europa entscheidenden Anteil zu nehmen. Unter ihnen habe ich viele Freunde und Bekannte. Viele von ihnen sind in ihren Gefühlen frei von rassistischen Regungen und reagieren auf afrikanisches Kino und afrikanisches Handwerk ohne jene Herablassung, die der Imperialismus bei ihren Eltern noch genährt hat. Ihre Generation könnte dazu beitragen, die Beziehungen zwischen Europa und Afrika auf eine nichtrassistische, nichtimperialistische Grundlage zu stellen. Dennoch: auch wenn sie keine Erinnerungen an den Kolonialismus haben, sind sie nichtsdestoweniger seine Erben. Und damit nicht unerkannte Faktoren ihre guten Absichten vereiteln, muß jenes Erbe des Imperialismus, das bis heute Zerstörung und Verderben über Afrika bringt, klar und deutlich benannt werden. Einiges davon möchte ich hier zur Sprache bringen.

Die „Fahnenunabhängigkeit" hat die institutionellen Bedingungen und die Anschauungen, mit denen Europa Afrika verwüstet hat, nicht beseitigt; diese Bedingungen und Anschauungen nahmen nur eine neue Form an. Und auch in ihrer neuen Gestalt haben sie die Entwicklung Afrikas in die von Europa vorgezeichneten Grenzen gezwungen. Seit 1960 sind afrikanische Regierungen immer wieder von Europa eingesetzt und abgesetzt worden, und zwar nicht nur durch Staatsstreiche, hinter denen Europäer steckten. Europäische Söldner und in Afrika lebende politische und militärische „Berater" haben Regime unterstützt, die die Afrikaner, wenn man sie sich selbst überließe, absetzen würden; und sie haben Regime abgesetzt, an denen die Afrikaner, wenn man sie sich selbst überließe, festhalten würden. Die tragikomische Karriere des „Kaisers" Bokassa ist nur das absurdeste Beispiel für diesen Sachverhalt. Afrikanische Volkswirtschaften sind in die Schuldenfalle und in die Schuldenabhängigkeit geraten, weil sie aufgrund von Verträgen wie dem Lomé-Abkommen und den vom Club von Paris diktierten Entschuldungs- und Umschuldungsbedingungen nicht imstande waren, sich aus dieser Umklammerung zu befreien. Das kulturelle und politische Leben Afrikas ist von den Europäern mit Hilfe der Religion, mit Hilfe von Akademien und sogar mit Hilfe der Nobel-Stiftung manipuliert worden.

Die Ideologie des Rassismus ist heute zwar auf dem Rückzug, aber beseitigt ist sie noch keineswegs: Die Europäer bezeichnen die Afrikaner heute zwar nicht mehr als „Wilde" oder „Primitive", und sie sprechen auch nicht mehr von „unterentwickelten Ländern", sondern von „Entwicklungsländern"; aber aus europäischer Sicht sind die Afrikaner den Europäern nach wie vor unterlegen. In dem Bestreben, der gesellschaftlichen Krise und dem ökonomischen Zusammenbruch zu entgehen, die durch den Abfluß der afrikanischen Ressourcen noch beschleunigt werden, geben viele Afrikaner dem Sog des „Brain- und Brawn-Drain" nach, dem Abzug von intellektueller und körperlicher Arbeitskraft aus Afrika in die westlichen Länder, während andere in die Flüchtlingslager treiben, die von westlichen Hilfsorganisationen in Afrika entrichtet wurden. Der Zusammenhang zwischen diesen bedrückenden Erscheinungen und dem neokolonialen System, das sie hervorgebracht hat, wird nicht genügend erkannt. Die Europäer, die angesichts der Flut von Wirtschaftsimmigranten in ihren Ländern beunruhigt sind, oder denen die herzzerreißenden Hilfsappelle und Spendenaufrufe einfach zuviel werden, sollten bedenken, daß eine wirkliche Lösung für beide Probleme in einer Entwicklung der afrikanischen Volkswirtschaft bestünde, die den Afrikanern in Afrika Arbeit verschafft und die afrikanischen Ressourcen in Produkte für Afrika verwandelt.

Der Aufbau eines solchen Afrika würde die Abschaffung jener Strukturen, Strategien und Praktiken voraussetzen, durch die Europa den Wiederaufbau und die Entwicklung Afrikas behindert. Eine weitere Voraussetzung wäre, daß die Beziehungen zwischen Afrika und Europa auf die Grundlage des Prinzips der inneren Gleichheit aller Rassen gestellt werden. Solche Beziehungen müßten von patriotischen Afrikanern in Zusammenarbeit mit anti-imperialistischen Europäern hergestellt werden, die den Gedanken akzeptieren, daß ein Afrika, das sich ökonomisch selbst trägt, sehr viel besser ist als eines, das an Spendenkrücken daherwankt; und die darüber hinaus der Meinung sind, daß die bewundernswerten menschlichen Energien, die heute in Hilfsmaßnahmen einfließen, besser verwendet würden, wenn sie auf einen Zustand abzielten, in dem Hilfe nicht mehr notwendig ist. Jenen Europäern, die bereit sind, solche Beziehungen aufzubauen, möchte ich für den Anfang drei Aufgaben vorschlagen.

Die erste ist ein verstärkter Kampf gegen den Rassismus. Unter anderem wäre es dazu auch notwendig, die Weltgeschichte neu zu schreiben. Eine neue Generation von Historikern müßte das Neuland erweitern und erschließen, das Autoren wie Martin Bernal in „Black Athena" und Scheich Anta Diop in „African orgin of Civilization" betreten haben.

Die zweite Aufgabe ist die Beseitigung der Schuldenlast. Wenn die Schulden Nigerias typisch sind, dann resultiert ein großer Teil der Schulden Afrikas aus Plänen, die entworfen wurden, um europäische Finanzleute und ihre afrikanischen Komplizen auf Kosten des hungernden afrikanischen Volkes zu bereichern. Diese Schulden sollten entweder abgeschrieben oder bei den europäischen Banken eingetrieben werden, in deren Tresorräume die Gelder gewandert sind.

Während man diesen vermeintlichen Schulden große Aufmerksamkeit widmet, bleibt eine andere, weitaus ernstere Schuld völlig unberücksichtigt. Ich meine die Schulden, die Afrika für fünf Jahrhunderte Sklaverei und Zwangsarbeit, für die Ausbeutung riesiger Landstriche, mit ihren Wäldern und Bodenschätzen, die allesamt für die Entwicklung Europas beschlagnahmt wurden, von Europa zurückfordern kann. Als drittes Projekt schlage ich also vor, hierfür von Europa Reparationen zu verlangen, die zur Finanzierung des Wiederaufbaus und der Entwicklung Afrikas verwendet werden. Mann sollte diese Zahlungen genauso sehen, wie die Zahlungen, die man Leuten, die Umweltschäden angerichtet haben, für die Behebung der Zerstörung auferlegt, durch die sie profitiert haben.

Durch diese und ähnliche Projekte könnten nicht mehr imperialistisch gesinnte Europäer jenen Afrikanern beistehen, die entschlossen sind, Afrika wieder aufzubauen und zu entwickeln. Am Ende könnte ein neues Afrika in Wohlstand und Würde neben einem neuen Europa bestehen.

Chinweizu

(aus: Liber, Europäische Kulturzeitschrift 1990)

Schwarzafrika auf

Die Vorgänge der letzten zwei Jahre haben Schwarzafrikas Intellektuelle unvorbereitet getroffen und daher verwirrt. Seit der Unabhängigkeit vor 30 Jahren kannten die neuen Staaten nicht anderes als das für alle selbstverständlich gewordene Kalte-Krieg-Klima. Mit der Erklärung der politischen Unabhängigkeit ging meist ein Beitritt zu dem einen oder anderen Block, entweder zu Ost oder West, aber auch zur blockfreien Bewegung einher. Doch nun zerfielen in kurzer Zeit und unerwartet diese Blöcke, die gleichzeitig Klammern waren. Plötzlich macht sogar eine Bewegung der Blockfreien wenig Sinn mehr.

Mitten in diesen Umsturz der Orientierung gab es ein weiteres wichtiges Ereignis: die Anerkennung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) durch Südafrika, die Entlassung am 11. Februar 1990 von Nelson Mandela aus dem Gefängnis nach 27 Jahren, der relativ friedliche Abzug der Südafrikanischen Republik aus Namibia und die Erlangung der Unabhängigkeit der auf dem Kontinent letzten europäischen Kolonie am 21. März 1990. Für alle schwarzafrikanischen Staaten und deren Politiker war Südafrika der ihnen willkommene und stets alle anderen Spannungen überbrückende Sündenbock. Wenn es nirgends eine Einheit gab, hier existierte eine, verbal und auf dem Papier. Nun war das alles verflogen.

Die Auswirkungen zeigten sich sehr rasch. Rein äußerlich ging nicht nur der Schutz und die Hilfe zurück, sondern auch das Interesse. Die USA intervenierten in Liberia nicht und spielten den desinteressierten Außenstehenden. Die Franzosen griffen im Dezember 1990 im Tschad nicht mehr ein und ließen Hissene Habré fallen, ohne den an seine Stelle tretenden Idris Debey als "Lybier" zu verketzern. Genauso konnte der alte Taktiker und Jongleur in Benin, Mathieu Kérékou, als auch der Betonblock Moussa Traoré in Mali nicht mehr mit Frankreichs Rückendeckung und Hilfe rechnen. So brachen ihre Herrschaften wie Kartenhäuser zusammen. Die Lage wird sich ziemlich rasch für andere Länder und Regierungen ändern, allen voran Angola, Mozambik und Äthiopien.

Nicht alles ist für die Menschen auf diesem Kontinent eine Katastrophe. Das Volk kommt zurück. Es weiß, daß fortgesetzte Repression fatale Auswirkungen für diejenigen an der Macht haben kann. Die Menschen zu Hause wollen nun das Gleiche wie die Schwarzen in Südafrika: mehr Mitsprache, Menschenrechte, Befreiung der politischen Gefangenen, mehr Eigenständigkeit, weniger Verlogenheit, mehr Realismus und Pragmatismus. Die Ideologien waren in Afrika nie stark und stets ein bloßer Vorwand der Herrschenden. Nun verschwinden sie wie Humus am Abhang bei tropischen Regengüssen.

Weder Vertröstungen noch Ausflüchte erwünscht

Die noch alten autokratischen Regierungen südlich der Sahara werden sich wohl, solange sie können, eher still verhalten, statt schlafende Hunde aufzuwecken; lieber nichts mehr sagen, statt eine falsches Thema anschneiden.

In diesem Zusammenhang muß die momentane Zurückhaltung afrikanischer Regierungen gesehen werden. Und wo es bereits einen Wechsel gab wie etwa in den zwei Ministaaten Sao Tomé und Principe und Kap Verde, aber auch in Benin (nun wird Mali hinzukommen), da weiß die Regierung, daß es das Volk nicht mehr mit Fluchtthemen besänftigen oder beschäftigen kann. Es gilt, die Notwendigkeiten des Alltags anders und vor allem hart realistisch zu gestalten. Es gibt bloß noch eine Frage: Wie überleben? Nach der Entwicklungsphase, wartend auf den Lohn von außen, entweder von Ost oder West kommt ganz einfach ohne große Theorie das simple survivre.

Wann begann Kolonialismus?

Ein Thema, das im jetzigen Augenblick alles andere als erwünscht ist, wäre ein auch historisches An-die-Wurzeln-Gehen. Diese Aufarbeitung eigener Geschichte würde eine Auseinandersetzung mit dem Islam und damit unweigerlich auch mit den Arabern bedeuten. Darauf ist jedoch niemand vorbereitet.

Nach dem Fall der Mauer und des ganzen Vorhanges über dem Ostblock kommt eine bis dahin verdrängte und unerwünschte Wirklichkeit scharf ans Licht. Der Sozialismus war in sich genauso kolonialstisch wie der sogenannte Westen, in Afrika stets verkürzt "Europa" genannt. Auch er ließ weder das Volk in seinen Gruppierungen noch Minderheiten zu Wort kommen. Aber noch Bedrückenderes kam an den Tag: der auch im Sozialismus herrschende Rassismus gegen Schwarze, Juden und "fahrende" Völkergruppen (z.B. Roma und Sinti). Der Blick zurück zeigt dieselben Krankeitssymtome zu Hause. Die Herrschenden ließen all das ganz gerne von Außenstehenden als Tribalismus abtun. Nun stehen Kleinvölker und auch andere Rassen auf und fordern ihr Recht - auch in den afrikanischen Staaten. Daß etwa die südafrikanische Geschichte mehr als nur eine Kolonialaffäre und in vielem mit Nordamerika eng verwandt ist, muß akzeptiert werden. Es wäre genauso unsinnig, alle Einwanderer aus den USA und Kanada heimzuschicken wie eine Forderung, daß alle Weißen aus dem südlichen Afrika herausgehen sollten. Die Holländer siedelten wie die weißen Angelsachsen in Amerika. Viele von ihnen mußten auswandern. Später kamen Verfolgte wie die Hugenotten dazu. Die Landfrage stellt sich heute neu. Eine Landrückgabe, wie sie der Pan-Afrikanische Kongreß fordert, würde weltweit zu den absurdesten Konstellationen führen.

Heute beginnen wir tiefer zu sehen und glauben ehrlich, zwei Tatsachen feststellen zu können:

1. Es gibt letztlich keine "Einheimischen" in dieser Welt. Alle Menschen sind einmal ausgewandert, entweder friedlich zur Erschließung neuen Landes weitergezogen oder aber durch Krieg oder Hungersnöte zum Auswandern gezwungen worden. Volk hat Volk überfallen. Immer gab es einen Gott, der neues Land, "wo Milch und Honig" fließen, versprach. Grundlagen zur Vertiefung dieser Geschichtsschau hat Michael Walzer, der Sozialwissenschaftler an der Princeton Universität, mit seinem Werk "Exodus und Revolution" (Rotbuch, Berlin 1988) herausgearbeitet. Der Exodus ist eine **condition humaine.**

2. Damit ist ein weites Tor geöffnet und es führt von einer Kolonisierung oder Kolonisation zur anderen. Kolonialismus ist nicht nur an Land gebunden. Er spielt sich auch zwischen Mann und Frau oder zwischen Kasten oder Klassen ab. Eine Befreiung ist daher mehr als eine bloße Entkolonialisierung.

Damit verbunden ist die Frage nach neuen Formen des Zusammenlebens, die sich nicht auf das Ursprüngliche und Reine, auf Traditionalisten und Fundamentalischten beschränkt. Ein konkretes Beispiel wäre ein Zusammenleben in Namibia. Da hat es die Geschichte bedingt - ob erfreulich oder nicht, ist irrelevant -, daß es dort, verschiedene schwarze Völker, weiße Gruppen und Mischlinge gibt. Niemand von diesen kann einen Ausschließlichkeitsanspruch stellen und auf das Ursprüngliche zurückgehen wollen. Sonst müßten die Völker der Khoi und San ausfindig gemacht und ihnen ihre nomadisierende Lebensweise wieder auferlegt werden. Eine ähnliche Kreolisierung hat sich auf dem Gebiet der Sprachen erge-

Selbst-Entdeckung

ben. Erst eine solche Einsicht führt über die sture Debatte, ob koloniale oder eigene und lokal echte Sprache hinaus und kommt etwa zur Einsicht, daß Afrikaans in Namibia etwas Neues ist, wie es einst Suaheli oder Hausa war.

Leise Hoffnungen

Vielleicht kann erhofft werden, daß 30 Jahre nach den sog. politischen Unabhängigkeiten nun die Zeit einer neuen Auseinandersetzung folgt - eine, die tiefer geht und nicht wie bis heute rein auf die Oberfläche (auch bei uns) beschränkt bleibt. Dabei dürften alle, welcher Rasse und Religion auch immer, teilnehmen. Dann müßte es beschämend sein, in unseren Solidaritätsgruppen nur ein Gespräch mit echten Afrikanern, d.h. schwarzen Menschen zu versuchen oder nach authentischer afrikanischer Musik, Kunst oder Literatur Ausschau zu halten (und damit rassistisch zu werden).

Dialog mit allen

Wenn Blöcke zerbröckeln, dann ist die Zeit für Differenzierungen da. Vielleicht beginnt einiges auseinander zu fallen (in neuer Bedeutung von Chinua Achebes Schlüsselroman "Things Fall Apart"). Was etwa Wole Soyinka, der nigerianische Literaturnobelpreisträger, schon lange sagte, kommt dann ins Gespräch. Er forderte nämlich eine Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus des Islam. Soyinka stellt ihn auf die gleiche Ebene wie das Christentum. Beide Religionen leben und wirken seit Beginn auf dem afrikanischen Kontinent und beide haben nicht nur spriritueIl gewirkt, sondern offen Macht ausgeübt und mißbraucht. Keine Religion und kein Volk sind besser als andere. Beide sind mit Grautönen versehen oder mit Gut und Böse durchmischt.
Soll das nun mit den 500-Jahr-Feiern oder (positiv) einem Gedenkjahr auch ans Licht kommen dürfen? Besonders Literaten beiderlei Geschlechts befürworten das. Doch die Regierungen dürften dafür nicht vorbereitet sein.
In Schwarzafrika müßte erforscht werden, welche Rolle die Araber oder arabische Interessensgruppen und Händler spielten. So ist etwa die Suahelikultur eine ursprüngliche Unterdrückungs- und Sklavenkultur. Bevor der Arbeitskräfte- oder Sklavenhandel in Richtung Westen führte, spielte er sich im Osten hin ab. Bereits im 9. Jahrhundert wurden Schwarze nach China verschifft. Mit diesem Schicksal ist die Bananenkultur engstens verbunden, genauso wie mit dem Menschenhandel nach Westen die Mais-Agrarkultur zum Füllen der Sklavenbäuche aufgebaut wurde. Die Araber mußten die gejagten und gekauften Menschen am Leben erhalten. Sie forderten, daß die Eingefangenen ihre Nahrung mitnahmen. So wurde entlang der ostafrikanischen Küste die Banane kultiviert.
Wir kommen damit an die Tatsache heran, daß bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts Afrika im Innern für Europäer unzugänglich war. Arabische Händler oder ihnen Verbündete besorgten also die Menschenjagd und boten erst an der Küste in Senegal, Benin/Nigeria und Angola diese systematisch erjagten Menschen an.
Bei einer ehrlichen Aufarbeitung und einem echten Dialog müßte all das zur Sprache kommen. Doch das ist augenblicklich sehr schwierig. Und vieleicht schweigt man deshalb in Schwarzafrika. Zurückhaltung ist manchmal ehrlicher als große Worte. Sie vermag langsam ans heiße Eisen heranzuführen.

Die Babangida-Erklärung

Im Dezember, bei Anlaß des Besuchs von Präsident Mugabe aus Zimbabwe, nahm der Führer der nigerianischen Militärregierung große Wort in den Mund. Sie sind für Nigerias Politiker typisch. Präsident Babangida forderte, daß der Westen Afrika für die Sklaven eine Wiedergutmachung leiste, so wie nach dem Zweiten Weltkrieg den Juden eine bezahlt wurde. Im ersten Moment tönt das gut und mutig, doch an eine Konkretisierung ist weder juristisch noch praktisch zu denken. Afrika könnte ein wichtiges historisches Ereignis einbringen und vielleicht sogar nach Spuren von Mythen im Volk, die sich aus dieser visionären Tat bildeten, suchen.

Der Nachfolger des großen Reichsgründers Sundjata (1230-1255 an der Macht), König Abu Bakary II., schickte 1310 200 Pirogen auf den Atlantik, um gen Westen zu fahren und das Ende der Welt zu finden. Als zwei Jahre später noch niemand zurückgekehrt war, wagte er das Experiment ein weiteres Mal. Dieses Mal zogen 2000 Pirogen aus. König Bakary fuhr mit. Niemand kehrte je zurück. Vielleicht kamen einige dort an, wo später Columbus landete?
Hier würde sich die Einzahnung in diese "Entdeckungsfahrten" in Richtung Westen, diesem Traum vom Going west aufdrängen zu einem Dialog auf fruchtbarer Ebene. Momentan - so kommt es mir vor - sind Moralisten und Masochisten, solche die sich selbst geißeln und andere, die nur in Wunden stochern, statt sie zu heilen, am Werk.

Al Imfeld

„Von Anfang an beteiligt...” Frauen und Kolonialismus

Seit einigen Jahren ist die weiße Frauenbewegung heftigen Rassismusvorwürfen ausgesetzt. Mit einem Blick in die bislang auch von Feministinnen verkannte kolonialistische Frauengeschichte eröffnet die Autorin neue Ansatzpunkte, sich einer Diskussion zu stellen und den historischen Wurzeln nachzuspüren, die in Teilen auch heute noch unser Verhältnis zu nicht-weißen Frauen bestimmen.

Die Spurensuche nach den Frauen im Kolonialismus - als Angehörige der Eroberer - wie der eroberten Nationen - erweist sich als 'Entdeckungsreise':

1. Entdeckung: Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten waren von Anfang an am Kolonialismus einschließlich des Sklavenhandels beteiligt. Sie waren genauso gierig, brutal und rassistisch wie die Männer.
In der gängigen Literatur wird Kolonialismus immer noch, wenn nicht als Männerdomäne, so zumindest als geschlechtsneutrale Geschichte präsentiert. In Wirklichkeit aber waren die Frauen der Erorberernationen mit von der Partie, in allen Bereichen, allen Kolonien und sie kamen aus allen gesellschaftlichen Rängen, Ständen und Schichten. In Spanien, Portugal und Lateinamerika laufen derzeit die Vorbereitungen zu den Feierlichkeiten des fünfhundertsten Jahrestags der 'Entdeckung' Amerikas an. Dieser sog. "Entdeckung" folgten Eroberung und Plünderung dreier Kontinente. Kaum jemand weiß, daß am Anfang der **spanischen Conquista** eine Frau stand: Isabella die Katholische, Königin von Kastilien und später Spanien. Ihre Heirat mit Ferdinand II. von Aragonien im Jahr 1469 war ein kluger Schachzug: vereinigte sie doch die beiden Königreiche Kastilien und Aragon und stärkte so die spanische Nation, die sich erst auf dieser Grundlage in das koloniale Abenteuer stürzen konnte. Es war diese Isabella, in deren Auftrag der Genueser Christoph Kolumbus segelte, um einen westlichen Seeweg nach Indien zu finden. Auf seiner dritten Reise nach Westen 1497/98 nahm Kolumbus die ersten dreißig spanischen Frauen mit an Bord, denen bald ein ständiger Zustrom weiterer Frauen folgte.

Was Isabella für die spanische Konquista, war Elisabeth I., Königin von England und Irland, für den **englischen Sklavenhandel**. Offiziell mißbilligte sie ihn zwar, verbot ihn aber nie, obwohl sie die **Macht** dazu besessen hätte. Elisabeth teilte im Gegenteil die **Profite** aus dem Sklavenhandel mit den See- und Menschenräubern und übertrug den Erfolgreichsten unter ihnen wichtige Staatsämter.

Erinnern wir uns, daß dieser lukrative **'Dreieckshandel'**, in dem Menschen aus Afrika gegen Manufakturprodukte aus England für die Plantagen von Amerika, bezahlt mit Zucker oder Wechseln, fällig in England, einer der **Eckpfeiler der wachsenden Industrialisierung Europas** war. Vorsichtige Historiker schätzen, daß in den vier Jahrhunderten des europäischen Handels mit „Schwarzhäuten" mehr als 10 Millionen Menschen allein nach Amerika verschleppt wurden. Etwa ein Drittel davon waren Frauen. Doch Frauen waren nicht nur Opfer; auch unter den Sklavenhändlern gab es Frauen. Doña Maria de Crusz, z.B., die Tochter eines früheren Gouverneurs aus Calabar (heute Nigeria), besaß zwei Sklavenschiffe und saß nach 1826 dick im Geschäft. Auch wenn hier die Beweislage dünn ist, so haben wir keinen Grund zu hoffen, Doña Crusz wäre die 'berühmte' Ausnahme gewesen, die sich in diesem blutigen Geschäft die Hände schmutzig machte. In unserem Geschichtsbewußtsein ist dieses Kapitel weitgehend verdrängt durch die Beschreibung der Gewaltverhältnisse, denen Frauen auf den Plantagen ausgesetzt waren.

Auf den Plantagen standen sich die Herrinnen und ihre Sklavinnen und Sklaven direkt gegenüber, ob sie nun als Angehörige der herrschenden Gesellschaft lediglich von der Ausbeutung der Sklavenwirtschaft profitierten, feudalem Luxus frönten, sich 'Neger' als 'Spielzeuge' hielten oder die riesigen Besitzungen selbst verwalteten.

Eine **spanische Ehefrau** war für die Konquistadoren das höchste Statussymbol. Viele der verheirateten Männer ließen deshalb ihre Frauen nachkommen, und sei es manchmal auch erst nach 15- oder 20-jähriger Abwesenheit von Zuhause. Junge Kreolinnen, die in der 'Neuen Welt' geborenen Frauen spanischer Herkunft, heirateten gerne kampfgezeichnete Konquistadoren, die sie bald als reiche Witwen zurücklassen würden. Als solchte konnten sie bis zu einer Wiederverheiratung, die ihren Besitz nur vermehren konnte, ihre Ländereien selbst verwalten.

Viele dieser Frauen standen im Ruf, noch herzloser und grausamer gegen ihre Sklavinnen und Sklaven zu sein als ihre Ehemänner. Zu ihnen gehörten Frauen wie Maria de Escobar, die im 16. Jahrhundert in Peru lebte, oder Doña Catalina de los Rios de Lisperguer aus Chile. Letztere hatte viele Menschenleben auf dem Gewissen, darunter ihren Vater und einen ihrer Liebhaber, aber auch 40 Indiannerinnen und Indianer, von denen viele die Male barbarischer Tortur trugen. Sie wurde angeklagt, aber das Urteil war milde, sie mußte lediglich ihre Ländereien verlassen und stand in Santiago unter Hausarrest. Als sie fünf Jahre später starb, wurde sie in der Kirche der Augustiner im Habitus einer Nonne beerdigt. Sie war zu Lebzeiten eben eine generöse Stifterin und Wohltäterin der Kirche gewesen und die war selber Teil der Sklavengesellschaft.

Auch in den **amerikanischen Südstaaten** räumte die rassistische Männergesellschaft weißen Frauen ihrer herrschenden Schicht ganz besondere Chancen ein bei der Bewirtschaftung riesiger Plantagen. Die weißen Herrinnen nutzten denn auch ihre Stunde, die meistens dann schlug, wenn der Ehemann das Zeitliche gesegnet hatte, was nicht so selten war in einer Zeit mit unzähligen militärischen Scharmützeln. Die Tatsa-



Weiße Vorherrschaft in Südafrika: Farmerin in Transvaal, 1985

che, daß die rechtlosen Sklavenheere, Männer wie Frauen, **schwarz** waren, gestattete - ganz in der Logik dieses Siedlerpatriarchats - daß weiße Frauen über sie als Arbeitskräfte verfügen konnten. Weniger gern gesehen wurden dagegen Frauen, die **weiße** Männer als Arbeitskräfte befehligten.

Aber auch die Frauen, die sich einer Art 'philantropisch-christlicher Sklavenhalterei' verschrieben, stellten diese keineswegs grundsätzlich in Frage und verfügten ohne Gewissensbisse oder Skrupel über die erklecklichen **Einnahmen aus dem Besitz an Sklaven und Plantagen.**

Die Geschichte der spanischen Eroberung ist auch voller Beispiele von **Frauen, die die Kämpfe ihrer Männer aktiv unterstützten,** sei es durch Kranken- und Verwundetenpflege oder durch materielle Unterstützung, indem sie ihr Geld oder ihren Schmuck opferten.

Mit dem Heer an Matrosen, Soldaten, Händlern und anderen Abenteurern hatte sich in der städtischen Kultur der Spanier in Südamerika ein ausgeprägten **Bordellwesen** entwickelt. Es scheint, als habe es dabei eine Art **Arbeitsteilung gegeben zwischen indianischen und spanischen Frauen.** Während die indianischen Frauen hauptsächlich für die sexuellen Dienste an Männern benutzt wurden, übernahmen spanische Frauen die vernachlässigten kulturellen Seiten. Viele von ihnen waren Unterhaltungskünstlerinnen, Sängerinnen und Musikantinnen.

Wir wissen nicht, ob bereits 1415 bei der Eroberung Ceutas **portugiesische Frauen** mit von der Partie waren. Beweise für ihre Anwesenheit gibt es erst später, als sie in den verschiedenen Festungen der Eroberer in den besetzten marokkanischen Gebieten auftauchten. Es handelte sich dabei meist um die **Ehefrauen der Festungskommandanten** und um **arme Verwandte** aus Portugal. An der Seite ihrer Männer beteiligten sich die Frauen aktiv an den zahlreichen Angriffs- und Verteidungsscharmützeln gegen die "Mohren", wie die Mohammedaner damals genannt wurden - und das zu einer Zeit, in der in der portugiesischen Heimat Frauen im öffentlichen Leben kaum in Erscheinung traten, und Sitte und Moral jener Tage die einer strengen Männergesellschaft waren. Nut bei der **Erbfolge,** die allerdings nur für die Besitzenden wichtig war, sind die Frauen jener Epoche gut weggekommen: sie erbten zu gleichen Teilen wie Männer und hatten das Recht, über ihren eigenen Besitz, ihre Mitgift und Erbschaften zu bestimmen. Diese Gesetze wurden **wichtig für die Aufrechterhaltung portugiesischer Herrschaft** in den riesigen zusammengeraubten Überseebesitzungen. Und dies führt zur nächsten Entdeckung:

Mittäterinnen männlicher Herrschaftssicherung

2. Entdeckung: Die geschlechtsspezifische Rolle von weißen Frauen der Eroberernationen lag in der rassistischen Herrschaftssicherung; sie haben sich diese ihnen von Männern zugedachte Rolle zu eigen gemacht und aktiv mitgetragen.
König und Regierung in Lissabon mißbilligten die Verbindung portugiesischer Männer mit afrikanischen Frauen; denn die Herrschaft in den eroberten Gebieten sollte nicht durch eine 'Afrikanisierung' der Elite gefährdet werden. Also entwickelten sie eine besondere Strategie: Die Regierung vergab große Ländereien als **„Kronland" an portugiesische Frauen** unter der Bedingung, daß sie einen weißen Portugiesen heirateten. Erbberechtigt sollten nur die Töchter aus solchen 'reinweißen' portugiesischen Ehen sein - aber ebenfalls nur dann, wenn sie wiederum einen weißen Portugiesen heirateten. Zuwiderhandlungen sollten

den Verlust des Kronlandes zur Folge haben. In der Gegend um den Sambesistrom hießen diese eminent reichen Frauen, die **Doñas de Zambesia"**, die ihre afrikanischen Sklaven unter unmenschlichen Bedingungen ausbeuteten. **Die ökonomische und politische Macht,** die an ihre Anwesenheit am Sambesi geknüpft war, scheint ihr Selbstvertrauen auch gegenüber ihren Ehemännern enorm gestärkt zu haben. Darüber sind uns zahlreiche Zeugnisse erhalten.Allerdings gab es zu wenig weiße Portugiesen, und wenn den Doñas der Sinn nach anderen Männern stand, heirateten sie auch Indo- oder Afro-Portugiesen. Die Familien der Doñas dunkelten so von Generation zu Generation nach, ohne daß die Lissaboner Instanzen dies hätten überprüfen oder gar verhindern können.

Das gleiche Problem stellte sich auch im **deutschen Kolonialismus.** Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Erschließung der Kolonien nach ihrer militärischen Befriedung stellte sich der Koloniallobby immer drängender die Frage nach einer **zuverlässigen Art der Herrschaftssicherung.** Wollte man die einheimischen Völker auf Dauer von der Teilhabe an Macht, Herrschaft und Reichtum ausschließen, so eignete sich nichts besser dazu, als sie aufgrund ihrer **'Rasse'** auszuschließen. In diesem Fall allerdings hieß die Parole nicht nur 'weiß' zu sein, sondern **'weiß und deutsch'.**

Das 'Problem' erhielt seine hochexplosive Brisanz durch das stetige Anwachsen einer 'Mischlingsbevölkerung'. Alle ehelich geborenen Kinder, die deutsche Männer mit Frauen der Kolonialvölker hatten, wären automatisch Deutsche geworden, hätten also auch alle staatsbürgerlichen und bürgerlichen Rechte der Deutschen besessen. Theoretisch hätte so eines Tages ein 'Farbiger' die Möglichkeit gehabt, General der 'Schutztruppe', Polizeipräfekt, Richter oder gar Gouverneur einer Kolonie zu werden. Solche Vorstellungen scheinen die deutsche Koloniallobby in Angst und Schrecken versetzt zu haben. Deshalb wurde ein sogenanntes **'Mischeheverbot'** erlassen. Allen an der Diskussion Beteiligten aber war klar, die "Verkafferung" der männlichen Kolonialelite konnte letztlich nur durch ein **ausreichendes "Angebot" an weißen deutschen Frauen** gelöst werden.
Die ersten unverheirateten Frauen, die über das Fraueneinwanderungsprogramm der "Deutschen Kolonialgesellschaft" reisen durften, trafen zu Beginn des Jahres 1898 in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika ein. Sie alle waren innerhalb kürzester Zeit verheiratet.

Im Gegensatz zu den Zuständen in den portugiesischen Kolonien jedoch stand für die deutschen Koloniefrauen fest, „daß eine deutsche Frau sich nicht ebenblütig verbindet, ist ausgeschlossen!"[1] Allerdings schloß das keinesfalls aus, daß deutsche Frauen sich von einheimischen Männern nicht angezogen gefühlt hätten - Hinweise darauf gibt in ihren Büchern, im Gegenteil, in Hülle und Fülle. Aber, wollten sie nicht von der Teilhabe an der Kolonialherrschaft ausgeschlossen werden, mußten sie strikt auf der Rassentrennung bestehen.

An Bewerberinnen für eine kostenlose Überfahrt bestand kein Mangel, im Gegenteil, nur ein kleiner Teil der interessierten Frauen konnte berücksichtigt und nach einer strengen Auswahl "verschickt" werden. Wenn wir nun der Frage nachgehen, warum das Kolonialsystem so attraktiv für die Kolonialistinnen war, nähern wir uns bereits der dritten Entdeckung.

Vom Dienstmädchen zur Herrin

3. Entdeckung: Der Aufenthalt in den Kolonien bedeutete für die Kolonialfrauen gesellschaftlichen Aufstieg und eine ungeheure Aufwertung ihres Status - verglichen mit dem zuhause. Die portugiesischen Kolonialherren hatten nachgeborenen Töchtern oder unbemittelten Waisen die Wege zu kolonialen Ehren eröffnet. Und auch die meisten der deutschen Frauen in überseeischen 'Schutzgebieten' entstammten eher den unteren Schichten, zumindest diejenigen, die über die Einwanderungsprogramme vermittelt wurden: Es handelte sich zumeist um Dienstmädchen oder Mädchen von Lande, aber auch um Kindergärtnerinnen, Erzieherinnen, Lehrerinnen oder Büroangestellte im Alter zwischen 20 und 35 Jahren. Für sie wurde der Aufenthalt in den Kolonien fast immer zu einem **gesellschaftlichen Aufstieg.** Manche nutzten die Chance und machten sich selbständig als Schneiderinnen, Cafébausbesitzerinnen, Wäscherinnen oder Weißnäherinnen, stiegen in das Freizheitgeschäft für Angehörige der "Schutztruppen" ein oder spekulierten an der Diamantenbörse von Lüderitzbucht. Die meisten allerdings verheirateten sich und stiegen damit auf in die Schicht der hoch geachteten 'Pflanzersgattinnen'. Eine von ihnen, Maria Karow, die in Okambahe, Südwestafrika, lebte, sagte dazu: "Hier hat die deutsche Frau Gelegenheit, auf ihrem eigensten Gebiet, auf dem der Hausfrau und Mutter, mitzuarbeiten. Nirgends spielt die Hauswirtschaft eine größere Rolle als in einem solchen neuen Siedlungsland."[2] Und eine andere, Margarethe von Eckenbrecher, schwärmte: „Wohl nirgends sonst in der Welt wird uns deutschen Frauen von den Herren der Schöpfung soviel Verehrung entgegengebracht wie gerade in unseren Kolonien."[3]

Daß die **Teilhabe der deutschen Frauen an Macht und Ruhm** sich nur auf die unterjochte kolonialisierte Bevölkerung bezog, wurde offentsichtlich verdrängt. Denn dort, wo wichtige kolonialpolitische Entscheidungen getroffen wurden, hatten sie nichts zu melden, dies waren reine Männergremien, wie z.B. der Landwirtschaftsrat in der Kolonie Südwestafrika, in dem nur die Frauen stimmberechtigt waren, die „in Ermangelung des Mannes" eine Farmwirtschaft leiteten. Leitbild und **Ideal aber war die deutsche christliche Hausfrau und Mutter,** die zur Belohnung für ihre Unterwürfigkeit zu **'Hüterinnen der Kultur'** stilisiert wurden und in dieser Rolle eine ungewöhnliche Aufwertung erfuhren. Wie die Frauen damit umgingen, führt uns zur nächsten Entdeckung.

Heldinnen fürs Vaterland

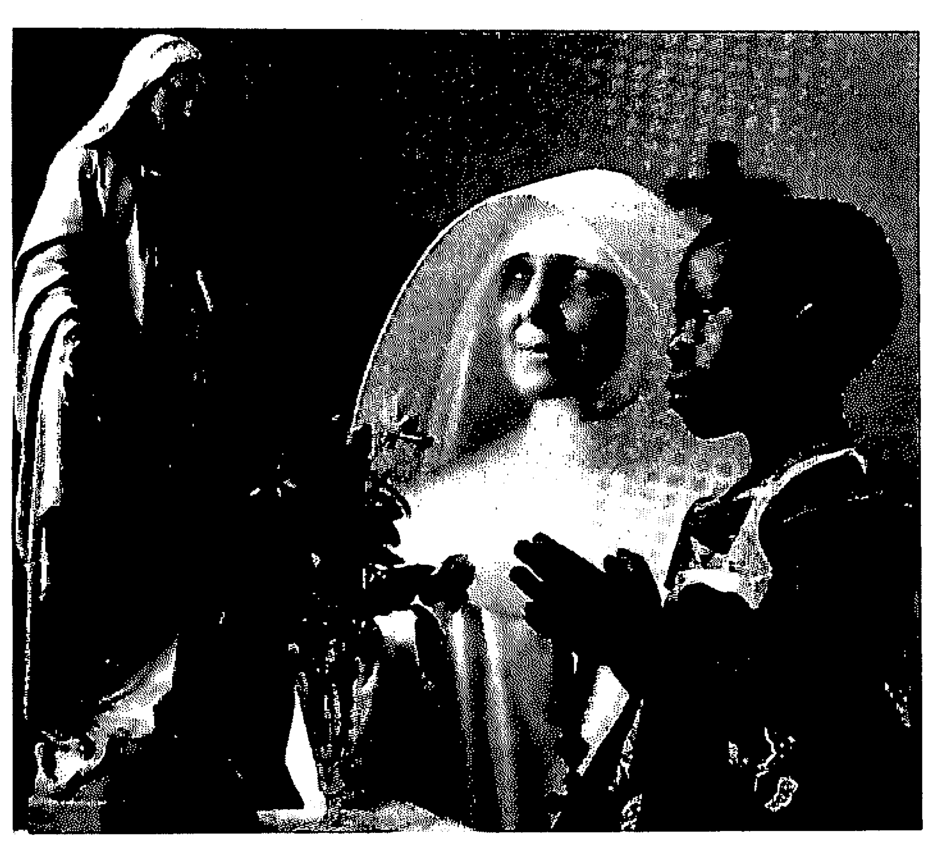
4. Entdeckung: Die Kolonialfrauen bedankten sich für die ungewohnte gesellschaftliche Anerkennung mit äußerster Loyalität und glühendem Nationalismus. Wie spanische und portugiesische Kolonialistinnen waren auch deutsche Frauen die "Herrinnen", Teilhaberinnen der Macht. Und deshalb waren diese Frauen bereit, "ihre" Kolonie zu verteidigen mit Haut und Haaren. Einzelne von ihnen taten sich hervor mit besonders spektakulären Heldenstücken. Zu einer der früheren **Heldinnen** wurde beispielsweise Margarethe Leue, „ein schlichtes Mädchen im Diakonissengewande". Als 1893 in der Kolonie Kamerun ein Aufstand ausbrach, wurde Margarethe Leue mit einigen Männern in der Apotheke eingeschlossen. „Der kleine tapfere Trupp hielt sich in dem schwach gebauten Häuschen einen ganzen Tag: Die Schwester, als einzige Frau, trug unter fortwährendem Kugelregen mit umsichtiger Tapferkeit die Munition zu und übernahm die Sorge für die Verwundeten. Die schlimme Lage hinderte sie aber durchaus nicht, nach beendetem Aufstand ihre völlig verwüstete und zerschossene Station wieder zu beziehen - (und zwar allein, denn die zweite Schwester war kurz vor dem Aufstand am Fieber erkrankt und gestorben) - und späterhin, verheiratet, noch lange in der Kolonie zu leben. Solche Frauen, aufopfernd, tapfer und jeder Lage gewachsen, sind Pioniere, wie das Vaterland sie draußen brauchen kann".[4] Bild und Geschichte der Heldin gingen durch die gesamte Reichspresse. In solch ungewöhnlichenSituationen wurden die Frauen also selbst akzeptiert, wenn sie ihren angestammten Platz verließen. Der aber war, wie könnte es anders sein, bestimmt durch die drei großen K, Kinder, Küche, Kirche. Und indem wir die Alltagssituation der Kolonialfrauen untersuchen, nähern wir uns der nächsten Entdeckung.

Schwarze Frauen als Konkurrentinnen

5. Entdeckung: Es gibt einen spezifisch weiblichen Rassismus der Kolonialfrauen, dessen Wurzeln in ihrer Identität begründet liegt, der Identifizierung mit den Werten einer extrem männerdominierten, der christlich-abendländischen Kultur.
Seit den Tagen der Conquista war die **Überlegenheit der christlich-abendländischen**

Kultur das am meisten gebrauchte Argument, die überseeischen Eroberungen zu rechtfertigen. Danach hatten die Europäer sich aufgemacht, den 'wilden' Kulturen den echten Glauben zu bringen. Ausgestattet mit diesem christlichen Sendungsbewußtsein, strömten auch Heerscharen von **MissionarInnen** aller Glaubensrichtungen in alle Winkel der Erde.

Aber es gibt auch noch eine ganz **spezifisch weibliche Variante** dieser **Überlegenheitsphilosophie.** In der uns bekannten Geschichte waren und sind Frauen in Abgrenzung zu Männern 'das andere Geschlecht'. In ihrem Bewußtsein aber spiegelt sich das nur selten wieder. Vielmehr identifizieren Frauen sich gerade im Kolonialismus im wesentlichen mit ihrer kulturellen Herkunft. Das **'Anderssein'** setzen die Frauen der Eroberernationen in der Kolonialgeschichte fast immer gleich mit **'Bessersein'** auf sich selbst und mit **'Minderwertigsein'** auf die 'anderen' Frauen der eroberten Nationen bezogen. Als **Legitimation** mußte dabei ihre **pedantische Haushaltsführung** herhalten. Die Veröffentlichungen, die die deutschen Kolonialistinnen in zahlreichen populären Veröffentlichungen verbreiteten, hielten sich zum großen Teil bis heute.



Missionarinnen brachten den „wilden" Kulturen den echten Glauben

Erste Behauptung: ***„Sie sind schmutzig und stinken."***
Während Clara Brockmann 'ihrem' Mädchen Elli niemals andere Küchenarbeit als die Teezubereitung erlaubte („nicht einmal beim Kuchenbacken durfte sie den Teig rühren") und niemals aus einer Tasse oder einem Glas trank, das, nachdem es „der Eingeborene" bereits gereinigt hatte, nicht noch einmal unter fließendem Wasser gespült worden war, starrten „Eingeborenenweiber" für Lydia Höpker vor Schmutz und „rochen auf ein paar Meter Entfernung". Sollten bei irgend jemand Zweifel aufkommen, führten sie - sozusagen als Trumpfkarte - an, „daß man bei der schwarzen Hautfarbe gar nicht einmal immer das Vorhandensein von Unsauberkeit genau feststellen kann". Solcherlei Behauptungen wurden von deutschen Frauen immer wieder in endlosen Variationen verbreitet. In der Heimat konnte dieses Vorurteil auf fruchtbaren Boden fallen, gerade bei Frauen, weil auch die meisten deutschen Hausfrauen Wert auf Sauberkeit legten, weil eine **„ordentliche Haushaltsführung** ihr ganzer Stolz war und sie daraus ihre **Identität als Frau bezogen"**. Die Beispiele konnten deshalb einleuchten und das Vorurteil leicht übernommen werden. „Bei euch sieht es ja aus wie bei den Hottentotten!" war ein weitverbreiteter Spruch, der noch in meiner Schulzeit gelegentlich auftauchte.

Zweite Behauptung: ***„Sie sind häßlich"***
Es ist ein besonderes Kennzeichen unserer von Männern geprägten Gesellschaft, Frauen auf das Attribut 'schön' hin zu bewerten. Als abhängige, unselbständige Anhängsel ihrer Männer haben Frauen wenigstens schön zu sein. Frauen haben diese Normen verinnerlicht. Jede Frau wird so zur möglichen **Konkurrentin** um den Mann reduziert - in der Lage, in der die kolonialen Siedlerinnen sich befanden, aus deren Sicht unter Umständen eine existenzbedrohende Situation: Jede Frau, die auf Grund ihrer 'Häßlichkeit' als Konkurrentin ausscheidet, hebt in diesem Fall das Selbstwertgefühl der Jurorin und sichert ihren Status. Selbst wenn ihnen die Argumente ausgehen, wie z.B. Frieda Zieschank, die ihrem Mann, einem Arzt, nach Samoa gefolgt war und nicht umhin konnte, die Inselbevölkerung schön zu finden, gilt wenigstens noch, daß Frauen 'farbiger Stämme' so schön sie auch immer sein mögen, „den Vergleich mit den weißen Frauen nicht aushalten, im einzelnen sowohl wie im ganzen."[5]

Dritte Behauptung: ***„Sie sind dumm"***
Bezeichnenderweise speisen sich diese Behauptungen fast ausschließlich aus Beispielen, die sich auf die **Fertigkeiten der deutschen Hausfrauen** beziehen wie auf Nähen, Spülen, Blauen, Stärken, Aufhängen und Legen der Wäsche, Plätten etc. Ihr Wissen und Können wurde nicht in Frage gestellt, sondern als allgemein gültig betrachtet. Die Frage, wie die deutschen Siedlerinnen sich beim Bau eines Pontoks, beim Flechten von Körben, beim Töpfern, Bierbrauen oder der Herstellung von Rindenstoffen angestellt hätten - alles Handwerke, die die afrikanischen Frauen meisterhaft beherrschten - stellten sich erst gar nicht.

Vierte Behauptung: ***„Sie sind faul, dreist, heimtückisch, sie lügen und stehlen ..."***
Dies sind alles Behauptungen, die an den verlogenen Idealen und der Scheinmoral der Kolonialgesellschaft gemessen wurden, denn es waren in Wirklichkeit die Deutschen, die ungefragt in fremde Länder eingedrungen, den dort lebenden Völkern Land, Vieh und Bodenschätze geraubt, die gebrandschatzt und gemordet, die Menschen versklavt hatten. Als Teil der Kolonialelite stellten die Kolonialfrauen die Wahrheit ungeniert auf den Kopf. Und so wird denn auch die angebliche **Faulheit** nicht als das verstanden, was sie in Wirklichkeit war, nämlich **Arbeitsverweigerung** und damit eine Form des **Widerstandes,** wie sie besonders von Frauen praktiziert wurde.

Fünfte Behauptung: ***„Sie sind kokett, hinter weißen Männern her und ruinieren diese in jeder Beziehung"***
Hier wird die **Sexualkonkurrenz** deutlich, die sich teilweise bis zu offenem Haß steigerte. Dazu eine Kostprobe: Ein weißer "Herr" trifft auf „eingeborene Weiber", er „wich zurück vor den stinkenden Leibern, die sich noch nie gewaschen hatten und an denen die Brüste herabfielen wie schwarze Schalen einer Frucht".So hätte es die Schreiberein, Margarete Kierstein[6],wohl gerne gehabt. Die Wirklichkeit aber sah ganz anders aus, hätte es sonst ja nie eines Mischeheverbotes bedurft! Doch auch auf diese Wirklichkeit ließen sich die deutschen Kolonialfrauen nicht ein.

Die fremden Frauen stellten für sie gleichzeitig eine Bedrohung und eine Herausforderung dar:es waren 'wilde' Frauen, das heißt, sie waren nicht durch die patriarchalisch-bürgerliche Schule der Frauenunterdrückung gegangen und entsprachen daher

nicht dem Ideal der gezähmten Frau, die ihre eigene Unterdrückung verinnerlicht hatte und zur Hausfrau, Gattin und Mutter geschrumpft war. Wo sie sich weigerte, Kinder als zukünftige Arbeitssklaven zu gebären, verweigerten sie den Kolonialherren die Verfügung über ihre weibliche Produktivität, die Fähigkeit, Kinder zur Welt zu bringen. Sie mußten die deutschen Frauen dadurch unweigerlich daran erinnern, daß diese die Verfügung über den eigenen Körper längst nicht mehr besaßen. Und während die weiße Welt zur Kenntnis nahm, daß die Frauen der Kolonialvölker Gebärstreik als Mittel des Widerstandes einsetzten, abtreibende Mittel und Methoden kannten und anwendeten, gab es für die weißen deutschen Frauen in den Kolonien nur eines: möglichst viele Kinder zu gebären. Eine Herausforderung, der die weißen



Frauen sich nicht stellten, sie im Gegenteil verdrängten und mit Beleidigung, Verachtung, Versklavung und Mißhandlung der einheimischen Frauen beantworteten.
Auch aus den zahlreichen Schilderungen der Missionarinnen geht im übrigen hervor, daß es vor allem darum ging, die Nacktheit und die Sexualität der unterjochten Frauen zu zähmen.

Ja, sie begriffen sich als **das Maß aller Frauen:** weiße, deutsche Hausfrauen. Die enge, kleinkarierte, provinzielle, reaktionäre Auffassung von dem, was Gut und Böse, ordentlich, sittlich, weiblich war, ließ sie andere Frauen demütigen, ja vernichten. Was immer sie an fanatischen, sexistischem und rassistischem Haß zu bieten hatten, es waren vor allem die Frauen der kolonialisierten Völker, über die sie ihn ergossen. Und es kam ihnen so nicht in den Sinn, die Situation als Frauen zu überdenken, die eigene unwürdige Lage zu erkennen. Denn, keine Frage, in ihren Familien und in ihrer Gesellschaft gaben die Männer den Ton an. Indem sie sich aber **mit den Zielen und Werten ihrer Herren identifizierten,** verdrängten sie nicht nur ihre eigene Unterdrückung, sondern beraubten sich außerdem der Chance, den Aufenthalt unter fremden Völkern als Lernprozeß für sich zu nutzen. Statt dessen brachten sie Unheil und Unrecht, **machten sie sich mitschuldig** an der Unterwerfung und Ausbeutung der Kolonien, der Zerstörung und dem Untergang ganzer Völker und Kulturen. Und das alles für das bißchen Anerkennung durch ihre weißen Männer, die sie doch hundertfach betrogen.
In ihrer **Identifikation und Komplizenschaft mit den Männern und ihren Werten** scheuten sie selbst nicht vor Mord oder zumindest dessen offener Billigung zurück.

Kinder ihrer Zeit

6. Entdeckung: Frauen waren immer 'Kinder ihrer Zeit' und haben bewußt und unbewußt kolonialistische und/oder rassistische Vorurteile übernommen und verbreitet.
Wie sehr Frauen - auch wenn sie nicht direkt in den Kolonialismus verstrickt waren, doch im kolonialen und rassistischen Denken gefangen blieben, lernen wir aus zahlreichen Beispielen von Frauen im Dritten Reich.
Da sind zunächst die **offenen Propagandistinnen,** die den „Kolonialen Gedanken" offensiv vertreten wie beispielsweise im „Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft", 1908 von Adda von Liliencron und anderen „Kolonialfreundinnen" gegründet oder im „Deutschen Frauenverein für Krankenpflege in der Kolonie", später umgetauft in „Deutscher Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonie". Neben der Rekrutierung von übersee-interessierten Frauen, waren diese Frauen für „den kolonialen Gedanken" durch Ausstellungen, Reden, Spendensammlungen, Veröffentlichungen aller Art. Die meisten dieser Frauen entstammten Familien, die ein direktes Interesse am Besitz und Erhalt von deutschen Kolonien hatten.

Aber auch die **frauenbewegten Frauen** jener Zeit akzeptierten auf ihren internationalen Kongressen widerspruchslos, daß Europäerinnen sich als 'Vertreterinnen' der Frauen anderer - der unterworfenen - Nationen präsentierten, daß zur Entspannung nach den hitzigen Strategiediskussionen gemeinsam sogenannte „Völkerausstellungen" besucht wurden, wie z.B. in Berlin 1896 die Kolonialausstellung, auf der neben Produkten auch Menschen aus den Kolonien ausgestellt waren oder ein Jahr später auf dem Brüsseler Kongreß die „Kongoausstellung".

Kinder ihrer Zeit waren auch die **sozialdemokratischen Frauen,** darunter die ersten weiblichen Abgeordneten. Marie Juchacz zum Beispiel, die zeitweise für die Schriftleitung der Frauenzeitung „Die Gleichheit" verantwortlich war, stellte sich in ihrem Aufsatz „Friedensvertrag und Kolonialarbeit" offen auf die Seite der Befürworter von deutschem Kolonialbesitz: „Auch in unseren Reihen rang sich der Gedanke durch", schrieb sie, „daß ein Siebzig-Millionen-Volk mit starker industrieller Entwicklung Kolonien braucht...". Und Clara Bohm-Schuch, eine Fraktionskollegin von Marie Juchacz, lehnte zwar Kapitalismus und Imperialismus ab, aber nur, um die Sozialisten zu auserwählten „Kulturträgern" zu ernennen. „Aber," so fuhr sie fort, „der Sozialismus allein ist ... auch berufen, die Kulturarbeit durchzuführen, die in fremden Erdteilen geleistet werden muß." Dies fand zu einer Zeit statt, in der Deutschland nach dem ersten Weltkrieg seine Überseeterritorien bereits verloren hatte. Mit dem Kolonialbesitz, so das vorherrschende Zeitgefühl, sollte das geschlagene Deutschland wieder in die Reihen der starken europäischen Staaten eingegliedert und das verletzte Nationalgefühl der Deutschen rehabilitiert werden.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten brachte für den kolonialen Frauenbund endlich das Verständnis, das er sich immer gewünscht hatte. Und das, so stand in seinem Jahresbericht 1933/34 zu lesen, verdankte er einzig „unserem Führer Adolf Hitler". Die Eingliederung des Bundes in den nationalsozialistischen „Reichskolonialbund" vollzog sich reibungslos. Für Frauen, die sich in den Kolonien zu 'Herrenmenschen' erklärt hatten, war die Denkkategorie 'Untermensch' nichts Neues, sie erweiterten sie einfach, und neben den 'Kanaken' und 'Kaffern' gehörten dazu jetzt eben auch Juden, Polen, Sintis ...

Fassen wir also zusammen: Es gab im Kolonialismus eine **geschlechtsspezifische Einbindung** von Frauen sowohl auf Seiten der Kolonialisten als auch der unterdrückten Nationen. Während die Frauen der ehemals kolonialisierten Länder bis heute schwer an den Folgen dieser historischen Epoche tragen, haben wir, die Erbinnen der früheren Kolonialmächte, dieses Kapitel unserer Geschichte weitgehend verdrängt. **Es wird Zeit, daß wir uns der Verantwortung stellen,** umso mehr, als nur die Aufarbeitung dieser Geschichte uns dabei helfen kann, ein neues, besseres Verhältnis zu den Menschen in anderen Ländern, auch den sog. 'Entwicklungsländern' zu finden.

Martha Mamozai

Anmerkungen:

1) Frieda Zieschnak: Ein Jahrzehnt in Samoa, Leipzig 1918, S. 108
2) Maria Karow: Wo sonst der Fuß des Kriegers trat. Farmerleben in Südwest nach dem Krieg, Berlin 1911, S. 139
3) Margarethe von Eckenbrecher: Was Afrika mir gab und nahm, Erlebnisse einer deutschen Frau in Südwestafrika 1902 - 1936, Berlin 1940, S. 45
4) Leonore Nießen-Deiters: Die deutsche Frau im Auslande und in den Schutzgebieten, Berlin 1913, S. 70
5) Frieda Zieschank: Ein Jahrzehnt in Samoa, Leipzig 1918, S. 23
6) Margarethe Kierstein: Trommeln tönen durch die Wildnis, Breslau 1935, S. 6

Leicht gekürzter Nachdruck aus: Kofra, Zeitschrift für Feminismus und Arbeit Nr. 51, März 1991

★

Auf der Suche nach der unsichtbaren Frau

Sklaverei und Widerstand in Jamaika



Die Rolle der schwarzen Frau im Widerstand gegen die Versklavung verlangt dringend nach einer Neuinterpretation. Ein Geschichtsbild kann nicht glaubwürdig bleiben, das die schwarze Frau entweder völlig ignoriert oder sie im günstigsten Fall als Opportunistin eines Systems entstellt, unter dem gerade sie in besonderer Weise zu leiden hatte. Sollte ausgerechnet sie weniger Motivation zum Befreiungskampf gehabt haben als die versklavten Männer, obwohl ihre Unterdrückung zusätzlich durch den Aspekt der sexuellen Ausbeutung verschärft war? Aber wo finden sich die weiblichen Pendants zu den männlichen Symbolfiguren des Widerstands?
Am Beispiel Jamaika spürt Stella Dadzie die zahllosen Frauen auf, die zwischen den Zeilen der eurozentrisch und sexistisch verzerrten Geschichtsschreibung unterdrückt wurden, und rekonstruiert den vermutlich realeren Beitrag der Sklavinnen auf dem Wege zur Emanzipation. Anhand der Aspekte Produktion, Reproduktion, Subversion und Kultur arbeitet sie deren geschlechtlich determinierten Widerstandsstrategien heraus und bemüht sich, die gängigen Klischees über die schwarze Frau in der Versklavung richtigzustellen. Diese war kein Opfer ihrer Unterdrückung, sondern mit ihren eigenen, im allgemeinen wenig spektakulären Mitteln hat sie aktiv und hartnäckig ihr Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit gefordert.
Darum geht es in dem Beitrag von Stella Dadzie, der in der Zeitschrift „Race & Class" (32/1990) erschien und im folgenden übersetzt und gekürzt wiedergegeben wird.[1)]

Jamaika erlebte nicht nur mehr Sklavenaufstände als alle anderen westindischen Kolonien, sondern die Maroons[2)] ließen das Pflanzer Establishment von der ersten spanischen Besiedlung an nicht zur Ruhe kommen. Kein Wunder — die Struktur der Zuckerplantagenwirtschaft in Jamaika brachte eines der inhumansten agro-industriellen Zwangsarbeitssysteme hervor, das die Geschichte kennt.

Durch den Sklavenhandel kamen fast ebenso viele Frauen wie Männer von Afrika in die britischen Zuckerkolonien. In der Beschäftigungshierarchie der jamaikanischen Plantagenökonomie hatten die Sklavinnen in der Regel jedoch nur Zugang zu den niedrigsten und am meisten ausbeutenden Arbeiten. Bei der zermürbenden, monotonen Arbeit auf den Zukkerrohrfeldern stellten sie den größten Anteil der Arbeitskräfte, 12 — 18 Stunden arbeiteten sie täglich in den Mühlen und Kochhäusern der Zuckerproduktion, und als Haussklavinnen waren sie dem sexuellen Mißbrauch der Sklavenhalter in besonderem Maße ausgesetzt.

Da bis Ende des 18. Jahrhunderts afrikanische Sklaven billig in nahezu unbegrenzter Menge importiert werden konnten, lohnte es sich für die Plantagenbesitzer nicht, die Reproduktion der Sklavenbevölkerung zu fördern. Die Frauen wurden deshalb nicht nach ihrer Gebärfähigkeit, sondern wie Männer nach ihrer Arbeitsleistung beurteilt und behandelt. Bei Folterungen nahm man selbst auf bestehende Schwangerschaften oder Mütter von Kleinkindern keine Rücksicht.

Der fortwährende physische Mißbrauch von Frauen war ohne Zwangsmaßnahmen nicht durchzusetzen. Die Rede von der bevorzugten Stellung der Frauen aufgrund der ihnen unterstellten sexuellen Beziehungen zur Pflanzeraristokratie entpuppt sich damit als blanker Zynismus. Die patriarchale Geschichtsschreibung hat die traumatischen Implikationen täglich drohender Gewalt, der die angeblich „privilegierten" Haussklavinnen — im übrigen auch von schwarzen Männern — betroffen waren, ausgeklammert oder verharmlost. Dagegen schrieb sie Frauen promiskuitive Neigungen zu — nichts anderes als eine Schuldzuweisung an Frauen zur Verschleierung gewaltvoller sexueller Exzesse der Pflanzerklasse.

Man kann davon ausgehen, daß den meisten Sklavinnen keine besonderen Vorteile aus den Verbindungen mit ihren weißen Herren erwuchsen, da ihre Verfügbarkeit ohnehin erzwungen werden konnte. Das weitverbreitete Bild von der begünstigten Mulatten-Konkubine, die aus eigenem Profitdenken mit der Pflanzerklasse kollaboriert, stellt nur eine mögliche Facette der Wirklichkeit dar.

Durch den sexuellen Aspekt erhielt die Ausbeutung der schwarzen Frau eine zusätzliche Intensität, die sie motivieren mußte, jedes Mittel auszuschöpfen, um gegen das System zu opponieren. Tatsächlich gibt es zahlreiche Belege dafür, daß Frauen durch Täuschungsmanöver, Ungehorsam, Streiks und physische Anschläge auf Sklavenhalter mit großem persönlichen Risiko für ihre Befreiung kämpften.



Sklavinnen und Reproduktion: Wahl oder „äußere Umstände"?

Solange der Nachschub afrikanischer Arbeitskräfte unbegrenzt schien, wurde die geringe Kinderzahl der westindischen Sklaven von den Kolonialisten kaum beachtet. Dies änderte sich jedoch abrupt Ende des 18. Jahrhunderts, als der Sklavenstrom zu versiegen drohte und damit das Überleben der Pflanzerklasse in Frage gestellt wurde. Die alarmierte Kolonialregierung betrieb deshalb seit 1788 eine massive geburtenfördernde Politik. Schnell erlassene Gesetze sicherten Plantagenbesitzern, Aufsehern und den Sklaven materielle Vergünstigungen zu, um die Reproduktion ihres menschlichen Kapitals zu erreichen.

Weshalb diese Bevölkerungspolitik ihr Ziel verfehlte, wurde unter zahlreichen Gesichtspunkten diskutiert. Man sah eine Ursache in den Aufsehern, die nach wie vor in skrupelloser Weise maximale Arbeitsleistung aus den Sklaven herauspreßten. Sozialökonomische Erklärungen führten die geringe Fruchtbarkeit der afrikanischen Frau auf schlechte Ernährung und körperliche Mißhandlungen zurück oder brachten sie sogar mit der wachsenden weiblichen Promiskuität in Beziehung.

Aber kein Historiker versuchte bisher, den Einfluß der schwarzen Frau selbst, der immerhin primär Betroffenen, auf den anhaltenden Abwärtstrend der Geburtenziffern hin zu überprüfen. Zahlreiche Hinweise sprechen für die These, daß die geringe Kinderzahl schwarzer Frauen als Ergebnis ihrer bewußten „Fortpflanzungsverweigerung" zu verstehen ist. Schon lange, bevor die geburtenfördernde Politik einsetzte, waren Sklavinnen gegen die Idee des „breedin' for massah" verhärtet. Es war vermutlich ohnehin abschreckend genug, Kinder zu gebären, die zu lebenslanger Versklavung verdammt waren, die häufig früh von ihnen weggerissen und wie Waren verkauft wurden und mit denen sie zum Wohlstand ihrer Unterdrücker beitrugen.

Aus vielen Quellen geht hervor, daß die Frauen über Mittel und Methoden verfügten und auch davon Gebrauch machten, Schwangerschaften und Geburten zu verhindern. Sie griffen dabei auf ihre afrikanischen Kulturtraditionen zurück, in denen sie als Heilerinnen und Magierinnen detaillierte Kenntnisse von Heilmitteln und Behandlungsmethoden besessen hatten.

Das Ausmaß der Abtreibungen läßt sich nicht bestimmen. Aber die Vergeblichkeit des Versuchs, eine sich selbst erneuernde Arbeiterschaft zu erzielen, deutet darauf hin, daß sich die Kolonialherren hier mit Sabotage konfrontiert sahen, der sie hilflos gegenüberstanden. Eine mildere Methode stellten mehrjährige Stillzeiten dar, mit der Sklavinnen erneute Schwangerschaften hinauszögerten.

Empfängnisverhütung, Abtreibung und Kindestötung müssen als bewußte Entscheidung zahlloser schwarzer Frauen und als ihre effektivste Waffe gegen ihre Ausbeutung neu interpretiert werden.

Sklavinnen und Subversion: Die Gewalt aufrührerischer Frauen

Die Quellen ermöglichen nicht, den Beitrag der schwarzen Frauen zu Rebellionen und Marronage[3)] in seiner vollen Tragweite zu rekonstruieren. Fest steht, daß sie auch an dieser Form des Widerstands partizipierten, denn sie tauchen gelegentlich in Berichten über Plantagenaufstände oder sporadisch in öffentlichen Hinrichtungs- oder Deportationslisten auf.

Das Bild der Frauenrolle wäre aber unvollständig, würde man leugnen, daß sie mitunter momentanes Überleben langfristigen Freiheitsidealen vorzog. Obwohl man Frauen häufig folterte, weil man ihnen kein Durchhaltevermögen zutraute, läßt sich nicht belegen, daß sich Frauen „verräterischer" verhielten als Männer.

Die Mehrheit der schwarzen Frauen mußte sich auf subtilere Methoden des Widerstands beschränken. Sie benutzten ihren engen Kontakt mit den Weißen als Konkubinen und Haussklavinnen, um das System zu unterlaufen. Trotz ihrer schwer faßbaren Präsenz in zeitgenössischen Berichten deutet alles auf eine „Quasheba"[4)]

hin, die mindestens so scharfsinnig zu täuschen vermochte wie ihr Bruder „Quashie". Das ist umso wahrscheinlicher, als ihr die Intimität mit den Weißen eine einzigartige Einsicht in deren Psyche ermöglichte. Aber Quasheba war mehr als Produkt sexueller und häuslicher Intimität.

Sklavinnen und Kultur: Die Trägerinnen der „roots"

Die kulturelle Situation der Karibik war gekennzeichnet durch das Aufeinanderprallen unterschiedlicher afrikanischer Kulturen mit denen europäischer Siedler und autochthoner Bevölkerungen, sofern diese den „Aufprall" überlebt hatten. Ein großer Teil der nach Jamaika importierten Sklaven gehörte den Akan-Völkern der westafrikanischen Goldküste an. Daher prägten besonders Akan-Kulturelemente das Glaubens- und Wertesystem, das die Sklaven trotz der enormen Repression zu entwickeln vermochten.

Dieses Bezugssystem enthielt als wichtige Elemente eine hohe Wertschätzung der Frau, eine ausgeprägte militärische Tradition und gemeinschaftliche Überlebensstragien, in denen Frauen eine aktive und zentrale Rolle spielten.

Am stärksten kommen diese Elemente in dem legendären Ruf der Maroon-Anführerin Nanny zum Ausdruck. Nanny soll in den ersten Maroon-Kriegen die Guerilla-Truppen gelenkt und mit ihren immensen magischen Fähigkeiten unterstützt haben. Die offenkundige Bedeutung von Nanny wirft Fragen nach dem allgemeinen Status der Maroon-Frauen auf. Zeitgenössische Berichte lassen allzu deutlich ihren rassistischen und sexistischen Blickwinkel erkennen, wenn sie die Maroon-Frauen als unterdrückte Minderheit und Opfer von Plantagenplünderungen und krasser sexueller Ausbeutung darstellen. Diese Frauen wählten oft bewußt das Risiko der Flucht von den Plantagen, aber damit auch die Chance der Marronage, ein Leben in Freiheit verwirklichen zu können.

Trotz des zahlenmäßigen Ungleichgewichts zwischen Männern und Frauen hatten sie eine zentrale Bedeutung für das ökonomische, militärische und demographische Überleben der Maroons.

Die wichtigste Rolle der schwarzen Frau bestand in ihrer Bedeutung als Trägerin ihrer kulturellen Wurzeln.

Die in Afrika geborenen Frauen, die mithalfen, die Bestimmungselemente dieser kulturellen Identität wiederherzustellen, waren, wie Frauen überall, auch ihre Hauptvermittlerinnen. Dies gilt nicht nur für die Maroon-Frauen, die den offenkundigen Vorteil hatten, jenseits der Kontrolle der Pflanzer ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Obwohl die Plantagenbesitzer alles daransetzten, die Identifizierung der Sklaven mit ihrem Herkunftsland zu verhindern, schafften sie es nicht, die frühen (und wo es möglich war, anhaltenden) Bande zwischen Sklavenmüttern und ihren Kindern zu zerstören. Es waren genau diese Bande, durch die die Akan- oder andere afrikanische Kulturelemente an nachfolgende Generationen überliefert wurden.

Die heterogene und unaufhörlich sich anpassende afrikanische Kultur zeichnete sich durch eine enorme Kapazität aus, der eigenen Zerstörung zu widerstehen. Diese Kapazität liegt nach Braithwaites[5] Ansicht in ihrer Immanenz begründet. Sie war vom Individuum oder der Gemeinschaft getragen, und nicht wie in Europa in Gebäuden, Monumenten, Büchern etc. externalisiert. Tanz war die afrikanische Architektur, Geschichte lebte durch mündliche Überlieferung weiter. Infolgedessen trug jede/r in die Neue Welt verschleppte Afrikaner/in das Potential der Rekonstruktion in sich selbst und damit die Fähigkeit, auf eine ganze Reihe bemerkenswert komplexer Ressourcen zurückzugreifen.

Eine dieser Ressourcen war ein ausgeprägtes Selbstwertgefühl, was der in Afrika geborenen Frau seit der frühesten Sozialisation vermittelt wurde. Da sie die sexuelle, häusliche, reproduzierende und wirtschaftliche Sphäre dominierte, besaß sie in ihren Gemeinschaften Prestige und Autorität. Natürlich war diese Situation nicht Bestandteil aller Kulturen, die die jamaikanische Sklavengesellschaft formten. Genausowenig soll das Bild weiblichen Selbstbewußtseins darüber hinwegtäuschen, daß in Westafrika zweifellos die Männer dominierten. Dennoch war es größtenteils ein kulturelles Milieu, in dem die Beziehungen zwischen den Geschlechtern genauestens bestimmt und reguliert waren.

Nach Mathurins[6] Analyse bestimmte nicht Minderwertigkeit, sondern die geschlechtliche Verschiedenheit die Rolle der Frauen in den polygynen[7] westafrikanischen Haushalten. Sie behauptet, daß dieses „matriarchale Erbe" sicherstellte, daß auf den meisten jamaikanischen Plantagen Frauen im Zentrum eines Verwandtschaftsnetzes standen, das seinerseits den Kern der Sozialstruktur bildete, welche die meisten Aspekte der Gemeinschaft regulierte. Verwandtschaftsverbindungen stellten auch die Grundlage des spirituellen Lebens dar. Das Glaubenssystem gründete auf der Beziehung zu den Ahnen und dem Konzept, daß Frauen die wichtigsten Wächterinnen und Vermittlerinnen des Lebenszyklus sind.

Die Erfahrung der Sklaverei und der Kreolisierungsprozeß ließen diese Sichtweise des Selbst und der Gesellschaft nicht unangetastet. Aber die ganze Periode der Versklavung hindurch waren in Afrika geborene und Kreol-Frauen in der Lage, ein Werte und Glaubenssystem, Rituale und Praktiken an ihre Kinder weiterzugeben, mit deren Hilfe sie die Erniedrigungen der Sklaverei aufrecht überstehen konnten.

Der Status der afro-karibischen Frau in der kolonialen Sklavengesellschaft bedeutete also, daß sie die Trägerin vieler der schwersten Lasten war. Aber er gewährleistete auch, daß sie Trägerin der afrikanischen kulturellen Wurzeln blieb.

Doris Neu

Anmerkungen:

1) Stella Dadzie: Searching for the invisible woman: sklavery and resistance in Jamaica. In: Race & Class, London, 32 (2), 1990, S. 21-39.
2) Mit „Maroons" (von span. „cimarron" = wild) werden die entflohenen SklavInnen bezeichnet, die in den schwer zugänglichen Gebieten Jamaikas Gemeinschaften gründeten. Sie führten einen jahrhundertlangen Guerilla-Krieg gegen die Kolonialherrscher.
3) Das Phänomen der Maroons (s. unter Anm. 2). Marronage gab es in fast allen Sklavenhaltergesellschaften.
4) Das Twi-Wort (Akan-Sprache) „Quashie" bzw. „Quasheba" (=„am Sonntag geboren") bezeichnete SklaveInnen, die unter den Weißen Fähigkeiten vieler Sklaven, die Weißen zu täuschen, war eine Form der Sabotage. Die Figur des männlichen „Quashie" wurde zum Symbol des Sklavenwiderstands.
5) E.K. Braithwaite: The folk culture of the slaves of Jamaica. London, New Beacon, 1974, S. 13.
6) L. Mathurin Mair: The arrival of black women. In: Jamaica Journal, Kingston, 9 (2,3), 1975.
7) Eheform, bei der der Mann mehrere Partnerinnen hat.

Freibeuter und Maroons

Kolonialgeschichte und Formen des Neo-Kolonialismus werden in vielen Analysen als absehbare Vorgänge analysiert, die in eiserne Strukturen eingebettet sind und zielgerichtet verschiedene Phasen durchlaufen.
Geschichte ist dagegen in jeder historischen Situation auch der Versuch, gesellschaftliche Alternativen zu leben, die sich gegen das herrschende Zeitverständnis und den ihr zugrundeliegenden Sachzwängen stemmen oder versuchen, sich ihnen zu verweigern.

Wir müssen meines Erachtens Geschichte von ihrer anderen Seite erfahrbarer machen, sie aus dem Museum holen und die Dokumente gegen den Strich lesen. Das heißt allerdings nicht in der ausschließlich gegenteiligen Analyseebene, der der Alltagskultur, zu verharren. Eduardo Galeano, der beide Ebenen, die der strukturellen und die der Lebenswelten verknüpft („Erinnerungen an das Feuer"), bezeichnet sich in diesem Sinne nicht als Schriftsteller, sondern als „Jäger nach Stimmen, die ringsum verstreut und gesammelt werden müssen" (Galeano 1990).
In diesem Beitrag sollen beispielhaft zwei „Randgesellschaften" des 17. Jahrhunderts in der Karibik beleuchtet werden, deren Mythos bis heute, wenn auch meist verfälscht, bei uns wirkt: Die Freibeuter und die autonomen Gesellschaften ehemaliger Sklaven, die Maroons.
Zunächst aber einige Thesen zu den Rahmenbedingungen und Veränderungen in den Kolonialsystemen des 17. Jahrhundert.
Das 17. Jahrhundert läßt sich unter der Überschrift Durchsetzung des Merkantilismus zusammenfassen. Betriebliche Grundlage dabei waren Manufakturen als systematisch arbeitszerlegende handwerkliche Großbetriebe. Damit setzte sich ein neues Zeitverständnis innerhalb des europäischen Kulturkreises endgültig durch. Das Bild des Uhrwerks wird zu einem der herrschenden Motive des 17. Jahrhunderts. Betriebswirtschaftlich gewann die Frage der Arbeitsdisziplin einen qualitativ höheren Stellenwert. Weltpolitisch bedeutete dies die Ablösung der spanischen Herrschaft durch die Dominanz von holländischen, englischen und französischen Handelsgesellschaften. Die Eroberungszüge der Spanier galten in erster Linie der Suche nach Edelmetallen. Gold und Silber wurden verarbeitet und von der kastilischen Kriegerkaste ausgegeben. „Es war das Kostbare par exellence" (Foucault 1978, S.220). Die spanische Gesellschaft blieb im ökonomischen Bereich dem mittelalterlichen Feudalismus verhaftet. Im militärischen Sektor war dies anders; Heerführer wie Cortéz, konnten ihre überlegenen Gegner nur vernichten, da sie sich taktisch in sie hineinversetzen konnten. Die individuelle Persönlichkeit der Neuzeit, die nicht in das mittelalterliche Ständesystem eingebunden war, war dafür entscheidend. Bei Columbus wäre dies noch nicht möglich gewesen, da er noch dem mittelalterlichen Kreuzzugsgedanken anhing. Nach der Eroberung der Räume fehlte aber den Spaniern der gesellschaftliche Hintergrund, um die Kolonien produktiv ausbeuten zu können.
Durch frühbürgerliche Bewegungen mit Cromwell in England an der Spitze, der in einem Bürgerkrieg den alten Feudaladel besiegte und einem Finanzminister wie Colbert in Frankreich wurden die staatlichen Machtapparate geschaffen, die dem Manufakturwesen zum Aufschwung verhalfen. Das ökonomische Denken wurde durch den Warentausch und die Vermehrung von Waren bestimmt. Erworbenes Geld wurde von den herrschenden Klassen nicht mehr rein konsumptiv verausgabt, sondern angespart, um Investitionen tätigen zu können.
Die Ablösung der alten feudalistischen Ständesysteme betraf auf der anderen Seite alle Menschen direkt und unmittelbar, die nicht den Sprung in die neue Gesellschaftsordnung mitmachen konnten oder wollten. Die puritanische Ethik mit ihrer Arbeitsteilung und - überwachung, den Geldanreizen und den neuen Arbeitsgewohnheiten brannte in die Menschen eine neue Zeitdisziplin. Das Handelsbürgertum setzte seine merkantilistischen Vorstellungen zunehmend mit Repressionen der sich konstituierenden zentralen Staatsgewalt durch. Franz Borkenau bringt diese Bruchsituation auf den Punkt. Es gibt für ihn gesellschaftliche Schichten im 17. Jahrhundert, „die durch den Zersetzungsprozeß des Feudalismus aus ihren traditionalistischen Lebensformen geworfen sind, dadurch aber nicht neue Möglichkeiten der Herrschaft bekommen haben, sondern sich der Notwendigkeit eines qualvollen Anpassungsprozesses an die Bedingungen des Geldkapitalismus gegenübersehen" (Borkenau 1932, S.315).
Viele dieser aus dem ökonomischen Bereich in Europa ausgeschlossenen Menschen suchten ihr Glück in der „neuen Welt". Es ist demzufolge falsch, alle Europäer, die in den neuen Kolonien lebten, auf eine Stufe zu stellen[1]. Zwischen den Beamten der Kolonialverwaltungen, den Vertretern des neuen merkantilen Systems und den Unterdrückten aus der „alten Welt", die aus materiellen oder politischen Gründen ihre Heimat verlassen mußten, lagen oftmals Welten.
Die großen Handelshäuser benutzten die Kolonien als Rohstofflieferanten und Abnehmer von Manufakturerzeugnissen. Dabei versuchten sie Monopolkäufer und -verkäufer zu etablieren, die jede interne und exterene Konkurrenz unterdrückten. Demgegenüber paßten sich die ersten Siedler selbst in der Bauweise ihrer Siedlungen den Indianern an. In der Subsistenzwirtschaft lag ihre wirtschaftliche Basis und die war weniger vom Profitdenken beeinflußt. Nach solchen Vorstellungen sein Leben zu gestalten, und sich zudem nicht zentral kontrollieren zu lassen, war den großen „Companies" ein Dorn im Auge. Das Gesetz der „London Company", im Jahre 1611 für Virginia erlassen, ist beispielhaft. Kein Siedler durfte die Siedlung ohne schriftliche Genehmigung verlassen. Nicht ausdrücklich von der Kolonialregierung autorisierte Bezie-



Freibeuter mit Gewehr und Jagdhunden

Der Alltag sah anders aus: Teile des karibischen Raums boten für die meuternden, ausgesetzten und schiffbrüchigen Seeleute ideale autonome Lebensbedingungen, dagegen war das Arbeiten und Leben auf den damaligen Schiffen hart und qualvoll. Vielfach wurden Matrosen zwangsweise angeheuert.

Die Spanier benutzten nur die großen Inseln als Sprungbrett für ihre Festlandseroberungen. Nachdem sie sich in Mexiko und Peru festgesetzt hatten, gab es in der karibischen See von wenigen Ausnahmen abgesehen, wie z.B. Kuba, nur noch symbolische Besatzungen. Bei ihrer überhasteten Abreise, meist gab es wieder ein neues Gerücht über die Entdeckung des El Dorado, ließen sie oft ihre Tiere und viele Ausrüstungsgegenstände zurück. Bekanntlich gibt es außerdem wilde Früchte, Seefische und sonstige Delikatessen in dieser angenehmen tropischen Region. Die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben waren also vorhanden. Der Freibeuter war zunächst nur ein Jäger, Fischer und Sammler, der sich unter den vorgefundenen Bedingungen reproduzierte. Die Gerätschaften und Gegenstände die nicht hergestellt werden konnten, wie Nägel, Waffen oder Segeltuch, wurden im Tausch mit Schmugglern erworben, oder durch Kaperunternehmungen gegen spanische Schiffe erbeutet. Auf Edelsteine und Schmuck richtete sich aber weniger ihr Auge, gefragter waren Gegenstände von Gebrauchswert. Piraterie ist aus diesem Grund nur als Ergänzung bzw. Optimierung ihrer Lebensverhältnisse zu verstehen.

Ab Ende des 17. Jahrhunderts verkleinerten sich die Räume für autonomes Leben in der Karibik drastisch. Einerseits nahm die spanische Kontrolle über die Region zwar weiter ab, so wurde z.B. Jamaica von den Engländern besetzt, andererseits einigten sich die europäischen Mächte aber über ihre Einflußsphären. Der Vertrag von Ryswijk (1697) schrieb, nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen, die transatlantischen kolonialen Besitzstände fest. Wichtiger Punkt dabei war die Vereinbarung, Piraterie als Mittel der politischen Auseinandersezung zu verbieten. Die aufstrebenden Mächte wie England und Frankreich gewannen zudem immer mehr Interesse an der Region. Der Handel mit Tabak, Zucker, Kaffee, Kakao und Baumwolle wurde zunehmend wichtiger. Nachdem die Freibeuter zunächst nur teilweise funktionalisiert worden waren, wurden die, die sich nicht als Siedler an festen Orten niederlassen wollten, kriminalisiert. Dem Arbeitsethos der Reformierten und Calvinisten war die verkonsumierende Lebensweise, die als maßlose Faulheit und Sünde eingestuft wurde, ein Greuel. Kolonialverwaltungen spannten, bei zunehmender Militarisierung und Zentralisierung, ein immer engeres Netz über die Inseln der Karibik. Aber nicht nur verwaltungs -und militärtechnische Maßnahmen engten den Lebensraum der

hungen zur indianischen Bevölkerung waren unter Androhung der Todesstrafe verboten. Die drastischen Gesetzesmaßnahmen erklären sich auch vor der Tatsache, daß viele Siedlungen von den offiziellen Behörden verlassen vorgefunden wurden, ohne daß es Anzeichen für eine gewaltsame Vertreibung oder Ähnliches gegeben hätte. Sie liefen schlicht zu den Indianern über. Es spricht einiges für die These, nach denen die überall errichteten militärischen Stützpunkte (Forts) nicht nur der Abwehr der „grausamen Wilden" dienten, sondern die Aufgabe hatten, die ersten Kolonialisten in Schach zu halten (vgl. Bardelle 1989, S.129).

Bardelle geht noch einen Schritt weiter: Für ihn gab es zeitweilig im 17. Jahrhundert in den englischen Kolonien Amerikas eine Synthese zwischen indianischen und europäischen Kulturen, die allerdings nichts mit der heute aufgesetzten spanischen Regierungspropaganda (Begegnung zweier Welten) zu tun hat. Sie bergen ein Stück Utopie; „die autonome Reproduktion auf der Basis nicht paternalistischer, nicht zentralistischer Organisationsstrukturen sozialen Seins außerhalb der von Merkantilisten favorisierten, propagierten und erzwungenen Modi der in eine hierarchische Ausbeutung eingebetteten, seßhaften agrikolen und manufakturellen Arbeit und des tauschwertorientierten Handels" (ebd. S. 132).

Hier wird die „black box" eurozentristischer Selbsdarstellung von vielen Historikern überdeutlich, die in Amerika immer noch die riesige Region sehen, in der aufgeräumt und angepackt werden mußte, um für die Europäer akzeptable Lebensbedingungen zu schaffen.

Die Freibeuter

Der Mythos der „Seeräuber" geistert in verschiedenen Formen durch die Köpfe und die offizielle Geschichtsschreibung. Entweder als edler Ritter der Meere (z.B. Mr. Flynn als roter Korsar) oder als verwegener blutrünstiger Geselle. Meist werden auch in der aufgeklärten Geschichtsschreibung immer wieder die gleichen „Ausnahmekämpfer" ausgegraben, die als willkommenes Stilmittel benutzt werden, um ein leichtes Grausen zu erzeugen. So z.B. Henry Morgan, der im Auftrag der englischen Krone von Jamaica aus die Spanier bekämpfte. „Der Seeräuberkönig brachte die größte Freibeuterflotte zusammen, die jemals die Meere heimgesucht und beunruhigt hat. Es waren 40 Schiffe aller Art. Mehr als 2000 der kühnsten, blutdürstigsten und verwegensten Seeräuber strömten herbei und folgten Morgans Admiralflagge. Sie waren von dem tödlichsten Haß gegen die spanische Herrschaft erfüllt. Am 24. 10. 1670 begann Morgan mit seinen Operationen..." (Schubert 1978).



Zeitgenössische Darstellung der autonomen Gesellschaften

Freibeuter ein. Die Plantagenwirtschaft, meist als großflächige Monokultur betrieben, hatte einschneidende Auswirkungen. Die tropische Vegetation wurde planmäßig vernichtet. Immer mehr Lebensmittel mußten importiert werden. Unter diesen Bedingungen wurde Seeraub zwangsweise zur einzigen Möglichkeit, der merkantilen Maschine zu entgehen. Die verbleibenden Reste der Freibeuter zogen sich aufs offene Meer zurück, wo ihnen zur Sicherung ihrer Existenz nur die Kaperei blieb (vgl. Bardelle 1986 S. 121) Damit hatte die bürgerliche Öffentlichkeit ihr Feindbild, das bis heute nachwirkt.

Sklaven im Widerstand

Millionen von AfrikanerInnen wurden aus ihren Verhältnissen gerissen und vom 15. Jahrhundert bis Ende des 19. Jahrhunderts als Gegenstände behandelt und gedemütigt. Trotzdem, jene die ankamen, und das waren oft weniger als die Hälfte, hatten ihre Identität noch nicht vergessen. Das war die Grundlage für Revolten und Formen verschiedensten Widerstands, die es immer während der Sklaverei und auch danach gegeben hat. Die Geschichte ist hier eine "Geschichte ohne Zeugen„ (Glissant 1986, S. 130). Auf den kleineren Inseln hatten die Aufstände längerfristig keine Chance, da das Hinterland fehlte. Auf größeren Inseln wie Jamaica oder auch in großflächigen Staaten wie Brasilien oder Kolumbien gelang es dagegen sogar über Generationen hinweg autonome Gesellschaften zu errichten, in denen ehemalige Sklaven lebten.

Quilombos hießen sie in Brasilien, Maroons auf Jamaica. Einige existierten nur wenige Monate und wurden dann von Strafexpeditionen zusammengeschossen oder von Kampfhunden zerfleischt. Andere hielten sich trotz militärischem Druck über Jahre. Grundlage des wirtschaftlichen Lebens in unzugänglichen Regionen war die Subsistenzwirtschaft. Plünderungen von Kolonialsiedlungen war eher die Ausnahme und dienten zur Waffenbeschaffung. In Zeiten, da die Kolonialverwaltungen geschwächt waren, entstand Palmares, die bekannteste Sklavengesellschaft in Brasilien. Der Hintergrund war der für Portugal verlustreiche Krieg gegen die Niederlande (1624-30). Der Zeitpunkt war für viele Sklaven günstig, um von den Plantagen zu fliehen. Nachdem die europäischen Rivalitäten aber beigelegt waren, erschienen für damalige Verhältnisse riesige Armeen. Die ungefähr 20 000 Einwohner von Palmares wurden von 9000 Mann Kolonialtruppen nach langen Kämpfen vernichtet. Das waren fast so viele, wie gegen die Holländer aufgeboten wurden. Der Stachel von Palmares muß tief in der Kolonialverwaltung gesessen haben.

Ein weiteres Beispiel ist das von Palenque. Wieder nutzten die Sklaven eine für sie günstige Situation aus: 1586 belagerte der berühmte Kaperer Francis Drake die Hafenstadt Cartagena im heutigen Kolumbien. Sie war zu diesem Zeitpunkt zentrale Drehscheibe für den Silber und Gold- bzw. Sklavenhandel. Das spanische Militär konnte den Angriff zwar abwehren, war aber über Jahre hinaus geschwächt. Die Sklaven überrumpelten die Spanier, die sich nur am Hafenrand halten konnten. Da tauchten frische Kolonialtruppen auf. Die Aufständischen zogen sich geordnet zurück. Sie durchquerten die Sümpfe des unteren Magdalena und verschanzten sich auf der sich anschließenden Hochebene. Was als Revolte begann, endete in einem Krieg, der sich jahrzehntelang hinzog. In Europa war man fassungslos. Die Niederlage der Kolonialtruppe erwies sich als Katastrophe für die kolonialen Autoritäten. Sie war der Zündfunke für ungezählte anderer Auftände. Der spanische König mußte einer Gesellschaft, in der ehemalige Sklaven lebten eine begrenzte Autonomie zugestehen.

Das gelang auch den Maroons auf Jamaica. Sie gründeten im Inneren von Jamaica in sogenannten „Cockpits" Verteidigungsdörfer. Zwischen 1690 und 1720 hielten sie die damalige Weltmacht England in Atem. Ihre Guerilla-Taktik wurde berühmt, sie waren hervorragende Scharfschützen, die den „Rotröcken" (englische Kolonialtruppen) schwer zusetzten. Der noch heute wirkende Mythos von „Nanny", einer Kämpferin, die die Kugeln aufgefangen haben soll und zurückpustete, unterstreicht die Widerstandskraft dieser Aufständischen. Die englischen Militärs mußten in Verhandlungen eintreten und Maroons, die nach ihrer Auffassung grausame, aber dumme Wilde waren, an ihrem Verhandlungstisch akzeptieren. Die damalige Hegemonialmacht war aber taktisch klug genug, gleichzeitig die ehemaligen Aufständischen an sich zu binden und als Ordnungs- bzw. Hilfstruppen gegen andere Aufständische einzusetzen. Ein Vorgang, der in der Kolonialgeschichte immer wieder traurige Berühmtheit erlangte. Die eigene Identität der ehemaligen Sklaven wurde zunehmend gebrochen. Es blieben bis heute Elemente kulturellen Widerstands, die aber einen wesentlichen Charakterzug des ursprünglichen Selbstverständnisses verloren haben — nämlich eine Lebensweise als bewußte Widerstandsform gegen das die eigene Lebensform zerstörende weiße System (vgl.Hofbauer 1989, S.38). Die Versuche, die zerstörten Identitäten wieder aufzunehmen, zu den Wurzeln zurückzukehren, wie z.B. der „Rasta-Bewegung" in Jamaica oder des „Afro- Quilombismo" in Brasilien spiegeln die Schwierigkeiten wieder. Hier werden sie meist nur über ihre Musikstars, wie Bob Marley oder Gilberto Gil wahrgenommen.

Welchen Stellenwert haben diese anderen Erkenntnisse aus dem 17. Jahrhundert für uns heute in den Metropolen ?

Wachstumstheoretiker mit unterschiedlichstem politischen Hintergrund, sprechen in diesem Zusammenhang gern die Frage des Lebensstandards an. Keine Frage: Ohne die Durchsetzung der modernen Zeitdisziplin gäbe es nicht die innovativen Energien des Industriemenschen mit all



Bilder von Piraten, wie sie ab dem 17. Jh. in Europa verbreitet wurden



seinen positiven Annehmlichkeiten aber auch den bekannten drohenden Gefahren und Zerstörungspotentialen. Der Homo Faber ist zudem ein fester Bestandteil in der Weltwirtschaft. Es gibt kein zurück zur Subsistenzwirtschaft und es ist auch falsch, frühere Lebensgemeinschaften zu idealisieren. Aber diese bekannte Konfliktlinie führt am eigentlichen Kernpunkt vorbei: "Es soll damit nicht gesagt sein, daß ein Lebensstil besser ist als der andere, sondern daß hier ein sehr weitreichender Konflikt aufbricht; daß die Geschichte nicht einfach ein neutraler und unausweichlicher Prozeß des technologischen Wandels ist, sondern auch der Ausbeutung und des Widerstandes gegen Ausbeutung, daß man Werte sowohl verlieren wie gewinnen kann„ (Thompson 1980, S.62).

Immer wieder haben sich Minderheiten gegen die Regimes unterschiedlicher kapitalistischer Formationen aufgelehnt und versucht, eine andere Identität zu finden. Auch heute verbreitet sich offensichtlich ein zunächst diffuses Gefühl aus, aus dem Alltag zu fliehen. Selbst Filmerfolge bauen darauf auf. Im neusten oscarprämierten Filmepos präsentiert Hollywood ein altes Thema in neuer Form: Den Aussteiger. In dem Edelwestern „Der mit dem Wolf tanzt" steht ein frustrierter Bürgerkriegssoldat im Mittelpunkt. Es zieht ihn in den Wilden Westen, solange es den noch gibt, um seine angeknackste Psyche mit Hilfe der Natur und eines Indianerstammes wieder ins Lot zu bringen. Der Film weckt nicht nur zufällig oder wegen der gelungenen Machart Bedürfnisse, die in Fernreisen befriedigt werden sollen. Heute sucht der in Massen auftauchende Tourist als abgeschlaffter Metropolenmensch die letzten „anderen" Kulturen dieser Erde, um aus ihnen Honig saugen zu können („come together"). Auch die boomende Freizeitindustrie weist in diese Richtung. Gigantische Simulations- und Ablenkungsanstrengungen weisen auf ein Kernproblem unserer Gesellschaften.

Wir müssen Formen der Lebenskunst und verlorene soziale Räume wiederfinden, die durch die industrielle Revolution aufgesogen worden sind. Es gilt Erfahrungsmöglichkeiten wiederzuentdecken, "die vergessen waren bevor die Geschichtsschreibung begann„ (Thompson 1980, S.64). Die künstlichen Schranken zwischen Arbeitswelt und Lebenswelt gilt es immer wieder anzugehen.

Georg Lutz

Literatur

Der Artikel leistet, in diesem Rahmen ‚nur eine kurze Beleuchtung der Thematik. Als Anregung zum weiterlesen empfehle ich folgende Bücher/Beiträge: Theoretische Grundlage sind die Thesen des englischen Historiker Eduard P. Thompson, der den Begriff der "Erfahrung„ verstanden als Alltagserfahrung der Menschen, mit den vorgefundenen strukturellen Mechanismen verband.

Frank Bardelle begründet die Thesen, die in diesem Beitrag zu den Freibeutern als "Randgesellschaft„ aufgestellt wurden.

Frank Bardelle (1986): Freibeuter in der karibischen See. Zur Entstehung und gesellschaftlichen Transformation einer historischen „Randbewegung", Münster.

Frank Bardelle (1989): Jenseits des Atlantiks — zur Kritik der eurozentristischen Kultur- und Kolonialgeschichtsschreibung, in Prokla Nr 76, Berlin.

Franz Borkenau (1932): Zur Soziologie des mechanistischen Weltbildes, in Zeitschrift für Sozialforschung, Heft 3, Frankfurt/Main.

Michel Foucault (1978): Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften, Frankfurt/Main.

Eduardo Galeano (1990): Die Erinnerung ist eine Brandstifterin, in Woz Nr.51/52, Zürch

Edouard Glissant (1986): Zersplitterte Welten. Der Diskurs der Antillen, Heidelberg

Frauke Gewecke (1986): Wie die neue Welt in die alte kam, Stuttgart

Andreas Hofbauer (1989): Afro-Brasilien — vom "Quilombo„ zum Quilombismo". Vom Kampf gegen die Sklaverei zur Suche nach einer neuen kulturellen Identität, Frankfurt/Main.

Barbara K. Kopytoff (1976): Jamaican Maroon Political Organization: The Effects of Treaties, in Social and Economic Studies, Univeristy of the West Indies, Jamaica.

Alex Schubert (1978): Panama. Geschichte eines Landes und eines Kanals

Edward P. Thompson (1980): Plebeische Kultur und moralische Ökonomie, Frankfurt.

Jean Ziegler (1980): Afrika: Die neue Kolonisation, Neuwied

Anmerkungen:

1. Selbst in neueren Analysen werden zwar die unterschiedlichen ökonomischen Voraussetzungen der Kolonialisten hervorgehoben, in ihrer Vorstellungswelt waren sie aber danach alle einer Pioniermentalität verhaftet (vgl. Gewekke 1986).

Das neue 'Ley Indigena' der chilenischen Regierung

Chile ist nicht nur ein Land, das aus europäischen Auswanderern besteht, wie Chiles Präsident Aylwin in einer Rede vor dem Europäischen Parlament am 17. April zu vermitteln versuchte, sondern hat auch noch ca. 2 Mio. Menschen indigener Völker, deren größtes die Mapuche[1] sind. Die Mapuche wurden nach 340 Jahren teilweise sehr erfolgreichem Befreiungskampf gegen die Spanier von den Chilenen besiegt, die in den Jahren 1881 den Mapuche 95% ihres Landes nahmen und sie in reducciones, Reservaten ähnliche Gebiete, verbannten. Dort konnten sie nur noch sehr eingeschränkt ihrer traditionellen Art der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung nachgehen. Die Situation der Mapuche verschlechterte sich seither zusehends und mit der Pinochet-Diktatur wurden sie vor die Wahl gestellt, sich entweder total in die chilenische Gesellschaft zu integrieren oder sich im Widerstand zu organisieren. Der Widerstand der Mapuche, die meistens noch auf dem Land wohnten, richtete sich in erster Linie gegen Privatisierungsmaßnahmen wie das Dekret Nummer 2568. Dieses Dekret sieht eine Parzellierung und Überführung des Mapuche-Landes in Privatbesitz vor. »Erbschaften, die sich aus der Teilung der Reservatsländereien ergeben, hören auf, Ländereien der Ureinwohner zu sein. Die Besitzer dieses Landes oder seine Ersteiger sind umgekehrt keine Ureinwohner mehr«. Damit ist das Land der Mapuche-Gemeinschaften verkaufbar, pfändbar und versteigerbar. Mit dem Verlust gemeinschaftlicher Produktionsmöglichkeiten verlieren die Mapuche auch ein wesentliches Stück ihrer Identität. Die Mapuche beschlossen daraufhin 1983, ihren Widerstand auf die Zurückeroberung des Landes zu konzentrieren. Der chilenische Staat antwortete mit brutaler Gewalt auf dieses Projekt. Bei den vorletzten Rückeroberungsaktionen am 12. Oktober 1989 wurden einige hundert Mapuche festgenommen, von denen 42 auf großen internationalen Druck erst nach 7 Monaten Folter und Gefängnis im Mai 1990 freigelassen wurden. Der Widerstand der indigenen Völker und die ihn organisierenden traditionellen Autonomiebewegungen gewann nicht zuletzt wegen des Einsatzes für die Landfragen stark an gesellschaftlicher Relevanz.

Die neue rechtsliberale Regierung Chiles sah sich nun gezwungen, der Autonomiebewegung mit anderen, "rechtsstaatlicheren" Mitteln als zu Zeiten der Diktatur beizukommen. Sie gründete im März 1990 die **CEPI**, **»Comisión Especial de Pueblos Indígenas«** (Spezielle Kommission der eingeborenen Völker), die die Aufgabe hatte, ein neues **»Ley Indígena«**, (Eingeborenengesetz) zu entwerfen. Die **CEPI** setzt sich aus Regierungsbeamten, Beratern, einigen Mapuche und anderen Vertretern der ursprünglichen Völker zusammen. Das Gesetz liegt seit Dezember 1990 als sogenannter "Diskussionsentwurf" vor.

Autonomiebestrebungen via Gesetz verhindern

Aufgabe des Gesetzes ist, das während der Diktatur geschaffene Dekret 2568 in seinem Wirkungsbereich einzuschränken (nicht abzuschaffen!!!) und gleichzeitig indigene Widerstandspotentiale zu kanalisieren und damit zu brechen. Das neue »Ley Indígena« will andere Regelungen treffen, die das Dekret 2568 für die indigenen Völker Chiles z.T. aufhebt. Neben den Landrechtsfragen greift das neue »Ley Indigena« auch noch in eine Vielzahl anderer Lebensbereiche der autochthonen Bevölkerung ein, z.B. in die Kultur, Erziehung und Bildung.

Sowohl in der Einleitung als auch bei einigen im Gesetz selbst angesprochenen Punkten macht es auf den ersten Blick einen sehr progressiven Eindruck. So wird in der Einleitung von den Fehlern der vergangenen Eingeborenengesetze gesprochen, die eine Assimilierung in die chilenische Gesellschaft versucht haben und damit zum Verlust der Identität der ursprünglichen Bevölkerung beigetragen haben. Die alten Gesetze bezogen sich auf »Ländereien der Eingeborenen«, wonach nur diejenigen Personen zur autochthonen Bevölkerung gezählt wurden, die auch auf diesen Ländereien gelebt haben. Das neue »Ley Indigena«, so steht es in der Einleitung, hat zum Ziel, die Verschiedenheit der vorhandenen Kulturen in der chilenischen Gesellschaft anzuerkennen und zu fördern: "Der eigene Charakter der indigenen Völker wird deshalb anerkannt und der Rechtsanspruch darauf, bei ihrer Entwicklung nach ihren eigenen Kriterien, Kultur und Gebräuchen unterstützt zu werden."[2] Zu den Indígenas können sich alle Mitglieder der indigenen Völker zählen, egal, ob sie auf »Ländereien der Eingeborenen« oder in den Städten wohnen. Das Gesetz will für die in der chilenischen Gesellschaft diskriminierten Bevölkerungsgruppen eine reale Gleichheit erreichen. Dies soll mit dem Instrument der »positiven Diskriminierung« erreicht werden, das die Andersartigkeit der verschiedenen Bevölkerungsgruppen berücksichtigen, akzeptieren und schützen will. Im Punkt sechs der Einleitung wird sogar von der Anerkennung des Rechts auf Autonomie gesprochen, was sich im weiteren Text allerdings nicht niederschlägt.

CONADI - Handlanger staatlicher Interessen

Die Gedanken und Ziele, wie sie in der Einleitung des Diskussionsentwurfs zum neuen »Ley Indígena« formuliert wurden, fanden leider nur zu einem kleinen Teil Eingang in die konkrete Ausformulierung des Gesetzes. Dies liegt zum größten Teil in der administrativen Organisation begründet. Alle strittigen Fragen sollen durch eine eigens dafür geschaffene Behörde geregelt werden. Im siebenten der neun Kapitel des Gesetzes wird die für indigene Fragen zuständige Behörde beschrieben. Die **CONADI, Corporación Nacional de Desarrollo Indígena** (Nationale Körperschaft zur EingeboreneneEntwicklung), soll als Organisation des öffentlichen Rechts unabhängig vom Staat, aber mit dem Staatspräsidenten verbunden, dezentralisiert und mit eigenem Etat ausgestattet, gegründet werden. Sie soll aus einem Rat bestehen, der je zur Hälfte aus Vertretern der Legislative, Exekutive und Judikative sowie Vertretern indigener Völker des Landes zusammengesetzt sein soll. Die **CONADI** wird sicherlich

dann zu entscheiden haben, welche Vertreter von welchen indigenen Organisationen in der **CONADI** als vertretungsberechtigt angesehen werden. Es ist davon auszugehen, daß in der **CONADI** nur den staatlichen Vertretern genehme Indígenas sitzen werden, was sich auch schon bei der Vorstellung des Gesetzes durch Aylwin und vier seiner wichtigsten Minister Ende Januar 1991 gezeigt hat, als die **CEPI**, die das Gesetz vorbereitet und dazu zu einem Treffen *nach Temuco* eingeladen hatte, alle Vertreter der traditionellen, vom Staat nicht anerkannten Autonomiebewegungen nicht berücksichtigte. Die Kompetenzen der **CONADI** reichen von der Bestimmung, welche Gemeinschaft in das "Eingeborenenregister" aufgenommen werden über die Entscheidung, welche Ländereien der autochthonen Bevölkerung gehören und was damit dann geschieht, bis hin zu kulturellen Fragen, beispielsweise dem Aufbau eines "Eingeborenen-Archivs", in dem die Geschichte der ursprünglichen Völker Chiles festgehalten werden soll, Vermarktungshilfen für Kunsthandwerk der Indígenas oder die Ernennung indigener Richter... Diese Liste ließe sich noch beliebig fortführen, **CONADI** greift in beinahe jeden Lebensbereich regelnd ein.

Der Entscheidungsspielraum der **CONADI** ist, abgesehen davon, daß sich die **CONADI** immer mit dem Staat absprechen muß, enorm. Den um Autonomie und Selbstbestimmung kämpfenden Völkern Chiles bleibt kaum noch eine Möglichkeit, ihre Geschicke selbst, ohne die **CONADI**, in die Hand zu nehmen. Dies ist wahrscheinlich der erste Versuch in der Geschichte Chiles, eine Autonomiebewegung nicht mit den üblichen, brutalen Maßnahmen einer Counterinsurgency-Politik zu bekämpfen, sondern mit betont progressiven, aber gleichzeitig technokratischen Gesetzen, die in alle Bereiche der von der Autonomiebewegung angesprochenen Themen eingreifen. Der Autonomiebewegung bleibt kaum eine Möglichkeit, ihre Projekte durchzusetzen. Dazu gehört z.B. das 1983 begonnene Projekt zur Zurückeroberung des das Mapuche geraubten Landes. Jetzt können sie nur noch Land dazugewinnen, wenn es vom Staat durch den in der **CONADI** verwalteten Fonds zur Ethno-Förderung gekauft wird.

Der Gegenentwurf der Autonomiebewegung

Aus einer Vielzahl von Gründen haben sich die Führer der traditionellen Autonomiebewegungen, die Lonkos (weltliche Führer) und die Machis (geistig-spirituelle Führerinnen) vom 18. bis 21. März 1991 versammelt, um einen Gegenentwurf zum »Ley Indígena« zu diskutieren[3]. Wichtigste Punkte waren auch hier die Landrechtsfragen. Die Mapuche gehen dabei von den ihnen durch die Kolonisation zugefügten Ungerechtigkeiten aus und sehen sowohl aus ihrer Geschichte als auch aus ihrer heutigen ökonomischen und sozialen Situation heraus (80% leben unter dem Existenzminimum!) die Notwendigkeit, ihre Situation strukturell zu verbessern.

"Die Rückeroberung des Landes wird in ein politisches Projekt der Autonomie und Selbstbestimmung der Nation der Mapuche eingebettet sein, welches der chilenische Staat anerkennen muß." Die Forderungen der Mapuche gehen wesentlich weiter als im »Ley Indígena« formuliert: Sie wollen, wie bereits am 6. Januar 1641[4] geschehen, als Nation anerkannt werden. Die Rückeroberung der Territorien der Mapuche soll als rechtens akzeptiert werden, da dies die einzige Möglichkeit für die Mapuche ist, wieder genügend Land zu erhalten, auf dem ein Leben als Mapuche möglich ist. Die Natur ist nach kapitalistischer Logik ein ausbeutbarer Produktionsfaktor. Die traditionelle Wirtschaftsweise der Mapuche aber ist eine extensive Form der Bewirtschaftung des Landes, die nur mit genügend Land möglich ist. Diese ökologische Form der Bewirtschaftung liegt im holistischen Weltbild der Mapuche (Mapuche = Menschen der Erde) begründet, die die Natur (Mapu Ñuke = Mutter Erde) als Partner im Leben begreifen. Die durch das Dekret 2568 gemachten Privatisierungen von Gemeinschaftsland sollen rückgängig gemacht werden. Sie fordern die absolute Kontrolle über die Ressourcen ihres Landes, was für die europäischen Großgrundbesitzer, z.B. die "Colonia Dignidad" und andere Latifundisten sowie für die transnationalen Konzerne das Aus im Mapuche-Gebiet bedeuten würde. Die Mapuche fordern dies aber nicht nur für die Ländereien, sondern, ihrem Kosmos entsprechend, auch für Luft, Flüsse, Seen und Meer. Die indigenen Völker Chiles leben an der mehrere tausend Kilometer langen Küste auch vom Fischfang. Heute kann es sich kaum noch jemand leisten, am Meer oder in den großen Binnenseen fischen zu gehen, da nur noch große, hauptsächlich japanische Konzerne die Fischereikonzessionen erwerben können und damit die alleinigen Ausbeutungsrechte haben.

Auch auf kulturellen Gebieten wird von den Mapuche Souveränität gefordert, weit mehr, als ihnen durch das offizielle »Ley Indígena« zugestanden wird. Dabei wird versucht, die Erde mit dem Respekt zu behandeln, die sie aus der Sicht der Mapuche verdient. Die heiligen Gebiete der Mapuche sollen unter einen besonderen Schutz gestellt werden, Tourismus soll in diesen Gebieten nicht mehr möglich sein oder nur noch in Absprache mit den dort lebenden Gemeinschaften. Die Sprache soll wieder offiziell sein und der Unterricht darf dem der übrigen Chilenen nicht unterlegen sein, was auch eine finanzielle Absicherung des Bildungswesens der Mapuche voraussetzt. Der in zwölf Kapiteln eingeteilte Gegenentwurf zum »Ley Indígena« legt auch großen Wert auf Medizin, Ökologie und die Stellung der Frau in der Mapuche-Gesellschaft. Obwohl der offizielle Gesetzesentwurf zum neuen **»Ley Indígena« als "Diskussionsentwurf"** bezeichnet wurde, kam dennoch kein Dialog zwischen den Parteien zustande. Nachdem Aylwin Ende Januar zusammen mit vier seiner wichtigsten Minister in Temuco, dem Zentrum der Mapuche war, glaubte die Regierung wohl, genug darüber diskutiert zu haben. Auf der Veranstaltung der traditionellen Autonomiebewegung **Aukiñ Wall Mapu Ngulam** vom 18.-21. März 1991, waren bis zu 1.000 Menschen versammelt, um über das Gesetz zu diskutieren. Der dort diskutierte Entwurf ist mittlerweile der Regierung vorgelegt worden. Er hat aber keine Chance, auch nur in Teilen in den **"Diskussionsentwurf"** der Regierung und der **CEPI** aufgenommen zu werden. Es bleibt zu befürchten, daß auch dieser scheinbar so progressive Gesetzesentwurf nur ein weiteres Mittel zur Gängelung und Bevormundung eines Volkes ist, also lediglich ein Machtinstrument, mit dem die ideologische Kolonisierung am Ende des 20. Jahrhunderts fortgeführt werden soll.

Andreas Wenzel

Anmerkungen:

1. Mapuche/Mapuce: Die Mapuche sind die größte Bevölkerungsgruppe Chiles. Ihr zeitweise äußerst erfolgreicher Befreiungskampf gegen die spanischen und später gegen die chilenischen Invasoren dauerte 340 Jahre lang. Sie teilen sich in verschiedene Untergruppen auf: Die Pewen (Menschen der Anden/Pewence-Wälder), die Lafkenche (Menschen vom Meer/der Küste), die Nagche (Menschen vom Tiefland), die Wenteche (Menschen der Ebene) und die Williche (Menschen des Südens). Die anderen, zahlenmäßig kleineren indigenen Völker Chiles sind die Rapa Nui von den Osterinseln, Aymara, Atacamarische Völker, Kawashkar und Alacalufes.
In Mapudugun, der Sprache der Mapuche, bedeutet Mapuche/Mapuce: Menschen der Erde. Die Schreibweise differiert je nach verwendetem Alphabet — das spanische mit ch, das Mapudugun-Alphabet nur mit c.

2. Punkt drei der Einleitung. Das neue »Ley Indígena« wurden von Iván Fey komplett übersetzt und kann demnächst über das Mapuce-Informationszentrum e. V., Habsburger Str. 9, 7800 Freiburg, in deutsch bezogen werden.

3. Der Gegenentwurf wurde vom 18. bis 21. März 1991 besprochen und wurde von Ewald Seiler übersetzt. Er kann demnächst über das Mapuce-Informationszentrum bezogen werden.

4. Im "Vertrag von Quillen" wurden die Mapuche mit ihrem im Norden durch den Fluß Bio-Bio begrenzten Territorium nach 91 Jahren Krieg gegen die Spanier von diesen als eigenständige Nation anerkannt, da sie militärisch nicht durch die Spanier zu besiegen waren. Dies war das einzige Mal, daß die spanische Krone ein Volk als Nation anerkannte.

Stoppt den Rüstungsexport

Februar/März 1991: Patriotsystem und U-Boote an Israel, Panzerabwehrwaffen für Indien, Militärlastwagen an Pakistan. Betrachtet man die Rüstungsexporte der Bundesregierung, erweisen sich ihre vorgeschlagenen „Gesetzesverschärfungen" als Makulatur.

Statt immer wieder Gesetze auf dem Papier zu „verschärfen", sollte die Bundesregierung aus ihrer großzügigen Genehmigungspraxis der letzten Jahre die Konsequenzen ziehen und die verantwortlichen Minister sowie deren Verwaltungsbeamte umgehend auswechseln.

Bislang zumindest fehlte es in der Frage des Rüstungsexportes nicht an „scharfen" Gesetzen sondern am politischen Willen der Bundesregierung, solche Exporte mit Hilfe des vorhandenen gesetzlichen Instrumentariums zu begrenzen. Das will die Bundesregierung nach der heftigen Kritik der letzten Zeit vergessen machen, und sie geht mit Möllemann in die Offensive.

Das Strickmuster ist bekannt: Als Reaktion auf die Kritik an bundesdeutschen Rüstungsexporten setzen die Koalition von CDU/CSU/FDP sowie die SPD wie immer auf eine „Verschärfung" der Gesetzgebung. Stoßrichtung: Die illegalen Exporte. So steht es auch im Möllemann-Entwurf: „Es liegt vielmehr in unser aller Interesse, daß möglichst schnell auch die letzten Schlupflöcher für illegale Exporte geschlossen werden...." (Erklärung des Bundesministers für Wirtschaft vom 23.1.91).

Die zur Zeit geführte Diskussion geht am Kern des Problems vorbei. Sie lenkt von der Tatsache ab, daß die überwältigende Mehrheit der Rüstungsexporte von den Bundesministerien oder vom Bundessicherheitsrat abgesegnet worden ist. 1988 zum Beispiel erteilten die zuständigen Regierungsbehörden Genehmigungen für Rüstungsexporte in 145 Länder. Die Bundesregierung gibt sogar zu, Rüstungsgüter im Wert von mehr als 1 Mrd. DM zwischen 1982 und 1989 in den Irak geliefert zu haben. Noch 1989 erhielt der Irak Chemikalien aus der Bundesrepublik, deren Export genehmigt wurde. (vgl. Anfrage der GRÜNEN 23.11.90) Die vollständigen Rüstungslieferungen an den Irak sind natürlich mit diesen offiziellen Zahlen nicht erfaßt.

Was hilft eine „schärfere" Gesetzgebung gegen illegale Exporte von Tötungsgerät und militärisch nutzbarer Technologie, wenn die Bundesregierung in der Praxis immer wieder großzügige Genehmigungen ausstellt?

Als Anfang der 80er Jahre große Mengen Militärfahrzeuge, Militärgerät und Elektronik nach Iran und Irak über Bremen geliefert wurden, kamen die Anzeigen von RüstungsgegnerInnen gegen die Firmen nicht weit. Die Staatsanwaltschaften stellten die Ermittlungen schnell wieder ein. Zum Beispiel im Fall der Lieferung von Militärelektronik der Firma AEG hieß es: „Die Ermittlungen haben durch eingeholte Auskünfte des Zollfahndungsamtes Bremen ... ergeben, daß die abgefertigten Geräte ... für den Export genehmigt waren". Das Bundeswirtschaftsministerium hatte grünes Licht für diese Lieferung an den kriegführenden Irak gegeben. Sind Rüstungsexporte in den Iran-Irak-Krieg deshalb keine Verbrechen, weil sie mit Genehmigung der Ministerien geliefert werden konnten?

Häufig deckt die Bundesregierung sogar noch das finanzielle Risiko für Rüstungslieferungen ab. Mit solchen Ausfuhrbürgschaften wurden ja zum Beispiel auch die SCUD-B-Raketenmodernisierungen durch die Firma Havert gedeckt.

Nach all den Fakten, die wir und andere in den letzten Jahren und gerade auch in der letzten Zeit immer wieder über die skandalöse Rüstungsexportpraxis der verantwortlichen Regierungen erfahren haben, ist es jetzt nicht angebracht, Zeit und Energie mit der Diskussion um die „Verschärfungen" in der Gesetzgebung zu verschwenden. Wir sollten vielmehr darauf drängen, daß die Bundesregierung die Konsequenzen aus ihren großzügigen Genehmigungen ziehen muß. Die verantwortlichen Minister sollten sofort zum Rücktritt veranlaßt werden, und die Verwaltungsbeamten sollten umgehend ausgewechselt werden.

Die rechtlichen Möglichkeiten zur Einschränkung des Rüstungsexports waren schon immer gegeben vgl. § 6 KWKG (Kriegswaffenkontrollgesetz) und § 7 AWG (Außenwirtschaftsgesetz). Es fehlte am politischen Willen, diese Rüstungsexporte ernsthaft zu begrenzen. Gerade auch Minister Möllemann, der sich in der Vergangenheit wiederholt persönlich für Rüstungsexporte in den Nahen Osten einsetzte, ist ungeeignet, wenn es um eine wirklich restriktiv gehandhabte Rüstungsexportpolitik gehen soll. Wenn eine solche restriktive Praxis vom Wirtschaftsministerium erwartet wird, muß Möllemann umgehend sein Amt niederlegen. Die Bundesregierung fordern wir auf, alle Rüstungsexporte sofort zu stoppen, statt die „Gunst der Stunde" zum verstärkten Export von Kriegsmaterial an Israel und andere arabische Staaten zu nutzen. Auch die Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe an ausländisches Militär und ausländische Polizei muß umgehend gestoppt werden.

Außerdem wird es höchste Zeit, daß die Öffentlichkeit vollen Zugang zu Daten über Exporte nach dem AWG und Genehmigungen nach dem KWKG erhält, so daß sie nicht länger auf zufällige Presseveröffentlichungen angewiesen ist.

Es muß ab sofort damit begonnen werden, Pläne für eine Umstellung der deutschen Rüstungsproduktion zu entwickeln und Konversion in die Tat umzusetzen.

Die Ermittlungen gegen rüstungsexportierende Firmen müssen mit Nachdruck weitergeführt werden und dürfen nicht wie bisher im Sande verlaufen. Es kann nicht angehen, daß couragierte Staatsanwälte, wie im Fall Imhausen geschehen, auf Betreiben von „Oben" strafversetzt werden, wenn ihre Ermittlungen Belastendes über Regierung und Firmen zutage fördern.

Es wird höchste Zeit, daß sich die Bundesregierung zu ihrer politischen Verantwortung bei Rüstungsexporten bekennt und ihre Politik der massiven Genehmigung sofort beendet. Solange der politische Wille zum Stop aller Rüstungsexporte nicht zum offiziellen Bestandteil der bundesdeutschen Innen- und Außenpolitik wird, ist jede Gesetzesverschärfung lediglich Augenwischerei.

BUKO-Koordinationsstelle
„Stoppt den Rüstungsexport"
Buchtstraße 14/15
2800 Bremen 1
Tel.: 04 21/32 60 45

Kaum ist der Krieg vorbei, werden wieder munter Waffen geliefert. Noch unter dem Eindruck des Golfkriegs hatte die CSU im Wirtschaftsausschuß des Bayrischen Landtags am 28. Februar gemeinsam mit SPD, FDP und den Grünen ein umfangreiches Waffengeschäft der Messerschmidt-Bölkow-Blohm-GmbH mit Indien „aufs Schärfste" verurteilt und untersagt. Zwei Wochen danach ist die Scham vorbei. Im Haushaltsausschuß des Landtags korrigieren CSU und FDP den damaligen Beschluß und geben dem Deal grünes Licht. Bei dem Geschäft geht es um eine bereits 1981 mit der französischen „Euromissile" vereinbarten Lieferung von 12.000 Milan-Panzerabwehrraketen. MBB ist mit 50 Prozent an Euromissile beteiligt. Laut MBB sind bereits rund 90 Prozent der Raketen ausgeliefert. Erich Riedl, CSU-Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, hatte den ersten Beschluß seiner Partei als „Panne" bezeichnet, zumal größter MBB-Anteilseigner der Freistaat Bayern ist und Ministerpräsident Streibl im MBB-Aufsichtsrat sitzt. „Die Toten des Golfkriegs sind noch nicht richtig gezählt", schon seien die guten Vorsätze für eine strengere Waffenexportpolitik hinfällig, kritisierten die Grünen das Umfallen von CSU und FDP. Der grüne Abgeordnete Kamm meinte, im Bayrischen Landtag dürfe künftig wieder ungeniert der „Tango Corrupti" getanzt werden.

(taz, 14.3.1991)

In der Fremde verfolgt

Vertreibung von MosambikanerInnen aus der ehemaligen DDR

Durch den Einheitsvertrag sind die Abkommen der DDR mit Vietnam, Mosambik und Angola bezüglich ausländischer ArbeiterInnen formell von der Bundesrepublik übernommen worden. Die reale Situation läßt den Betroffenen nach einer Kündigung jedoch kaum eine andere Möglichkeit als die Heimreise. Rassistische Angriffe gegen Ausländer in der Ex-DDR haben bereits drei Todesopfer gefordert. Von den 60.000 Vietnamesen, die zur Zeit der Währungsunion in der DDR waren, sind noch etwa 5.000 in Deutschland, von den 15.000 Mosambikanern noch 1.000. Das Vorgehen der Betriebe und Behörden nach dem 3. Oktober kam einer Abschiebung gleich. In keinem der Fälle hat die Bundesregierung ihre Versprechungen über unbürokratische Hilfe bei der Wiedereingliederung gehalten.

Der Koordinierungskreis Mosambik hat sich mit einer Protestresolution, die inzwischen von 180 Organisationen aus beiden Teilen Deutschlands unterzeichnet wurde, an die Bundesregierung gewandt. Für den noch verbliebenen Rest der MigrantInnen in der DDR konnten daraufhin einige Verbesserungen erreicht werden.

Wir dokumentieren im folgenden einen Bericht des Koordinierungskreises Mosambik.

Seit 1979 holte die ehemalige DDR-Regierung Menschen aus Vietnam, Mosambik und Angola ins Land, um ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Das ursprünglich formulierte Ziel, diesen ArbeiterInnen eine Grundausbildung zu vermitteln, wurde nie ernsthaft umgesetzt, die Ausbildung beschränkte sich auf eine kurze Anlernphase an einer Maschine.

Wohnen mußten und müssen die MigrantInnen in isolierten, ghettoähnlichen Wohnsiedlungen mit Pförtner (zur Kontrolle von Besuchen). Dort stehen ihnen 5 qm Wohnraum zur Verfügung. Die früher günstigen Mieten sind inzwischen um ein Vielfaches gestiegen.

In den letzten Monaten hat sich die schon immer spürbare Ausländerfeindlichkeit noch deutlich verstärkt, so daß sich viele kaum noch, vor allem nicht nachts, aus ihren Wohnheimen heraustrauen. Auf der Straße besteht für sie die Gefahr, angepöbelt und sogar zusammengeschlagen zu werden. Die Passanten sehen in solchen Situationen oft tatenlos zu.

Trotz allem bedeutete ein solcher Arbeitsplatz - verglichen mit der Situation in den Heimatländern, die zu den ärmsten der Welt gehören - einen höheren Lebensstandard und für viele überhaupt erst das Überleben. Das gilt auch für die daheimgebliebenen Familien, die regelmäßig unterstützt wurden.

Dem Einigungsvertrag zufolge sollen die in den Regierungsabkommen enthaltenen Verpflichtungen der ehemaligen DDR im Wesentlichen auch nach dem 3. Oktober 1990 ihre Gültigkeit behalten. Das Innenministerium spricht sogar von Vertrauensschutz, den die ausländischen VertragsarbeiterInnen genießen sollen. In der Realität sehen "Verpflichtungen" und "Vertrauensschutz" aber dann so aus: Nur wer sich nach einer Kündigung zur sofortigen Heimreise entschließt, soll durch seinen Betrieb die als Entschädigung und Heimkehrhilfe gedachten Leistungen erhalten (Zahlung der Flugkosten, mindestens dreimal 70 % des Netto-Durchschnittslohns und zusätzlich 3.000 DM). Für zahlungsunfähige Betriebe springt auf Antrag der Bundeshaushalt ein. Wer gekündigt wurde, aber noch bis zum Ende der persönlichen Vertragsdauer in der BRD bleiben möchte, erhält keine der o.g. Leistungen, außerdem (bis 1.1.91 s.u.) nur eine Aufenthaltserlaubnis für das Gebiet der ehemaligen DDR und eine "allgemeine Arbeitserlaubnis", die es ungemein schwer, wenn nicht unmöglich macht, eine Arbeitsstelle zu finden. Aber diejenigen, die sich zur sofortigen Heimkehr entschließen, erwartet eine höchst ungewisse Zukunft in ihren Heimatländern. Das gilt insbesondere für die, denen hier nur geringe Möglichkeiten zur Qualifizierung geboten wurden. Und das sind die weitaus meisten.

Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (MWZ) in der DDR hatte noch vor der Vereinigung mit Wissen der Bundesregierung 1.500 Ausbildungsplätze in Deutschland und Reintegrationshilfen in Mosambik in Aussicht gestellt. Umgesetzt wurde davon so gut wie nichts. Auch das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) hat Hilfeleistungen versprochen. Seit Monaten wird geplant, aber geholfen wird nicht.

Auch die 29,5 Millionen DM aus den Sozialabgaben der MosambikanerInnen, die für deren Reintegration und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Mosambik verwendet werden sollten, wurden bisher nicht zurückerstattet. Es wurden im Gegenteil von diesen Geldern noch drei Mio. DM für Schuldendienste abgezogen, die Mosambik an die DDR hätte leisten müssen. Das in Mosambik zuständige Arbeitsministerium zeigt sich der Menge der Heimkehrenden nicht gewachsen. Deshalb wurde in Machava, einem Vorort von Maputo, ein Lager eingerichtet, in dem zunächst alle Heimkehrenden für mindestens zwei Wochen untergebracht werden.

In dieser Zeit sollen die 60 % bzw. 40 % des Lohnes ausgezahlt werden, die von den Betrieben in der DDR abgezogen wurden und direkt an den mosambikanischen Staat gingen. Auch hier erleben die ArbeiterInnen eine herbe Enttäuschung. Das angesparte Geld wird nur sehr zögernd und dann auch noch mit dubiosen Abzügen und ohne Inflationsausgleich ausgezahlt. Das hat zur Folge, daß z.B. ein Arbeiter, dem nach fünfjähriger Arbeit in der DDR rund 24.000 DM zustehen, umgerechnet nur 2.000 DM erhält. Häufig muß von diesem Geld noch

Zoll für die Auslösung der Container bezahlt werden. Das übrige Geld reicht dann oft nicht einmal für den Flug in die Heimatprovinz. Bereits im September 1990 war das Lager vollkommen überfüllt, bei Unterkunft und Versorgung fehlte es selbst am Nötigsten. Viele müssen Monate in diesem Lager verbringen, während sie auf eine Möglichkeit warten, in ihre Heimatprovinz und zu ihren Familien weiterzureisen.

Auch hier zeichnet sich die Bundesregierung durch Nichtstun aus. So hat z.B. der mosambikanische Arbeitsminister die Bundesregierung um Unterstützung mit dringend notwendigen Hilfsgütern (Dekken, Bettgestelle, einem LKW zum Transport) ersucht. Er hat nicht einmal eine Antwort erhalten.

In der BRD werden selbst minimale Ansprüche nicht erfüllt. So erlauben sich viele Betriebe Unkorrektheiten bis hin zu handfesten Betrügereien. Den Gekündigten wird z.B. gesagt, das ihnen zustehende Geld würden sie erst am Tag ihrer Heimreise auf dem Flugplatz erhalten. Am Reisetag werden diese Zusagen dann aber bestritten, so daß den Gekündigten nur die Möglichkeit bleibt, ohne Geld abzureisen oder zu bleiben und dafür auf ihr bereits in Containern untergebrachtes Gepäck zu verzichten. Andere Betriebe benutzen nicht einmal eine derartige Hinhaltetaktik. Sie bestreiten den Betroffenen gegenüber deren Rechte und zahlen einfach nicht. Rechtswidrig sind auch die Charterflüge der Betriebe, die statt nach Mosambik nach Südafrika, Malawi, Tansania, Zimbabwe oder Kenia gehen.

In einem Fall erhielten die in Johannesburg Gelandeten kein Visum zur Weiterreise, mußten über Kenia zurück nach London und wurden von dort mit einem Charterflug der Bundesregierung nach Maputo geflogen.

Bei der Verfolgung derartiger Verstöße der Betriebe gegen geltendes Recht zeigten sich die zuständigen Behörden bisher mehr als passiv.

Ein weiteres großes Problem der ausländischen VertragsarbeiterInnen ist ihre schlechte Informationslage. Selbst der Koordinierungskreis Mosambik hatte große Schwierigkeiten bei der Informationsbeschaffung: Wir erhielten Falschinformationen, fanden kaum kompetente bzw. auskunftsbereite Gesprächspartner in den Ministerien, es dauerte Wochen, bis wir offizielle Informationen in schriftlicher Form erhielten, wir bekamen keinen Termin beim Innenministerium usw.

Um die Betroffenen direkt mit Informationen zu versorgen, entstand die Idee einer Rundreise zur Rechtsberatung in der ehemaligen DDR.

Anmerkung: 1) Bis 1989 wurden generell 60 % des Lohns einbehalten, danach sollten freiwillig 40 % abgeführt werden, viele beklagen sich jedoch darüber, daß sie von der mosambikischen Regierung unter Druck gesetzt wurden, das Geld abzuführen.

Mosambik-Rundbrief Nr. 22, Jan. 91

Der Koordinierungskreis Mosambik (KKM) hat sich mit einer Protestresolution, die inzwischen von 180 Organisationen aus beiden Teilen Deutschlands unterzeichnet wurde, an die Bundesregierung gewandt. Für den noch verbliebenen Rest der MigrantInnen in der DDR konnten daraufhin einige Verbesserungen erreicht werden:

* Arbeitslose haben ab 1.1.91 eine Aufenthaltsgenehmigung für das gesamte jetzige Bundesgebiet.
* Auch eine Arbeitserlaubnis gibt es jetzt für das gesamte Bundesgebiet. Die Regelung zur Nachrangigkeit (nach Deutschen und EG-Ausländern) wurde aufgehoben.
* Auf Antrag erhalten diejenigen, die schon acht Jahre und länger in Deutschland sind, ein dauerhaftes Bleiberecht (Aufenthaltsberechtigung)
* Seit einem Informationsrundschreiben des Bundesministeriums für Arbeit und einer dreiwöchigen Informationsrundreise von zwei MitarbeiterInnen des KKM werden die finanziellen Ansprüche von Seiten der Betriebe in der Regel erfüllt.

Die Aufhebung der rechtlich fragwürdigen Beschränkungen der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen auf das Gebiet der Ex-DDR gibt jetzt die Möglichkeit, den Hiergebliebenen noch wirksamer zu helfen.

Die Ausländerbehörden in der Ex-DDR drohen allerdings in letzter Zeit den Vertragsarbeitern die Abschiebung an, wenn sie bis zum 30.6.1991 nicht Wohnung und Arbeitsplatz nachweisen können. Dieses Vorgehen widerspricht den Bestimmungen des Einheitsvertrages, wonach sie ein Bleiberecht bis zum Ende der individuellen Vertragsdauer, in vielen Fällen bis 1994, haben: Bitte fordert das Bundesinnenministerium in Protestbriefen auf, diese Praktiken der Ausländerbehörden abzustellen.

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble
Graurheindorfer Str. 198, 53 Bonn 1

Fast alle haben bereits oder werden in absehbarer Zeit Arbeit und Wohnung verlieren. Aussicht auf Neueinstellung gibt es in der Ex-DDR nicht. Für die Betroffenen ist es ausgesprochen schwierig, eine überregionale Wohn- und Arbeitssuche selbst zu organisieren. Ohne Unterstützung bleibt auch ihnen nur die Möglichkeit der Rückkehr.

Der KKM hat sich in Einzelfällen um die Vermittlung von Kontakten bemüht, unsere Kapazitäten sind aber sehr eingeschränkt. Deshalb bittet der Koordinierungskreis Mosambik um tatkräftige Unterstützung:

Gibt es in Eurer Region Möglichkeiten zur Vermittlung von

* betrieblichen oder überbetrieblichen Ausbildungsstellen?
* vom Arbeitsamt finanzierten Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen?
* Arbeitsstellen für Fachkräfte, die bereits in der Ex-DDR eine Ausbildung zum Elektriker, Kfz-Schlosser, Textilfacharbeiter/in, Fleischer/in, Drucker und anderen handwerklichen Berufen gemacht haben?

Wenn Ihr selbst keine Kontakte zu Ausbildungsstellen oder Betrieben habt: Könnt Ihr Euch mit Stellen in Verbindung setzen, die in diesem Zusammenhang und besonders auch bei der Wohnungssuche Unterstützung leisten können?

Folgende Institutionen sind zur Vermittlung und Unterstützung bereit. Bitte nehmt direkt Kontakt mit ihnen auf.

Beratungszentrum für
ausländische Mitbürgerinnen
Neue Bahnhofstr. 19
O-1035 Berlin

Büro für
Ausländerangelegenheiten
Klosterstr. 47
O-1040 Berlin

Ausländerbeauftragte
der Stadt Dresden
Frau M. Schieferdecker-Adolph
Dr.-Külz-Ring 19
O-8010 Dresden

Ausländerbeauftragter
der Stadt Chemnitz
Andreas Ehrlich
Weststr. 65
O-9005 Chemnitz

Stadt Leipzig
z. Hd. Stojan Gugutschkow
Neues Rathaus
O-8010 Leipzig

Dritte-Welt-Zentrum
Industriestr. 42 O-7031 Leipzig

Bei weiteren Fragen könnt Ihr Euch gern auch an den Koordinierungskreis Mosambik e.V. (KKM) wenden:
Klasingstr. 17, W-4800 Bielefeld 1,
Tel. 0521/65943

Ein Staudamm gegen das Volk

Umweltschützer wehren sich gegen Großprojekt im Himalaya

Am 22. Juli 1990 genehmigte das indische Ministerium für Umwelt und Forsten den Weiterbau des umstrittenen, von der Sowjetunion finanziell geförderten Tehri-Staudammprojektes im Himalaya. Die indische Regierung hofft, daß mit diesem Projekt die Energiekrise des Bundesstaates Mayda Pradesh gelöst werden kann. Gegner des Staudamms bezweifeln dies und warnen vor einer ökologischen Katastrophe.



Demonstration gegen den Staudamm in den Straßen von Tehri-Town. Foto: Sahe Ryphema

Der Tehri-Damm im Bundesstaat Uttar Pradesh gehört in die lange Reihe aufgesetzter und menschenverachtender Großprojekte, die große Gewinne für die Erbauer und größte Belastungen für die Betroffenen und die Umwelt bringen. Seit Jahrzehnten in der Planung entstammt er noch der Zeit der großen Fortschrittseuphorie, als große Staudämme mit dem Nimbus der "ökonomischen und sozialen Wohltat" geschmückt waren: vermeintlich billiger Strom für die Industrie, Bewässerungsanlagen für die Landwirtschaft.

Obwohl inzwischen viele Experten von diesem Entwicklungswahn abgerückt sind, gibt es noch genügend Machtcliquen, die an der Großmannssucht festhalten und aus Habgier ihr eigenes Land zerstören. Dazu zählen nach Angaben der indischen Kritiker des Tehri-Projektes die Befürworter des Staudamms: "Voller Stolz treiben unsere Technokraten und Politiker den Bau des 260 m hohen Damms voran, geleitet von der Gier nach Ruhm, Macht und Geld, aber ohne jede Rücksichtnahme auf Mensch und Umwelt. Als einziges Ziel haben sie ein Wasserkraftwerk vor Augen, das 2400 Megawatt Strom produzieren soll - zugunsten der Zentren in der Gangesebene." Dafür müssen 43 Dörfer völlig, 69 teilweise und die Stadt Tehri in den Fluten verschwinden. 100.000 Menschen, die nicht wissen, wohin sie im dichtbevölkerten Indien gehen sollen, verlieren ihr - unersetzliches - Land und ihre Heimat. Von einer angemessenen Entschädigung können sie nur träumen. Sie klagen: "Als Opfer der sogenannten Entwicklung werden wir zu Flüchtlingen im eigenen Land gemacht, zu 'Entwicklungsflüchtlingen'. Wie sollen wir ohne eigenes Ackerland überleben?"

Die Kritiker sind sich einig: Im Namen des Fortschritts werden gesetzliche Auflagen mit Füßen getreten, Folgewirkungen nicht untersucht, Katastrophenpläne, Sicherheitsanalysen, Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen gar nicht erst erstellt. Die beschönigende, korrupte Finanzierungspolitik sei unrealistisch und haarsträubend.

Zweifelhafter ökonomischer Wert

Die Planung des Tehri-Staudammes reicht zurück bis in die sechziger Jahre. Ursprünglich sollte er 200 Millionen DM kosten und 600 Megawatt Strom erzeugen. Heute sind 2400 MW geplant, die Kosten auf 3,5 Milliarden DM gestiegen, wovon die sowjetische Seite die Hälfte tragen soll. Um den zweifelhaften ökonomischen Wert des gigantischen Projekts und die geschönten Daten (hohe Gewinnaussichten; niedrige Kosten) aufzudecken, stellten Wissenschaftler eine detaillierte Kosten-Nutzen-Rechnung auf. Die Mißwirtschaft wird schon allein aus der Tatsache deutlich, daß bis 1990 das Doppelte des ursprünglich veranschlagten Budgets ausgegeben worden war, ohne daß mit dem Bau des Staudamms überhaupt begonnen wurde. Ökologische und soziale Kosten, die Technokraten offensichtlich nicht messen wollen, spielen in ihren Berechnungen nur eine geringfügige Rolle.

Mehrere Gutachten kamen zu vernichtenden Ergebnissen und rieten von dem gefährlichen Unternehmen ab, darunter ein Gutachten vom Februar 1990, welches das Umweltministerium in Delhi selbst in Auftrag gegeben hatte. Die Bewohner von Tehri, Umweltschützer und Wissenschaftler fühlten sich verschaukelt, als ausgerechnet das Umweltministerium ein neuerliches Gegengutachten erstellen ließ, das im Juli 1990 grünes Licht für den Damm gab. Bestätigt sah sich die oberste Umweltbehörde, als der höchste Gerichtshof Indiens Ende

1990 eine Petition der Bürgerinitiative aus Tehri abschmetterte, die bereits 1986 eingereicht worden war. Da half es auch nicht mehr, daß ein Wissenschaftler aus dem Kreis der Gegengutachter erklärte, man habe falsche Berechnungen aufgestellt und sich bei der Erdbebenvorhersage geirrt. Neue Untersuchungen seien dringend erforderlich.

Trotzdem wurde zügig mit dem Bau des Damms begonnen, das Baugelände zum Sperrgebiet erklärt und gegen Demonstranten, Blockierer und Umweltschützer bezahlte Schläger angeheuert. Die Behörden übersehen großzügig, daß das Projekt weder vom Kabinett, noch von der Planungskommission, noch vom Finanzministerium freigegeben ist.

Insbesondere aus Gründen der mangelnden Sicherheit, der Umweltzerstörung und einer katastrophalen Finanzierungspolitik fordern die Kritiker die unwiderrufliche Einstellung des Projekts. Betreiber und Politiker weisen dieses Ansinnen jedoch im Hinblick auf die bereits erfolgten hohen Investitionen kategorisch zurück, wobei sie bewußt den Eindruck erwecken, die bereits ausgegebenen 400 Millionen DM seien dann ganz verloren.

Der größte Teil des Geldes wanderte jedoch in Investitionen für Umbauten in Tehri, in Straßen, Wasserröhren und den Schutz des Wassereinzugsgebietes, alles Einrichtungen, die in vorgeschlagenen Alternativprojekten Verwendung finden könnten und nicht verloren wären.

Hält man dagegen am Tehri-Damm fest, werden die Kosten allein wegen der neuen Sicherheitsauflagen astronomische Höhen erreichen.

Erdbebengefahr

Der größte Skandal und die größte Gefahr jedoch ist der Standort des Staudammes. Obwohl selbst die Planer stärkste Erdbeben nicht ausschließen, lehnen sie konkrete Vorschläge für ungefährlichere und angepaßte Alternativen zur Stromgewinnung ab. "Stattdessen setzen sie mutwillig das Leben von Hunderttausenden aufs Spiel", empören sich die Wissenschaftler, mutig genug, eigene frühere Fehleinschätzungen zu revidieren. "Uns sind nicht einmal Pläne zur Warnung und Evakuierung bekannt, geschweige denn Sicherheitsvorsorgen und Untersuchungen, wie die Katastrophe nach einem Dammbruch aussehen könnte".



Kunst gegen das Staudammprojekt.
Foto: Sahe Ryphema

Ein solches Szenario haben sie nun selbst entwickelt. Sie schätzen, daß nach dem von allen Seismologen vorhergesagten Erdbeben der Mindeststärke acht auf der Richterskala der Damm wie ein Spielzeug zerbricht. Innerhalb von einer Stunde dürfte der See, der an seiner höchsten Stelle 1.000 m ü.d.M. liegt, geleert sein. Über 30 m hohe Flutwellen werden alle Orte, Tempel, heilige Stätten, Straßen, Brücken und Produktionsstätten niederreißen. Hunderttausende verlieren ihr Leben, unzähliges Vieh kommt in den Fluten um, kostbares Ackerland geht verloren. Der Sachschaden wird in die Milliarden gehen. Spätestens nach zwei Stunden werden die Wassermassen die rund 150 km entfernten Städte Rishikesh (30.000 Einwohner, 335 m ü.d.M.) und Hardwar (100.000 Einwohner) erreichen, wo sich immer besonders viele Pilger aufhalten. Zu bestimmten religiösen Festen können das vier Millionen sein. Die Flut dürfte selbst noch in der Gangesebene größte Schäden anrichten und bis Delhi zu spüren sein.

Daß dieses Katastrophenbild nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigen frühere Dammbrüche. Als Beispiel sei der Machhu-Staudamm im Bundesstaat Gujerat genannt, der 1979 brach und dessen Flutwellen innerhalb von neun Minuten Tausende töteten.

Die Gegner des Tehri-Staudammes, darunter Sunderlal Bahuguna, Wortführer der weltbekannten Umweltschutzbewegung Chipko, fordern alle Industrienationen auf, zerstörerische Projekte wie den Tehri-Damm nicht mehr zu finanzieren. Die Sowjets werden inständig gebeten, sich aus dem Tehri-Projekt zurückzuziehen.

In der jüngsten Zeit erhielten die Staudammgegner Schützenhilfe von dem sowjetischen Seismologen Prof. Keilis Borok. Er erkannte Ende 1990 die "erschreckende Wichtigkeit" dieser Angelegenheit und bestätigte die Befürchtungen der indischen Kritiker: "Der Standort des Dammes ist definitiv sehr gefährlich und es gibt viel zu wenig detaillierte Informationen. Die Untersuchungen müssen unter Berücksichtigung der neuesten Forschungsergebnisse unbedingt wiederholt werden. Wahrscheinlich werden die Ergebnisse alle geäußerten Befürchtungen bestätigen."

Ludmilla Tüting

Auf einen Blick: Der Tehri-Staudamm

Standort:
Nahe Tehri in Garhwal, der Himalaya-Region des Bundesstaates Uttar Pradesh, im heiligen Quellgebiet des Ganges.
Stromerzeugung:
2.400 Megawatt
Lebensdauer:
Rund 60 Jahre bis zur Versandung
Überflutungsgebiet:
5.200 ha Land, davon 1.600 ha fruchtbarster Ackerboden, 4.705 ha Wald, die Stadt Tehri (12.000 Einwohner), 112 Dörfer
Landwirtschaftliche Bewässerungsfläche:
270.000 ha
Kosten:
3,5 Millarden DM (davon die Hälfte sowjetische Finanzierung)
Staudammgegner:
- Seit 1978 - Tehri Band Virodhi Sangharsh Samiti/TBVSS, Tehri
- Chipko Andolan, Sunderlal Bahuguna, Adresse: P.O. Serrain via Tehri, PIN 249001, Tehri-Garhwal, U.P., Indien
Literatur zu Staudämmen:
- Peter E. Stüben (Hrsg.): Nach uns die Sintflut, Ökozid-Jahrbuch Nr. 2, Focus-Verlag, Gießen 1986
- D. Goldsmith, N. Hildyard (Ed.): The Social and Environmental Effects of Large Dams:
Vol. 1: Allg. über Staudämme
Vol. 2: Fallstudien
Vol. 3: Bibliographie
Bezug: WEC Book Service, Worthywale Manner, Camelford, Cornwall TL32 9TT, England. Pro Band 30 Brit. Pfund.

Apartheid am Ende? — Boykott am Ende?

„Lest Ihr denn keine Zeitung? Die Apartheid ist doch abgeschafft." So werden heutzutage Aktivistinnen der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland e.V. beim Straßentheater schon mal angefeindet. Aber auch in den eigenen Reihen taucht immer öfter die Frage auf: „Südafrika-Boykott, bringt das noch was?"

Einen durchschlagenden Erfolg hatten sie nie, und auf einer Popularitätswelle konnten sie bisher auch nicht schwimmen. Deswegen sind sie es gewöhnt, genau hinzusehen und selbst zu urteilen. Die Mauer der Apartheid steht noch. Außer einer vagen Hoffnung auf 'Gespräche' hat sich im Alltag Südafrikas nichts geändert. Als leere Versprechungen erscheinen vielen die Ankündigungen de Klerks vom 2.Februar 1990, die Apartheid-Gesetze abzuschaffen und die politischen Gefangenen freizulassen. Bis heute ist der African National Congreß (ANC) nicht wirklich handlungsfähig, da die meisten politischen Gefangenen noch hinter Gitter sitzen. Und täglich werden ANC-Anhänger neu verhaftet. Von den etwa 40.000 Exil-SüdafrikanerInnen sind erst 400 zurückgekehrt. Die Behörden verlangen (laut Pretoria Minutes Act) genaue Angaben über sämtliche Adressen und Aktivitäten der letzten Jahre (für den Staatssicherheitsdienst) bevor sie die Einreise gewähren. Das hält viele davon ab, Anträge zu stellen.
Bei einer genaueren Betrachtung der Destabilisierungskampagne drängt sich einem der Verdacht auf, daß die Machthaber ein doppeltes Spiel treiben. Einerseits halten sie schöne Reden und Pressekonferenzen über gemeinsame Strände und 'Verhandlungen', andererseits sind zumindest die Minister Vlok (Innere Sicherheit) und Malan (Armee) für die gegenwärtige Terrorwelle mitverantwortlich. Vor allem die Jugend will sich durch dieses 'doppelte Spiel' nicht länger verhöhnen lassen. Je länger sich die Verhandlungen ergebnislos hinziehen, um so schwächer wird die Position der Befreiungsbewegungen. Wird aber der (Sanktions-)Druck vom Ausland beibehalten oder gar verstärkt, dann steht die Regierung im Zugzwang.
Dreizehn Jahre (so lange ist die Südafrika-Boykott-Bewegung in der BRD bereits aktiv) hat man den AktivistInnen einreden wollen, Sanktionen bewirkten wirtschaftlich nichts, könnten vielleicht ein bißchen zur Bewußtseinsbildung beitragen.
Aber de Klerk reist heute um die Welt, um die 'Sanktionsfront' aufzuweichen. Auch bei der Annäherung an die Nachbarstaaten Südafrikas geht es um das Durchbrechen der wirtschaftlichen Isolation. In der Haushaltsrede des südafrikanischen Finanzministers B. du Plessis, Ende März 1991, wurde ebenfalls klar, daß Südafrika mit allen Tricks versucht, aus der internationalen Isolation auszubrechen. In seiner Rede plädierte du Plessis an die BefürworterInnen von Sanktionen, ihre Forderungen zu revidieren. Nach seiner Erfahrung sei es offensichtlich, daß Südafrikas wirtschaftliche Misere zu einem großen Teil den Sanktionen und Deinvestitionen zuzuschreiben sei.
Die Boykottgruppen können ihre langjährige Arbeit als Erfolg werten und sollten weiterhin ihre politische Einflußnahme aufrechterhalten. Denn durch ihren langen Atem der 'Politik der kleinen Schritte' sahen sich westliche Regierungen gezwungen,Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen.
Die Wirksamkeit der 'people's sanctions' (jede Boykotthandlung der KonsumentInnen) ist im Fall Südafrika-Boykott eindeutig. Es hat sich gezeigt, daß die vielen dezentralen Boykottaktionen in die große Politik eingegriffen und Wirkung gezeigt haben. Durch die internationale Zusammenarbeit von UnterstützerInnengruppen konnte eine weltweite Boykottkampagne aufgebaut werden. Die Soldaritätsbewegung sollte deshalb nicht auf halben Wege stehen bleiben, sondern zum Endspurt unter dem Motto 'Kein Geld für Apartheid' ansetzen.
Der Boykott soll erst aufgehoben werden, wenn der Wandlungsprozeß in Südafrika unumkehrbar ist. Als unumkehrbar sieht der Südafrikanische Kirchenrat den Prozeß an, wenn eine verfassungsgebende Versammlung eingerichtet wurde, die Staatsgewalt von den gegenwärtigen Strukturen der Apartheid losgelöst ist, und wenn für die weiße Minderheit keine legale Möglichkeit mehr besteht, den Wandlungsprozeß mit Hilfe der bestehenden, nicht repräsentativen Legislative zu blockieren oder rückgängig zu machen.
Der African National Congreß legte im Februar 1991 einen Drei-Phasen-Plan vor, der darlegt, wie die Erfüllung von ANC-Forderungen mit der schrittweisen Aufhebung von Sanktionen verbunden werden könnte. In der ersten Phase soll für die Aufhebung der Apartheidgesetze und der Sicherheitsmaßnahmen Entgegenkommen bei den weichen Sanktionen (kultureller und Sportboykott) signalisiert werden. Danach würden bei Einführung einer Übergangsregierung weitere Sanktionen fallen. Und das Ende des Boykotts würde in einer dritten Phase eingeläutet, in der die Menschenrechte in Südafrika gesichert wären.

Die bundesdeutsche Boykottbewegung 1990 und 1991

Es lohnt sich, die Arbeit der Südafrika-Boykott-Gruppen in der BRD kurz Revue passieren zu lassen.
Die Freilassung Nelson Mandelas und die Wiederzulassung der schwarzen südafrikanischen Oppositionsgruppen, wozu es in vielen bundesdeutschen Städten spontane Freudendemonstrationen gab, bestimmten 1990 die Aktivitäten der Südafrika-Projektgruppe der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland, einer der aktivsten Boykott-Gruppierungen in der Bundesrepublik. Mit dem Bewußtsein, 'Mandela ist frei, Südafrika noch lange nicht' wurden über das ganze Jahr hinweg Früchteboykottaktionen, mit Schwerpunkt auf der Boykotteröffnung in Mülheim-Ruhr, durchgeführt. Gleichsam lief

die Aktion 'Kein Geld für Apartheid', deren Höhepunkt der Bankenaktionstag zur Jahreshauptversammlung der Dresdner Bank darstellte, bei dem Kritische Aktionäre das Südafrikageschäft der Dresdner Bank hinterfragten und Straßenaktionen stattfanden. Hinzu kam der Shell-Boykott, Demonstrationen gegen die Teilnahme Südafrikas bei deutschen Messen und Initiativen zur Aktion 'Städte gegen Apartheid'. Die vielfältigen Informationsveranstaltungen und Aktionen wurden allerdings nicht mit dem gleichen Schwung wie im Vorjahr durchgeführt. Durch die Medienberichterstattung wurden viele Gruppen und Einzelne darüber verunsichert, inwieweit die Reformen von Präsident de Klerk tatsächlich helfen, die Apartheid zu überwinden und damit Sanktionen hinfällig zu machen. Im Sommer 1990 wurde auf dem Ratschlag in Köln intensiv über die Situation in Südafrika und die sich wandelnde Rolle der Südafrika-Solidaritätsgruppen diskutiert. Die Solidaritätsgruppen lenkten aber auch einen großen Teil ihrer Energie auf die Wiedervereinigung Ost- und Westdeutschlands. Diese Entwicklung führte unter anderem dazu, daß bereits bestehende Kontakte zwischen Personen und Gruppen in den alten und neuen Bundesländern nun offen aufgenommen werden konnten. So geschehen vor allem auf dem ersten gemeinsamen Treffen von Ost- und West-Anti-Apartheid Gruppen im Herbst 1990 in Berlin, bei dem ein erster Austausch über die bisherige Arbeit, über Interessen und Ziele stattfand, ohne gemeinsame Handlungsansätze und Perspektiven zu erzwingen.

Die Südafrika-Projektgruppe der Evangelischen Frauenarbeit ist entschlossen, solange am Früchteboykott festzuhalten, bis vom Südafrikanischen Kirchenrat ein eindeutiges Zeichen zur Beendigung von Sanktionen kommt. Beim nächsten Seminar der Südafrika Projektgruppe vom 3.-5.Mai 1991 werden Perspektiven der Weiterarbeit nach Beendigung des Boykotts diskutiert, die auch über die Südafrika-Solidaritätsarbeit hinausgehen können: Unterstützung von Selbsthilfegruppen in Südafrika; 'Politik mit dem Einkaufskorb', bewußtes Einkaufen und Konsumieren von Waren aus 3. Welt-Ländern; gerechtes Wirtschaften und verantwortliches, ethisches Investieren; Hinterfragen des deutschen und internationalen Finanzwesens und die Auswirkungen auf die Nord-Süd- Beziehungen.

Erfolge und Mißerfolge in der Schweiz

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schweiz mit Südafrika hat 1990 in bestimmten Bereichen zugenommen. Die Verlagerung der Geschäftstätigkeit des Diamantenkonzerns De Beers von Südafrika nach Luzern war ein schwerer Schlag für die Boykottbewegung. Die ausstehenden Schulden Südafrikas in Schweizer Franken sind zwischen März 1989 und März 1990 um eine Milliarde Franken (etwa 1,2 Mrd.DM) gestiegen. Auch wurde das Apartheidregime durch den regen Goldhandel, durch Kredite von Großbanken und durch die Lieferung von Öl und Waffen von Schweizer Firmen weiterhin stark unterstützt. Die Schweizer Regierung weigert sich immer noch, Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen.

Diese Tatsachen deuten keineswegs auf eine erfolgreiche Boykottarbeit hin.

Die Arbeit der schweizerischen Boykottaktiven muß aber auch aus einem anderen Blickwinkel betrachtet werden. Meinungsumfragen belegen, daß die schweizerische Öffentlichkeit Sanktionsmaßnahmen gegen Südafrika befürwortet. Die Boykottaktivitäten haben im letzten Jahr zugenommen und eine neue Qualität erreicht. Schwerpunkte lagen in den Juni-Boykottwochen, die von 36 Gemeinden mit unterschiedlichen Protestaktionen getragen wurden. In Luzern versuchen etliche Gruppen, den Umzug De Beers' in die Schweiz zu verhindern. Die neu gegründete 'Nachrichtenstelle Südliches Afrika' (NaSA) setzte durch ihre Medienarbeit einen Gegenpol zur rassistischen Berichterstattung in der bürgerlichen Presse. Während des de-Klerk-Besuches in der Schweiz wurde die Öffentlichkeit von Anti-Apartheid-Gruppen aufgefordert, keine Waren aus Südafrika zu kaufen. Es wurden Protestaktionen vor den größten Lebenmittelverteilern 'Migros' und 'Coop' organisiert. Die 'Migros-Zentrale' reagierte höchst empfindlich und wies alle Regionallager an, sämtliche südafrikanischen Produkte falsch zu deklarieren.

Die Bankenkampagne 'Kein Geld für Apartheid' sammelte etwa 8.500 Unterschriften von Personen und Organisationen, die erklärten, kein Konto bei Großbanken zu eröffnen. Weitere 3.500 kündigten ihr Konto und andere zahlten keine Rechnungen auf Großbanken ein. Die Boykottquote liegt aber wesentlich höher, da nicht alle Kontoauflösungen gemeldet wurden. Ein Höhepunkt der Bankenkampagne, die von allen Gewerkschaften und Linksparteien, von Jugendverbänden, KirchenvertreterInnen, nichtstaatlichen Entwicklungshilfeorganisationen und Anti-Apartheidorganisationen unterstützt wurde, war der Jugendplakatwettbewerb 'Nicht mit meinem Geld'. Jugendliche warben mit Plakaten für den Großbankenboykott. Die später folgende Wanderausstellung wurde viermal in Schulen und LehrerInnenseminaren wegen der politischen Aussage verboten.

Der Druck gegen die Großbanken war jedoch nicht so groß, daß sie sich aus dem Südafrikageschäft zurückziehen mußten. Die Schweizer Großbanken leiden aber zur Zeit unter starkem Imageverlust. Das Ansehen der Banken ist sowohl wegen der Verwaltung von Flucht-, Drogen- und anderer krimineller Gelder als auch wegen des Südafrikageschäftes stark gesunken. Die Aktion Südafrika-Boykott und die Arbeitsgemeinschaft 'Kein Geld für Apartheid' werden bis zum Ende der Apartheid ökonomischen und politischen Druck gegen Großbanken und Großverteiler ausüben. In Planung sind die traditionellen Soweto-Boykottwochen im Juni 1991 (9.-16.6). Zur Zeit wird weiterhin die Wanderausstellung der Öffentlichkeit präsentiert, eine Postkartenaktion an die NationalrätInnen (ParlamentarierInnen) ist geplant und in Luzern wird die Thematik 'Frauen und Schmuck' bearbeitet. Das Motto der Schweizer Boykottbewegung ist kurz- bis mittelfristig klar. 'Endspurt — Kein Geld für Apartheid'.

Marie Dilger / Rosmarie Bolte
Evangelische Frauenarbeit in Dtl.
Urs Egger
Aktion Südafrika Boykott
Deutsch-schweizerische Koordination

Halbherzige Altlasten sanierung

Was für die Entwicklungstheoretiker gilt, das gilt auch für die Marxisten. Man befindet sich in einem Zustand des Katzenjammers. Viele der marxistischen Theorieansätze können die aktuellen Entwicklungen des kapitalistischen Weltsystems nicht erklären. Auch der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus hat die marxistischen Theoretiker überrascht.

Auf einer Arbeitstagung in Frankfurt am 22. und 23.2.1991 wollten einige linke Theoretiker die neue Lage im 'postsozialistischen Kapitalismus' (Heinz Jung) diskutieren. Zu dem Thema 'Kapitalismuskritik heute' hatten die Zeitschriften 'Sozialismus' (Hamburg) und 'Z' (Zeitschrift für marxistische Erneuerung in Frankfurt) und das IMSF (Institut für Marxistische Studien und Forschungen/Frankfurt) eingeladen.

Wer nun erwartet hatte, man würde endlich die Schwächen der eigenen Theorien aufarbeiten, sah sich getäuscht. Denn wenn von "wir müssen unsere Analysen überprüfen" die Rede war, meinte man vor allem die Analysen der linken Andersdenkenden: Joachim Bischoff ('Sozialismus') als Vertreter der Fordismus-Fraktion kritisierte die Stamokap-Theorie (Staatsmonopolistischer Kapitalismus - auch SMK genannt). Heinz Jung ('Z') als Vertreter der Stamokap-Fraktion kritisierte die Fordismus-Theorie. Einzig Georg Fülberth (PDS) versuchte sich in bitterer Selbstkritik: "Nach dem Untergang der eigenen Welt (des realen Sozialismus, d.V.) steht man wie ein gescheiterter Sünder da".

In einem Arbeitsgang versuchte man, den Charakter der jetzigen Gesellschaftsformation zu fassen. Bischoff vertrat die Ansicht, man befinde sich in der Periode des Postfordismus. Diese sei gekennzeichnet durch verschärften Wettbewerb und zunehmende Internationalisierung der Arbeitsteilung. Jung hingegen meinte, man sei in ein neues Stadium des Monopolkapitalismus eingetreten. Es sei geprägt durch die Veränderungen der Eigentumsverhältnisse und die zunehmende Politisierung der Produktivkraftentwicklung. Fülberth trieb das Spiel auf die Spitze: "Wir befinden uns im Moment in der fünften Periode und dem zweiten Intervall des Kapitalismus". Mit dieser These zog er sich Kritik von allen Seiten zu. Es gebe keine scharf getrennten Perioden (Bischoff). Selbst von der als klassisch erachteten Periode von 1871 bis 1914, wo man sich lange Zeit einig war, wisse man heute, daß die Einordnung falsch gewesen sei. Statt neue Theorien vom "faulenden oder absterbenden Kapitalismus" zu konstruieren, solle man lieber die potentiellen Entwicklungsfähigkeiten des Kapitalismus untersuchen.

Um die Regulierung des Systems ging es in der nächsten Diskussionsrunde. Jörg Goldberg (IMSF) betonte das erfolgreiche Krisenmanagement des Kapitalismus. In der Marktwirtschaft als sich selbst regulierendem System der Produktion und Reproduktion würden zyklisch die schlechten Strukturen zerstört. Die Destruktivität des Kapitals steige dabei zwar, aber sie führe - im Gegensatz zur Annahme der Marx'schen Zusammenbruchstheorie - nicht zum Niedergang des Systems. Die Krisen könnten durch politische Lenkung abgemildert werden. Es müsse also darum gehen, die Möglichkeiten für die politische Steuerung des Kapitalismus auszuloten und zu nutzen. Goldberg betonte: "Die Marktwirtschaft ist die beste aller wirklichen, aber nicht aller möglichen Welten".

Auf die veränderte internationale Situation ging Frank Deppe (Universität Marburg) ein. Die Verflechtung zwischen den Industrieländern habe, im Gegensatz zu den Annahmen der Imperialismustheorien, zugenommen. Die Peripherie habe hierbei an Bedeutung verloren und sei zwangsabgekoppelt worden.

Nach dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus werde sich der Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Staaten verschärfen. Das gemeinschaftsstiftende Feindbild sei weggefallen und die Hegemonie der USA durch ihre wirtschaftliche Schwäche gefährdet.

Die Imperialismustheorien könnten diese neue Situation nicht erklären und müßten überarbeitet werden.

Dieter Boris (ebenfalls Universität Marburg) wies auf die zunehmende Differenzierung in der Dritten Welt hin. In einigen wenigen Fällen sei eine 'nachholende Entwicklung in Abhängigkeit' nach dem Vorbild der südostasiatischen Schwellenländer möglich (damit seien die Dependenztheorien widerlegt). Aber viele Länder, z.B. in Afrika, würden wohl zu "internationalen Sozialfällen" werden. Außerdem sei die ökologische Grenze des Wachstums zu berücksichtigen. Die ökologische Situation sei schon heute in der Dritten Welt schlechter als allgemein angenommen werde.

Sonderlich tiefgehend wurde an diesem Wochenende nicht diskutiert. Dazu hatte man sich zuviel vorgenommen. Viele Themen wurden nur angerissen - wie z.B. Ökologie und Demokratie. Die Geschlechterfrage fiel sogar ganz unter den Tisch, weil die Referentin kurzfristig abgesagt hatte.

Diese Arbeitstagung war ein halbherziger Versuch, die eigenen theoretischen Altlasten zu sanieren. Die Linke muß auf die verschärfte Modernisierung des 'postsozialistischen Kapitalismus' eine Antwort finden, will sie nicht das von Georg Fülberth prognostizierte Schicksal erleiden: "In den imperialistischen Zentren verschwindet die Linke - demnächst auch in Deutschland".

hb

Ökologische Zerstörung in Afrika und alternative Strategien

Afrika leidet an einem ganzen Komplex von Problemfragen in Wirtschaft, Umwelt, in Fragen des Friedens und der Sicherheit, der Ernährung, Gesundheit und Bildung. Die Situation wird durch mittelmäßige und autokratische Führung, riesige Auslandsschulden und Programme zur Restrukturierung verschärft. Die Umweltprobleme Afrikas können nicht von Umweltschützern allein gelöst werden, so kompetent sie und so gut ihre Absicht auch sein mögen, denn die Probleme sind in hohem Maße auch politisch, gesellschaftlich und kulturell." (Mohamed Suliman, zitiert nach Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung 8-9/ 1990).

Das komplexe Geflecht politischer,ökonomischer und kultureller Zusammenhänge zu entwirren, das nicht nur in Afrika zur Zerstörung des ökologischen Gleichgewichtes führt, und gleichzeitig alternative Entwicklungsstrategien aufzuzeigen, war die Aufgabe, die sich die TeilnehmerInnen der vom **Informationszentrum Afrika** organisierten Tagung vom **7.-9. März in Bremen** gestellt hatten.

Der ökologische Ist-Zustand in Afrika wurde in zehn Arbeitsgruppen von der unseligen Rolle der Giftmüllexporteure aus den Industrieländern, über die schon weitgehend vollendete Zerstörung der Regenwälder Westafrikas, die Probleme der Verstädterung und Ausbreitung der Wüsten, bis hin zur Verantwortung des Tourismus und der Entwicklungshilfepolitik der BRD für ökologische Zerstörungen, bemerkenswert detailliert analysiert.

Erfreulicherweise wurden die zentralen Referate vor dem Plenum vorwiegend von afrikanischen Wissenschaftlern gehalten.

Mohamed Suliman vom Institute for African Alternatives in London machte in seinem Eingangsreferat deutlich, daß die weit verbreitete Erklärung der Umweltzerstörung aus der Unwissenheit der Menschen heraus viel zu kurz greift.

Gerade die afrikanischen Kulturen haben über Jahrhunderte hinweg ein ausgeprägtes Gefühl für die Erhaltung ihrer natürlichen Umwelt entwickelt. Das Wissen der indigenen Bevölkerung über "ihr" Ökosystem war und ist in vielen Gebieten nach wie vor enorm. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Durch die Zusammenarbeit mit einem einzigen einheimischen Informanten konnten die Ethno-Botaniker Walker und Sillan 1961 eine Liste von rund 8.000 lokalen Pflanzenarten zusammenstellen.

Umweltzerstörung in Afrika ist nicht Ausdruck der Unwissenheit, sondern Ausdruck der Ausweglosigkeit der Menschen. Wer um sein Überleben und seinen täglichen Nahrungsbedarf kämpfen muß, wird sich schwerlich zu einem schonenden Umgang mit seiner Lebenswelt entschließen können.

Die Wechselbeziehung von sich ausbreitender Verarmung und wachsender Umweltzerstörung gilt es zu durchbrechen. Mohamed Suliman sieht dabei die Handlungsprioritäten auf vier Ebenen:

Ausarbeitung einer ländlichen Entwicklungsstrategie, um die wachsende Ungleichheit zwischen Stadt und Land zu entschärfen; verbesserte Kooperation auf nationaler, regionaler und kontinentaler Ebene; Einbeziehung von traditionellen kulturellen Werten sowie die Beteiligung der betroffenen Menschen an den politischen Entscheidungsprozessen.

Sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene wurden in Afrika vielfältige Umweltschutzaktivitäten entwicklelt, von denen Prof. Clement Dorm-Adzobu von der Universität Accra (Ghana) und Dr. Naomi Kipuri von der Universität Nairobi (Kenia) berichteten. Leider scheiterten diese Pläne vielfach aufgrund des mangelnden Interesses der Regierung, ineffektiver Verwaltungsstrukturen oder schlichten Devisenmangels an ihrer praktischen Implementierung. Häufig wurden erste bescheidene Erfolge durch die katastrophale ökonomische und politische Situation (Auslandsverschuldung und damit zusammenhängender Zwang zur Ausbeutung natürlicher Ressourcen sowie Bürgerkriege) wieder zunichte gemacht.

Ohne eine Phase der wirtschaftlichen Erholung, darüber waren sich die TagungsteilnehmerInnen einig, werden auch künftige Pläne einer umweltverträglichen Entwicklung des afrikanischen Kontinents Makulatur bleiben.

Der Schlüssel zur Lösung der globalen Umweltkrise, dies der Tenor des Vortrages von Hans-Jürgen Harboth, liegt in der Hand der Industrieländer. Das jahrzehntelang verfolgte Konzept der "nachholenden Entwicklung" hat sich selbst überlebt und ist an seine ökologischen Grenzen geraten. Der "oligarchische", d.h. nicht verallgemeinerbare Produktions- und Lebensstandard der Industrieländer müßte in Frage gestellt werden.

"Gesucht wird also ein Entwicklungsmodell, das dem Problem der Überentwicklung (oder Fehlentwicklung) der Industrieländer einerseits und dem der Unterentwicklung anderseits Rechnung trägt und das in dem Sinne auf "Dauerhaftigkeit" abstellt, daß alle heutigen und zukünftigen Menschen einen ausreichenden materiellen Lebensstandard haben können, ohne daß die Tragfähigkeit des Raumschiffs Erde überbeansprucht wird." (Harboth)

Auf der Suche nach neuen Konzepten kommt es zum Konflikt zwischen Vertretern der "ökologischen Modernisierung", die den Konsumstandard der Industrieländer nicht in Frage stellen und die ökologischen Problemstellungen für technisch beherrschbar ansehen, und deren Kritiker, die eine ökologisch verträgliche Entwicklung ohne eine grundlegende Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie eine aktive ökologische Umgestaltung der Industriegesellschaften für möglich halten.

Ist die Hoffnung, die "Wohlstandsoligarchen" seien bereit, an dem status quo rütteln zu lassen, angesichts der Erfahrungen aus zahlreichen gescheiterten Umweltkonferenzen nicht naiv?

Zeigte nicht gerade der Golfkrieg, daß in einer Welt mit immer knapper werdenden Ressourcen brutale Verteilungskämpfe zwischen Nord und Süd zu erwarten sind? Entscheidende Fragen, die auch die Bremer Tagung nicht zu beantworten vermochte.

Aber welche Tagung beantwortet schon mehr Fragen als sie aufwirft?

Die Tagung machte aber deutlich, wie wichtig es für zu erarbeitende Lösungsstrategien sein wird, ökologische, sozioökonomische und entwicklungspolitische Fragestellungen nicht isoliert, sondern unter gegenseitiger Einbeziehung zu diskutieren.

mk

Zu dieser Tagung erscheint im Sommer 1991 ein Reader.

Bezug: Informationszentrum Afrika, Friesenstr. 29, 2800 Bremen

Literatur zwischen Deutschland und der Türkei

Ein Portrait der Schriftstellerin Saliha Scheinhardt

Mit den Autorennamen Gino Chiellino, Franco Biondi, Jusuf Naoum, Rafik Schami oder auch Sinasi Dikmen verbindet sich seit den 70er Jahren eine literarische Bewegung, die unter der Bezeichnung „Gastarbeiterliteratur" bekannt wurde. So einprägsam der Begriff auch war, er schuf Vorurteile und stiftete Verwirrung. Denn es handelte sich weder nur um schreibende Gastarbeiter, noch ausschließlich um Autoren der ehemaligen Anwerbestaaten. In Wirklichkeit war es viel komplizierter oder - je nach Sicht der Dinge - einfacher: Es hatte sich herausgestellt, daß in der Bundesrepublik Ausländer und Ausländerinnen verschiedenster Nationalität eine Literatur in deutscher Sprache verfaßten. Und so unterschiedlich ihre Themen auch waren, sie hatten einen gemeinsamen Bezugspunkt, ihre Migration in die Bundesrepublik Deutschland. Da es ein ungeschriebenes Gesetz im Literaturbetrieb ist, jeder Literatur einen Platz zuzuweisen, bürgerte sich - der Not gehorchend - der schlichte Tatbestand als Begriff ein. Als „ausländische Autoren und Autorinnen deutscher Sprache" werden sie nun bezeichnet, und unter ihnen findet sich auch die türkische Schriftstellerin Saliha Scheinhardt.

In Zeiten multikultureller Euphorie, die allzu oft an der folkloristischen Oberfläche hängenbleibt, erzählt Saliha Scheinhardt von den Schattenseiten türkischer Frauenschicksale zwischen deutscher und türkischer Kultur. Seit 1983 hat die Autorin fünf Bücher vorgelegt. Ihrem ersten Buch „Frauen, die sterben, ohne daß die gelebt hätten" folgten 1984 „Drei Zypressen" und 1985 „Und die Frauen weinten Blut". Mit Ausnahme der anatolischen Kindheitserinnerungen von 1987 „Träne für Träne werde ich heimzahlen" und der 1988 erschienenen Erzählung „Von der Erde bis zum Himmel Liebe" beschäftigen sich ihre Bücher mit einer Frage: Was sind das für Frauen, die seit Anfang der 60er Jahre ihre Männer nach Deutschland ziehen lassen für ein vermeintliches finanzielles Glück, zum Preis familärer Zerreißproben oder aber - falls sie mitgehen - unter Inkaufnahme gesellschaftlicher Isolierung oder dem Zwang zur Anpassung. Was zunächst als soziologisches Interesse anmutet, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als ein Versuch, über die Annäherung an andere Frauenschicksale die Bedingungen der eigenen Biographie zu ergründen.

Ebenso wie ihre Heldinnen entstammt Saliha Scheinhardt einem armen Milieu. Geboren 1950 in der anatolischen Provinzstadt Konya wächst sie in bedrückend engen Familienverhältnissen auf. Der Vater bringt die Familie nur mühsam und mit wechselnden Beschäftigungen durch. Die Mutter, religiös stark verwurzelt und Analphabetin, erschwert der jungen Saliha den Schulbesuch. 1967 kommt die 17jährige mit ihrem deutschen Verlobten in die Bundesrepublik und arbeitet zunächst als Näherin in einer Textilfabrik, dann als Kellnerin. Über den zweiten Bildungsweg absolviert sie von 1971 an ein Lehramtsstudium und arbeitet nach ihrem Studienabschluß als Hauptschullehrerin in der Nähe von Bremen. Ende der 70er Jahre kehrt sie mit dem Lehrerberuf den Rükken und promoviert 1982 mit einer Arbeit über „Die religiöse Lage in der Türkei. Perspektiven des islamischen Religionsunterrichts für türkische Kinder in der Diaspora". Kurz darauf folgt die Veröffentlichung von **„Frauen, die sterben, ohne daß sie gelebt hätten"**, einer Erzählung, die auf authentischem Material beruht.

Eine junge Türkin verbüßt in Deutschland eine Gefängnisstrafe, weil sie ihren Mann mit einem Beil erschlagen hat. Nur zögernd durchbrechen ihre Erinnerungen die Dumpfheit des Gefängnislebens: die Kindheit in einem ostanatolischen Dorf und ihre Verheiratung an einen „Deutschlandtürken", ihr jahrelanges Warten auf ihn und schließlich das Leben in Deutschland. Mühevoll versucht sie die stumme Verzweiflung in Worte zu fassen, in die sie ihr Ehemann treibt. Ein Mann, der zwischen türkischen und deutschen Wertvorstellungen die Orientierung verloren hat und an sie entwürdigende Forderungen stellt, die sie nicht erfüllen kann.

Auch in ihrem zweiten Buch spürt die Autorin den Problemen türkischer Frauen im deutschen Alltag nach, allerdings aus einer anderen Perspektive. In dem Erzählband **„Drei Zypressen"** kommen drei junge Türkinnen zu Wort, die in der zweiten Generation den Eltern oder auch nur den Vätern nach Deutschland nachziehen. Sie berichten einerseits von unvorstellbarer sprachlicher und menschlicher Isolierung, eingepfercht in einem Zimmer, dazu verdammt den Haushalt des Vaters zu versorgen. Mit ihrer Integration in die deutsche Umgebung geraten die jungen Frauen andererseits in ein starkes kulturelles Spannungsfeld. Ihre Eltern sind in der Regel in der anatolischen Dorfgemeinschaft aufgewachsen und sehen sich in Deutschland mit städtischen Wertvorstellungen westlicher Prägung konfrontiert. Die Konfrontation wird zur Herausforderung, wenn die Töchter westliche Verhaltensweisen annehmen. In ihrer Lebensweise verunsichert reduzieren die Eltern nun ein altes Traditions- und Wertegeflecht auf einen rigorosen Moralbegriff, dessen Opfer ausschließlich die Töchter sind.

Als Abschluß einer Trilogie möchte Saliha Scheinhardt ihr drittes Buch **„Und die Frauen weinten Blut"** verstanden wissen. Ein halbes Jahr lebte sie in den Gecekondus, den Armenvierteln Ankaras, die für viele anatolische Bauern die letzte Station vor ihrer Arbeitsmigration nach Deutschland sind. Die Autorin begegnet Frauen, die ihre Männer in die Fremde ziehen lassen und sich mit ihren Kindern alleine durchschlagen müssen. Da sind junge und alte Frauen mit großer Lebenskraft, die gelernt haben, den Wechselfällen und



Türkische Frauen auf Lastwagen

Härten des Lebens mit Phantasie und Humor zu begegnen.

Diese Trilogie brachte ihr 1985 einen der lukrativsten deutschen Literaturpreise ein. Zwei Jahre lang wohnte und arbeitete sie als „Schriftstellerin im Bücherturm der Stadt Offenbach", die mit über 20% einen der höchsten Ausländeranteile in bundesdeutschen Städten aufweist. Als Saliha Scheinhardt am 1. November 1985 zur Stadtschreiberin in Offenbach gekürt wurde, waren die Feuilletonisten regionaler und überregionaler Zeitungen und Zeitschriften voll des Lobes. Als „eine Frau zwischen den Kulturen" wurde sie gefeiert. Viel Sympathie wurde ihr entgegengebracht, doch - wie so oft - nach Ende ihrer Amtszeit wurde es wieder still um sie. „Zu recht" mögen sich diejenigen literarischen Puristen denken, die ihre Bücher von Anfang an als „Dokumentationsliteratur" abkanzelten, und ihren Versuch, auch in sprachlicher Hinsicht größtmögliche Authentizität zu bewahren, als literarische Schwäche auslegten. Sie konterte 1987 genauso rigoros: „Für mich hat Literatur eine Aufgabe, sie hat eine Funktion. Hat sie keine, ist sie nicht engagiert genug, dann ist sie für mich überflüssig."

Die türkische Autorin ist eine streitbare Frau, deren erklärtes Ziel ist, „Gegensätze nicht schlichtweg zu harmonisieren, sondern Konflikte aufzuzeigen, Konflikte zu diskutieren". Diese in ihrer ganzen Härte zu dokumentieren, indem die Betroffenen in ihrer Sprache und mit ihren ungeglätteten Gedanken zu Wort kommen, ist eine Möglichkeit engagierten Schreibens. Sie, die jungen und alten, geliebten und gedemütigten, unerfahrenen und weisen Frauen, sprechen durch eine Schriftstellerin, die mehr als bloße Lebensberichte aufschreibt. Saliha Scheinhardt weiß da Bilder zu entwerfen, wo nüchterne Tatbestände vorherrschen, wie die sogenannte „erste Deutschlandwelle", die ganze Dörfer ohne die Männer zurückließ. „Nur wenige Wochen später . . . Sie zogen. Junge Männer und Männer im mittleren Alter, kräftige und weniger kräftige, schmale, dicke schnurrbärtige, blonde und dunkle Männer zogen in eine Richtung. Frauen begleiteten sie im Morgengrauen ein Stück, die Kinder zerrten an den Rockzipfeln ihrer Mütter, ängstlich, unwissend, neugierig. Alte Männer und Frauen brachten ihre Söhne auf den Weg in eine ungewisse Zukunft in der Fremde. Und sie gingen. Auf dem Rückweg zum Dorf trennten sich die alten Männer in Richtung auf das Dorfcafé, und die Frauen setzten sich vor die Häuser." (Drei Zypressen). Sie versteht es, in einfachen und klaren Beschreibungen dem deutschen Leser das dörfliche Leben Anatoliens vor Augen zu führen, ohne eine ländliche Idylle heraufzubeschwören.

Saliha Scheinhardt ist auf Seiten der Frauen. Sie macht aber auch deutlich, daß deren Passivität und das Beharren auf ein traditionelles und religiös geprägtes Rollenverständnis, besonders, wenn türkische und deutsche Kultur aufeinandertreffen, für sie fatal werden können. „fromm sind sie, daraus erwächst ihnen die Kraft zum Überleben, ihre Zufriedenheit ist geradezu beängstigend. Ihre Frömmigkeit hilft ihnen und blendet zugleich, denn ihr Glaube erlaubt nicht, nach den Dingen hinter den Dingen zu fragen. So wird die Knechtschaft angenommen; als Erklärung genügt: „Gott hat es so gewollt" legt sie der jungen Gülnaz K. in „Drei Zypressen" in den Mund. Diese Haltung kann und will die Autorin als moderne Türkin nicht gutheißen, aber sie akzeptiert sie als ein erklärendes Element im Werdegang jeder dieser Frauenfiguren. Es scheint, als habe die türkische Schriftstellerin mit ihrem 1987 erschienenen Buch **„Träne für Träne werden ich heimzahlen"** einen *autobiographischen* Schlußstrich unter das Thema **„Frauen zwischen Deutschland und Türkei"** ziehen wollen. Jedenfalls wendet sie sich in ihrer bislang letzten Erzählung einem gänzlich anderen Thema zu. **„Von der Erde bis zum Himmel Liebe"** enlarvt auf überraschend einfache Weise die Grausamkeit diktatorischer Regime und gedenkt der Opfer staatlichen Terrors in ihrem Heimatland und zugleich überall auf der Welt.

Saliha Scheinhardt ist eine türkische Schriftstellerin deutscher Sprache, die in Gegensätzen denkt und sich nicht scheut, Konflikte in ihrer ganzen Kraßheit darzustellen. Daß sie dabei auch widersprüchliche Gefühle beim deutschen Leser hervorruft, macht sie nicht unsympathischer. In ihren Büchern wird deutlich, wie schwer es ist, einen persönlichen Weg zwischen Tradition und Moderne im Spannungsfeld türkischer und deutscher Kultur zu finden. Das Besondere ihrer Erzählungen ist ihre Fähigkeit zu zeigen, daß die Menschen trotz hoffnungslos erscheinender Lebenssituation ihre Würde nicht verloren haben. Sie zollt ihnen Hochachtung, und das voller Poesie, wenn sie die Alevitin Dilan Baci in ihrem Buch „Und die Frauen weinten Blut" sagen läßt: „Unsere Tugend ist wie die Klarheit und Härte des Glases. Ohne zu brennen in Feuer und Glut, wird die Seele immer im Nebel bleiben. Dein Weg durch den Dunst wird nie ins Licht führen, sondern in Finsternis. Brennst du, so verwandelt sich dein Schmerz - der manchen umkehren ließ, weil er so schwer zu ertragen war - in Glut. Nur so erreichst du das Licht, nur so verwandeln sich die Felsbrocken in Glas."

Eva Sigrist

Bücher von Saliha Scheinhardt:

Frauen, die sterben, ohne daß sie gelebt hätten. EXpress Edition 1983; Neuauflage: Dağyeli Verlag 1990

Drei Zypressen. EXpress Edition 1984; Neuauflage: Dağyeli Verlag 1990

Und die Frauen weinten Blut. EXpress Edition 1985; Neuauflage: Dağyeli Verlag 1990

Träne für Träne werde ich heimzahlen. Rowohlt TB 1987

Von der Erde bis zum Himmel Liebe. Büchergilde Gutenberg 1988; Neuauflage: Rowohlt TB 1990

Aufstand im Hause der Frauen

Als mehrfach Türkeireisende und verheiratet mit einem Türken werde ich häufig gefragt, wie es denn um die Lage der Frauen in der Türkei bestellt sei. Bei der Antwort habe ich mich bisher regelmäßig in Widersprüche verheddert. Der Schleier? - Den hat doch schon Atatürk verboten, heute tragen ihn halt einige Fundamentalistinnen wieder. Berufstätigkeit? - Ja, viele Frauen sind Lohnarbeiterinnen, aber am besten angesehen ist das Hausfrauendasein. Feminismus? - Doch, in den Städten gibt es da einiges... Dagegen auf dem Land, nicht daran zu denken. Aber auch die Dorffrauen haben oft ein starkes Selbstbewußtsein, oder?
So wurden oft mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Auch Filme wie „40 qm Deutschland" oder „Yasemin" tragen hierzulande lediglich zur Bestätigung von Vorurteilen bei, nach dem Motto „die armen türkischen Frauen, da haben wir es doch viel besser". Noch schlimmer die Sonderausgabe der EMMA zum Golf-Krieg (Schlagzeile: „Was Männerwahn anrichtet und wie Frauen dagegen Widerstand leisten"). Für alle, die sich mit solchen Klischees nicht zufriedengeben, gibt es jetzt das vorliegende Buch. Wenn auch der Titel etwas verwirrt (von Aufstand ist nirgendwo die Rede), übertreffen sich die Beiträge gegenseitig an Brisanz und Informationswert.
Die Idee zu dem Buch kam den Herausgeberinnen während eines internationalen Symposiums mit dem Thema "Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen in der Türkei der achtziger Jahre und in der Migration" im April 1989 in Hofgeismar, initiiert von Aylâ Neusel, Frauenforscherin in Kassel. Das Bedürfnis nach einem solchen Dialog, schreibt Neusel im Vorwort, sei bei ihr durch "schmerzliche Erfahrungen mit der praktischen Bildungsarbeit im internationalen Kontext" entstanden. Die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Situation türkischer Frauen sei in der BRD bisher weitgehend ohne Kenntnis der Forschung in der Türkei und ohne Berücksichtigung türkischsprachiger wissenschaftlicher Literatur geschehen.
Entsprechend auffrischend wirkt die gemeinsame These der neuesten Analysen türkischer Frauenforscherinnen: Bei der rasanten sozio-ökonomischen Entwicklung in der Türkei seit den sechziger Jahren seien türkische Frauen eine vorantreibende Kraft und griffen aktiv in diese Entwicklung ein. 16 Beiträge von 17 Forscherinnen, zusammengefaßt in sieben Schwerpunktkomplexen, beleuchten das Thema von allen Seiten, angefangen beim geschichtlichen Hintergrund, über wirtschaftliche, soziale und politische Aspekte bis hin zur medizinischen Seite. Viele der Untersuchungen basieren auf genauen Feldstudien in verschiedensten Teilen der Türkei von Istanbul bis Hakkari, von der Schwarzmeerküste bis zur Ägäis.
Wenn auch alle an der Sammlung beteiligten Verfasserinnen grundsätzlich feministische Standpunkte vertreten, fehlt es dennoch keiner an Einfühlung für die Frauen, mit denen und über die sie ihre Beiträge erarbeitet haben, sogar wenn deren Einstellung in krassem Gegensatz zum Feminismus steht. Besonders deutlich wird dies in der Untersuchung von Feride Acar über Frauen in der islamischen Bewegung: Völlig neutral und ohne ihre Gegenüber von vornherein für dumm zu erklären (wie es leider weithin mit "islamischen" Frauen geschieht, die sich freiwillig bedecken), untersucht die Professorin islamische Frauenzeitschriften und interviewt Studentinnen, die nach den Geboten des Islam leben. Acar findet dabei unter anderem heraus, daß viele junge Mädchen im Islam eine Alternative suchen, weil sie erkannt haben, daß die den Frauen gemachten Versprechungen der offiziellen kemalistitschen Ideologie wie Fortschritt, Gleichberechtigung und Laizismus nie in gesellschaftliche Realität umgesetzt worden sind.
Der Band enthält ausdrücklich keine parteipolitischen Stellungnahmen, denn auch in der Türkei empfinden sich Feministinnen als unabhängig von parteipolitischen Gruppierungen. Und nicht nur dort, sondern auch in vielen anderen Ländern hat speziell das ungelöste Verhältnis zwischen Feministinnen und (vor allem männlichen) Linken zu schmerzlichen Auseinandersetzungen geführt. Mit diesem Loslösungsprozeß befaßt sich Fatmagul Berktay in ihrem Aufsatz "Eine zwanzigjährige Geschichte" als Beitrag zu dem Komplex "Wandel des politischen Anspruchs". Bereits in der Einleitung hatte Şirin Tekeli die These aufgestellt, daß durch die totale Eingliederung politisch aktiver Frauen in "linke Grüppchen" in den 70er Jahren den Türkinnen bezüglich des Frauenbewußtseins "mindestens zehn Jahre verloren" gegangen seien. Nachdem die Frauenbewegung unter linken Männern jahrelang als "bürgerlich-demokratische Bewegung" abgetan wurde, hat sie Anfang der 80er Jahre starken Aufwind bekommen und findet mit ihren Themen vermehrt Zugang in linke Publikationen. Heftig diskutiert wird in diesem Zusammenhang, ob sich die "neuen" Frauenthemen aus Diskussionen in der Linken selbst entwickelt hätten, oder erst nach dem Putsch vom 12. September 1980 durch das völlige Verbot politischer Opposition, wodurch ein Vakuum entstanden sei, das die Frauenbewegung für sich nutzen konnte (letzterer Gedankengang hat einige Antifeministinnen dazu veranlaßt, feministisch aktive Türkinnen als "Septembristinnen" zu beschimpfen). Auf jeden Fall hat die türkische Frauenbewegung in den letzten ca. zehn Jahren einen starken Aufschwung erlebt. Von den seitdem neu entstandenen Zeitschriften und Frauengruppen wird hier unter dem Schwerpunkt "Enttabuisierung des Sexismus" eine Aktionsform beschrieben: Şahika Yüksel stellt die von ihr mitgegründete Solidaritätskampagne "gegen Gewalt an Frauen" vor, die aus einer Protestaktion gegen ein frauenfeindliches Gerichtsurteil im April 1987 entstanden ist.

Hinter der Überschrift "Formen des Widerstandes" dagegen, wobei frau hierzulande am ehesten Demos, Boykotte oder ähnliches assoziiert, verbirgt sich eine ganz andere Betrachtungsweise von Frauenstrategien: Die drei Studien untersuchen Arbeiterinnen in Istanbul, Dorffrauen in der Ägäis und Nomadinnen aus Ostanatolien, "ganz normale" Frauen, die allesamt von Feminismus wahrscheinlich nie etwas gehört haben und die Männerherrschaft nicht bewußt in Frage stellen. Stattdessen wird detailliert beschrieben, wie auch bzw. gerade im Rahmen der patriarchalen Gesellschaftsstrukturen Frauen Wege finden, vorhandene Freiräume bestmöglich auszunutzen und möglicherweise zu erweitern, d.h. was mit Patriarchat bezeichnet wird, erweist ich als viel komplizierter als weithin angenommen.
Die Notwendigkeit, das "klassische Pa-

triarchat" genauer und kritisch unter die Lupe zu nehmen, wird im letzten Teil des Buches thematisiert. Deniz Kandiyoti, Dozentin am Richmond College in London, formuliert grundsätzliche Kritik an den bisher "ausschließlich frauenzentrierten Themenschwerpunkten" der türkischen Frauenforschung. Die durch ihre früheren Publikationen zu den Klassikerinnen des türkischen Feminismus zählende Sozialpsychologin sieht in dieser Vorgehensweise die "Gefahr, in unseren Untersuchungen Institutionen zu vernachlässigen, die Frauen ausdrücklich ausschließen oder marginalisieren (wie die türkische Armee) und die doch maßgeblich für die Konstruktion von Männlichkeit und männlicher Identität verantwortlich sind". Dagegen sei es wichtig, "die gesamte Bandbreite gesellschaftlicher Institutionen" einzuschließen, "die an der Reproduktion geschlechtsspezifischer Hierarchien strukturell, mittelbar und symbolisch beteiligt sind", nicht zuletzt der Staat selbst. Nach einem kurzen geschichtlichen Abriß, in dem sie die Entwicklung der Diskurse zum Thema Frauen und Familie analysiert und dabei die sich verändernden Muster männlicher Dominanz in der türkischen Gesellschaft wiedergibt, wirft sie eine Menge Fragen auf, z.B.: Welche möglichen Zusammenhänge gibt es zwischen Klassen- und Geschlechterregeln? Welche Rolle spielen Macht und Herrschaft für die Reproduktion des Patriarchats, Zwang und Gewalt für die männliche Identität? Ein Themenspektrum für die künftige Frauenforschung.

Daß Kandiyotis Beitrag mit der Überschrift "Zukunftsperspektiven" versehen wurde, macht doch ein wenig nachdenklich. Genügt es denn, das Patriarchat in all seinen Ecken und Winkeln zu erforschen? Ist es nicht genauso wichtig, populäre Aktionsformen zu entwickeln, um die Situation der Frauen nicht nur im Kopf, sondern auch real zu verändern? Dies ist allerdings nicht Ziel des Buches, kann ihm also nicht angelastet werden.

Fest steht, daß diese Sammlung nicht nur für Frauenforscherinnen und Feministinnen eine wertvolle Lektüre darstellt, sondern auch all denen zu empfehlen ist, die privat oder beruflich mit den Betroffenen zu tun haben, oder sich ganz einfach für die Themen "Türkei" und "türkische Frauen" interessieren. **Hildegard Kammer**

AUFSTAND IM HAUSE DER FRAUEN
Frauenforschung aus der Türkei
Aylâ Neusel, Şirin Tekeli, Maral Akkent (Hg.), Orlanda Frauenveralg, Berlin 1991, 336 Seiten, DM 32,-.

kurz geblättert

Kapitalismus, soziale Bewegungen und Gesellschaftsformation in Südkorea von Du-Yul Song. Dieser im August 1990 veröffentlichte Vortrag erläutert und diskutiert die Einschätzungen von koreanischen Linken zum Transformationsprozeß in Südkorea. Die vorherrschenden Paradigmen „Schwellenland", „neokolonialer Staatsmonopolkapitalismus" und „kolonialer Semikapitalismus" werden in ihren grundsätzlichen Einschätzungen vorgestellt und deren Probleme diskutiert. Dabei warnt der Autor vor einer „einseitigen Reduktion mehrerer Bedingungselemente des Kapitalismus in Südkorea" und kritisiert die „ungenügende Einbeziehung bzw. Berücksichtigung der Alltagsempfindung der Südkoreaner". Der Text skizziert vorläufige Überlegungen zu einer ausführlichen Studie über das Thema, die noch in diesem Jahr veröffentlicht werden soll. Script V des Forschungsinstitut Dritte Welt/Industrieländer, Osnabrück. 18 Seiten, DM 4,50. Bezug: Wurf Verlag, Hammer Str. 71, 4400 Münster. In der gleichen Schriftenreihe als Script IV erschien ein Text von der philippinischen Psychologin **Elizabeth P. Marcelino** unter dem Titel **Zum Verständnis der Psychologie des Filipino.** Am Schluß des Beitrages heißt es, daß die Filipino-Psychologie „in der abschließenden Analyse einen wesentlichen Beitrag zu den gerechten und legitimen Bestrebungen der Filipinos, ihre kulturelle, sprachliche und wissenschaftliche Zukunft in eigene Hände zu nehmen" leistet. Das Script wurde gemeinsam vom FDI und der Stiftung für Kinder, Freiburg, herausgegeben. 50 Seiten, DM 7,-. Bezug: obige Adresse.

Ökonomische Grundprobleme des entwickelten Kapitalismus. Steigende Armut und die globale ökologische Krise zeigen, daß auch der Kapitalismus nicht als generelle Lösung bzw. beste aller Lösungen betrachtet werden kann. **Herbert Schui** skizziert in seinem Essay die Probleme und Lösungsperspektiven. Lösungen liegen seines Erachtens in einem „modifizierten Kapitalismus oder in seiner Überwindung". Als Mitglied der „Memorandum-Gruppe", die alljährliche ein alternatives Wirtschaftsgutachten (im Gegensatz zum Bericht der sog. „Fünf Weisen" zur offiziellen bundesdeutschen Wirtschaftspolitik) veröffentlichen, beschreibt Schui die theoretischen Grundlagen für deren Konzept einer alternativen Wirtschaftspolitik in leicht zu lesender Form. Folglich werden die theoretischen Argumente für Lohnerhöhungen und kontrollierte Staatsverschuldung vorgetragen und ein ökologischer Umbau favorisiert. Ein lesenswertes brauchbares Buch. 112 Seiten, DM 14,80. Distel Verlag. Bezug über den Buchhandel.

"Nicht ohne meine Tochter"

Fast jede/r hat schon einmal von diesem Buch gehört. Ob PatienInnen im Krankenhaus oder Mütter auf dem Kinderspielplatz - Betty Mahmoody macht ihren geheimen Siegeszug gegen die iranische Kultur durch bundesdeutsche Gemüter. Jeden Monat erscheint eine weitere Auflage, inzwischen die 35. - da fragt man/frau sich, was es mit diesem Buch auf sich hat, das von jung und alt, Gebildeten und Ungebildeten, hauptsächlich aber von Frauen verschlungen wird.

Zunächst einmal ist es eine spannende Geschichte, die da erzählt wird: eine US-Amerikanerin reist mit ihrer fünfjährigen Tochter und ihrem iranischen Ehemann im August 1984 nach Teheran, um dort während eines 15-tägigen Urlaubs die Verwandten ihres Mannes zu besuchen. Doch einmal im Iran, ist sie in einer Falle: ihr Mann will nicht mehr in die USA zurückkehren und hält sie gefangen. Ihre Erlebnisse in der Isolation, ihre Versuche, mit ihrer Tochter herauszukommen - nach einem Jahr hätte sie ohne die Tochter fahren können -, bis letztendlich nach 1 1/2 Jahren Aufenthalt im Iran ein abenteuerlicher Fluchtplan in die Tat umgesetzt werden kann.

Man könnte dieses Buch als harmlose Unterhaltungsliteratur abtun, wenn nicht Klischees und Vorurteile verbreitet würden, die in der heutigen Zeit, in der ein ausländerfeindliches Klima ohnehin geschürt wird, auf fruchtbaren Boden fielen. Die Geschichte läßt sich nämlich auch so lesen: Die Iraner sind ein stinkendes Volk; sie waschen sich nicht, fallen wie die Tiere über das Essen her (was sie nicht mal gut zubereiten können), lassen ihre Wohnungen verwahrlosen, degenerieren durch Inzucht, schlagen ihre Frauen, sind fanatisch, gewalttätig und dumm, kurzum: unzivilisiert. Nur amerikanisierte Iraner sind gute Iraner.

Hier eine Kostprobe:
"Die Mahlzeit zog sich hin. Während die Erwachsenen weiter Essen in sich hineinschaufelten, wurden die Kinder unruhig. Sie fingen an, sich zu zanken, bewarfen sich gegenseitig mit Essensresten und rannten kreuz und quer über die Sofres (Tuch, das zum Essen auf dem Boden ausgebreitet wird), wobei ihre schmutzigen nackten Füße manchmal in den Schüsseln landeten. Dabei kreischten sie in den höchsten Tönen. Mir fiel auf, daß einige Kinder Geburtsfehler hatten oder an unterschiedlichen Mißbildungen litten. Andere hatten einen seltsam leeren Gesichtsausdruck. Ich fragte mich, ob das, was ich hier sah, die Folgen von Inzucht waren." (S.24/25)

Deutlich wird - für die kritische LeserIn -, daß Frau Mahmoody völlig naiv in den Iran gefahren ist. Sie hat sich niemals vorher mit der fremden Kultur beschäftigt und sieht alles durch die Brille einer hygienebesessenen US-Amerikanerin. Sicherlich mag sie es subjektiv so erlebt haben. Für sie ist der "american way of life" der einzig wahre und vorstellbare gewesen. Die Konfrontation mit dem Andersartigen weckt bei ihr nur Unverständnis. Natürlich ist ihre Gefangenschaft zu verurteilen, aber war sie wirklich nur Opfer? Hätte sie sich nicht früher vertraut machen können mit der Situation im Herkunftsland ihres Mannes? Vielleicht ist dies wenigstens ein positiver Nebeneffekt des Buches, das Betty Mahmoody u.a. als Warnung an mit Männern aus einem anderen Kulturkreis verheiratete Frauen gedacht hat, auf ungestellte Fragen aufmerksam zu machen.

Ein Plädoyer für bikulturelle Partnerschaft schreibt in Erwiderung auf Betty Mahmoody's Buch Mostafa Arki. Der Titel: "Das Andere anders sein lassen". Seiner Meinung nach könnte die bikulturelle Ehe als *"Vorreiterin für ein echtes Miteinander unterschiedlicher Kulturen und Religionen gesehen werden und stellt damit einen wichtigen Faktor innerhalb einer multikulturellen Gesellschaft dar."* (S.15)

Ob er sich hier nicht Illusionen hingibt? Mostafa Arki geht auf die einzelnen von Betty Mahmoody vermittelten Klischees über den Iran ein, um Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten von Betty Mahmoody's Argumentation aufzuzeigen, z.B. zum Thema "Krieg", wo sie zwar den damaligen Golfkrieg als Ergebnis von Fanatismus und einer menschenverachtenden Regierung abtut, aber in keinster Weise die Mitverantwortung der USA durch Waffenexporte und wirtschaftliche Zusammenarbeit reflektiert.

Dem Bild, das Betty Mahmoody subjektiv vom Iran und den IranerInnen gezeichnet hat, setzt Mostafa Arki ein Gegenbild entgegen, ohne jedoch dabei in den Fehler zu verfallen, unkritisch dem Iran der Khomeini-Diktatur zuzustimmen. Er stellt den Einseitigkeiten Fragen entgegen, die zur Reflektion unserer eigenen und der US-amerikanischen Kultur anregen.

G.R.

Betty Mahmoody: Nicht ohne meine Tochter. Bastei Lübbe, Bergisch Gladbach, 35. Auflage Febr. 1991, 538 Seiten, DM 16.80

Mostafa Arki: Das Andere anders sein lassen, Bikulturelle Partnerschaft, Kritische Anmerkungen zu Betty Mahmoody's Buch, Internationales Kulturwerk (Hrsg.), Bahrfeldstr. 1, 3200 Hildesheim, 72 Seiten, DM 7.50

Zeit der Cholera

In Peru gibt es zur Zeit zwei Arten von Cholera: die große Mehrheit der Bevölkerung hat schon seit Monaten "La Colera"- die Wut - über die sie aushungernde Wirtschaftspolitik der Regierung und Anfang 1991 brach zusätzlich "El Colera", die Cholera-Epidemie aus.

Nach letzten Meldungen sind bislang mehr als 150000 Menschen an der Seuche, die sich schon nach Kolumbien auszubreiten beginnt, erkrankt. Die Angaben über die Zahl der Opfer schwanken zwischen 600 und über 2000.

Es wird allgemein angenommen, daß die Epidemie aus Asien eingeschleppt wurde. Sie fand in Peru äußerst günstige Verhältnisse vor: 47% der städtischen Wohnungen haben keine Abwasseranlagen, 49% keine Trinkwasserleitungen. (Auf dem Land sind die Vergleichsdaten 91% bzw. 86%)

In den Slums von Lima wird das Trinkwasser aufgrund fehlerfhafter Leitungen verschmutzt, in den randstädtischen Elendsvierteln steht es bei derzeit 25-28 Grad Celsius tagelang in Wassertonnen herum.

Angesichts derartiger Voraussetzungen war der Ausbruch der Epidemie nur eine Frage der Zeit. Die täglich zur Verfügung stehende Nahrungsmenge reichte einfach nicht mehr, um den Körper gegen Krankheiten jeder Art zu schützen. Die Menschen sterben. Natürlich nicht überall; die Reichenviertel Limas meldeten bislang keinen einzigen Cholerafall.

Aufgrund der rasch eintreffenden Hilfe von Seiten der internationalen Weltgesundheitsbehörde, aber auch der verschreckten Nachbarländer, konnte die Epidemie an der Küste einigermaßen unter Kontrolle gebracht werden. Allein UNICEF richtete in den größeren Städten 8000 Zentren zur Behandlung der lebensgefährlichen Durchfallerkrankung ein. Die Behandlung im Frühstadium ist recht einfach, billig und effektiv. Das Trinken von mehreren Litern Zucker-Salz-Lösung täglich reicht in der Regel aus. Erst im fortgeschrittenen Stadium müssen Antibiotika verabreicht werden. Das Problem ist das saubere Wasser: zehnminütiges Abkochen kostet Kerosinbrennstoff, und der ist teuer geworden.

Schwieriger als an der Küste ist die Situation im Hochland, wo es nur wenige Krankenhäuser und Ärzte gibt, geschweige denn ausreichend Medikamente. Die Regierung ist offensichtlich nicht in der Lage, den zügigen Transport in die Choleragebiete zu organisieren. Ein Arzt im 7 Fahrstunden von Lima entfernten Huarez berichtet, daß er bei 1243 gemeldeten Cholerafällen lediglich Antibiotika für 40 Patienten hat.

Die große und derzeit sehr wahrscheinliche Gefahr ist aber, daß die Cholera wie in Südasien nicht vollständig ausgerottet werden kann und endemisch wird. Endemisch, so wie es die meisten der in Peru grassierenden Armutskrankheiten schon sind: im tropischen Regenwaldgebiet nimmt die Zahl der Gelbfieber- und Malariatoten rapide zu. Ende Februar berichtete der Parlamentsabgeordnete Luis Villasante aus Cuscu von 230 Malariatoten in den Urwaldregionen seines Departments. In Nordperu starben an einem Tag 12 Personen an Tollwut. Bei hunderttausenden herumstreunender Hunde und den hohen Kosten der Tollwutimpfung eine faktisch nicht zu bekämpfende Seuche.

Ganz unerwähnt bleibt in den Meldungen der Nachrichtenagenturen die Tatsache, daß die schon seit Jahren endemische Tuberkulose in den Armutsvierteln täglich mehrere Opfer fordert.

Noch vor drei Jahren wurde der Vergleich Limas mit dem indischen Kalkutta empört zurückgewiesen, heute läßt sich eine Situation millionenfacher Verelendung nicht mehr leugnen.

Alle Armutskrankheiten wurzeln in der katastrophalen wirtschaftlichen Lage. Die wirtschaftliche Entwicklung der Länder Südamerikas ist seit Jahren für die Mehrheit der Bevölkerung rückläufig. Besonders dramatisch ist die Situation in Peru. Dieses Land macht zur Zeit die größte Wirtschaftskrise seiner Geschichte durch. 90% der arbeitsfähigen Stadtbevölkerung sind unterbeschäftigt oder arbeitslos, der Mindestlohn von 130 DM reicht längst nicht mehr aus für den Kauf des sogenannten Überlebenskorbes, der für eine fünfköpfige Familie auf 450 DM veranschlagt wird.

Wenn es auch für diese Krise eine Reihe von internen Ursachen gibt, wie z.B. Korruption, Privilegienwirtschaft der regierenden Eliten und Zentralismus des Staates, so müssen auch die externen Gründe - und damit auch unsere unmittelbare Verantwortung - gesehen werden. Schon seit Jahren war Peru nicht mehr in der Lage, seinen Schuldendienstverpflichtungen nachzukommen. So hatte der vorherige Präsident Alan Garcia Pérez 1985 zum Erstaunen der Weltöffentlichkeit erklärt, daß Peru seinen Schuldendienst auf ein Äquivalent von 10% der Exporterlöse beschränken werde. Wenn es in der Folgezeit auch mehr zahlte, so blieb Peru doch weit hinter seinen Verpflichtungen zurück. Als Folge wurde das Land von externen Finanzquellen ausgeschlossen. Auch die BRD stellte weitgehend die finanzielle Zusammenarbeit mit Peru ein. Interne Faktoren verstärkten zudem die sich allmählich zuspitzende Wirtschaftskrise, die vor allem die Armen besonders hart traf.

Es war das erklärte Ziel des neuen Präsidenten Alberto Fujimori, die internationale Kreditwürdigkeit wiederzuerlangen. Er setzte in einer Schocktherapie einschneidende Wirtschaftsmaßnahmen in Kraft, die alles bisher Erlebte in den Schatten stellten. Es gab von einem Tag auf den anderen unvorstellbare Preiserhöhungen, die Millionen Peruaner weiter in den Strudel des Elends rissen. So wurde z.B. der wirtschaftliche Schlüsselpreis für Benzin über Nacht

Bitte unterstützen Sie die von Elend und Seuchen bedrohten Menschen in Peru

Der Ausbruch der Cholera ist ein weiterer schrecklicher Hinweis für das Ausmaß des in Perú herrschenden Elends. Zu den Tausenden von Toten, die Tuberkulose und verschiedene Darminfektionen jährlich fordern, wird eine bislang unermeßliche Zahl neuer Todesopfer hinzukommen.

Die Informationsstelle Peru e.V. und ihre peruanischen PartnerInnen setzen in dieser Notlage verstärkt auf vorbeugende Maßnahmen. Nicht einmalige Medikamentenhilfe, sondern dauerhafte Verbesserung der Lebensverhältnisse heißt unsere Devise. Die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser, eine effektive Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Ausbau von Volksküchen, die Verbesserung der Basisgesundheitsversorgung und ebenso eine breite Aufklärungs- und Volksbildungsarbeit, all das halten wir angesichts der akuten Not für die vordringlichsten Aufgaben. Nur so kann diese Seuche gestoppt und der Ausbruch weiterer verhindert werden. Die langen Jahre direkter Zusammenarbeit mit den Initiativen des peruanischen Volkes sind unsere Garantie dafür, daß die Spendengelder die betroffenen Menschen in Peru auch tatsächlich erreichen. Wir unterstützen: CEPROC (Zentrum zur Förderung kommunaler Selbsthilfe), Intercentros de Salud (Vereinigung von NGO's im Gesundheitsbereich), die Gesundheitskomitees der Elendsviertel von Lima, insbesondere das Komitee zu Bekämpfung der Cholera in Huaycán.

INFORMATIONSSTELLE
PERU e. V.
AKTION CHOLERA PERU
PGA Köln KONTO: 216401-508 (370 100 50)

um 3000% angehoben, was Signalwirkung auf alle anderen Bereiche der Wirtschaft hatte.
Diese Wirtschaftsmaßnahmen waren als sogenannte Vorleistungen gedacht, um zu einem Übereinkommen mit dem IWF zu gelangen, und damit eine wichtige Voraussetzung für die internationale Kreditwürdigkeit zu schaffen. Nach weiteren peruanischen Wirtschaftsmaßnahmen schien es so, daß Mitte Januar 91 ein entsprechendes Abkommen mit dem IWF unterzeichnet werden könnte.
Eine Unterstützungsgruppe beim IWF, bestehend aus Großbritannien, Kanada, Frankreich, Italien, Japan, den USA und der BRD, sollte Mittel für einen ersten Kredit in Höhe von 800 Millionen US-Dollar bereitstellen. Zu gleicher Zeit sollte für die zweite Jahreshälfte bei Erfüllung bestimmter Auflagen ein Überbrückungskredit von 2,1 Milliarden US-Dollar bereitgestellt werden. Peru mußte sich verpflichten, sofort 510 Millionen Dollar für überfällige Zinsen zu zahlen. Als am 17.1.91 der peruanische Premierminister Juan Carlos Hurtado Miller zur Unterzeichnung entsprechender Vereinbarungen nach New York und Washington reiste, kam es nicht mehr dazu. Mittlerweile hatte der Golfkrieg begonnen!
Die Unterstützungsgruppe, allen voran die USA, waren nicht mehr zu einer Kreditbewilligung bereit. Damit hingen auch die weiteren Vereinbarungen in der Luft. In gleichem Maße wurde ein teilweiser Erlaß der bilateralen Schulden Perus vehement abgelehnt. 800 Millionen Dollar entsprechen etwa der Summe, die der Golfkrieg an einem Tag verschlang. Die dazu notwendigen Gelder stellten die westlichen Industriestaaten sofort zur Verfügung. Wenn es aber wie in diesem Fall um das Überleben von Millionen Menschen in Peru geht, werden keine Konzessionen gemacht.
Was nützen da die gutgemeinten Ratschläge der peruanischen Gesundheitsbehörden, das Trinkwasser abzukochen, wenn nicht einmal der hierzu notwendige Brennstoff bezahlt werden kann. Steigende Armut, um sich greifende Gewalt wird neue Konflikte schaffen und ausbrechen lassen.

Hermann Herf/Albert Recknagel

"Vergangenheitsbewältigung in Namibia" (Nr. 172/91)

Das Problem besteht bei jedem Machtwechsel. Die neuen Herren werden stets darauf bedacht sein, ihre Macht abzusichern, indem sie sich - so oder so - derer entledigen, die der früheren Regierung dienten, und nebenbei werden auch private Rechnungen beglichen. Macht ist die Grundlage des Nationalstaats, seinem Sprachschatz ist das Wort "Vergebung" fremd.
Es ändert sich wenig, wenn ein Herrschaftssystem lediglich gegen ein anderes ausgetauscht wird. Es gibt keinen wirklichen Frieden ohne die Befreiung von jeder Art Herrschaft. Da ist die Klage schon erstaunlich, daß es nicht gelungen sei, die Swapo-Flüchtlinge in das System der Lohnabhängigkeit zu integrieren. Die Arbeiterbewegung hat seit ihren Anfängen die Befreiung aus der "Lohnknechtschaft" für wichtiger gehalten als das Zugeständnis formaler politischer Gleichberechtigung in einer "Demokratie".
Freilich, für Weltbank und IWF (und einige mehr) ist klar, daß allein das Kapital über die Arbeit verfügt und zu verfügen hat, doch wir haben keinen Grund, das gleichsam als Naturgesetz hinzunehmen. Jede Fremdbestimmung ist Machtmißbrach.

Stefan Kafka

Infoladen in Freiburg durchsucht

Am 9. April 1991 untersuchten Beamte von Bundes- und Landeskriminalamt zum zweiten Mal innerhalb von acht Monaten den Infoladen "Subito" in Freiburg.
Als Begründung des Durchsuchungsbeschlusses wurde ein Ermittlungsverfahren gegen "unbekannte Verfasser, Herausgeber, Hersteller und Verbreiter der Druckschrift Ausbruch" genannt. Grundlage der Maßnahme ist der Gesinnungsparagraph 129a. Die "Ausbruch" ist eine Freiburger Zeitung, in der Artikel zum Internationalismus, zu sozialen und politischen Gefangenen, zum Frauenwiderstand, und zu regionalen Diskussionen und Aktivitäten veröffentlicht werden.
"Ausbruch" Nr. 17 hatte eine Erklärung der Revolutionären Zellen zu einem Anschlag auf die Staatskanzlei und das "Ministerium für Arbeit und Soziales" in Düsseldorf (Jan. 1991) abgedruckt. Beide Institutionen sind für die teilweise schon durchgeführten Abschiebungen, die sogenannte Rückführung, von 5000 Romas nach Jugoslawien verantwortlich.
Nutzer und Nutzerinnen des Infoladens "Subito" bezeichneten die Durchsuchung in einer Pressemitteilung als einen weiteren Versuch des Staates und seiner Verfolgungsorgane, linksradikale Kommunikationsstrukturen anzugreifen. Desweiteren richte sich die Kriminalisierung des "Ausbruch" gegen jegliche außerparlamentarische Opposition. Im Infoladen, so versichern die NutzerInnen, werden auch in Zukunft Zeitungen aus der Region, aus anderen Städten, Dokumentationen radikaler Opposition und Widerstand ausliegen.

Freiburger Forum gegen den Krieg

Vom 10.-15. Uni 1991 finden in Freiburg „Workshops", Arbeitsgruppen, Vorträge, Diskussionen und Seminare gegen den Krieg statt. Jedem Wochentag ist ein spezielles Thema gewidmet. Begonnen wird mit „Krieg - heilig, gerecht und unvermeidbar?", am 11. Juni geht's um „Krieg - Schlachtfeld in unseren Köpfen?", am Mittwoch um „Krieg - unser täglich Brot?". Der 13. Juni steht unter dem Motto „Krieg der Völker - Krieg der Wirtschaft?" und zum Abschluß wird über „Widerstand - hilflos im System?" diskutiert.
Nähere Informationen und Anmeldung: MOB c/o ASTA
Bertholdstr. 26
7800 Freiburg
Tel.: 0761/2033782

Pressezensur und Presse-Selbstzensur durchbrechen!

Vor dem Hintergrund der Pressezensur und der Selbstzensur der großen Pressekonzerne und etlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem Golfkrieg, nutzen die verschiedensten Gruppen der Friedensbewegung, Asten der Hochschulen und natürlich auch engagierte Einzelpersonen das relativ neue Medium der Mailbox, um Informationen auszutauschen und Diskussionen zu führen.
In weit über einhundert miteinander vernetzten Mailboxen, die hauptsächlich von Privatpersonen nicht kommerziell im deutschsprachigen Raum betrieben werden, können Informationen der örtlichen Friedensgruppen und überregionalen Organisationen unterschiedlicher Couleure eingegeben werden. Interessierte können - meist zum Telefon-Ortstarif - diese öffentlichen Informationen zu jeder Tages- und Nachtzeit abrufen.
ComLink, der Dachverband im deutschsprachigen Raum der politisch arbeitenden Mailboxen ermöglicht darüber hinaus den Informationsaustausch mit Friedensgruppen in allen Teilen der Erde. Durch die enge Kooperation mit GreenNet in London, mit PeaceNet in San Francisco, mit Alternex in Rio de Janeiro, mit Pegasus in Australien etc. ist es gelungen, eine internationale preiswerte Vernetzung der Friedens- und Umweltbewegung zu realisieren.
In der Bundesrepublik beteiligen sich neben vielen anderen, Gruppen von Greenpeace, der BUND, das Ökoinstitut, DIE GRÜNEN, das Netzwerk Friedenskooperative und die Grüne Liga.
Die Idee zu solch einem Netz entstand innerhalb der Umweltbewegung nach dem nuklearen GAU von Tschernobyl, wo ebenso wie jetzt, Regierungen und große Medienkonzerne eine umfassende Information der Öffentlichkeit über das Ausmaß der Katastrophe verhinderten.
Weitere Informationen bei:
ComLink e.V.
Moorkamp 46
3000 Hannover 1
oder bei:
Udo Schacht-Wiegand,
Tel.: 0511/3503081 (tagsüber)
Eberhard Walde, Tel.: 0228/7261326 (tagsüber)

Korea Kommunikations- und Forschungszentrum gegründet

Das **Korea Kommunikations- und Forschungszentrum (KFZ)** ist eine Einrichtung des Korea-Verbandes in der Korea-Koordinationskonferenz (KoKoKo), einem seit 1979 mit Korea befaßten Zusammenschluß entwicklungspolitischer, humanitärer und kirchlicher Gruppen und Institutionen. Die Konferenz initiierte unter anderem die Olympia Kampagne vor und während der XXIV. Olympischen Sommerspiele in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul (1988). Mit zahlreichen Veranstaltungen und durch intensive publizistische Tätigkeit gelang es seinerzeit, einen wirksamen Kontrapunkt zu der offiziellen, beschönigten Olympia-Berichterstattung zu setzen.
Um die durch diese Kampagne geknüpften vielfältigen Kontakte zu wahren sowie differenziert auf die veränderten innen- und außenpolitischen Entwicklungen in Korea von Deutschland aus einzugehen, gründete die KoKoKo das *Korea Kommunikations- und Forschungszentrum*, welches seine Arbeit am 1. Oktober 1990 in Osnabrück begann.
Das Zentrum steht Interessenten zur Vermittlung von Informationen und Sachverständigen zur Verfügung und baut eine Materialsammlung auf, die mit vergleichbaren Dokumentationen zur Region Ost- und Südostasien vernetzt werden soll. Es sucht die Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene mit ähnlichen Initiativen und pflegt Kontakte mit Freunden Koreas aus dem wissenschaftlichen, politischen, publizistischen und kirchlichen Bereich. Es bemüht sich um die Förderung partnerschaftlicher Beziehungen zu Organisationen, Einrichtungen und Einzelpersonen in beiden Teilen Koreas, insbesondere um den wechselseitigen Austausch von Erfahrungen und Überlegungen zum Wiedervereinigungsprozeß in Korea und Deutschland.

Das KFZ veröffentlicht zu diesem Zweck u.a. das **Korea Forum**, welches 5 mal pro Jahr erscheint und die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vorgänge in Korea analysiert. Darüber hinaus berichtet das Forum über die Koreaarbeit in Deutschland und dient als Diskussionsplattform. Die erste Ausgabe enthält Beiträge über Menschenrechtsverletzungen in Südkorea, wirtschaftliche Schwierigkeiten in Nordkorea und die neugegründete Pan-Koreanische Allianz für die Wiedervereinigung Koreas. Außerdem befinden sich in dem aktuellen Heft der erste Teil einer Analyse der Gesellschaftsformation in Südkorea sowie ein Bericht über eine Reise von koreanischen Adoptivkindern in ihre Heimat.
Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten wird je eine wissenschaftlich qualifizierte Persönlichkeit aus beiden Teilen Koreas zur zeitlich befristeten Mitarbeit eingeladen.
Darüber hinaus dient das Zentrum der:

* Beratung koreapolitischer Fragen;
* Unterstützung notwendiger Lobbyarbeit;
* Planung und Durchführung von Fachtagungen und Seminaren;
* Beihilfe zu gegenseitigen Austauschprogrammen;
* Förderung des deutsch-koreanischen Verständnisses und Zusammenlebens.

Zur Verwirklichung seiner Ziele ist das KFZ auf die ideelle wie materielle Unterstützung und Mitarbeit interessierter Gruppen und Einzelpersonen angewiesen.

Adressen:
Korea-Verband
z. Hd. Rainer Hruska
Seumestr. 6 a
D-3000 Hannover 1
Tel. 0511 / 331492
Korea Kommunikations- und Forschungszentrum
Z. Hd. Forschungsinstitut
Dritte Welt / Industrieländer (FDI)
Kommenderiestr. 41
D-4500 Osnabrück
Tel. 0541 /m 29354

Haiti Info
Tel.: 0 61 27/6 26 76

Unter dieser Telefonnummer kann man/frau jede Woche (ab Dienstag 15.00 Uhr) die neuesten Informationen aus und über Haiti hören. Diese Initiative geht auf das „Centre Haitien de Recherches et de Documentation" in Genf zurück, die zur Unterstützung dieser Aktion, sei es durch Verbreitung der Telefonnummer oder durch eine Spende, aufruft.
Weitere Informationen:
C. Sambale-Tannert, Obergasse 19, 6200 Wiesbaden 41
Spendenkonto: Stichwort „Haiti-Info", Kto.-Nr.: 115 021451 bei der Nassauischen Sparkasse Wiesbaden, BLZ 510 500 15

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 1 Januar/Februar 1991, Schwerpunkt: Perspektiven für das Südliche Afrika
Südafrika: Verhandlungen - Zwei Linien im PAC - Konflikt in Natal - Bewegung in den Homelands - Arbeitsrecht/Mosambik: Neue Verfassung angenommen - Mosambikanische Arbeiter in der neuen BRD/Namibia: Straßenhändler - Bildung/Diskussion: Solidarität im Umbruch/SADCC-Brief: Menschliche Ressourcen: Grundlage für die Entwicklung
Einzelpreis DM 5,- Abo (6 Ausgaben) DM 40,-
Bezug: issa, Königswinterer Str. 116, 5300 Bonn 3

---

ila Nr. 144, April 91, „Japan und Lateinamerika"
Rolle Japans auf dem lateinamerikanischen Kontinent, insbesondere Wirtschaftsbeziehungen zu Panama, Mexico, Brasilien, Chile; und zur Geschichte der japanischen Einwanderung/japanische Linke bzw. die Alternativ-, Umwelt- und Friedensbewegungen dort/Desweiteren: Chile (Bericht der Menschenrechtskommission)/El Salvador (Nach den Wahlen)/ Peru (Cholera-Epidemie und Hilfsaktionen)/ Kolumbien (Blumen-Arbeiterinnen)/Venezuela (Opfer der 1989er Unruhen in Massengräbern/Nicaragua (aktuelle Eindrücke einer Reise)/ Kuba (Wirtschaftslage)/Dominikanische Republik (Tourismus und ökonomische Misere)/ Die zerbombten Hoffnungen der Drittweltländer auf Demokratisierung der internationalen Beziehungen/Länderberichte zu Guatemala, El Salvador, Panama und Haiti/ Kongreßberichte: Nürnberger Frauenkongreß gegen Krieg, Aufrüstung und Unterdrückung; Kopenhagener Treffen „Across the ocean" (EG ud Zentralamerika).
Preis: Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo DM 50,-, erm. 40,-
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1.

Dritte Welt 4-5/April-Mai 1991
Schwerpunkt Neue Weltordnung: Die Übermacht des nördlichen Pols/Gespräch mit dem Friedensforscher Johan Galtung/Der Golf, Testfall der Kriege von morgen/Vom Umgang mit dem Völkerrecht/Rede Präsident Bushs zur Lage an die Nation/Persischer Golf: Die Moskauer Debatte über den Golfkrieg/ Irak: Welche Zukunft für den Irak?/Palästina-Israel: Land der gebrochenen Versprechen/Shamir bleibt kompromißlos/Grundgesetz/ Bundeswehr: Deutsche Soldaten in alle Welt - oder besser nicht?/Meinung: Irrungen-Wirrungen in der Israeldebatte/Südafrika: Das ungehemmte Toben der Marktkräfte/ Frauen: „Ein großer weißer Elefant..."/Guatemala: Ein Kirchenmann wird Präsident/ Chile: Kuhhandel mit dem Tyrannen/Bericht der Menschenrechtskommission/Ökologie: Schwellenländer als größte Wald- und Umweltvernichter?/Philippinen: Metamorphose der Macht/Kommentar: Weltpolizist durch Normalisierung/Kultur: Eine andere Mauer/Stichwort: Heiratshandel
Einzelpreis: 4,50 DM; Abo 42,50
Bezug: Dritte Welt, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

WFD-Querbrief 1/1991, Thema: Bilder aus Zimbabwe außerdem: „mit Rassismus gegen Männerwahn". Iranische Frauen zu dem Bestseller „Nicht ohne meine Tocher" von B. Mahmoody.
Einzelheft DM 4,50
Bezug: Weltfriedensdienst, Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61

Solidarische Welt Nr. 133
Schwerpunkte: Golfkrieg-Dritte Welt/Narmada-Kampagne Indien und der Golfkrieg: ökonomische und politische Folgen/ Schwarze Liste für den Einkauf (Verbraucherinitiative)/ Aufruf von Studenten und Wissenschaftlern aus dem Nahen und Mittleren Osten/Narmada-Staudamm, Indien: Widerstandsbewegung; Postkartenaktion, Informationskampagne/Patente auf Pflanzen und Tiere: breites Aktionsbündnis gegen geplante EG-Richtlinien/Brasilien: Indianische Organisationen nutzen ihre neuen Rechte.
Einzelheft: DM 3,- (Abo DM 12,-)
Bezug: ASW e.V., Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61

Kolumbien-Rundbrief Doppelnr. 22/23, März 1991
Inhalt: Rückblick Kolumbienarbeit 1990/ Menschenrechtssituation und soziale Kämpfe/ Krieg gegen die Indianer/Verfolgung von Franziskanerpater/Infostellen-Ecke: Erleuchtungen über die Soliszene/ Wie es zur Verfassungsgebenden Versammlung kam/Neoliberale Wirtschaftspolitik: Die perfektionierte Ausbeutung/Die Doppelmoral der Friedensverhandlungen/Der Weg der M-19/Die kolumbianische Zeitschrift OPCION (Brief u. Interview)/Camilo Torres: Das Denken eines Priesters und Revolutionärs
Preis: Einzelheft DM 5,- + Porto, Abo DM 20,- inc.
Bezug: Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 7440 Nürtingen

Lateinamerika Nachrichten Nr. 201, März 1991; Haiti gegen den Strom
Haiti: Aristide - ein Priester als Retter der Demokratie/„Ein Schritt in Richtung zweiter Unabhängigkeit" - Interview mit Jean B. Aristide/ „Titid" - Haitis politischer Messias?/Die schier unglaubliche Mobilisierung eines Volkes/Haiti - historische Grundlagen/Peru: Eskalation der Armut - Versagen der Politik, Peru in den Zeiten der Cholera/ Brasilien: Collera in Brasilien/Golfkrieg: Kamele – Pinguine. Vom Krieg um die Malvinas zum Krieg am Golf/ Guatemala: Interview mti AEU-VertreterInnen/ Kultur: Filme aus Mexiko und Cuba auf der Berlinale/ Chile: Das Ende der Colonia Dignidad?/Argentinien: Erziehung zum Kapitalismus?/El Salvador: Die kommunistische Partei und die verhinderte „bürgerlich-demokratische Phase."
Einzelnummer DM 5,-, Jahresabonnement DM 55,-; Bezug: Lateinamerika Nachrichten Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Tel. 6946100.

EPK 1/91

Namibia Wie stellt sich die Situation in Namibia ein Jahr nach der Unabhängigkeit des Landes dar? Erste Schritte einer Demokratie/Prioritäten der Wirtschafts- und Sozialpolitik/Internationale Wirtschaftsbeziehungen/Deutsche in Namibia/Die Rolle der Kirchen und des Kirchenrates/Frauen: Gleichberechtigung nur auf dem Papier?/Menschenrechtsverletzungen/Porträt: Hendrik Witbooi (Arbeitsminister)/Impressionen zur Unabhängigkeit/Didaktik/Rezensionen
Preis: DM 6,- (Abo DM 24,-/Institutionen DM 40,-)
Bezug: EPK, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/390 52 21

Der Nord-Süd-Konflikt
Dokumentation des Kongresses „Bildungsauftrag für die Zukunft", 29.9.-1.10.1990 in Köln
Bezug: Horlemann-Verlag, 5340 Bad Honnef, 28 Seiten

Entwicklungsperspektiven am Horn von Afrika
mit Beiträgen von Ulrich Braukämpfer u.a. „texte" 49, Verlag Dienste in Übersee, Esplanade 14, 2000 Hamburg 36, 160 S., 18,50 DM

Kleff/Broszinsky-Schwabe u.a.
BRD-DDR: Alte und neue Rassismen im Zuge der deutsch-deutschen Entwicklung
Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt 1990, 90 Seiten, 16,00 DM

Monika Schädler
Provinzporträts der VR China
Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg Nr. 193
Bezug: Institut für Asienkunde, Rothenbaumchaussee 32, 2000 Hamburg 13

UNICEF (Hg.)
Kinder zwischen den Fronten: Auswirkungen von Apartheid und Krieg auf die Kinder im Süden Afrikas
Luther-Verlag, Bielefeld 1990, 158 Seiten, 19,80 DM

Arbeitskreis Hintergründe Nahost Münster (Hg.)
Krisen, Konflikte, Kriege: Hintergründe Materialien, Analysen zum Krieg am Golf
Unrast-Verlag, Querstr. 2, 4400 Münster, 82 Seiten, 9,80 DM

Hans-Günter Lobmeyer
Islamismus und sozialer Konflikt in Syrien
Verlag Das Arabische Buch, Berlin 1990

Urs M. Fiechtner/Sergio Vesely
Erwachen in der Neuen Welt: Geschichte des Bartholomé de las Casas
Signal-Verlag, Baden-Baden 1988, 240 Seiten

Karl- Grobe-Hagel/Franz-Josef Krücker (Hg.)
Der kurze Frühling in Peking: Die chinesische Demokratiebewegung und der Machtkampf der Partei
Fischer-TB, Frankfurt 1990, 196 Seiten, 14,80 DM

Evangelisches Missionswerk (Hg.)
Kambodscha: Auf dem Rücken des Volkes
Kindheiten: Das Magazin zur Ragate-Aktion 1991
Weltmission '91: Gott gibt Kindern recht - Kinder haben Rechte
Kostenloser Bezug bei: Ev. Missionswerk, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13

Karl Osner (Hg.)
Was heißt hier Gerechtigkeit? Impulse aus deutsch-indischen Begegnungen
Matthias-Grünewald-Verlag, Mainz 1991, 169 Seiten

Thomas-Morus-Akademie
Kein Ende der Gewalt und Ungerechtigkeit in Guatemala? Die Lebensbedingungen der Indianer
Bezug: Thomas-Morus-Akademie Bensberg, Postfach 100346, 5060 Bergisch-Gladbach 1, 97 Seiten, 10,- DM

Stoppt den Krieg! Selbstbestimmung und Menschenrechte im Mittleren Osten
Sonderheft der TÜTE, Tübinger Stadtmagazin
Bezug: TÜTE, Rümelinstr. 8, 7400-Tübingen, Tel.: 07071/51205, 82 Seiten, 10,- DM

Südafrika: Grausamer Krieg gegen Frieden
Ein Videofilm der Afravision-Johannisburg
Ausleihe bei: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 7800 Freiburg, Tel.: 0761/709757

Etienne R. Mbaya
... vom Recht auf Frieden zur neuen Weltordnung
Schriftenreihe zur Friedenskunde 5
Angela-Hackbarth-Verlag, St. Georgen 1991

Michael Kremplin
Krise als Chance? Neoliberale Wirtschaftspolitik und Gewerkschaftsbewegung in Bolivien
Bezug: Institut für Iberoamerikakunde, Alsterglacis, 2000 Hamburg 36, 77 Seiten

FDI/Stiftung für Kinder/Elizabeth P. Marcelino
Zum Verständnis der Psychologie des Filipino
Wurf-Verlag, Münster 1990, 50 Seiten, 8,-DM

Du-Yul Song
Kapitalismus, soziale Bewegungen und Gesellschaftsformationen in Südkorea
Wurf-Verlag, Münster 1990, 18 Seiten, 4,50 DM

Claudia von Braunmühl (Hg.)
Women in the Development Process
Reports and Papers from the International Conference 6-16 July 1989 in Berlin
Kostenloser Bezug bei: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung, Postfach 270661, 1000 Berlin 27, 383 Seiten

Siegfried Pater/Ashwin Raman
Organhandel: Ersatzteile aus der Dritten Welt
Lamuv-Verlag, Göttingen 1991, 120 Seiten, 14,80 DM

Dritte-Welt-Haus Bielefeld
Vom Ampelspiel bis Zukunftswerkstatt: Ein Dritte Welt Werkbuch
Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1990, 203 Seiten, 16,80 DM

Silke Isbrand u.a. (Hg.)
selbstbestimmt und solidarisch: Fallstudien über Selbsthilfe in der Dritten Welt
Verlag Breitenbach Publishers, Saarbrücken 1990

Global denken - kommunal handeln
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit
31. Mai - 2. Juni in Karlsruhe
Anmeldung: DEAB-Geschäftsstelle, Blumenstr. 15, 7000 Stuttgart 1

Fremde Menschen - Deutsches Recht
Kongreß am 24./25. Mai in Bremen
Anmeldung: Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen, c/o Martina Dieterich, Herbststr. 94, 2800 Bremen, Tel. 0421 - 371704

Das Erbe der Diktaturen
Vom Umgang mit den Menschenrechten in den kontrollierten Demokratien Lateinamerikas, Internationales Seminar vom 9. - 12. Mai in Berlin
Anmeldung: Bildungswerk, Zeughofstr. 20, 1000 Berlin 36, Tel. 030 - 6126074/5

Freiburger Forum gegen den Krieg
vom 10. - 15. Juni in Freiburg.
Anmeldung: ASTA, Bertholdstr. 26, 7800 Freiburg, Tel. 0761 - 2033782/4

Deutsche - Israelis - Palästinenser(innen)
Tagung vom 24. - 26. Mai in Arnoldshain
Anmeldung: Evang. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten 1, Tel. 06084 - 3033

Entwicklung - wohin?
12. Tübinger Gespräch zu Entwicklungsfragen am 21./22. Juni in Tübingen
Anmeldung: Institut für wissenschaftliche Zusammenarbeit, Landhausstr. 18, 7400 Tübingen, Tel. 07071 - 5066

Symposium „Neue Wege afrikanischer Entwicklung"
vom 23.-25. Mai 1991 in Hamburg
Anmeldung: AG Afrika ESG, Rentzolstr. 7, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/41170 43

Nicaragua Bundestreffen
vom 31.5.-2.6.91 in Frankfurt
Mainzer Landstr. 147,
Anmeldung: Nicaragua Komitee Frankfurt, c/o Dritte Welt Haus, Friesenstr. 13, 6000 Frankfurt, Tel. 069/771438

In eigener Sache

Die LeserInnenanalyse ist abgeschlossen. Wir erhielten 213 Antworten und möchten uns bei allen LeserInnen bedanken, die sich an der Umfrage beteiligten und uns zahlreiche Anregungen zur Verbesserung der 'blätter' lieferten.
Gelesen werden wir hauptsächlich von Männern. Nur jeder vierte Fragebogen wurde von einer Frau ausgefüllt. Zudem liegt das Durchschnittsalter unserer LeserInnen bei über 30 Jahren. Eine Zeitschrift, die sich seit über zwanzig Jahren mit den Problemen der Dritten Welt beschäftigt, bietet für neu am Thema Interessierte nicht immer den leichtesten Einstieg. Das zeigt die Kritik einiger LeserInnen, die bemängelten, viele Artikel seien zu analytisch geschrieben.
Unsere LeserInnen interessieren sich — ganz im Trend der Zeit — am stärksten für ökologische Fragestellungen, gefolgt von den Themen Weltwirtschaft, multinationale Konzerne und Entwicklungspolitik. Bei den Regionen liegt Lateinamerika in der Publikumsgunst vor Afrika und Asien. Insgesamt läßt sich über unsere LeserInnen sagen, daß sie an fast allen der über 40 aufgeführten Themen (von AusländerInnen bis Wohnsituation) Interesse fanden. Eine Bestätigung für unser Konzept, möglichst viele Aspekte des Themas 'Dritte Welt' zu beleuchten.
Wir wurden des öfteren gebeten, mehr 'Kulturbeiträge' zu veröffentlichen. Diese Aufforderung werden wir zum Anlaß nehmen, regelmäßiger über Literatur, Film und Kunst aus der Dritten Welt zu berichten.
90% der LeserInnen finden unsere 'blätter' gut. Das läßt uns aber nicht die kritischen Stimmen und Anregungen vergessen. Wir möchten eine aktuelle, verständlich geschriebene und informative Dritte-Welt-Zeitschrift produzieren, dazu benötigen wir auch weiterhin Eure Kritik und Eure Anregungen.

Redaktionsitzung der blätter

791/ 1/173/56412

ARCHIV für Soz-Beweg
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

W-7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

ISSN 0933-7733